# JahrBuch

## für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Januar 2008 I NDZ-GmbH

#### Inhaltsverzeichnis

Ruth Stoljarowa/Wladislaw Hedeler: "Deine Liebe zu unserer Sache hat dir wenig Freude und viel Leid gebracht." Die junge Kommunistin Charlotte Scheckenreuter als Mitarbeiterin und Frau Hugo Eberleins in den 1930er-Jahren, aufgezeichnet nach den Akten in Moskauer	
Archiven	 -
Ralf Hoffrogge: Räteaktivisten in der USPD: Richard Müller und die Revolutionären Obleute	 30
Heinz Sommer: Clara Zetkin und die Rote Hilfe	 40
Jan Korte: Bundesdeutsche Vergangenheitspolitik und Antikommunismus	 50
Hedwig Richter/Ralf Richter: Zum Streik der italienischen Arbeitsmigranten im Volkswagenwerk Wolfsburg 1962	 72
Zur 43. Linzer Konferenz der ITH	
Günter Benser: Netzwerke und Arbeiterbewegung	 89
Catherine Collomp/Bruno Groppo: Das Jüdische Arbeiterkomitee: Ein amerikanisches Netzwerk der transatlantischen Solidarität während der Nazijahre	 97

2 Inhalt

Miszelle	
Gerhard Fidorra: Straßen, Plätze und Gedenkstätten des 18. März und der Märzgefallenen	124
Biografisches	
Rolf Hecker: Clara Zetkin und David Rjazanov auf den Spuren von Karl Marx	131
Peter Clausing: Spanien 1936 bis 1939: Drei Interbrigadisten blicken zurück	141
Simone Barck †: Der "Kesselheizer der Revolution" am Ende "maßlos verbittert im Herzen"	164
Regionales	
Susanna Steiger-Moser: "Wir, die wir keine Geschichte haben"	169
Dokumentarisches	
János Jemnitz: Brief linker Mitglieder der ehemaligen Sozialdemokratischen Partei an János Kádár vom November 1956	184
Information	
Rainer Holze: Johannes-Sassenbach-Gesellschaft e.V. Förderverein für Bibliothek und Archiv der Gewerkschaftsbewegung	190
Buchbesprechungen	
Keely Stauter-Halsted: The Nation in the Village. The Genesis of Peasant Identity in Austrian-Poland. 1848-1914 ( <i>Ines Mietkowska</i> )	193
Huub Sanders (Hrsg.): Images of Inspiration. A documentary on social movements based on images from the collection of the International Institute of Social History (Bernd Hüttner)	194

Inhalt 3

Tobias Kaiser: Karl Griewank (1900–1953) – ein deutscher Historiker im "Zeitalter der Extreme" ( <i>Walter Schmidt</i> )	 195
Mario Keßler: On Anti-Semitism and Socialism. Selected Essays (William A. Pelz)	 200
Hanna Papanek: Elly und Alexander. Revolution, Rotes Berlin, Flucht, Exil – eine sozialistische Familiengeschichte ( <i>Gerlinde Grahn</i> )	 202
Eberhard Jäckel/Otto Dov Kulka (Hrsg.): Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933-1945 ( <i>Mario Keßler</i> )	 205
Karl Heinz Jahnke: Widerstand gegen die NS-Diktatur in Mecklenburg. Zur Erinnerung an die Frauen und Männer, die zwischen 1933 und 1945 ermordet wurden <i>(Kurt Schilde)</i>	 207
Björn-Erik Lupp: Von der Klassensolidarität zur humanitären Hilfe. Die Flüchtlingspolitik der politischen Linken 1930-1950 ( <i>Kurt Schilde</i> )	 208
Erwin Lewin: Antifaschistischer Widerstand in Albanien (1942-1943/44) (Paul Heider)	 211
Jörg Roesler: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990 (Siegfried Prokop)	 212
Dagmar Kift (Hrsg.): Aufbau West. Neubeginn zwischen Vertreibung und Wirtschaftswunder ( <i>Peter Hübner</i> )	 215
Helga Köpstein: Die sowjetischen Ehrenmale in Berlin (Gerlinde Grahn)	 215
Siegfried Prokop: 1956 – DDR am Scheideweg. Opposition und neue Konzepte der Intelligenz ( <i>Jochen Czerny</i> )	 219
Werner Fritsch/Werner Nöckel: Vergebliche Hoffnung auf einen politischen Frühling. Opposition und Repression an der Universität Jena 1956–1968 ( <i>Jochen Czerny</i> )	 220
Eva Schäfer u.a. (Hrsg.): Irritation Ostdeutschland. Geschlechterverhältnisse seit der Wende; – Ulrike Hänsch: "Jetzt ist eine andere Zeit". Ostdeutsche Frauen erzählen (Evemarie Badstühner)	 222

4 Inhalt

Martin Sabrow u.a. (Hrsg.): Wohin treibt die DDR-Erinnerung? (Günter Benser)	 227
Älter ist nicht alt genug. Henryk Skrzypczak (Annelies Laschitza)	 228
Nachsatz	 229
Autorenverzeichnis	 231
Impressum	 232

Mit dem Jahr 2008 führt die Redaktion die neue Rechtschreibung nach der vom aktuellen Duden empfohlenen Variante ein. Zitate bleiben davon auch weiterhin unberührt. "Deine Liebe zu unserer Sache hat dir wenig Freude und viel Leid gebracht."

Die junge Kommunistin Charlotte Scheckenreuter als Mitarbeiterin und Frau Hugo Eberleins in den 1930er-Jahren, aufgezeichnet nach den Akten in Moskauer Archiven

#### Ruth Stoljarowa/Wladislaw Hedeler

Charlotte Lydia Scheckenreuter gehört zu jenen Frauen, die ihr Leben seit ihrer Jugend den kommunistischen Idealen und der internationalen Solidarität der Werktätigen gewidmet hatten. An unterschiedlichen Orten nahm sie mit scheinbar nur kleinen, aber bisweilen außerordentlich verantwortungsvollen illegalen Aufgaben am Kampf gegen den Faschismus in Deutschland und in verschiedenen anderen europäischen Ländern teil. Als Mitarbeiterin des führenden Mitglieds der KPD und Mitglieds der Internationalen Kontrollkommission der Kommunistischen Internationale (Komintern; KI) Hugo Eberlein leistete sie unter kompliziertesten Bedingungen einen nicht unwesentlichen Beitrag zum Auf- und Ausbau der kommunistischen Verlage und Druckereien in Deutschland, Belgien, der Schweiz, in Frankreich und im Saargebiet, insbesondere, als es galt, nach dem Machtantritt der Nazis in Deutschland das weitere Erscheinen der kommunistischen Presse zu sichern.

Charlotte Scheckenreuter wusste um die Gefahren, die mit diesen Aufträgen verknüpft waren, und diese Gefahren ereilten sie dann auch mehrfach in ihrer ganzen Härte: zuerst durch die Gestapo in Deutschland, dann durch die französische Justiz. Völlig unerwartet jedoch kam für sie, dass sie ebenso wie Hugo Eberlein, nachdem beide im Sommer 1936 aus Frankreich ausgewiesen worden waren, in der sowjetischen Emigration nicht die erhoffte Geborgenheit und die Möglichkeit fand, an der Verwirklichung ihrer Ideale vom Aufbau einer neuen Gesellschaft teilzunehmen.

Es galt nichts mehr, dass Hugo Eberlein als Mitstreiter Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts die KPD und die Kommunistischen Internationale mitbegründet hatte, dass er viele Jahre als Mitglied des ZK der KPD und des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) tätig gewesen war und auch als ehemaliges Mitglied des Preußischen Landtages in der deutschen und internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung einen geachteten Namen besaß. Am 26. Juli 1937 wurde er im Hotel "Lux" vom NKVD verhaftet. Am 5. Mai 1939 verurteilte ihn das Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR "wegen Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären terroristischen Organisation im Apparat der Komintern" zu 15 Jahren "Besserungsarbeitslager" und fünf Jahren Aberkennung der Bürgerrechte. Mit einem Häftlingstransport kam er in ein Arbeitslager in der Nähe der

Ortschaft und des Flusses Unža (Unžlag) im Gorkigebiet. Hier wurde er am 16. Juli 1941 erneut verhaftet und nach Moskau überstellt. Das Militärkollegium kassierte das alte Urteil und verurteilte ihn am 30. Juli 1941 zum Tode. Am 16. Oktober 1941, als die Truppen Nazideutschlands unmittelbar vor Moskau standen, wurde Hugo Eberlein im NKVD-Objekt "Kommunarka" in der Nähe von Butovo, einem Vorort von Moskau, erschossen.

Charlotte selbst, die hoch motiviert eine Arbeit an der Leninschule in Moskau aufgenommen hatte, landete 1938 ebenfalls hinter den Gefängnismauern des NKVD und wurde schließlich gezwungen, in das faschistische Deutschland auszureisen, was einer Auslieferung an die Gestapo gleichkam. Damals war sie gerade Ende zwanzig.

Bereits in den neunziger Jahren wandte sich Dr. Ernst Schmidt in seinen Forschungen auch Charlotte Scheckenreuter zu, insbesondere durch die Auswertung ihrer Gestapo-Personenakten im Düsseldorfer Hauptstaatsarchiv, und würdigte ihr Andenken.<sup>3</sup> Erst jetzt ist es gelungen, wichtige, bisher unbekannte Abschnitte des Lebenswegs von Charlotte Scheckenreuter speziell ihres Aufenthalts in der Schweiz, in Frankreich und der Sowjetunion auf der Grundlage verschiedener, zum Teil schwer zugänglicher Archivdokumente<sup>4</sup> und anderer Ouellen zu erhellen.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass die meisten Opfer politischer Verfolgung in der Stalinära das während und nach ihrer Haft übliche "kommunistische ethische Prinzip jener Zeit" bewahrten, die die kommunistische Idee kompromittierende Wahrheit über die Verfolgungen in der Sowjetunion zu verschweigen. Das traf sicher auch auf Charlotte Scheckenreuter zu, denn es sind keinerlei Aufzeichnungen oder mündliche Erinnerungen von ihr überliefert. Und auch 1949, als der Sohn von Hugo Eberlein, Werner, und Charlotte Scheckenreuter erstmals nach dem Schreckensjahr 1937/1938 zufällig wieder zusammentrafen, haben sie diese Gelegenheit nicht zu einem Gespräch

<sup>1</sup> Das Lager bestand von Februar 1938 bis Januar 1960. Die Häftlinge arbeiteten in der Holzverarbeitung und in Tischlereien. Es gab Nähereien, Ziegeleien sowie Häftlingstrupps, die beim Straßen- und Gleisbau eingesetzt wurden. 1938 waren hier über 15.000 Häftlinge, darunter 8.265 wegen "konterrevolutionärer Verbrechen" verurteilte untergebracht. Weitere Angaben in: M. B: Smirnov (Hrsg.): Sistema ispravitel'notrudovych lagerej v SSSR, 1923-1960. Spravo nik [Das System der Besserungsarbeitslager in der UdSSR, 1923-1960. Handbuch], Moskau 1998, S.489f.

<sup>2</sup> Siehe Rasstrel'nye spiski [Erschießungslisten]. Moskva 1937-1941, "Kommunarka", Butovo, Moskau 2000, S.457.

<sup>3</sup> Siehe Charlotte Scheckenreuter, die Frau an der Seite des KPD-Spitzenfunktionärs Hugo Eberlein, in: Ernst Schmidt: Lichter in der Finsternis. Essener Opfer der Stalin-Ära, oppositionelle Linke und Fahnenflüchtige 1933-1945, Bd. 3, Essen 1994, S.118-124.

<sup>4</sup> Wir danken dem Russischen Staatlichen Archiv für sozialpolitische Geschichte (im Folgenden RGASPI) und dem Zentralarchiv des Föderativen Sicherheitsdienstes Russlands (im Folgenden ZAFSDR) in Moskau, dass sie uns diese Akten, die vorher noch nicht ausgewertet worden waren, zur Verfügung gestellt haben. Ihr Inhalt wird hier erstmals vorgestellt.

über ihr Lebensschicksal genutzt. In einem Brief an Ernst Schmidt vom 3. August 1993 schrieb Werner Eberlein hierzu: "Als ich Lotte Scheckenreuter 1949 bei einem offiziellen Empfang in Berlin wiedersah, verspürte ich kein Verlangen nach längeren Gesprächen. Da ich kurz zuvor erst nach 14-jähriger Abwesenheit aus Sibirien zu meiner Mutter und dem Halbbruder nach Berlin zurückgekehrt war, wollte ich die Vergangenheit nicht neu aufrollen. Heute, aus dem Abstand von fünf Jahrzehnten ergibt sich, auch für mich, eine neue Situation. Die Geschichte lässt sich nicht verdrängen. Sie richtig zu interpretieren, ist auch ein Gebot für mich."<sup>5</sup> Zu einem Gedankenaustausch zwischen Werner Eberlein und Charlotte Scheckenreuter ist es auch später nicht mehr gekommen. Charlotte starb 1982. Werner Eberlein beschrieb die Ereignisse dann in seinem im Jahr 2000 erschienenen Erinnerungsband.<sup>6</sup>

Bei dem Verhalten der beiden im Jahre 1949 spielte zweifellos auch die Tatsache eine Rolle, dass zu diesem Zeitpunkt, ein reichliches Jahrzehnt nach dem Großen Terror in der Sowjetunion, Stalin noch an der Macht war, dass durch die Bedingungen des Kalten Krieges weiterhin Unsicherheits- und Verdächtigungsideologie geschürt wurde. Viele der Überlebenden unter den Ende der dreißiger Jahre unschuldig Verurteilten, die nach zehn Jahren aus den sowjetischen Straflagern entlassen worden waren, kamen unter neuen erlogenen Beschuldigungen wieder für Jahre in Haft und Straflager. Weder in der UdSSR noch in der DDR hatten bis dahin interne, geschweige denn öffentliche Rehabilitierungen stattgefunden. Gespräche über dieses schwer belastete Thema oder gar Kritik am widerspruchsvollen, zum Teil untätigen oder mitschuldigen Verhalten führender Funktionäre des EKKI bzw. der KPD-Vertretung im EKKI waren, selbst unter Opfern, praktisch unmöglich. Der Zwang zu Stillschweigen über die Duldung von Unrecht "im Interesse der Parteidisziplin" bestand auch später. Das heißt, nicht nur zur Zeit der Gründung der DDR, sondern auch in den Jahren danach, selbst nach dem XX. Parteitag der KPdSU, blieb der Terror der Stalinära in der UdSSR noch lange ein Tabu und wurde von der Geschichtswissenschaft der DDR ignoriert.

#### Lebensweg bis zur Emigration in die UdSSR

Charlotte Lydia Scheckenreuter entstammte einer kinderreichen Arbeiterfamilie aus dem Ruhrgebiet. Sie wurde am 30. Oktober 1909 als eines von 13 Kindern des Bergarbeiters August Scheckenreuter und seiner Frau Maria, geb. Hildebrandt, geboren, die damals in Essen, Bassinstr. 33, wohnten. Alle Mitglieder der Familie waren Arbeiter, die meisten politisch organisiert und aktiv. Der Vater und einer der älteren Söhne waren Sozialdemokraten, Charlotte und sieben ihrer Geschwister gehörten der KPD an, zwei weitere sympathisierten mit dieser Partei. Fast alle fanden wegen ihrer Gesinnung keine Arbeit, und wurden während der Jahre des Faschismus verfolgt.

<sup>5</sup> Ebenda, S.124.

<sup>6</sup> Siehe Werner Eberlein: Geboren am 9. November. Erinnerungen, Berlin 2000, S.68-188.

Nach Abschluss der Volksschule besuchte Charlotte Scheckenreuter noch ein halbes Jahr die Handelsschule und bekam dann zwei Jahre lang kurzfristige Anstellungen in verschiedenen Geschäften und Büros.

1925 schloss sie sich dem Arbeiter-Turn-und-Sportbund an, in dem sie auch eine Funktion auf der Kreis- und Bezirksebene übernahm. In dieser Zeit wurde sie zudem Mitglied des Allgemeinen freien Angestelltenbunds sowie der Roten Hilfe.

Seit 1927 war sie Mitglied der KPD und arbeitete zunächst beim "Ruhr-Echo", später, bis Mai 1933, in der Essener Rottstraße in der Kassenverwaltung der Bezirksleitung der KPD für das Ruhrgebiet.

Da sie durch ihre politische Aktivität innerhalb der KPD und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) aufgefallen war, stand sie unter polizeilicher Beobachtung und gelangte nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten in Deutschland bald in die Fahndungslisten der Gestapo. Ihre Gestapoakten<sup>7</sup> enthalten regelmäßige Aufzeichnungen über persönliche Daten, Aufenthaltsorte, politische Aktivitäten, Festnahmen, Berichte an die Gestapo und Austausch von Informationen zwischen unterschiedlichen Gestapodienststellen aus den Jahren 1931 bis 1940.

So ist unter anderem darin verzeichnet, dass Charlotte Scheckenreuter am 24./25. Januar 1931 als Turnerin am 1. Kongress der Roten Ruhr-Sportler in Essen teilnahm und für die Mandatsprüfungskommission vorgeschlagen worden war, dass sie am 12. Juni 1931 eine Rote Sport-Demonstration in der städtischen Badeanstalt in der Steeler Straße besuchte und am 26. Juni 1931 auf einer Kundgebung im Saalbau eine kurze Ansprache hielt, in der sie dagegen protestierte, dass die Stadtverwaltung kommunistischen Sportlern die Sportplätze entzogen hatte.8 Ferner ist mit Datum von 14. Januar 1932 ihre Mitgliedschaft in der RGO registriert und am 5. Februar 1932 ihre Verurteilung zu einer Strafe von zehn Mark bzw. zwei Tagen Gefängnis wegen Hausfriedensbruchs.9

Charlotte Scheckenreuter wohnte in jener Zeit in Essen am Holdenweg 5. Die Gefahr, verhaftet zu werden, spitzte sich weiter zu, weil sie inzwischen Mitarbeiterin und Sekretärin des führenden KPD-Funktionärs Hugo Eberlein geworden war, der zu dieser Zeit illegal in Deutschland tätig war. Er war mit zahlreichen Aufgaben im grenznahen Gebiet betraut worden, die der Organisierung des illegalen Kampfes in Deutschland, vor allem der Sicherstellung des Drucks und Vertriebs von Literatur, dienten. Die Verfolgungswelle der Faschisten hatte auch schon Charlottes Familie erreicht: Einer ihrer Brüder war bereits wegen seines politischen Engagements zu 18 Monaten Gefängnishaft verurteilt worden, und ein Schwager war im Konzentrationslager verschwunden.<sup>10</sup>

9 Siehe ebenda, Bl. 1f.

<sup>7</sup> Aus den Gestapo-Personalakten RW 58/12882 und 42506 in: Ruhrlandmuseum, Archiv Ernst Schmidt: Bestand 19-1164.

<sup>8</sup> Siehe ebenda, Bl. 1.

<sup>10</sup> Siehe RGASPI, 495/205/2759, Bl. 3. - Dr. Ernst Schmidt über Charlotte Scheckenreuter, in: Ruhrlandmuseum, Archiv Ernst Schmidt, Bestand 19-1164, Bl. 1; Siehe auch Schmidt, Lichter, S.118-124.

Nachdem Hugo Eberlein als Mitglied der Internationalen Kontrollkommission des EKKI von der Komintern den Auftrag erhalten hatte, seine Tätigkeit ins Ausland zu verlegen, schlug er Charlotte vor, mit ihm zu gehen. Beide waren bis 1935 in der Schweiz und im Saargebiet stationiert und pendelten oft zwischen ihrem Hauptsitz Basel und Strasbourg sowie anderen Orten. In Basel hatten sie eine feste Wohnung und gute Beziehungen zu schweizerischen Kommunisten, die sie bei der Lösung ihrer Aufgaben und während ihrer Abwesenheit bei der Regelung ihrer persönlichen Belange aktiv unterstützten.



Jugendfoto von Charlotte Scheckenreuter, aus der Akte RGASPI, 495/205/2759

Das Verschwinden von Charlotte Scheckenreuter aus Deutschland war der Gestapo natürlich nicht verborgen geblieben. So wurde am 31. Mai 1935 mitgeteilt, dass sie entsprechend einem Erlass der Gestapo Berlin in das "Verzeichnis flüchtiger Kommunisten" aufgenommen worden war. Am 17. Dezember 1936 berichtete die Gestapo Essen an die Gestapo Düsseldorf, man habe vertraulich erfahren, dass Charlotte Scheckenreuter sich seit einigen Wochen in Moskau befinde. Am 27. April 1937 wurde im "Reichsanzeiger" Nr. 96 bekannt gegeben, dass ihr die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen worden war. Und am 22. November 1938 wurde ihre Eintragung im Fahndungsbuch bestätigt. Deutschaft von der Gestapo Düsseldorf, man habe vertraulich erfahren, dass Charlotte Scheckenreuter sich seit einigen Wochen in Moskau befinde. Am 27. April 1937 wurde im "Reichsanzeiger" Nr. 96 bekannt gegeben, dass ihr die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen worden war. Und am 22. November 1938 wurde ihre Eintragung im Fahndungsbuch bestätigt.

Im Mai 1935 war Charlotte Scheckenreuter in Strasbourg ins Visier der französischen Geheimpolizei geraten. Sie wurde überwacht, und es wurden

\_

<sup>11</sup> Siehe Gestapo-Personalakten RW 58/12882 und 42506 in: Ruhrlandmuseum, Archiv Ernst Schmidt: Bestand 19-1164, Bl. 2.

<sup>12</sup> Siehe ebenda, Bl. 5.

Nachforschungen über ihre Tätigkeit angestellt. So berichtete ein Kommissar Wissler am 22. November 1935, dass "Fräulein Sch. im Januar 1934 nach Paris gekommen war und anfänglich bei Langrock, Direktor der Gesellschaft 'Diligentia'<sup>13</sup> mit dem Firmensitz in Basel, gewohnt habe. Ab Dezember 1934 wohnte sie bei der Witwe Noll"<sup>14</sup> in Strasbourg, wo sie auch offiziell angemeldet war. Ferner wurde mitgeteilt, dass sie häufig den Besuch eines Deutschen empfing, den sie für ihren Mann ausgab und der unter dem Vornamen Ernst<sup>15</sup> bekannt war. Aus diesen Aufzeichnungen geht hervor, dass Charlotte damals zahlreiche Reisen von Strasbourg nach Basel und Paris unternahm und mit den Kommunisten Maurice Thorez<sup>16</sup> und Marcel Noll in Verbindung stand.

Die Ausweisung aus Frankreich, die Kommissar Wissler beantragt hatte, konnte jedoch nicht vollstreckt werden, da Charlotte Scheckenreuter im April Strasbourg verlassen hatte und sich im Ausland befand. Mitte September 1935 erfuhr Wissler, dass sich Hugo Eberlein, dessen Identität diesem jedoch nicht bekannt war, bei Charlotte in Strasbourg aufhielt. Kurz zuvor hatte Eberlein am VII. Weltkongress der KI in Moskau teilgenommen, der am 20. August zu Ende gegangen und auf dem er erneut in die Internationalen Kontrollkommission gewählt worden war. Er reiste über die Schweiz zurück, wo er mit Charlotte zusammentraf. Von dort aus fuhren beide in unterschiedlichen Zügen nach Strasbourg.<sup>17</sup> Am Morgen des 14. September wurde Eberlein anlässlich einer inszenierten Ausweiskontrolle bei Charlotte angetroffen, die ihn als einen Freund aus Basel ausgab. Eberlein wies sich mit einem dänischen Pass auf den Namen Daniel Nielsen aus und erklärte, er sei als Vertreter der Firma "Unprimob" in Basel nach Strasbourg gekommen, um finanzielle Fragen mit dem Direktor der Gesellschaft Argentoratum Faschauer zu regeln. Es gehe dabei um den Ankauf von Druckereimaschinen. Hugo Eberlein und Charlotte Scheckenreuter wurden festgenommen.

Ihre Verhaftung wurde umgehend über den Verbindungsmann der Französischen KP Pascal an das Mitglied des Präsidiums und des Sekretariats des EKKI Michail A. Moskvin übermittelt, der zugleich Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen (OMS) war. Hugo wurde wegen Spionage und

\_

<sup>13</sup> Es handelte sich um eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

<sup>14</sup> RGASPI, 495/205/6265, Bl. 157. Gemeint ist die Mutter des Geschäftsführers der deutschsprachigen Ausgabe der kommunistischen Zeitung "L'Humanité" in Strasbourg Marcel Noll.

<sup>15 &</sup>quot;Ernst" war eines der Pseudonyme von Hugo Eberlein.

<sup>16</sup> Maurice Thorez (1900-1964), führender Funktionär der französischen und internationalen Arbeiterbewegung; 1925 Mitglied des ZK der FKP; 1928-1943 Mitglied des EKKI und dessen Präsidium.

<sup>17</sup> Siehe RGASPI, 495/205/6225, Bl. 215.

<sup>18</sup> Siehe ebenda, Bl. 34, 36, 115. Moskvin, Michail Abramovi (Trilisser) (1883-1940), 1921 Mitarbeiter der Komintern; Mitglied des Präsidiums und des Sekretariats des EKKI sowie der OMS; seit 1923 im Apparat der Vereinigten staatlichen politischen Verwaltung (OGPU), zuständig für die "Zusammenarbeit" mit der Kaderabteilung der Komintern; am 23.11.1938 verhaftet, am 1.2.1940 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der

Besitzes eines falschen Passes zu elf Monaten Gefängnishaft verurteilt. Charlotte befand sich wegen Beihilfe zur Spionage acht Monate in Untersuchungshaft. Sie wurde langen, erniedrigenden Verhören unterzogen, in denen ihr vorgeworfen wurde, hohe Summen in Empfang genommen zu haben, die dazu dienen sollten "militärische, wirtschaftliche und diplomatische Erkundigungen einzuziehen". Die juristische Vertretung von Hugo Eberlein und Charlotte Scheckenreuter übernahmen die Rechtsanwälte de Morogiaferi aus Paris sowie Schreckenburg und Jaegli aus Strasbourg. Sie waren über das Thälmann-Komitee von Paris aus engagiert worden. Hugo Eberlein und schmutzigster unter reißerischen Überschriften über Monate ein lauter und schmutzigster Presserummel den Prozess gegen Hugo Eberlein. Mit besonders gehässiger Intensität traten hierbei solche Presseorgane wie die französische Wochenschrift "Le Gringoire", die "Neue Zürcher Zeitung" und natürlich das Naziparteiblatt "Völkischer Beobachter" in Erscheinung.

Sowohl Hugo Eberlein als auch Charlotte Scheckenreuter bestritten die Anschuldigungen. Hugo deckte seine wahre Identität auf und begründete den Besitz des falschen Passes damit, dass er sich als aktiver Kommunist 1933 nach seiner Flucht aus Deutschland den weiteren Nachforschungen der Gestapo entziehen wollte. Da er sich nicht an die deutschen Behörden zur Beschaffung eines regulären Passes wenden konnte, habe er einen Freund und eine dänische Zeitung um Hilfe gebeten und gehofft, einen deutschen Flüchtlingspass vom Völkerbund zu erhalten.<sup>22</sup> Mit Unterstützung dieser Zeitung habe er den falschen Pass aus Dänemark zugeschickt bekommen.<sup>23</sup>

Auf Intervention aus Moskau gelang es schließlich, eine Einstellung des Verfahrens zu erwirken. Hugo Eberlein und Charlotte Scheckenreuter wurden aus Frankreich nach Luxemburg und von dort nach Belgien ausgewiesen. Für Eberlein lag zu diesem Zeitpunkt bereits eine Einreisegenehmigung in die UdSSR vor. Charlotte, die sich zuvor in der deutschen Botschaft in Paris einen neuen Pass hatte ausstellen lassen, besaß jedoch keine Aufenthaltserlaubnis für Belgien. So drohte ihr nun die Ausweisung in das faschistische Deutschland. Da ihre Tätigkeit als Mitarbeiterin Hugo Eberleins aus den Berichten, die von Pascal nach Moskau gingen, bekannt war, wandte sich Wilhelm Pieck, der dem EKKI und dessen Sekretariat angehörte, im Einverständnis mit der Deutschen Sektion des EKKI am 28. Juli 1936 an Moskvin mit der Bitte, bei der Ausstellung einer Einreisegenehmigung behilflich zu sein. Dieser erwirkte dann mit einem

UdSSR wegen "Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation der Rechten" zum Tode verurteilt und am 2.2.1940 erschossen; auf dem Donskoe Friedhof in Moskau verschaft.

<sup>19</sup> RGASPI, 495/205/6225, Bl. 149.

<sup>20</sup> Siehe ebenda, Bl. 98, 102.

<sup>21</sup> Siehe ebenda, Bl. 36.

<sup>22</sup> Siehe ebenda, Bl. 20.

<sup>23</sup> Siehe ebenda, Bl. 159-168.

Schreiben an das Mitglied des ZK der KPdSU(B) Nikolaj I. Ežov vom 29. Juli 1936 ein Visum für Charlotte Scheckenreuter, das am 14. August 1936 nach Brüssel geschickt wurde.<sup>24</sup>

Emigration in die Sowjetunion und Verhaftung Hugo Eberleins

Am 27. August 1936<sup>25</sup> trafen Hugo Eberlein und Charlotte Scheckenreuter auf einem sowjetischen Frachter in Leningrad ein. Von hier aus reisten sie nach Moskau weiter, wo sie zwei Tage später ein gemeinsames Zimmer (Nr. 71) im Hotel "Lux"<sup>26</sup> in der damaligen Tverskaja Ulica erhielten, in dem viele Emigranten aus aller Welt, vor allem Mitarbeiter der Komintern sowie Gäste der KPdSU(B) und der Regierung der UdSSR, wohnten.

Wie die meisten politischen Emigranten bekam auch Charlotte einen Decknamen, um sich und ihre Verwandten in Deutschland vor Nachforschungen der Gestapo zu schützen. Sie wurde in der Gruppe der in der UdSSR lebenden deutschen Kommunisten als Lotte Reuter geführt.

Nach Erledigung der Anmeldungsformalitäten bei den entsprechenden Instanzen wurde Charlotte Scheckenreuter einer eingehenden Überprüfung unterzogen. Wie aus einer Information der Kaderabteilung des EKKI hervorgeht, wurden verschiedene in der Sowjetunion lebende Personen, die sie kannten, nach ihr befragt. So bestätigte u. a. F. Golz<sup>27</sup> Charlottes frühere Tätigkeit im Arbeitersport. Georg Schmidt erklärte, dass ihm Charlotte seit 1926/1927 bekannt sei. Sie sei in der Bezirksleitung Ruhrgebiet in der Abteilung Kasse als Stenotypistin beschäftigt gewesen, habe als gut und zuverlässig gegolten, sei jedoch nie eine aktive Parteifunktionärin gewesen. Sie sei lediglich aktive Turnerin im Roten Sport gewesen und entstamme einer kinderreichen proletarischen Familie. Ihre Geschwister seien alle Funktionäre der Partei oder der Nebenorganisationen gewesen. Seit 1931 habe er sie aber nicht mehr gesehen.<sup>28</sup> Georg Schmidt war früher Geschäftsführer der Arbeiterbuchhandlung in Frankfurt am Main und nach seiner Emigration in die UdSSR als Sachbearbeiter für Emigrantenfragen bei der MOPR<sup>29</sup> tätig.<sup>30</sup>

<sup>24</sup> Siehe ebenda, 495/205/2759, Bl. 72, 71.

<sup>25</sup> Siehe ebenda, Bl. 292, 294.

<sup>26</sup> Siehe RGASPI, 495/205/2759, Bl. 9.

<sup>27</sup> F. Golz war das Pseudonym von Friedrich Fränken (1897-1976), seit 1920 Mitglied der KPD; nach wiederholten Verhaftungen durch die Gestapo 1935 Emigration über Prag nach Moskau; Teilnahme an der "Brüsseler Konferenz". Weitere biographische Angaben siehe: Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. Berlin 2004, S.213f.; Wladislaw Hedeler: Die deutschen Delegierten auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1935, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 2001, H. 3, S.370-383.

<sup>28</sup> Siehe RGASPI, 495/205/2759, Bl.4,8.

<sup>29</sup> Gemeint ist die "Internationale Organisation zur Unterstützung der Kämpfer der Revolution", wie sich die sowjetische Sektion der Internationalen Roten Hilfe (IRH) nannte.

Am 15. September 1936 füllte Charlotte Scheckenreuter einen Fragebogen aus, mit dem sie sich um die Mitgliedschaft in der KPdSU(B) bewarb und ihre Zugehörigkeit zur KPD nachweisen musste. Diesem Antrag war ein Lebenslauf beigefügt, in dem sie ihre politische Tätigkeit selbst einschätzte: "Politisch stand ich immer auf der Linie der Partei, an Gruppen der Fraktionen habe ich niemals teilgenommen. Ich muß aber hinzufügen, daß ich mich, solange ich in Deutschland war, immer nur in der Arbeitersportbewegung betätigt habe, wo ich nur sehr wenige politische Schulung erhielt. Während meiner Auslandsarbeit, die immer illegal war, war mir verboten, an kommunistischen Veranstaltungen teilzunehmen oder kommunistische Literatur bei mir zu führen.

Ich bitte die Partei, mir, solange ich in Moskau bin, behilflich zu sein, daß ich mir die mir fehlende politische Schulung hier aneignen kann."<sup>31</sup>

Da Charlotte keine politischen Funktionen bekleidet hatte und über keine spezielle Schulung verfügte, beschloss die Deutsche Sektion beim EKKI in einem von deren Vertreter Weber unterzeichneten Kommissionsvorschlag am 19. Oktober 1936, sie einer Sympathisantengruppe anzugliedern.<sup>32</sup>

Am 15. Oktober wandte sich die Deutsche Vertretung beim EKKI an die Direktion der Internationalen Lenin-Schule und empfahl, Charlotte im deutschen Sektor der Schule als Stenotypistin einzustellen. Besonders hervorgehoben wurde, dass sie in Strasbourg acht Monate in Untersuchungshaft gesessen hatte und nach Einstellung des Verfahrens im August 1936 auf Anweisung der Komintern in die Sowjetunion gereist war. Und auch der Hinweis in Charlottes Lebenslauf, dass sie immer auf der Linie der Partei gestanden und keinerlei Fraktionen angehört habe, wurde wörtlich zitiert. Charlotte erhielt die vorgesehene Arbeitsstelle in der Unterrichtsabteilung "A" der Schule mit einem Monatsgehalt von 300 Rubel.<sup>33</sup>

Es schien, dass jetzt ein gewisses Gleichgewicht in das Leben von Charlotte eingekehrt war, denn auch Hugo Eberlein hatte eine Tätigkeit aufgenommen und arbeitete als Sektorleiter im EKKI.

Zu diesem Zeitpunkt wohnte auch Hugos Sohn Werner<sup>34</sup> zusammen mit seinem Vater und Charlotte im Hotel "Lux". Werner Eberlein war Ende März 1934 als Vierzehnjähriger allein von Berlin aus nach Moskau emigriert, da sein weiterer Aufenthalt im faschistischen Deutschland zu gefährlich geworden war. Seine

<sup>30</sup> Siehe In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR, Berlin 1991, S.203. Georg Schmidt wurde später Opfer der Repressionen und nach seinem mutmaßlichen Tode 1956 offiziell rehabilitiert.

<sup>31</sup> RGASPI, 495/205/2759, Bl. 3.

<sup>32</sup> Siehe ebenda, Bl. 4.

<sup>33</sup> Siehe ebenda, Bl. 54.

<sup>34</sup> Werner Eberlein (1919-2002), nach acht Jahren Verbannung 1948 nach Deutschland zurückgekehrt; zunächst als Journalist tätig; 1964-1983 stellvertretender Leiter der Abteilung Parteiorgane beim ZK der SED; 1951-1989 Mitglied des ZK und 1986-1989 Mitglied des Politbüros des ZK der SED; 1983-1989 1. Sekretär der SED Bezirksleitung Magdeburg.

Eltern, inzwischen geschieden, waren beide illegal tätig: seine Mutter Anna Eberlein, geborene Harms, in Berlin innerhalb der KPD, und sein Vater, dessen illegale Tätigkeit der Komintern bekannt war und den die Gestapo mit Haftbefehl suchte, im Ausland.

Als Werner in Moskau eintraf, befand sich sein Vater noch nicht in der Sowjetunion. So nahm ihn zunächst dessen zweite Frau, Inna Armand, auf. Sie lebte in Moskau gemeinsam mit ihrer 1923 in Berlin geborenen Tochter Ines, der Halbschwester von Werner, sowie mit den Familien dreier ihrer Geschwister und anderen Mietern – insgesamt 18 Personen – in einer kommunalen Gemeinschaftswohnung in einem großen Mietshaus in der Nähe des Kreml. Nachdem Hugo Eberlein gemeinsam mit Charlotte Scheckenreuter in Moskau angekommen und ins Hotel "Lux" eingewiesen worden waren, zog Werner ebenfalls dort ein. Hier lernte er Charlotte kennen. Sein Vater und Inna Armand hatten sich inzwischen getrennt. Mit Charlotte lebte Hugo Eberlein in sogenannter "wilder Ehe", ohne Trauschein, zusammen.

Als in den frühen Morgenstunden des 27. Juli 1937 Hugo Eberlein plötzlich verhaftet wurde, war Charlotte Scheckenreuter sofort klar, dass dies Bestandteil jener riesigen, für sie völlig unerklärbaren Verfolgungswelle war, die ohne vorherige Anzeichen bereits zu Tausenden sowohl sowjetische Bürger als auch politische Emigranten aus den verschiedensten Ländern betroffen hatte. Sie wusste, dass die im ganzen Land durchgeführten Massenrepressionen allen sozialen Gruppen in Stadt und Land bis in die Reihen höchster Spitzenfunktionäre und deren Familien galten und dass dieses Schicksal auch schon viele der im Hotel "Lux" wohnenden ausländischen Kommunisten ereilt hatte. Daher schrieb sie sofort an Wilhelm Pieck:

Moskau, den 27.7.37

Werter Genosse Pieck!

Ich muß Ihnen leider die furchtbare Mitteilung machen, daß mein Mann, Genosse Hugo Eberlein, heute früh aus unserer Wohnung heraus verhaftet wurde.

Hugo bat mich dringend, Ihnen und Genossen Dimitroff sofort davon Mitteilung zu machen.

Ich selbst und noch mehr mein Mann waren entsetzt, denn ich bin fest überzeugt, daß er ganz unschuldig ist. Er selbst hat mir immer wieder versichert, daß er nichts gemacht habe, was die Ursache haben könnte, ihn zu verhaften.

Wenn Sie mir Nachricht geben, bin ich Ihnen sehr dankbar.

Lotte Reuter, Lux Zi. 71<sup>36</sup>

Die Verhaftung Hugo Eberleins hatte Charlottes sofortige Kündigung zur Folge. Ihr wurde am 2. August 1937 mitgeteilt, dass sie rückwirkend zum 23. Juli 1937, d. h. vier Tage vor Hugo Eberleins Verhaftung, von ihrer Arbeitstelle in der

<sup>35</sup> Siehe Eberlein, Geboren am 9. November, S.42-50.

<sup>36</sup> RGASPI, 495/205/2759, Bl. 54.

Lenin-Schule entlassen sei.<sup>37</sup> Als Grund wurde "Personaleinsparung" genannt.<sup>38</sup> Auch in dieser Situation fand Charlotte noch die Kraft, an die Deutsche Sektion des EKKI zu schreiben, um ihre Zuversicht zum Ausdruck zu bringen, dass es sich wohl um einen Irrtum handeln müsse:

An die deutsche Parteivertretung in der Komintern

Zur Verhaftung meines Mannes, Hugo Eberlein, spreche ich hiermit mein volles Vertrauen zur NKWD aus und hoffe, daß sich die Angelegenheit zum Guten aufklären wird. Bis dahin werde ich die Verbindung mit meinem Mann unterbrechen.

Moskau, den 17. August 1937

Lotte Reuter<sup>39</sup>

Die pure Willkür dieser Repressionen und die Hilflosigkeit diesen gegenüber lösten unter der Bevölkerung Angst, Unsicherheit und Misstrauen aus. Die emigrierten deutschen Kommunisten befanden sich – wie auch Charlotte – größtenteils erst kurze Zeit in der Sowjetunion und hatten den Schock der durch Verfolgung, Haft oder Konzentrationslager durchlittenen Erlebnisse in Nazideutschland noch nicht verarbeitet. Nun wurden sie plötzlich aus der beginnenden Normalität eines Lebens unter den neuen Bedingungen, nach dem Wechsel von der illegalen antifaschistischen Tätigkeit zu praktischer Arbeit für den Sozialismus, herausgerissen.

Sobald sich Verhaftungen im Bekanntenkreis herumgesprochen hatten, wandten sich Genossen und Freunde mit längeren oder knapp gehaltenen Schreiben an die Kaderabteilung des EKKI, in denen sie über ihre Kontakte, Treffen, Begegnungen und Gespräche mit den Verhafteten informierten. In vorsichtigen und zurückhaltenden Formulierungen brachten sie zum Ausdruck, dass sie nie bemerkt hätten, dass die Festgenommenen einen partei- oder sowjetfeindlichen Standpunkt in tagespolitischen oder die Geschichte der Partei betreffenden Fragen vertreten haben.

"Aus dem Urlaub zurückgekehrt", schrieb z. B. Rudolf Grätz, <sup>40</sup> "wird mir der Fall Eberlein bekannt. Aus diesem Anlaß erkläre ich: Hugo Eberlein kenne ich seit der ersten Reichskonferenz des Spartakusbundes im Jahre 1916 und traf ihn im Laufe der Jahre auf Parteitagen, Konferenzen usw. wieder. Innerparteilich gehörte er wie ich im November 1923 bis April 1924 zur sogenannten Mittelgruppe. Andere Beziehungen hatte ich zu Eberlein nicht.

<sup>37</sup> Siehe ebenda, Bl. 60.

<sup>38</sup> Siehe ebenda, Bl. 62.

<sup>39</sup> Ebenda, Bl. 56.

<sup>40</sup> Rudolf Grätz war das Pseudonym von Rudolf Lindau (1888-1977), Historiker; seit 1918 KPD; 1934-1945 in Emigration in der UdSSR, als Dozent für Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung tätig; 1948-1950 Direktor der Parteihochschule, danach wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Weitere biographische Angaben siehe Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S.461f.

Seit Eberlein in Moskau ist, konsultierte ich ihn wie auch andere Genossen hin und wieder zur Aufhellung parteigeschichtlicher Tatsachen. Der Auftrag des ZK an Eberlein und mich zum 20. Jahrestag der Gründung der KPD parteigeschichtliche Arbeiten vorzubereiten, führte mich mit Eberlein in letzter Zeit verschiedene Male in seiner und meiner Wohnung zusammen, wobei sich die Unterhaltungen um parteigeschichtliche Fragen drehten. Teils wurden diese Unterhaltungen am freien Tag auf Spaziergängen geführt. Zweimal waren Eberlein und Frau und ich und Frau am freien Tag auf der Datsche des Genossen Jan Dietrich<sup>41</sup>, wo meiner Erinnerung nach einmal auch der Genosse Fritz Becker<sup>42</sup> mit Familie gleichzeitig anwesend war. Bei den Unterhaltungen mit Eberlein waren immer seine Frau, meist sein Sohn, meine Frau, gelegentlich auch andere Genossen zugegen.

Ich fühle mich verpflichtet, etwas mitzuteilen, was mir im Zusammenhang mit dem Fall Eberlein in Erinnerung gekommen ist: bei der Feier des 50. Geburtstages Eberleins hielt Gen. Pieck eine kleine Ansprache, in der er auch einen Rückblick gab und Eberleins Verhältnis zur Partei kritisch würdigte. Als Auffassung des ZK der KPD teilte Gen. Pieck mit, Eberlein solle die Möglichkeit gegeben werden, wieder enger an der Arbeit der deutschen Partei teilzunehmen. Als Eberlein in seiner Erwiderung auf sein Verhältnis zur deutschen Partei zu sprechen kam, sprach er mit fast tränenerstickter Stimme.

Als mir kurz danach Eberleins Frau in der Bibliothek unseres Institutes Bücher ausfolgte und ich eine scherzhafte Bemerkung über diese Szene machte, sagte sie lachend, daß Eberlein manchmal sentimentale Anwandlungen habe. So habe er im Ausland, nachdem er abends etwas reichlich getrunken hatte, ihr gegenüber Selbstmordgedanken geäußert, aber am nächsten Tag diese Tatsache abgestritten.

Ich habe bisher dieser Sache keine Bedeutung beigemessen, möchte jedoch nicht versäumen, sie mitzuteilen, da mir die durch den Fall angeregten Überlegungen zeigen, daß diese Sache evtentuell doch Bedeutung haben kann.
Rudolf Grätz<sup>443</sup>

Jean Dietrich, der eine Verabredung mit Eberlein im "Lux" wahrnehmen wollte, und anrief, wurde von Eberleins Frau mit der Begründung ausgeladen: "Bei uns ist etwas passiert. Du kommst am besten nicht zu uns." Er habe daraus entnommen oder angenommen, teilte er der Kaderabteilung mit, dass "Eberlein

42 Fritz Becker war das Pseudonym von Fritz Apelt (1893-1972), langjähriger Redakteur kommunistischer Presseorgane; nach illegaler Tätigkeit und Verhaftung in Deutschland 1935 in die Sowjetunion emigriert und beim EKKI tätig. Weitere biographische Angaben siehe Weber/ Herbst, Deutsche Kommunisten, S.62f.

.

<sup>41</sup> Jean (auch Jan) Dietrich war das Pseudonym von Paul Wilhelm Jäkel (1890-1943), Gewerkschaftsfunktionär; 1933 Emigration über die Tschechoslowakei in die UdSSR; bis 1937 als Sekretär in der Roten Gewerkschaftsinternationale tätig. Weitere biographische Angaben siehe Weber/ Herbst, Deutsche Kommunisten, S.339.

<sup>43</sup> Siehe RGASPI, 495/205/6225, Bl. 261. Die Rede Wilhelm Piecks auf der Geburtstagsfeier von Hugo Eberlein wird auch erwähnt in: Herbert Wehner: Zeugnis, Köln 1982, S.212.

verhaftet ist. Sollte das der Fall sein, so erkläre ich, das wir uns fast gar nicht politisch unterhalten haben, sondern die Besuche ohne meine Einladung nur kameradschaftlichen Charakter getragen haben."<sup>44</sup>

Dort, wo Hugo Eberlein und Charlotte Schreckenreuter glaubten, einen Beitrag zur Verwirklichung ihrer Ideale leisten zu können, wurden sie erneut schlimmsten Verfolgungen ausgesetzt. Die Beschuldigungen, die zuerst gegen Hugo und dann gegen Charlotte erhoben wurden, waren für sie, ihre Familien und ihre nähere Umgebung völlig unverständlich. Die gegen sie und andere vorgebrachten Anschuldigungen ähnelten alle einem vorgegebenen Schema mit stereotypen Formulierungen, so dass die Betroffenen schnell nach bestimmten Gesichtspunkten in Gruppen von straffällig Gewordenen eingeordnet werden konnten.

Bereits hieran wird sichtbar, dass es um eine verwaltungsmäßig möglichst rasch abzuwickelnde Massenaktion ging. Ähnliches hatten die Emigranten bereits nach ihrer Einreise und bei der Einstellung zur Arbeit erlebt. Die Fragebögen, die sie auszufüllen hatten, waren so formuliert, dass die Bewerber durch die zu erwartenden Antworten bestimmten Kategorien zugewiesen werden konnten, nach denen sie vor allem entsprechend ihrer sozialen Herkunft, ihrem Zuverlässigkeitsgrad für Partei und Staat, ihrem Bildungsstand und ihrem möglichen Einsatz "bewertet" wurden. Es ging zumeist weniger um Erkenntnisse über das frühere Leben der Bewerber und mögliche Besonderheiten oder Schwierigkeiten ihrer Integration in die sowjetische Gesellschaft als um Sicherheitsgarantieren und Kontrolle. Ein solches vorgefertigtes Begriffsinstrumentarium trat jenen, die Repressionen ausgesetzt waren, nun erneut entgegen.

Auch die Haftbefehle und Anklagen waren nach festgelegtem Muster aufgebaut: Spionage; konterrevolutionäre, antisowjetische terroristische Diversionstätigkeit; Zugehörigkeit zu terroristischen, faschistischen, konterrevolutionären Spionageorganisationen und diesen angeblich unterstellten Gruppen; sowjetfeindliche, faschistische Agitation und Propaganda; Schädigung der Wirtschaft; Geheimnisverrat; Verbindung zu Volksfeinden; Mordpläne gegenüber Regierungs- und Parteifunktionären u. ä. Als "Beweise" genügten meist mündlich oder schriftlich erpresste Aussagen von Mitbeschuldigten oder Dossiers ungenannter Herkunft, die vorbestimmten Anforderungen entsprachen. Und auch für die Strafverfolgung stand ein fester Katalog zur Verfügung – bis zur Höchststrafe, der Verurteilung zum Tode. All dies fand - gestützt auf entsprechende ideologischpolitische Argumentationen und auf die Propagierung der öffentlichen Schauprozesse in Presse und Rundfunk - seinen Niederschlag in der gesellschaftlichen und persönlichen Meinungsbildung. Der Personenkult, der als solcher kaum in seiner Tragweite erkannt und öffentlich kein Gegenstand von Diskussionen war, setzte einen Mechanismus der Überbewertung, des sich Überhebens, des willkürlichen Herrschens der "Oberen" und einer Unterschätzung, einer Degradierung und des Beherrschtseins der "Unteren" in Gang, der die

<sup>44</sup> Siehe RGASPI, 495/205/6225, Bl. 262.

Richtung des gesellschaftlichen Denkens bestimmte und wohl auch zu Persönlichkeitsdeformationen jener Zeit beitrug.

Dies alles traf so auch auf das Schicksal von Hugo Eberlein zu. Im Haftbefehl Nr. 3654 vom 26. Juli 1937 wurde er beschuldigt, "führendes Mitglied einer antisowjetischen Organisation im System der Komintern" zu sein, über das "die antisowjetische Organisation die Finanzierung ausländischer Gruppen aus Mitteln der Komintern abgewickelt" habe. Die Schlussfolgerung lautete: "Eberlein ist zu verhaften."<sup>45</sup> Als "Beweise" dienten die erpressten Aussagen ebenfalls inhaftierter und später hingerichteter oder in der Haft umgekommener führender Kommunisten aus verschiedenen Ländern: so Aleksandr L. Abramov, <sup>46</sup> Hermann Remmele, <sup>47</sup> Béla Kun, <sup>48</sup> Boris N. Mel'nikov <sup>49</sup> und Werner Hirsch. <sup>50</sup>

Auch der Beschluss über die Ergreifung von Prohibitivmaßnahmen und die Anklageerhebung vom 11. August 1937 entsprachen den vorgegebenen Regeln: Hugo Eberlein sei "in ausreichendem Maße überführt, Mitglied einer illegalen rechtstrotzkistischen Organisation in der Komintern zu sein, die eine aktive staatsfeindliche Arbeit, inklusive Terror gegen die Führer der KPdSU(B) und der

46 Aleksandr Lazarevi Abramov (1885-1937); Vertreter und 1926-1935 Leiter der OMS; am 22.5.1937 verhaftet, am 25.11.1937 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR wegen "Leitung einer trotzkistischen terroristischen Organisation in der Komintern" zum Tode verurteilt und am 26.11.1937 erschossen; auf dem Donskoe Friedhof in Moskau verscharrt.

47 Hermann Remmele (1880-1939), 1920-1933 Mitglied des ZK der KPD, 1923-1933 des Politbüros; 1925-1933 Mitglied des EKKI; gehörte dem ultralinken Flügel der KPD an und wurde von der Tätigkeit in der KPD und in der Komintern suspendiert; dann in der Abteilung Propaganda und Massenorganisationen der Komintern tätig; am 15.5.1937 verhaftet; am 7.3.1939 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR wegen "Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären terroristischen Organisation" zum Tode verurteilt und am 7.3.1939 erschossen; auf dem Donskoe Friedhof in Moskau verscharrt. Weitere biographische Angaben siehe Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 605-607.

48 Béla Kun (1886-1938), 1918 Mitbegründer der Ungarischen Kommunistischen Partei und 1919 Volkskommissar der Ungarischen Räterepublik; 1920-1936 leitender Mitarbeiter des EKKI; am 28.6.1937 verhaftet, am 29.8.1938 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR wegen "Leitung einer konterrevolutionären terroristischen Organisation" zum Tode verurteilt und am 29.8.1938 im Objekt "Kommunarka" bei Butovo erschossen.

49 Boris Nikolaevi Mel'nikov (1895-1938), Mitarbeiter der OMS, ab 1937 dessen Leiter; am 4.5.1937 verhaftet; am 25.11.1937 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR wegen "Spionage" zum Tode verurteilt und am 28.7.1938 im Objekt "Kommunarka" bei Butovo erschossen.

50 Werner Hirsch, Pseudonym: Peter (1899-1941), einer der Chefredakteure der "Roten Fahne"; zusammen mit Ernst Thälmann verhaftet; nach Entlassung Emigration nach Moskau; 1936 verhaftet; im November 1937 zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt; 1941 im Moskauer Butyrka-Gefängnis verstorben. Weitere biographische Angaben siehe Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S.315f.

<sup>45</sup> ZAFSDR, Strafakte R-23424, Bl. 1.

Sowjetregierung sowie Spionagetätigkeit zu Gunsten eines ausländischen Geheimdienstes betreibt".<sup>51</sup> Er wurde zu Haft nach Artikel 58, Punkt 6, 8, 10 und 11 des Strafgesetzbuches verurteilt.

Zu den Maßnahmen des NKVD gehörte, Freunde und Bekannte der Betroffenen sowie deren Arbeitsstellen aufzufordern, schriftliche Meinungsäußerungen im Zusammenhang mit den Verhaftungen abzugeben. So enthält auch die Akte von Hugo Eberlein eine mit Belov<sup>52</sup> unterzeichnete, als streng vertraulich gekennzeichnete handschriftliche Liste mit den Namen von fünf in die Sowjetunion emigrierten Mitgliedern der KPD und deren Kurzbiographien, die am 9. Oktober 1937 mit der Schreibmaschine abgeschrieben und am 13. Oktober 1937 unter der Nr. 2503 registriert wurde.<sup>53</sup> Die Tatsache, dass es sich bei dieser Befragungsaktion mit großer Wahrscheinlichkeit um eine übliche Methode der staatlichen Untersuchungsorgane handelte, wird dadurch erhärtet, dass bei einem der angeführten Namen auf eine frühere Anforderung für einen anderen Fall vom 20. September 1937 unter Nr. 13058 Bezug genommen wurde.<sup>54</sup> In Übereinstimmung mit den von Belov notierten Namen finden sich in der Akte Hugo Eberleins dann auch die entsprechenden Meinungsäußerungen.

Es spielte jedoch für Hugo Eberleins tragisches Schicksal keinerlei begünstigende Rolle, dass in diesen Aufzeichnungen weder Vergehen noch Beschuldigungen oder Mutmaßungen zu finden waren, dass darin exakt über Anlass, Ort und Datum ihrer Bekanntschaft auf dem Hintergrund der jeweiligen Parteiarbeit unterrichtet wurde und sogar Familienzusammenkünfte zum gemeinsamen Verbringen der Freizeit o. ä. ausführlich beschrieben sind. Es zeigte auch keinerlei Wirkung, dass die Befragten die ungeheuerlichen, an den Haaren herbeigezogenen Begründungen des Haftbefehls, die ihnen ja nicht bekannt waren, von vornherein ad absurdum führten. Die Befragten bewiesen großen persönlichen Mut, dass sie angesichts der sicher auch ihnen bekannt gewordenen Gefahren des unberechenbaren Terrors eine hohe Meinung von Hugo Eberlein und Charlotte Scheckenreuter bekundeten, sich nicht zu falschen oder vagen Aussagen bewegen ließen und ihren in akuter Lebensgefahr schwebenden Genossen zu retten versuchten.

So heißt es in der Niederschrift von Helene Eilmann, die Hugo Eberlein seit 1928 aus ihrer Parteiarbeit in Berlin kannte: "Ich hatte keine Bedenken gegen unseren persönlichen Verkehr, da ich aus allen auch später mit ihm geführten Gesprächen immer wieder neu den Eindruck gewinnen mußte, es mit einem der

52 Es handelt sich um das führende Mitglied der Bulgarischen KP Georgij Damjanov (1892-1958), 1937/1938 Instrukteur der Internationalen Brigaden in Spanien; bis 1941 Stellvertreter des Leiters der Kaderabteilung der Komintern; ab 1944 Sekretär des ZK der Bulgarischen KP; zuletzt Vorsitzender der Nationalversammlung der Bulgarischen Volksrepublik.

<sup>51</sup> ZAFSDR, R-23424, Bl. 8.

<sup>53</sup> Siehe RGASPI, 495/205/6225, Bl. 257, 257 Rücks.

<sup>54</sup> Siehe ebenda, Bl. 255, 257.

Partei und dem Sowjetstaat ergebenen Menschen zu tun zu haben. "55

Fritz Apelt (Becker) berichtete über die familiären Kontakte, die er und seine Frau zu Hugo Eberlein und Charlotte Scheckenreuter unterhielten. Sie hätten bisweilen gemeinsam die Freizeit verbracht und sich auch in Anwesenheit von Rudolf Grätz (Lindau), der auf diesem Gebiet arbeitete, über Fragen der Parteigeschichte der KPD sowie der Tagespolitik ausgetauscht. Dabei habe er, Apelt, "nie bemerkt, daß Eberlein einen partei- oder sowjetfeindlichen Standpunkt vertreten hat". <sup>56</sup>

Auch Rudolf Lindaus Frau, Eva Grätz (Ella Sindermann), die in Deutschland Funktionärin in einem Unterbezirk der KPD gewesen war und nach ihrer Emigration in Moskau zunächst in der Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter und dann in der Komintern arbeitete, bekräftigte ihr Vertrauen zu Hugo Eberlein.<sup>57</sup>

Charlottes Scheckenreuters Hoffnungen, ihren Mann bald wiederzusehen, erfüllten sich nicht. Er blieb spurlos verschwunden. Nun stand sowohl sie als auch Hugo Eberleins Sohn Werner völlig schutzlos und ohne jegliches Einkommen da. Dieser fand schließlich eine Arbeit im Moskauer Kautschukwerk und suchte sich, da er das "Lux" nicht mehr betreten durfte, einen Platz im Arbeiterwohnheim der Komintern, das sich in einem Nebengebäude auf dem Hof befand und in das er nur durch eine Seitengasse und über die Hinterhöfe gelangen konnte. In diesem Gebäude wurden dann auch Frauen und andere Familienmitglieder verhafteter Emigranten einquartiert. Charlotte Scheckenreuter wurde das Zimmer 294 zugewiesen,58 das sie sich mit Margarete Buber-Neumann59 teilte. Im Februar 1940 musste Werner nach Sibirien in die Verbannung gehen, er kam von dort erst nach acht Jahren dank Wilhelm Piecks Unterstützung frei. Bei ihren Bemühungen, Informationen über den Verbleib Hugo Eberleins zu erlangen, stellte sich Charlotte Scheckenreuter zunächst im Auskunftsbüro des NKVD-Gefängnisses "Lubjanka" an der endlosen Schlange der aus demselben Grund dort wartenden Angehörigen von Verhafteten an. Sie erhielt keine Auskunft und versuchte es danach im "Lefortovo"- und im "Butyrka"-Gefängnis. In Letzterem erfuhr sie schließlich, dass Hugo Eberlein dort als Gefangener registriert war. Man gestattete ihr, monatlich 50 Rubel für ihn einzuzahlen. Das war für sie der einzige Beweis, dass Hugo noch am Leben war, und für ihn ein Zeichen, dass seine Familie ihn gefunden hatte.

<sup>55</sup> Ebenda, Bl 258.

<sup>56</sup> Ebenda, Bl. 260.

<sup>57</sup> Siehe ebenda, Bl. 259.

<sup>58</sup> Siehe RGASPI, 495/205/1599, Bl. 28, 31, 32.

<sup>59</sup> Margarete Buber-Neumann (1901-1989), seit 1926 Mitglied der KPD; Emigration in Spanien, der Schweiz und der Sowjetunion; ihr zweiter Ehemann Heinz Neumann, Mitglied des Politbüros der KPD und des Deutschen Reichstags, wurde 1937 in Moskau verhaftet und hingerichtet; sie wurde nach zwei Jahren Lagerhaft nach Deutschland ausgeliefert und verbrachte fünf Jahre im KZ Ravensbrück; war als politische Publizistin tätig.

Erst 1939 teilte man Charlotte im "Lubjanka"-Gefängnis mit, dass Hugo Eberlein nach mehreren Artikeln des Paragraphen 58 des Strafgesetzbuches schlimmster Vergehen wie antikommunistischer und sowjetfeindlicher Tätigkeit, Verrat, Spionage, Mordabsichten usw. bezichtigt und zu 15 Jahren Lagerhaft verurteilt worden war.

Bei ihrer Übersiedlung nach Moskau hatte Charlotte Scheckenreuter zunächst jegliche Verbindung zu ihren Verwandten und Freunden in Deutschland und in der Schweiz verloren. Es gelang ihr jedoch recht schnell, über ein ihr bekanntes Mitglied der KPD wieder mit ihnen in Kontakt zu kommen. Dies geht aus einem mit Susy<sup>60</sup> unterzeichneten, maschinegeschriebenen Bericht vom 14. Dezember 1937 ohne Adressaten sowie aus vier Briefen hervor, die sich in Charlottes Personalakte befinden. Diese Briefe wurden in der Zeit von Ende Oktober bis Ende Dezember 1937 geschrieben. Zwei davon hatte Charlotte an die Verfasserin des Berichts geschickt, die darin mit Lilli und Lydia angeredet wird. Die beiden anderen stammen von einer der Schwestern von Charlotte und sind mit E. unterzeichnet, einer davon enthält am Schluss noch eine kurze Mitteilung der Mutter. Bei diesen Dokumenten fand sich auch ein in französischer Sprache verfasstes Anschreiben des Sekretariats der KPD ohne Datum, das an Legros<sup>61</sup> adressiert war und die Bitte enthält, beiliegende Korrespondenz der Frau von Eberlein per Kurier nach Moskau zu übermitteln. Vermutlich lief über ihn auch der Schriftverkehr zwischen Charlotte und ihren Verwandten.

Der erwähnte Bericht von Susy enthält einige Einzelheiten über Art und Wege der Zustellung der Korrespondenzen sowie über die Schwierigkeiten, denen Charlotte Scheckenreuter und Hugo Eberlein durch ihre unverhoffte Verhaftung in Frankreich und ihre unerwartete Emigration in die UdSSR ausgesetzt waren. Diese Informationen dürften hinsichtlich der illegalen Praxis jener Zeit von allgemeinem Interesse sein.

"Ungefähr Mitte September 1936 erhielt ich in Basel einen Brief aus Moskau von Lotte, der Frau von Hugo E[berlein]", schrieb Susy. "Sie bat mich darin, verschiedenes für sie zu erledigen, wie Wäsche abholen, die zurückgeblieben war, Wollsachen kaufen usw. (Vor ihrer Abreise hatten sie mir etwas Geld zur Aufbewahrung übergeben.) Weiter wollte Lotte eine Schweizer Adresse haben, wohin sie für ihre Verwandten in Deutschland schreiben könnte. Diesem Brief von Lotte lag ein Brief für ihre Verwandten bei, mit deren Adresse. Ich sollte diesen Brief abschicken, möglichst von jenseits der deutschen Grenze, und dabei ebenfalls eine Schweizer Adresse beilegen, an die die Verwandten für Lotte schreiben könnten.

60 Um wen es sich handelt und an wen der Bericht adressiert war, konnte nicht festgestellt werden.

61 Legros war der Deckname von Maurice Tréand, der ab 1934 als Leiter der Kaderkommission beim ZK der Französischen KP im Auftrag des EKKI für die illegalen Verbindungen zu verschiedenen westeuropäischen kommunistischen Parteien zuständig war.

\_

Ich wandte mich deswegen an den Genossen Werner Meili<sup>©</sup>, einen Funktionär der Schweizer Partei, und übergab ihm zugleich den Brief für Lottes Verwandte in Deutschland mit deren Adresse. Genosse Meili besorgte eine Basler Adresse und übernahm die Weiterbeförderung der Post nach Deutschland. Genosse Meili hat immer alle Briefe, bevor er sie nach Deutschland weiterleitete, gelesen.

Auf diese Art kam eine Korrespondenz zwischen Lotte und mir zustande, d. h., sie legte den Briefen für ihre Verwandten meist auch einige Zeilen an mich bei, und ich machte das bei den Briefen, die ich an sie weiterzuleiten hatte, ebenso. Durchschnittlich ging pro Monat je ein Brief nach jeder Richtung.

Einige Male bekam ich dabei auch von Hugo E[berlein] auf diesem Wege verschiedene Anfragen und Mitteilungen betr. meiner Arbeit. Seit meinem Umzug wurde mir diese Post von Basel aus nachgeschickt.

Vom 15. August 37 bis zum 6. Oktober 37 schrieb Lotte nicht mehr. <sup>63</sup> Inzwischen hatte ich ihr drei Mal Briefe von ihren Verwandten geschickt. Am 25. Oktober erhielt ich den Brief von Lotte vom 6. Oktober mit 3 Briefen für ihre Verwandten. Diese Briefe von Lotte waren alle sehr deprimiert. Ich schickte ihr am 26. Oktober einen Brief von ihren Verwandten, den ich kurz zuvor erhalten hatte. Die Briefe von Lotte für ihre Verwandten nahm ich Ende Oktober gelegentlich einer Reise nach Basel mit, um sie dem Genossen Meili zu übergeben. Bei dieser Gelegenheit sprach ich mit ihm über diese Briefe. Genosse Meili war wie ich erstaunt über deren veränderten Ton und sagte mir, er wolle die 3 Briefe der Basler Parteileitung übergeben, um zu erfahren, ob er sie nach Deutschland weiter befördern solle. Ich war damit natürlich ganz einverstanden und bat ihn, mir die Entscheidung der Partei umgehend mitzuteilen. Es kam jedoch leider nicht mehr zu dieser Mitteilung, denn Gen. Meili mußte an dem verabredeten Tage unerwartet verreisen und inzwischen fuhr ich wieder zurück. Seither war ich nicht mehr in Basel und hatte daher keine Gelegenheit mehr, mit ihm zu sprechen.

Inzwischen erhielt ich von Basel weitere 2 Briefe von Lotte und 2 Briefe für sie von ihren Verwandten. Ich habe Lotte nicht mehr geantwortet und ihr auch die Briefe ihrer Verwandten nicht geschickt, weil ich erst die Stellungnahme der Schweizer Partei abwarten wollte.

Freund Albert,<sup>64</sup> dem ich Kenntnis von dem ganzen Sachverhalt gab, hat mich ersucht, dieses kurze Exposé zu machen und vorläufig auch weiterhin den Briefwechsel einzustellen.

Falls noch Briefe von Lotte oder von ihren Verwandten ankommen sollten, so wären diese Briefe wie bisher nach Basel adressiert worden. Gen. Meili kann euch diese Basler Adresse angeben.

<sup>62</sup> Werner Meili (1899-1967), Funktionär des Kommunistischen Jugendverbandes der Schweiz.

<sup>63</sup> Die Pause in der Korrespondenz war vermutlich auf die Verhaftung Hugo Eberleins durch das NKVD am 27.7.1937 zurückzuführen.

<sup>64</sup> Eventuell handelt es sich um Albert Müller (eigentlich Georg Brückmann) (28.11.1903-1942), Mitarbeiter der Kaderabteilung der Komintern; im Herbst 1938 verhaftet; am 7.4.1941 verurteilt; 1942 im Lager verstorben.

Die Poststelle in Basel sollte die Post so aufteilen, dass die Briefe, die an die Verwandten in Deutschland befördert werden sollen, dem Gen. Meili direkt übergeben werden und alles Andere an mich geschickt wird.

Wenn man sicher gehen will, dass diese Post nicht nach Deutschland geschickt wird, so muss man sich an den Gen. Meili wenden. Ihr könnt auch durch seine Vermittlung die gesamte Post von und an Lotte von Basel aus direkt erhalten, so dass das gar nicht mehr über mich zu gehen braucht.

Ich lege die oben erwähnten 4 letzten Briefe bei:

Nr. 1) und 2) sind von Lotte an mich,

Nr. 3) und 4) von Lottes Verwandten an Lotte.

4 Beilagen

Susy, den 14. Dezember 1937<sup>65</sup>

In dem ersten der beigefügten Briefe, den Charlotte am 25. Oktober 1937 an ihre Freundin in der Schweiz geschrieben hatte, erwähnte sie nichts Konkretes über Hugo Eberleins Verhaftung. Sie beschränkte sich auf kurze Andeutungen, dass "man alles überstehen [muß], [daß] man ja so viel aushalten [kann]". Außerdem teilte sie mit, dass sie jetzt eine andere Zimmernummer(338) habe. Sie bat, alle alten Freunde zu grüßen und setzte hinzu, "es wäre interessant zu hören, ob sie mich wieder grüßen lassen".66 In dem zweiten Brief vom 13. November 1937 bedankte sich Charlotte für die Post der Freundin vom 26. Oktober 1937 und betonte, wie gut es ihr tue, "ab und zu ein paar gute Worte zu hören"<sup>67</sup>. Sie berichtete, dass sie jetzt ein Zimmer bewohne, das im Hof gelegen sei und das sie selbst mit Holz beheizen müsse, dass Hugos Sohn jetzt Arbeit habe, selbst für sich sorge und ihr zum Geburtstag eine Schachtel Pralinen und eine Tafel Schokolade geschenkt habe. "Wenn das sein Vater gesehen hätte, wäre er zu Tränen gerührt gewesen." Besonderen Dank übermittelte Charlotte dem Freund, der ihr Grüße übermittelt hatte und fragte vorsichtshalber an, ob es nicht besser sei, wenn sie künftig an eine andere Adresse in der Schweiz schreiben

Die beiden anderen beigelegten Briefe vom 9. und 25. November 1937 stammen von Charlottes Schwester Emma und enthalten auch Grüße von und Berichte zu anderen Verwandten und Freunden, so über Besuche bei Familienangehörigen und über den Gesundheitszustand der Mutter. Man würde sehnsüchtig auf eine Nachricht von Charlotte warten und könne sich nicht erklären, warum sie nichts von sich hören lasse. Die allgemeine Lage im faschistischen Deutschland wird mit trostlosem Wetter und düsterem Himmel umschrieben. Charlotte Verwandte seien sehr beunruhigt über deren schwierige Situation. Sie hätten schon nach Wegen gesucht, ihr auch finanziell etwas zu helfen, aber noch keine Lösung gefunden, ihr etwas mitzuschicken.

<sup>65</sup> RGASPI, 495/205/2759, Bl. 43, 44.

<sup>66</sup> Ebenda, 495/205/1599, Bl. 51, 51 Rücks., 52.

<sup>67</sup> Ebenda, Bl. 53, 53 Rücks., 54.

<sup>68</sup> Siehe ebenda.

<sup>69</sup> Siehe ebenda, Bl. 54, 54 Rücks., 55.

Ein weiterer Brief von Charlottes Schwester, datiert mit dem 20. Dezember 1937, berichtet vom Geburtstag der Mutter, zu dem fast alle Geschwister gekommen waren, von der Verurteilung von Sportfunktionären zu mehrjährigen Haftstrafen sowie von dem endlich zustande gekommenen Kontakt zu Charlottes "alter Freundin", die ihnen Nachrichten übermittelt hatte und mit der die Schwester weiter in Verbindung bleiben wollte."



Charlotte Scheckenreuter während ihrer Haftzeit von September 1938 bis Januar 1939. Sie befanden sich mit dem Duplikat der Order Nr. 29 vom 15. Januar 1939 über ihre Entlassung aus dem Butyrka-Gefängnis und über die Rückgabe ihrer persönlichen Sachen in einem Briefumschlag, in: ZAFSDR, Beschuldigtenakte 19650, Bl. 16.

Die Tatsache, dass der Bericht von Susy und diese Briefe schließlich nach Moskau gelangten und dass sie in einer zusammengefassten Ablage und mit mehrfacher Registrierung in unterschiedlichen Inventarlisten im Archiv gefunden wurden, lässt darauf schließen, dass die Post von und an Charlotte nach der Verhaftung Hugo Eberleins einer besonderen Kontrolle unterlag und dass sie die Briefe ihrer Verwandten nicht erhalten hat

Verhaftung Charlotte Schreckenreuters und erzwungene Ausreise nach Deutschland Am 20. Juni 1938 wurde auch Charlotte festgenommen. Der von der Hauptverwaltung für Staatssicherheit des NKVD für den Vollzugsbeamten Efimov ausgestellte Haftbefehl Nr. 3706 war unterzeichnet vom Volkskommissar für

<sup>70</sup> Siehe ebenda, Bl. 50, 50 Rücks.

Inneres der UdSSR Ežov sowie vom Leiter der II. Abteilung<sup>71</sup> der Hauptverwaltung für Staatssicherheit.<sup>72</sup> Bereits am 1. Juni 1938 hatte eine als streng vertraulich gekennzeichnete und vom Stellvertreter des Volkskommissars für Inneres, M. P. Frinovskij, unterzeichnete Order mit dem Befehl "verhaften, durchsuchen" vorgelegen,<sup>73</sup> die die üblichen stereotypen verleumderischen Formulierungen der Strafbefehle und Anklagen in den Jahren des Großen Terrors enthielt. Sie hat folgenden Wortlaut:

Scheckenreuter, Ch. ist die Ehefrau des inhaftierten aktiven Mitglieds der sowjetfeindlichen Spionageorganisation, die innerhalb der Komintern existiert hat, eines der Führer der rechten doppelzünglerischen Gruppe der Versöhnler in der KPD, Hugo Eberlein.

Sie ist sowjetfeindlich eingestellt, verbreitet Verleumdungen gegenüber der Sowjetmacht sowie den von der KPdSU(B) und der Sowjetregierung durchgeführten Maßnahmen.

Sie unterhält briefliche provokatorische sowjetfeindliche Verbindungen zu Deutschen, die in Deutschland leben.

Der Leiter der III. Abteilung der I. Verwaltung des NKVD<sup>74</sup> Kommissar der Staatssicherheit 3. Ranges gez. Nikolaev<sup>75</sup>.

Quer über diesem Text steht mit dem Datum vom 15. Juni in großen mit einem braunen Stift geschriebenen Buchstaben die Notiz "Einverstanden". Sie ist mit einem Namenskürzel unterzeichnet, das dem aus anderen Dokumenten bekannten Unterschriftskürzel von Georgi Dimitroff gleicht.<sup>76</sup>

Am 3. September 1938 wurde Charlotte Scheckenreuter von dem operativen Bevollmächtigten der I. Abteilung der 3. Abteilung Ruš als Beschuldigte vernommen. Hierbei waren die üblichen 20 Fragen zu Person, Herkunft, Bildung, Parteizugehörigkeit, Repressionen usw. zu beantworten. Charlotte teilte

71 Es handelt sich um die operative Abteilung, die für die Durchführung der Verhaftungen zuständig war.

72 Siehe ZAFSDR, Beschuldigtenakte 19650, Bl. 1. Der Umschlag der Akte weist noch eine spätere Bezeichnung der Akte auf: R18343. Der Buchstabe "R" bedeutet, dass eine Rehabilitierung stattgefunden hat. In der Akte ist jedoch keine Rehabilitationsbescheinigung vorhanden.

73 Diese Order befindet sich in der Beschuldigtenakte 19650 im ZAFSDR und ist dem Haftbefehl Nr. 3706 vom 20. Juni 1938 vorangestellt. Sie war vermutlich zur Vorbereitung desselben bestimmt. Das Blatt ist nicht paginiert.

74 Es handelt sich um die geheime politische Abteilung, die für die Bekämpfung "feindlicher politischer Parteien" und "antisowjetischer Elemente" zuständig war.

75 Nikolaj Galaktionovi Nikolaev-Žurid (1897-1940) war der Leiter dieser geheimen Abteilung.

76 Georgi Dimitroff (1882–1949), führender Funktionär der bulgarischen und internationalen kommunistischen Bewegung; 1924-1935 Kandidat des EKKI; 1926-1935 Kandidat des Sekretariats des EKKI; 1929-1933 illegale Tätigkeit in Deutschland als Leiter des Büros der Komintern für die westeuropäischen Länder.

\_

u. a. mit, dass sie Deutsche ohne Staatsbürgerschaft sei, keinen Pass besitze, dass ihr Familienangehöriger Hugo Eberlein vom NKVD der UdSSR 1937 verhaftet worden sei, dass sie von 1927 bis zur Verhaftung ihres Mannes 1937 Mitglied der KPD gewesen sei, dass sie 1935 zusammen mit ihrem Mann in Strasbourg wegen des Verdachts der Spionage für die UdSSR verhaftet wurde, etwa acht Monate im Gefängnis gewesen und dann entlassen worden sei. Die ihr zur Last gelegten Beschuldigungen, sowjetfeindliche Arbeit gegen die KPdSU(B) und die Sowjetunion geleistet zu haben, wies Charlotte strikt zurück. Hinsichtlich der Dauer ihrer Beziehungen zu Hugo Eberlein teilte Charlotte mit, dass sie seit 1933 bis zu seiner Verhaftung mit Hugo Eberlein in einer ehelichen Beziehung gestanden habe.

Als Charlotte mit der Behauptung konfrontiert wurde, Hugo habe einer sowjetfeindlichen Organisation angehört und als deren Teilnehmer aktive antisowjetische Tätigkeit und weitere Tätigkeit gegen die Komintern, die Sowjeunion und die KPdSU(B) geleistet, und man sie fragte, ob sie sich daran beteiligt habe, antwortete sie: "Mir ist nichts von einer antisowjetischen Tätigkeit Hugo Eberleins bekannt. Ich habe mich an keinerlei antisowjetischer Tätigkeit beteiligt, die Eberlein angeblich geleistet haben soll. Ich kann nur wiederholen, dass ich niemals gegen die Sowjetunion oder die Komintern gearbeitet habe."

Mehrfach wehrte sich Charlotte entschieden gegen die rigiden Behauptungen, sie sage die Unwahrheit. Befragt nach den Gründen ihrer Festnahme 1935 in Strasbourg, berichtete sie über die Ereignisse: Man habe sie im August aus Frankreich ausweisen wollen, doch diese Regierungsentscheidung konnte nicht durchgesetzt werden, da sie sich zu dieser Zeit in der Schweiz aufhielt. Im September 1935 sei sie nach Strasbourg zurückgekommen, und in dem Moment, als Hugo Eberlein bei ihr in der Wohnung war, seien sie beide festgenommen und zur Polizei gebracht worden. Sie sollten aus dem Land ausgewiesen werden. Da Eberlein aber einen dänischen Pass in Händen hatte und die Polizei durch eine Überprüfung festgestellt hatte, dass dieser Pass gefälscht war, wurden beide von der Polizei verhaftet und der Spionage für die Sowjetunion bezichtigt. Sie sei insgesamt drei Mal vernommen worden. Schließlich habe man die Anschuldigungen gegen Eberlein und sie zurückgenommen. Eberlein wurde zu zehn Monaten Gefängnis wegen Nutzung eines falschen Passes verurteilt. Sie selbst sei im Mai 1936 aus dem Gefängnis entlassen und aus Frankreich nach Luxemburg ausgewiesen worden.

Nach viereinhalb Monaten Untersuchungshaft wurden die Ermittlungen laut Beschluss der Untersuchungsbehörde des NKVD vom 18. Januar 1939 eingestellt und Charlotte aus dem Butyrka-Gefängnis entlassen, da "keine strafbare Handlung seitens der Beschuldigten Scheckenreuter vorliegt und keine Teilnahme an der antisowjetischen Tätigkeit ihres Ehemannes Hugo Eberlein nachgewiesen wurde".<sup>78</sup>

-

<sup>77</sup> Siehe ZAFSDR, Beschuldigtenakte 19650, Bl. 12, 12 Rücks., 13 (Übersetzung aus dem russischsprachigen Protokoll).

<sup>78</sup> Ebenda, Bl. 14.

Charlotte war nun zwar frei, doch mittel- und arbeitslos. Für Hugo Eberlein jedoch hatte sich nichts geändert: Er war weiterhin in den Augen der Staatsmacht ein Feind, für Charlotte blieb er unauffindbar. Sofort nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis bemühte sich Charlotte um eine neue Arbeitsstelle. Doch alle Möglichkeiten waren versperrt.

Am 30. April 1939 wandte sich Charlotte Scheckenreuter daher an die Deutsche Sektion der Komintern und bat, ihr behilflich zu sein, um eventuell eine Arbeit bei der MOPR zu finden. Walter Ulbricht, der für die deutsche Vertretung beim EKKI zuständig war, entsprach ihrer Bitte am 5. Mai 1939 und ersuchte die Kaderabteilung, Charlotte zur Arbeit an die MOPR zu vermitteln. Dazu befindet sich in den Akten auch ein Schreiben des stellvertretenden Leiters der Kaderabteilung des EKKI Belov an den Mitarbeiter des Zentralkomitees der MOPR Bogdanov Et keine Unterschrift und es ist auch nicht bekannt, ob es abgesandt wurde.

Als alle Bemühungen Charlottes gescheitert waren, sich einen Lebensunterhalt zu verdienen, und nachdem sie alles, was sie hatte, bereits verkauft hatte, entschied sie sich für die letzte ihr noch gebliebene Möglichkeit: mit ihrem noch gültigen deutschen Pass, der bei der Komintern hinterlegt war, nach Nazi-Deutschland auszureisen. Am 6. Juni 1939 wandte sie sich deswegen an die Kaderabteilung der Komintern.

"Seit der Verhaftung meines Mannes, 22 Monate, lebe ich, da man mir bis vor einiger Zeit keine Arbeit gab, von verkauften Sachen.

Da ich in meinem Beruf keine Arbeit finden kann, nahm ich jetzt Arbeit als Maniküre an. Leider mußte ich feststellen, daß ich von diesem Verdienst nicht leben kann, wie soll ich da monatlich die Miete und sonstige Ausgaben bestreiten? Sachen habe ich nicht mehr zu verkaufen, was Ihnen wohl verständlich ist nach 22 Monaten ohne Arbeit, so daß mir unverständlich ist, wie ich von nun an existieren soll.

Bei Ihnen liegt mein deutscher Paß, der noch Gültigkeit hat bis Ende des Jahres 1940. Ich bitte Sie, mir diesen auszuhändigen, damit ich ein Ausreisevisum beantragen kann, da ich im Ausland Existenzmöglichkeiten habe.

Ich bitte um schnellste Erledigung meiner Angelegenheit. 483

Mit dem Anliegen von Charlotte wurde die für die KPD zuständige Referentin des EKKI Elisaveta Markovna Privoročaja betraut. Die Akten enthalten folgende handschriftliche russischsprachige Aktennotiz: "Habe mit Ulbricht gesprochen. Er ist der Meinung, dass ihr deutscher Pass zum NKVD geschickt werden müsse,

81 Nikolaij Petrovič Bogdanov (geb. 1896), seit 1921 Vorsitzender der Gewerkschaft der Bauarbeiter der UdSSR; 1939-1941 Vorsitzender der MOPR.

\_

<sup>79</sup> RGASPI, 495/205/2759, Bl. 24.

<sup>80</sup> Siehe ebenda, Bl. 27.

<sup>82</sup> RGASPI, 495/205/2579, Bl. 22.

<sup>83</sup> Ebenda, Bl. 29-31.

damit man dort die Frage ihrer Ausreise entscheide.<sup>84</sup> Am 1. Juni 1939 wurde Charlotte dann von dieser Mitarbeiterin eine Bescheinigung ausgestellt, dass der Vertreter der deutschen Sektion beim EKKI gegen die Ausreise von Charlotte aus der UdSSR nichts einzuwenden habe.<sup>85</sup>

Zugleich hatte Privoročaja Charlotte mitgeteilt, sie möge der Ausländerstelle übermitteln, dass ihr Pass bei der Komintern liege und auf Verlangen an diese Stelle übergeben werden könne. Da die Dienststelle jedoch verlangte, dass Charlotte ihren Pass persönlich dort abgeben müsse, informierte diese am 28. Juni 1939 die Kaderabteilung der Komintern und bat um dringende Rückgabe ihres Passes, weil sie den Pass am 1. Juli 1939 zur Erledigung ihres Ausreiseantrages benötigte. <sup>86</sup>

Die Akten enthalten auch eine Bescheinigung von E. M. Privoročaja vom 1. Juli 1939, in der sie das Anliegen von Charlotte kurz darlegt und nochmals das Einverständnis des Vertreters der KPD beim EKKI für die Ausreise bestätigt. Vermutlich hat Charlotte diese Bescheinigung zur Vorlage bei der Ausländerstelle erhalten. Als sie sich dann dort einfand, wurde ihr jedoch erneut mitgeteilt, dass man ihr das Ausreisevisum nicht eher geben könne, bis sie ihren nationalen Pass selbst beibringe. Da sie ihn persönlich bei der Komintern abgegeben habe, müsse er ihr dort auch wieder ausgehändigt werden. Davon setzte Charlotte die Kaderabteilung der Komintern am 2. Juli in Kenntnis und bat nochmals dringend um Rückgabe ihres Passes.<sup>87</sup>

Am 22. Juli 1939 erhielt Charlotte schließlich über E. M. Privoročaja ihren Reisepass Nummer 002699 P 4811, ausgestellt am 9.7.1935 in Paris und gültig bis zum 9.VII.1940, von der Komintern zurück und bestätigte dies in einer speziellen Empfangsbescheinigung, die auf Anweisung von Dimitroff in der Personalakte abgeheftet wurde. §88

Trotzdem ließ Charlotte nichts unversucht, um die Ausreise aus der Sowjetunion zu vermeiden und wieder eine Arbeit zu finden, und dies gelang ihr schließlich auch. Doch schon nach kurzer Zeit wurde sie schwer krank. Da sie ohne jegliche Existenzmittel war, wandte sie sich am 28. August 1939 nochmals an die Deutsche Sektion des EKKI und bat um eine Unterstützung.

"Seit 4. August ds. Js. bin ich wegen allgemeiner Entkräftung und Rheumaleiden vom Rayon-Ambulatorium krank geschrieben", schrieb sie. "Am 25. August hatte ich die Arbeit wieder aufgenommen und mußte mich am 26. August erneut in ärztliche Behandlung begeben. Seit diesem Tage bin ich vollkommen bettlägerig und leide an einer Mandelentzündung mit hoher Temperatur (39,4).

Für die ganze Dauer meiner Erkrankung bekomme ich infolge meiner noch zu kurzen Arbeitsdauer keinerlei Unterstützung. Da ich keine Kopeke mehr zum Leben

85 Siehe ebenda, Bl. 17.

<sup>84</sup> Siehe ebenda, Bl. 36.

<sup>86</sup> Siehe ebenda, Bl. 26, 26 Rücks.

<sup>87</sup> Siehe ebenda, Bl. 24, 24 Rücks.

<sup>88</sup> Siehe ebenda, Bl. 54.

besitze und auch an Sachen nichts mehr zu verkaufen habe, bitte ich mit diesem Schreiben die deutsche Vertretung beim EKKI, mir während meiner Krankheitsdauer eine Unterstützung zu gewähren. Ich war bereits genötigt, mir Geld von Genossen zu leihen, das ich unbedingt zurückerstatten muß.

Ich bitte, meinem Antrag schnellstmöglichst stattzugeben. "89

Diese Bitte lehnte Ulbricht am 3. September 1939 ab. "Wir erhielten von Lotte Reuter beiliegenden Brief", teilte er in einer Notiz mit. "Sie ist die Frau von Eberlein. Da sie nicht Mitglied der KPD ist, können wir sie nicht unterstützen."<sup>90</sup>

Charlotte blieb nun keine andere Wahl mehr. Sie reiste am 1. November 1939 nach Deutschland aus. Diesem notgedrungenen Schritt folgten seitens Ulbrichts nun schlimmste Verleumdungen. In einer am 29. Januar 1940 von ihm verfassten Information über Charlotte Scheckenreuter heißt es: "Sie ist die Frau des inhaftierten Eberlein, Hugo, ist im Oktober 1939 ausgereist. Sie war ein Feind. Nach ihrer Ankunft in Deutschland wurde sie verhaftet. Jetzt befindet sie sich bei ihrer Mutter in Essen. Ulbricht"<sup>91</sup>

Diese Mitteilung stand am Beginn einer erniedrigenden Diffamierungskampagne gegenüber jenen deutschen Emigranten, die durch die grausamen politischen Verfolgungen durch das NKVD gezwungen waren, nach Deutschland zurückzukehren, wo ihnen Verhaftung durch die Gestapo und Konzentrationslager drohten.

So sandte Ulbricht im Namen der Vertretung der KPD beim EKKI mit Datum vom 26. Oktober 1940 ein von ihm unterzeichnetes in russischer Sprache verfasstes vertrauliches Schreiben an Dimitroff,<sup>92</sup> in dem er auf die "Tätigkeit deutscher Agenten", von "Feinden der Sowjetunion", aufmerksam machte, "die versuchen, deutsche Emigranten zur Rückkehr nach Deutschland zu bewegen",<sup>93</sup> und in dem er generell zur Ausreise von Frauen verhafteter und repressierter deutscher Emigranten nach Deutschland Stellung bezog.

Er nannte eine Reihe von Namen mutmaßlicher "Agenten", die sich in der Sowjetunion aufhalten würden. Ebenso benannte er namentlich Ehefrauen verhafteter Emigranten, die keine Arbeit mehr gefunden hatten und, nachdem ihnen jede Existenzgrundlage entzogen worden war, nach Deutschland zurückgekehrt waren. Als Beispiele für letztere enthält das Schreiben Ulbrichts u. a. solche Namen wie den von Martha Kühne und von Emmi Schweitzer, der Frau

90 Ebenda, Bl. 20.

<sup>89</sup> Ebenda, Bl. 21.

<sup>91</sup> Ebenda, Bl. 21a. Das Schreiben ist in russischer Sprache abgefasst. Das Original befindet sich in der Personalakte 313 (Rebel).

<sup>92</sup> Das Schreiben wurde unter der Überschrift "Begleitbrief von G. Dimitroff zu dem Brief von W. Ulbricht über 'die sowjetfeindlichen Stimmungen' unter den Frauen repressierter deutscher politischer Emigranten an L. Berija vom 28. Februar 1941" veröffentlicht in: Komintern i vtoraja mirovaja vojna, čast' I [Die Komintern und der Zweite Weltkrieg, Teil I], Moskva 1994, S.508-511.

<sup>93</sup> Ebenda, S.508.

des früheren Mitglieds des ZK der KPD und Kandidaten des Präsidiums des EKKI Fritz Schulte (Schweitzer), der 1938 verhaftet worden war und ebenfalls im Gulag umkam.<sup>94</sup>

Ulbricht unterstrich die Notwendigkeit, dass die entsprechenden sowjetischen Organe zur Unterbindung derartiger sowjetfeindlicher Agententätigkeit die erforderlichen Maßnahmen ergreifen und strengere Maßstäbe für die Bewilligung von Ausreisen aus der UdSSR nach Deutschland einführen sollten.

Am Schluss dieses Schreibens ging Ulbricht noch gesondert auf die Rückkehr von Charlotte Scheckenreuter nach Deutschland ein: "Bereits bei der Rückkehr der Frau des verhafteten Eberlein haben wir darauf hingewiesen, dass es unseres Erachtens in derartigen Fällen falsch ist, eine Ausreisegenehmigung zu erteilen. Diese Frau war tatsächlich die Erste, die dann Rückreisen organisiert hat. Wir sind der Meinung, dass in jedem einzelnen Fall entschieden werden muss, ob eine Ausreisegenehmigung erteilt werden soll oder nicht. Jetzt ist es so, dass solche Feinde Wohnrecht in Moskau haben."

Georgi Dimitroff strich aus dem Brief einige konkrete Passagen mit Vorschlägen über den von Ulbricht genannten erforderlichen Handlungsbedarf der zuständigen sowjetischen Organe und ergänzte dies aus der Sicht seines Kompetenzbereiches. Er schickte das Schreiben am 28. Februar 1941 mit einem Begleitbrief an den Volkskommissar für Inneres Lavrentij P. Berija<sup>96</sup>, in dem er feststellte, dass dieser "natürlich einen tieferen Einblick habe, welche Maßnahmen in dieser Frage seitens der Organe des NKVD getroffen werden müssten". <sup>97</sup>

Im einem besonders tragischen Zusammenhang mit der Ausreise von Charlotte Scheckenreuter nach Deutschland steht die Tatsache, dass gerade zu diesem Zeitpunkt ein Brief von Hugo Eberlein im Hotel "Lux" in Moskau eintraf, der sie nicht mehr erreichte und der eine ganze Reihe von Fragen aufwirft.

Am 11. März 1940, d. h. über vier Monate, nachdem Charlotte Moskau verlassen hatte, übermittelte Ulbricht diesen Brief dem Leiter der Kaderabteilung des EKKI Pantelejmon V. Guljaev<sup>98</sup> und teilte ihm folgendes mit:

"Dieser Brief wurde uns von Frau Schweitzer, der Frau des verhafteten Fritz Schulte, übergeben. Sie gibt an, dieser Brief sei im November 1939 durch die Post nach dem Lux gesandt worden. Da die Frau von Eberlein früher mit ihr in dem gleichen Zimmer gewohnt habe, sei der Brief an diese Adresse gekommen, und sie habe ihn aus

96 Lavrentij Pavlovič Berija (1899-1953), 1934-1953 Mitglied des ZK der KPdSU(B); 1939-1953 Kandidat und Mitglied des Politbüros des ZK, dann des Präsidiums des ZK; 1938-1945 Volkskommissar für Inneres; die Stalinschen Säuberungen wurden vorwiegend von ihm betrieben.

98 Pantelejmon Vasilevič Guljaev (1903-1956) war 1938-1941 Leiter der Kaderabteilung des EKKI.

<sup>94</sup> Weitere biographische Angaben siehe Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S.422f., 710f.

<sup>95</sup> Komintern i vtoraja mirovaja vojna, S.510.

<sup>97</sup> Komintern i vtoraja mirovaja vojna, \$.508.

dem Postfach im Lux erhalten. Sie erklärt, sie wisse nicht, wer den Brief dorthin gebracht hat.

Mit bestem Gruß Ulbricht<sup>99</sup>

In der Akte gibt es keine Hinweise darauf, dass der Frage nachgegangen wurde, wo der Brief so lange gelegen hatte und wer und wann genau ihn im Hotel "Lux" abgab. Der Zufall geht manchmal schreckliche Wege: Genau zu der Zeit, als Charlotte Scheckenreuter sich gezwungen sah, aus der Sowjetunion auszureisen, ohne jede Möglichkeit, ihren Mann ausfindig zu machen und ohne sich von ihm verabschieden zu können, traf eine Nachricht von diesem in Moskau ein, die fast vier Monate irgendwo herumgelegen hatte, die sie nie in ihrem Leben erreichte und von der sie nie etwas erfuhr.

Sie starb 1982, als alle sowjetischen Archivbestände über die Zeit der Repressionen und Rehabilitierungen noch fest hinter Schloss und Riegel waren.

Dieser Brief Hugo Eberleins, der nur in russischer Übersetzung überliefert ist, wird hier erstmals im vollen Wortlaut in der deutschen Rückübersetzung der Verfasser des vorliegenden Beitrags abgedruckt. Das Typoskript enthält handschriftliche Korrekturen des Referenten der Kaderabteilung des EKKI und Mitglieds der KPD Paul Försterling (1891-1949) der die Übersetzung nachbesserte sowie wahrscheinlich von dem Mitarbeiter der Kaderabteilung Belov vorgenommene Unterstreichungen. Diese werden hier ebenfalls wiedergegeben.

"Liebe Lotte, ich nutze eine besondere Gelegenheit, diesen Brief zu schreiben. Ich muss dir mitteilen, wie es mir nach unserer Trennung erging. Nach der Verhaftung habe ich bis zum 19.1.38 ohne jedes Verhör gesessen. Am 19.1.38 begann das Verhör, das 10 Tage und Nächte ohne jede Pause dauerte. Ohne Schlaf und fast ohne Essen musste ich die ganze Zeit stehen. Das Verhör bestand darin, mich der unsinnigsten Anschuldigungen zu bezichtigen, und war begleitet von Faustschlägen und Fußtritten. Nach 5 Tagen waren meine Beine so geschwollen, dass ich nur unter riesigen Schmerzen stehen konnte. Die Haut war geplatzt ...... (unleserlich) und in den Schuhen war Blut. Einige Male wurde ich ohnmächtig, wenn ich umfiel, brachte man mich weg, bis ich wieder zu mir gekommen war; danach musste ich wieder stehen. Man verlangte von mir zu unterschreiben, dass ich ein Spion und Terrorist sei und dass ich für Pjatnicki 1002 im Ausland den rechtstrotzkistischen Block organisiert

<sup>99</sup> RGASPI, 495/205/6225, Bl. 316. Der Brief Ulbrichts ist in deutscher Sprache abgefasst, die Unterschrift mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

<sup>100</sup> RGASPI, 495/205/6225, Bl. 317. Er ist auszugsweise in unterschiedlicher Übersetzung enthalten in: Reinhard Müller: Der Fall des Antikomintern-Blocks – ein vierter Moskauer Schauprozess, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, 1996, S.198f.; Eberlein, Geboren am 9. November, S.77f.

<sup>101</sup> Weitere biographische Angaben siehe Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S.211f.

<sup>102</sup> Josif Aronovič Pjatnicki (Taršis) (1882-1938), nach dem III. Weltkongress der Komintern Schatzmeister und Leiter der OMS; 1923-1935 Mitglied des EKKI und dessen Sekretariats, am 27.7.1937 verhaftet, am 28.7.1938 vom Militärkollegium des Obersten

hätte. Davon ist kein Wort wahr. Ich lehnte es ab, diese Anschuldigungen zu unterschreiben. Nach diesem ,Verhör' lag ich 3 Wochen in meinem Zimmer, denn ich konnte nicht gehen; danach musste ich beim zweiten Verhör 3 Tage und Nächte ohne Pause stehen, doch auch da habe ich mich wieder geweigert zu unterschreiben. Im April 1938 wurde ich in das Lefortovo-Gefängnis, am Stadtrand verlegt; hier liefen alle Verhöre der Beschuldigten auf schreckliche Verprügelungen hinaus. Wochenlang hat man mich Tag und Nacht schrecklich geprügelt. Auf dem Rücken hatte ich kein Stück Haut mehr, nur noch rohes Fleisch. Auf einem Ohr konnte ich wochenlang nicht hören, und mit einem Auge konnte ich wochenlang nicht sehen, weil die Blutgefäße im Auge kaputt geschlagen waren; ich bin oft ohnmächtig geworden. Inzwischen wurde ich herzkrank, und meine alte Krankheit brach wieder mit großer Heftigkeit aus, und zwar das Asthma, woran ich schon in der Jugend gelitten hatte. Es gab Tage, an denen man mir 3-4 Morphiumspritzen verabreichte, und dennoch prügelte man nach den Spritzen weiter auf mich ein. In diesem Zustand der Unzurechnungsfähigkeit schrieb ich nach Diktat des Untersuchungsgerichts alle möglichen Geständnisse nieder. Spionage und Terror habe ich nicht gestanden. Nach dieser furchtbaren Bearbeitung kam ich wegen des Zustandes des Herzens und des Asthmas für 2 Monate in das Gefängniskrankenhaus und wurde in einem Zimmer für unheilbar Kranke untergebracht.

Ich habe einen Brief an das Politbüro der KPdSU(B) und an das Präsidium des EKKI geschrieben, in dem ich den Genossen mitteilte, dass von dem, was ich geschrieben hatte, kein Wort wahr ist, und in dem ich die Begleitumstände der Untersuchungen beschrieb. Ich bekam keine Antwort. Man schlug mir aber vor, ein Protokoll zu unterschreiben, das die unsinnigsten Geständnisse enthielt. Über ein halbes Jahr lang habe ich es abgelehnt, dieses Protokoll zu unterschreiben. Im Februar 1939 wurde ich zum zweiten Mal nach Lefortovo gebracht, und die Folterungen begannen erneut. Mit letzten Kräften konnte ich 2 Monate widerstehen. Ende April habe ich im Zustand völliger Unzurechnungsfähigkeit unterschrieben. Ich hatte keine Kraft und keinen Willen mehr. Einige Tage später, am 5. Mai, 103 kam ich vor das Militärkollegium. Die Sache dauerte 3-4 Minuten, und ich wurde zu 15 Jahren Lagerhaft verurteilt. Ich kenne weder die Anklageschrift noch das Urteil, denn man hatte mir die Übersetzung verweigert. Ich weiß nur von dem rechtstrotzkistischen Block und den 15 Jahren. Es mag seltsam kleingen, aber ich war sehr froh, denn die furchtbaren Schläge und Qualen waren nun vorbei. Ich habe die Hoffnung nicht verloren, dass die Partei Lenins und Stalins diese schreckliche Ungerechtigkeit nicht zulassen wird und der Tag nicht fern ist, an dem die Partei Wahrheit und Gerechtigkeit wiederherstellen wird. Ich bin überzeugt, dass [die Verurteilung] ..... (unleserlich) gegen den Willen der Partei [erfolgt] ist. Trotz allem, was ich erlebt habe, bin ich guter Stimmung und habe volles Vertrauen in die künftige Zeit, in die Partei.

Gerichts der UdSSR wegen "Leitung einer konterrevolutionären Organisation in der Komintern" zum Tode verurteilt und am 29.7.1938 im Objekt "Kommunarka" bei Butovo erschossen.

<sup>103</sup> Am 4. Mai 1939 war Hugo Eberleins 52. Geburtstag.

Am 1. Juni 1939 fuhr ich mit Arrestantentransport in Richtung Vorkuta, dieser Insel im Nördlichen Eismeer, doch in Archangelsk hat mich eine Ärztekommission krankheitshalber zurückgeschickt, und ich bin Ende Juli hier eingetroffen und nach einigen Tagen ins Krankenhaus gekommen, wo ich mich jetzt befinde. Ich habe 9 kg an Gewicht verloren, habe Skorbut und Gicht sowie ein krankes Herz und Asthma, weil man mich so behandelt hat.

Was weiter wird, weiß ich noch nicht. Ich hoffe, dass ich mich allmählich an dieses schreckliche Klima gewöhne. Anfang September hat es geschneit, und es ist schon kalt. Liebe Lotte, ich weiß nicht, ob du mein Telegramm und meinen Brief erhalten hast. 105 Ich bitte dich, mir recht oft zu schreiben. Falls du mit Pieck und Dünhopf sprechen kannst, so sage, was ich durchgemacht habe, erwähne aber diesen Brief nicht ...... (unleserlich) und mache eine Andeutung, du hättest eine Nachricht von meinem Bruder 107 erhalten.

Wie geht es dir, und mit wem hast du über mich gesprochen? Arme Lotte, deine Liebe zu unserer Sache hat dir wenig Freude und viel Leid gebracht. <sup>108</sup> Ich möchte bald wieder dein alter Guter sein. Wie sind deine Beziehungen zu Werner und Ina? <sup>109</sup> ...... (unleserlich) Hast du Freunde, die dir helfen, schreibe, schreibe, ich möchte viel von dir wissen. Briefe sind monatelang unterwegs, bis ich sie erhalte. Das musst du berücksichtigen. Hast du Arbeit und alles Lebensnotwendige?

Ich habe auch gute Genossen getroffen, denen es ebenso ergangen ist wie mir, unter ihnen Viktor<sup>110</sup> und ..... (unleserlich).

Wie geht es Walter und Julia, John Hard im Lux und Julius?<sup>111</sup> Kurz gesagt, ich möchte so viel wissen. Wenn ich Briefe ohne Marken schicke, so bezahle sie, denn ich habe kein Geld oder kann keine Marken besorgen.

Vielen Dank für das Geld, das du mir ins Gefängnis geschickt hast. Das war eine große Hilfe für mich, aber es tat mir weh, dass du dir dieses Geld absparen musstest .... (unleserlich). Ich erinnere mich der schönen Tage, die ich mit dir gemeinsam verlebt habe; in den schlaflosen Nächten stelle ich mir vor, ich wäre mit dir in Paris, Stras ... (unleserlich). Ich hoffe, dass dieser Brief in deine Hände gelangt. Ich schicke dir einen Gruß und viele Küsse und hoffe, dass ich dich recht bald glücklich in die Arme schließen kann.

Dein alter Freund"

104 Der Aufenthaltsort ist nicht genannt. Vermutlich das Krankenrevier des Arbeitslagers von Unža (Unžlag)).

108 Die betreffende Stelle ist am Rand angestrichen.

<sup>105</sup> Die genannten Dokumente sind weder in den Akten von Hugo Eberlein noch von Charlotte Scheckenreuter enthalten. Die betreffende Stelle ist am Rand angestrichen.

<sup>106</sup> Wahrscheinlich ist dies ein verschlüsselter oder vom Übersetzer des Briefes falsch entzifferter Name. Es kann sich hier nur um Dimitroff handeln.

<sup>107</sup> Unklar, wer gemeint ist.

<sup>109</sup> Gemeint sind Hugo Eberleins Sohn und Tochter.

<sup>110</sup> Unklar, wer gemeint ist.

<sup>111</sup> Gemeint ist eventuell Julius Alpari (1888-1944), 1921-1933 Chefredakteur der "Inprekorr"; von Juli 1932 bis Oktober 1933 der "Rundschau".

Der Brief, der am 25. März 1940 ins Russische übersetzt wurde und von dem insgesamt drei Exemplare hergestellt wurden, enthält einen von Belov und Försterling unterzeichneten Nachsatz, dass der deutsche Text in der Anlage beigefügt wurde. Dieser konnte bisher nicht wieder aufgefunden werden.

Über die Abreise von Charlotte Scheckenreuter aus Moskau ist nichts bekannt. Vom Grenzkommando Eydtkau, das heute Černyševskoe heißt und an der litauischen Grenze des Gebiets Kaliningrad liegt, wurde ihre Ankunft in Deutschland am 2. November 1939 an die Gestapo in Düsseldorf gemeldet. Daraufhin verfügte die Gestapo Berlin in einem Telegramm an die Gestapo in Düsseldorf und das Grenzkommando in Eydtkau "die Sch. mittels Sammeltransport dem Gestapa zu überstellen". 112

Nachdem die entsprechenden Dienststellen über ihre Person und über ihre Pass-Nr. sowie über ihre Ausschreibung zur Festnahme vom 9. Juli 1935 informiert worden waren, kann man ihr weiteres Schicksal noch in den Gestapo-Akten verfolgen: Am 1. Dezember 1939 wurde sie um 16.40 Uhr aus der Zuständigkeit des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin ins Polizeigefängnis Düsseldorf eingeliefert und am 11. Dezember 1939 nach Essen überführt, wo ein Bericht des V-Mannes Stein über den politischen Werdegang von Charlotte und ihre konkrete Tätigkeit im In- und Ausland vorlag.

Wie es in einem mit Vaupel unterzeichneten Bericht vom 25. Mai 1940 heißt, war Charlotte in Berlin vom Reichssicherheitshauptamt über ihren Russlandaufenthalt und im Essener Gefängnis über ihre Tätigkeit bei der Bezirksleitung Ruhrgebiet vernommen worden. Da sich jedoch herausstellte, dass "sie mit der eigentlichen Apparatsfunktion nichts zu tun hatte, konnte die Absicht, die Scheckenreuter einem Schulungslager zuzuführen, nicht mehr aufrechterhalten werden. Sie wurde am 18. Dezember 1939 unter Erteilung einer Meldepflicht von 3 Monaten auf freien Fuß gesetzt. Die weiterhin durchgeführte Überwachung hat Nachteiliges über sie nicht mehr erbracht."<sup>113</sup>

Zunächst lebte Charlotte Scheckenreuter bei ihrer Mutter und siedelte später in den Osten Deutschlands über. Hier war sie zunächst bei der Privatfirma Max Weichelt in Berlin als Arbeiterin und Mitfahrerin und ab 1947 bei einer sowjetischen Aktiengesellschaft tätig. Als Mitglied der KPD schloss sie sich 1946 der SED an. Sie heiratete den Essener Kommunisten Heinrich Schürmann, der 1948 ebenfalls in den Osten Berlins gegangen und in der DDR in verschiedenen leitenden Funktionen, ab 1957 als Offizier der NVA und als ehrenamtlicher Sekretär des Solidaritätskomitees für das spanische Volk tätig war. <sup>114</sup>

\_

<sup>112</sup> Gestapo-Personalakten RW 58/12882 und 42506 in: Ruhrlandmuseum, Archiv Ernst Schmidt: Bestand 19-1164, Bl. 5.

<sup>113</sup> Ebenda, Bl. 7.

<sup>114</sup> Heinrich Schürmann (1896-1981), seit 1920 Mitglied der KPD; Mitarbeiter in der Bezirksleitung Ruhrgebiet; 1936 Offizier der internationalen Brigaden in Spanien; kehrte

Charlotte Scheckenreuter arbeitete ab 1949 als Angestellte im Apparat des ZK der SED. 1958 wurde sie mit der Medaille für "Kämpfer gegen den Faschismus 1933-1945" ausgezeichnet und erhielt, nachdem sie in den Ruhestand gegangen war, eine "Ehrenpension für Kämpfer gegen den Faschismus und für Verfolgte des Faschismus sowie für deren Hinterbliebene".

nach illegaler Arbeit wieder ins Ruhrgebiet zurück. Siehe Ruhrlandmuseum, Archiv Ernst Schmidt: Bestand 19-1164.

<sup>115</sup> Siehe Landesarchiv Berlin, C Rep 118-01 Magistrat der Stadt Berlin, Hauptausschuss Opfer des Faschismus, Referat VDN A8.962.

### Räteaktivisten in der USPD: Richard Müller und die Revolutionären Obleute<sup>1</sup>

#### Ralf Hoffrogge

Nach Beginn des Ersten Weltkrieges bildete sich nicht nur innerhalb der sozialdemokratischen Partei und ihrer Reichstagsfraktion eine kraftvolle Opposition gegen den Krieg. Auch in der Gewerkschaftsbewegung entstand eine schlagkräftige Opposition. Ausgehend von Berlin entstand mit dem Netzwerk der Revolutionären Obleute eine einflussreiche Untergrundorganisation, die letztendlich den Sturz der Monarchie entscheidend mit vorantrieb. Zusammen mit der Spartakusgruppe bildeten die Obleute seit 1917 den linken Flügel der USPD. Im Gegensatz zu den Anhängern Liebknechts und Luxemburgs sind jedoch ihre Aktivitäten im Geschichtsbewußtsein der Öffentlichkeit nicht präsent, auch von Fachhistorikern wurden die Obleute bisher kaum als eigenständiger Forschungsgegenstand entdeckt.<sup>2</sup>

Die Revolutionären Obleute entstanden aus der Berliner Branchengruppe der Dreher innerhalb des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Branchenleiter dieser Berufsgruppe war seit 1914 der Metallarbeiter Richard Müller, unter dessen Leitung sich die Berliner Dreher seit Beginn des Krieges der Burgfriedenspolitik der Gewerkschaften widersetzten und wilde Streiks und Lohnbewegungen durchführten. Ihre Stellung als qualifizierte Facharbeiter verlieh den Drehern eine starke Verhandlungsposition; daher konnten sie nicht nur eigene Forderungen durchsetzen, sondern auch für schwächere Arbeitergruppen und vor allem die Arbeiterinnen Zugeständnisse erreichen.<sup>3</sup>

Richard Müller, geboren 1880 im Dörfchen Weira in Thüringen, hatte sich noch 1913 in einer Veröffentlichung als eher typischer Gewerkschaftsvertreter seiner Zeit präsentiert. Im Vorwort einer Broschüre erklärte er es zum Ziel der

1 Überarbeitete Fassung eines Kurzreferats, gehalten auf der Konferenz "Von einer Parteidisziplin in die nächste? – Vor 90 Jahren wurde in Gotha die USPD gegründet", veranstaltet am 28.4.2007 von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen. Der Schwerpunkt liegt in diesem Beitrag auf der Tätigkeit der Obleute, eine ausführliche Biographie Richard Müllers wird vom Verfasser unter dem Titel "Richard Müller – vom Gewerkschaftsfunktionär zum revolutionären Betriebsobmann" als Magisterarbeit an der FU

Berlin erarbeitet.

<sup>2</sup> Ausnahmen sind u. a. die längere Untersuchung von Erwin Winkler: Die Bewegung der revolutionären Obleute im ersten Weltkrieg. Entstehung und Entwicklung bis 1917, Diss. Humboldt Universität Berlin 1964; ein Unterkapitel bei Peter von Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution, Bonn-Bad Godesberg 1976, sowie der Kurzüberblick von Bodo Hildebrand: Die Revolutionären Obleute – Keimzelle des Rätesystems im ersten Weltkrieg, in: Jörn Garber/Hanno Schmitt: Die Bürgerliche Gesellschaft zwischen Demokratie und Diktatur, Marburg 1985, S.134-145.

<sup>3</sup> Siehe Richard Müller: Vom Kaiserreich zur Republik, Wien 1924, S.94.

Rolf Hoffrogge 37

Agitationsarbeit des DMV, "auch den letzten unserer Kollegen zum Kämpfer zu machen", die Umsetzung dieses Ziels sah er allerdings am besten gewährleistet durch ein selbst entworfenes Kontrollsystem mit sechs verschiedenen, ausgeklügelt aufeinander abgestimmten Formblättern, welche die kontinuierliche Mitarbeit der Gewerkschaftsbasis sichern sollten.<sup>4</sup>

Wie bei vielen Funktionären und Mitgliedern in SPD und freien Gewerkschaften bewirkten jedoch der Schock des Krieges und das Versagen der europäischen Sozialdemokratie in dieser Krise auch bei Richard Müller das Überdenken eingefahrener Praktiken und einen Politisierungsschub. So entstanden schließlich unter seiner Führung die Revolutionären Obleute.

Diese wirkten als Parallelstruktur innerhalb der Gliederungen des Berliner DMV. Zu Anfang wurden auf eigens organisierten "Dreherfesten" oder im Anschluss an offizielle Gewerkschaftssitzungen informelle Kontakte geknüpft. Paul Blumenthal, seinerzeit Branchenleiter der Schweißer im DMV und ebenfalls Mitbegründer der Obleute, berichtete in seinen Erinnerungen: "Auf den Konferenzen wurden gewerkschaftliche Fragen behandelt. Aber bald hatten sich die oppositionellen Genossen erkannt, und wir kamen dann anschließend noch 'beim Glase Bier' zusammen. Wir bereicherten uns gegenseitig mit den gesammelten Erfahrungen, und das war gewissermassen der Uranfang der Revolutionären Obleute in Groß-Berlin!" Die Bierrunden wurden schnell durch klandestine Treffen ersetzt, das Netzwerk festigte sich, und man schritt zum systematischen Aufbau einer Widerstandsorganisation.6

Die Obleute knüpften teilweise an bestehende Vertrauensmänner-Systeme in den Berliner Großbetrieben an. Bereits vor dem Krieg gab es gewerkschaftliche Betriebsobmänner und Werkstattsvertrauensleute, die als Ansprechpartner für die Arbeitgeber dienten. Offizielle Betriebsräte waren diese Obleute jedoch nicht. Sie hatten informellen Status, und ihre Anerkennung durch die Unternehmer war stets prekär.

Müller und seine Genossen fassten nun die oppositionell gesinnten Obmänner unter dem Namen "Revolutionäre Obleute" zusammen. Dadurch, dass ein Obmann<sup>7</sup> einen ganzen Betrieb oder ein ganzes Werk vertrat, in dessen Abteilungen und Werkstätten er wiederum eigene Vertrauensleute hatte, konnten die Obleute trotz ihrer relativ geringen Zahl von etwa 50-80 Männern Tausende

<sup>4</sup> Ders.: Die Agitation in der Dreherbranche, Berlin 1913.

<sup>5</sup> Erinnerungsmappe Paul Blumenthal, SAPMO-BArch, SG Y 30/0079, S.10.

<sup>6</sup> Zur Entstehung der Obleute siehe auch Erinnerungsmappe Paul Eckert, ebenda, SG Y 30/0180, S.5.

<sup>7</sup> Es ist nur von der Position des "Obmannes" die Rede, denn Obfrauen gab es in der Praxis nicht. Auch die Revolutionären Obleute waren, wie sämtliche Organisationen der Arbeiterbewegung, ein Männerclub, obwohl sie gerade in Streiks auch viele Arbeiterinnen vertraten, denn die Frauenarbeit hatte im Zuge des Krieges enorm zugenommen. Allerdings wurde im Januar 1918 mit Cläre Casper auch eine Arbeiterin in die Berliner Streikleitung gewählt und hinterher gleichberechtigt in den Kreis der Obleute aufgenommen. Siehe Erinnerungsmappe Cläre Kasper, SGY 30/0148 S.4, S.15.

von Metallarbeitern erreichen. Die Obleute waren durch diese Struktur im Gegensatz zu USPD und Spartakus "keine Massenorganisation, zu der jeder Zutritt hatte, sondern ein ausgewählter Kreis von Personen, die eine gewisse Schulung und Erfahrung im politischen und gewerkschaftlichen Tageskampf genossen hatten und im Betrieb unter den Arbeitern einen Einfluss haben mussten. Es war im wahren Sinne des Wortes ein "Vortrupp des Proletariats"."8 Diese Formulierung Richard Müllers darf nicht im Sinne eines autoritären Avantgarde-Konzepts missverstanden werden: Trotz ihrer Mitgliedsbeschränkungen repräsentierten die Obleute durch ihre organische Verankerung in den Betrieben sehr authentisch die politische Stimmung in der Arbeiterklasse.

Im Streikfall kam es oft zu weiteren Solidarisierungen und Sympathiestreiks in unorganisierten Betrieben, so dass die Obleute bis zum Jahr 1918 in der Lage waren, die gesamte Berliner Rüstungsindustrie lahmzulegen.<sup>9</sup> Die Organisation war auf diese Weise nicht nur sehr effizient, sondern aufgrund der geringen Mitgliederzahl und des informell-klandestinen Charakters sehr schwer von Polizei und Militärbehörden angreifbar.

Nach Gründung der USPD im April 1917 schlossen sich die Obleute der neuen Partei an, agierten aber völlig unabhängig vom Parteivorstand und behielten ihr Organisationsprinzip bei. Man benutzte die USPD ähnlich wie die Gewerkschaften als "organisatorische Plattform", ohne sich bei eigenen Aktionsformen groß hineinreden zu lassen.<sup>10</sup>

In Streikfragen war die Hierarchie vollkommen auf den Kopf gestellt. Die Revolutionären Obleute entschieden von sich aus, wann die Zeit reif war für größere Streikaktionen. Dann zogen sie den Parteivorstand hinzu, dieser konnte dann zustimmen oder es sein lassen. Vor dem Januarstreik 1918 etwa luden die Obleute die Landtags- und Reichstagsfraktionen der USPD zu einer Besprechung ein und verlangten von diesen die Unterstützung eines Aufrufs zum revolutionären Streik. Die Parteivertreter zögerten zunächst, befürchteten Verhaftung oder gar ein Parteiverbot, stimmten schließlich jedoch einem allgemein gehaltenen Aufruf zu, der sofortige "kräftige Willensbekundungen der werktätigen Bevölkerung" forderte, aber nicht direkt zu Streik oder Umsturz aufrief.<sup>11</sup>

9 Gegen Ende des Krieges weiteten die Obleute ihre Verbindungen auch in andere Industriegebiete aus, besonders in Düsseldorf und Braunschweig bestanden starke Gruppierungen von Revolutionären Obleuten innerhalb des DMV. Siehe David W. Morgan: The Socialist Left and the German Revolution – A History of the German Independent Social Democratic Party, 1917-1922, Ithaca-London 1975, S.211; Richard Müller selbst berichtet von einer reichsweiten Ausdehnung der Obleute, siehe Müller, Kaiserreich S.161.

<sup>8</sup> Müller, Kaiserreich S.161f.

<sup>10</sup> siehe Müller, Kaiserreich, S.161f.

<sup>11</sup> Ebenda, S.139. Erste Sondierungsgespräche für einen erneuten Massenstreik führte Paul Blumenthal bereits im Oktober 1917 mit den USPD-Politikern Georg Ledebour und Leo Jogiches, siehe Erinnerungsmappe Paul Blumenthal, S.13.

Rolf Hoffrogge 39

Letztendlich blieben die Obleute eine reine Arbeiterorganisation, der "Vortrupp des Proletariats" agierte unabhängig von den Parteiintellektuellen in Reichstagsfraktion und USPD-Vorstand. Der einzige Intellektuelle, den die Obleute als einen der Ihren akzeptierten, war der ehemalige Vorwärts-Redakteur Ernst Däumig. Däumig war wegen seiner kriegskritischen Berichte zusammen mit weiteren Mitgliedern aus der Redaktion entfernt worden. 12 Im Sommer 1918 stieß er zu den Obleuten. Zu dieser Zeit war Richard Müller zeitweise zum Militär eingezogen worden, gemeinsam mit dem späteren Volksbeauftragten Emil Barth übernahm Däumig bis zu Müllers Rückkehr im September 1918 die Führung der Obleute.<sup>13</sup>

Der Kurs der Obleute während des Krieges lässt sich am besten als pragmatischradikal beschreiben. Sie standen durchaus links von der USPD-Führung, die vor außerparlamentarischen Aktionen zurückschreckte, lehnten aber die aktionistische Demonstrationstaktik der Spartakusgruppe ebenfalls ab. Liebknecht und die Spartakusgruppe forderten ständige Aktionen, Demonstrationen und Streiks. Polizeiaktionen und Zusammenstöße würden dann die Situation eskalieren und letztlich zur Revolution führen. Die Revolutionären Obleute verspotteten diese Taktik als "Revolutionäre Gymnastik", Richard Müller verurteilte sie als idealistischen Voluntarismus, dem die Arbeiter als Masse nicht folgen würden.<sup>14</sup> Daher ließen die Obleute keine Spartakusvertreter zu ihren regelmäßigen Sitzungen zu und stritten sich auf gesonderten Treffen mit Liebknecht und seinen Anhängern über die zu wählende Taktik. Trotz der Differenzen arbeiteten beide Gruppen aber bei entscheidenden Aktionen zusammen.

Die politische Waffe und eigentliche Existenzberechtigung der Revolutionären Obleute war der politische Massenstreik. Dieses Kampfmittel, über das Partei und Gewerkschaften Anfang des Jahrhunderts heftig gestritten hatten und das der Kölner Gewerkschaftskongress im Jahr 1905 für "indiskutabel" erklärt hatte, wurde nun 1916 unter Leitung der Obleute von der Arbeiterklasse selbst verwirklicht.<sup>15</sup>

Insgesamt organisierten die Revolutionären Obleute drei große Massenstreiks: den Solidaritätsstreik für Liebknecht im Juni 1916, den "Brotstreik" im April 1917 und den Januarstreik 1918. An diesem letzten Massenstreik nahm in Berlin eine halbe Million Arbeiter und Arbeiterinnen teil, die Streikleitung nannte sich nun "Arbeiterrat" und war Vorbild für viele der einige Monate später in der Novemberrevolution spontan überall entstehenden Räte. 16

12 Zur Biographie Däumigs siehe David W. Morgan: Ernst Däumig and the German Revolution of 1918, in: Central European History, 1983, Vol XV, No. 4, S.303-331, sowie Horst Naumann: Ein treuer Vorkämpfer des Proletariats. Ernst Däumig, in: BzG (Berlin) 28 (1986), H.6, S.801-813.

<sup>13</sup> Siehe Müller, Kaiserreich, S.163.

<sup>14</sup> Siehe ebenda, S.165.

<sup>15</sup> Zur Massenstreikdebatte siehe Hans Limmer: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, München 1986, S.34f.

<sup>16</sup> Siehe Dieter Schneider/Rudolf Kuda: Arbeiterräte in der Novemberrevolution, Frankfurt/Main 1968, S.21.

Die Streikleitungen wurden überwiegend aus den Reihen der Obleute gewählt, beim Januarstreik zog man allerdings auch Vertreter von USPD und sogar SPD hinzu, um die Basis der Aktionen zu verbreitern. Die wilden Massenstreiks, insbesondere in der Rüstungsindustrie, waren für Militärbehörden und Regierung die wohl beängstigenden Manifestationen des Widerstandes; weder das Bündnis mit den Gewerkschaftsspitzen noch Massenverhaftungen und Fronteinziehungen nach jedem Streik konnten das Wachstum der Bewegung verhindern. Die Initiative zu diesen Aktionen ging stets vom Kreis der Obleute aus, die USPD-Führung scheute aus Angst vor staatlichen Repressalien Streikaufrufe, die Spartakusgruppe hingegen hatte nicht annähernd den Rückhalt in den Betrieben, den die Revolutionären Obleute aufweisen konnten. Die Revolutionären Obleute waren also, zumindest für den Großraum Berlin, die entscheidende Oppositionskraft während des Weltkrieges.

Die Funktion der Aufklärung und kritischen Meinungsbildung innerhalb der Arbeiterklasse wurde allerdings vollständig von USPD und Spartakusgruppe übernommen. Sie prägten mit ihren Zeitungen und Flugblättern die Diskussion, agitierten gegen Krieg, Burgfrieden und Belagerungszustand und entlarvten die Regierungspropaganda.<sup>17</sup> Die Obleute selbst schrieben keine Flugblätter, sie agierten völlig klandestin und gaben erst Wochen nach der Revolution erstmals eine Presseerklärung unter ihrem Gruppennamen heraus.<sup>18</sup> Stattdessen beschränkten sie sich zwischen den Streiks auf die Ausweitung ihres Netzwerkes und das Gewinnen neuer Vertrauensmänner. Nur wenn sie die Stimmung innerhalb der Arbeiterklasse für reif erachteten, riefen sie einen Streik aus. Ihr Ziel war, durch wuchtige Überraschungsschläge die Militärdiktatur von Ludendorff und Hindenburg in die Knie zu zwingen.

Die eigentliche Revolution ging jedoch nicht von Berlin aus. Die Kieler Matrosen kamen den Obleuten zuvor, obwohl diese seit Beginn des militärischen Zusammenbruchs im Oktober 1918 Waffen gesammelt und detaillierte Aufstandspläne vorbereitet hatten.

In einer Geheimsitzung am 2. November mit den Revolutionären Obleuten, Vertretern der Spartakusgruppe und der USPD war entschieden worden, nicht am 4., sondern erst am 11. November loszuschlagen. Grund für die Verzögerung war, dass man sich weder über die Stimmung in der Provinz noch über die Zuverlässigkeit der Berliner Truppen völlig sicher war. Und ein verfrühtes Losschlagen sollte auf jeden Fall vermieden werden.<sup>19</sup>

Als nun die Revolte der Flotte die Revolution in Gang setzte, mussten die Pläne eilig geändert werden, kurzfristig wurde am 8. November für den nächsten Tag

<sup>17</sup> Fritz Opel bemerkt, dass die Obleute zunächst kein eigenes politisches Konzept hatten und trotz Autonomie in der Aktion ideologische Anlehnung an Spartakus und USPD benötigten. Siehe Fritz Opel: Der deutsche Metallarbeiter-Verband während des ersten Weltkrieges und der Revolution, Hannover-Frankfurt/Main 1957, S.55.

<sup>18</sup> Siehe Morgan, The Socialist Left, S.209.

<sup>19</sup> Siehe Müller, Kaiserreich, S.173.

Rolf Hoffrogge 41

das Losschlagen beschlossen, und am 9. November stürzte dann die Herrschaft der Hohenzollern in Berlin zusammen. Die Obleute versammelten sich im Reichstag, wo gerade eine eher zufällig zusammengesetzte Versammlung von Soldatenräten tagte. Hastig wurden für den nächsten Tag die Wahl von Arbeiterund Soldatenräten in ganz Berlin und eine Zusammenkunft derselben im "Zirkus Busch" verkündet, auf der eine Revolutionsregierung gewählt werden sollte.

Dies geschah dann auch. Statt jedoch den Revolutionsausschuss in Berlin zu dominieren und somit faktisch die Regierung zu stellen, mussten sich die Obleute aufgrund des chaotischen Verlaufs der Aktionen und der schnellen Reaktion der SPD mit der Parität USPD-SPD in den entscheidenden Gremien abfinden. Innerhalb der USPD-Mandate stellten sie eine Person im "Rat der Volksbeauftragten" und alle USPD-Mandate im "Berliner Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte".<sup>20</sup> Richard Müller wurde Vorsitzender des Vollzugsrates, der Obmann Emil Barth wurde Volksbeauftragter in der neuen Regierung Ebert-Haase.

Die Obleute im Vollzugsrat lagen nun in stetigem Kampf mit den Soldatenvertretern und der SPD-Fraktion sowie mit dem Rat der Volksbeauftragen als Ganzes. Die zunächst von Müller und Däumig propagierte Aufstellung einer revolutionären Roten Garde scheiterte. Der Vollzugsrat hatte somit keine eigene Machtbasis, und die Initiative lag allein beim Rat der Volksbeauftragen, in dem die SPD-Vertreter sich gegenüber den Unabhängigen in allen entscheidenden Fragen durchsetzten. Statt einer revolutionären Räterepublik, wie sie die Obleute im Blick hatten, trieben die Dinge nun immer mehr auf eine bürgerlichparlamentarische Republik hin. Sogar der erste Reichsrätekongress am 16. Dezember entschied sich gegen die Festschreibung des Rätesystems und für die Wahl zu einer Nationalversammlung. Richard Müller, der den Kongress selbst eröffnet hatte, nannte ihn aus diesem Grunde wenige Tage später einen "Selbstmörderklub".<sup>21</sup>

Die Krise der Revolution führte im Dezember 1918 zur Krise zwischen Obleuten und USPD-Vorstand. Eine Presseerklärung der Obleute verlangte den sofortigen Rücktritt der USPD-Volksbeauftragten, eine Distanzierung der Partei von der SPD und die Führung des Wahlkampfs zur Nationalversammlung klar gegen die Mehrheitssozialisten. Müller und Däumig weigerten sich zudem, mit dem USPD-Führer Hugo Haase auf eine Kandidatenliste für die Wahl gesetzt zu werden. Die USPD sollte sich zwischen Obleuten und dem eigenen Parteivorstand entscheiden. Der Vorstand gewann diese Machtprobe, und die Obleute

-

<sup>20</sup> Zu den Revolutionsorganen siehe Ingo Materna: Der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte 1918/19, Berlin (DDR) 1978, sowie Susanne Miller: Die Regierung der Volksbeauftragen 1918/1919, Düsseldorf 1969.

<sup>21</sup> Siehe Rede Richard Müllers, in: Archiv der Sozialen Demokratie, Nachlass Paul Levi, 1/PLAA000060. Höchstwahrscheinlich handelt es sich bei dem undatierten Dokument um eine Rede vor der Berliner Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte am 23.12. 1918.

waren zunächst in der Partei isoliert.<sup>22</sup> Dennoch schlossen sie sich zunächst nicht der am 30. Dezember 19918/1. Januar 1919 neu gegründeten KPD an. Wegen ihres Antiparlamentarismus und des Vorherrschens der Syndikalisten und Ultralinken war die junge Partei den Obleuten suspekt.

Die Obleute blieben in der USPD, führten ihre Politik allerdings weiterhin unabhängig vom Parteivorstand fort. Ihr Aktionsfeld war die sich formierende Arbeiterrätebewegung, die sich seit Anfang 1919 aus den zunächst sehr heterogenen und ohne Programm agierenden Rätestrukturen entwickelte. Denn obwohl das Organisationsprinzip der Obleute, die Matrosenräte und die Berliner Streikleitung von 1918 schon räteförmig waren, gab es bisher keinerlei Theorie oder Konzept für ein Rätesystem innerhalb der sozialistischen Arbeiterschaft. Wie in Russland entstanden die Räte in Deutschland spontan und unabhängig aus der Praxis des Kampfes heraus.

Richard Müller und Ernst Däumig gründeten nun die Zeitschrift "Der Arbeiter-Rat", entwarfen quasi nachträglich eine eigene Rätetheorie, das "reine Rätesystem". Hier wurde erstmals der Entwurf eines kompletten Wirtschaftsorganismus vom einzelnen Betriebsrat über Industriegruppen-, Bezirks- und Branchenräte bis hin zu einem Reichswirtschaftsrat vorgelegt.<sup>23</sup>

Anfang 1919 wurden die Forderungen nach Sozialisierung und Arbeiterkontrolle, die vom Rat der Volksbeauftragten bisher verschleppt worden waren, beständig lauter. In den Fabriken und Bergwerken sah man die Revolution noch nicht als abgeschlossen an, die Enttäuschung über die hinhaltende, in den Januarkämpfen 1919 blutig repressive Politik der SPD wuchs innerhalb der gesamten Arbeiterschaft. Aus dieser Stimmung heraus entwickelte sich im Frühjahr 1919 eine Streikwelle im ganzen Reichsgebiet mit Zentren in Berlin, in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet.

Diese Streikwelle war die stärkste Machtdemonstration der Anhänger des Rätesystems, einer Bewegung, die nun weit über den Kreis der Obleute hinausging und die Mehrheit der Arbeiterklasse erfasste. Insbesondere durch die mitteldeutschen Streiks, welche die Nationalversammlung in Weimar praktisch umzingelten, war die Frage "Parlamentarische Republik oder Rätesystem?" wieder offen.

.

<sup>22</sup> David Morgan schätzt das Gewicht der Obleute in der Partei sehr hoch ein und macht unter anderem ihre parteipolitische Unerfahrenheit für die Erfolglosigkeit der Intervention verantwortlich: "With a credible program and shrewd political leadership, they could have mounted a formidable threat to the established direction, or even the existence, of the USPD. Their lack of these assets, than and later, was important for the history of the party" (Morgan, The Socialist Left, S.211).

<sup>23</sup> Müllers und Däumigs Schriften zum reinen Rätesystem sind in Auszügen zu finden bei Schneider/Kuda, eine ausführliche Analyse des reinen Rätesystems und ein Vergleich mit anarchosyndikalistischen Vorstellungen findet sich bei Günter Hottmann: Die Rätekonzeptionen der Revolutionären Obleute und der Links- (bzw. Räte-) Kommunisten in der Novemberrevolution: Ein Vergleich (unter Einschluß der Genese der Rätekonzeptionen), Staatsexamensarbeit Göttingen 1980.

Rolf Hoffrogge 43

Doch die Streiks erlitten dasselbe Schicksal wie alle weiteren Versuche, die Revolution von links voranzutreiben. Sie waren lokal und ungleichmäßig verteilt, zeitlich nicht aufeinander abgestimmt und konnten somit durch die Regierung, in der nunmehr die SPD allein vertreten war, einzeln niedergeschlagen werden. <sup>24</sup> Richard Müller und Wilhelm Koenen erkannten diese Problematik, jedoch schlug ihr Versuch einer gesamtdeutschen Koordination der Streiks fehl. Die finale Niederlage der Streikwelle markierten die blutigen Märzkämpfe in Berlin, in denen die Bezirke Kreuzberg und Friedrichshain den aufständischen Arbeitern nur unter Einsatz von schwerer Artillerie und hohem Blutzoll abgekämpft werden konnten. Regierung und Freikorps hatten bewusst die militärische Konfrontation gesucht, um den Widerstand der Arbeiter zu brechen. <sup>25</sup>

Die gewaltsame Niederschlagung des Januaraufstandes in Berlin und der Streikwelle im Frühjahr hatten alle Hoffnungen auf ein bewaffnetes Weitertreiben der Revolution zunichte gemacht. Die Nationalversammlung und somit die parlamentarische Natur der neuen Staatsverfassung waren nun Fakten, die auch die Verfechter des Rätesystems nicht ignorieren konnten. In dieser Situation kam es zu einer Kursänderung. Der neue Kompromisskurs von Richard Müller und Ernst Däumig lautete: Integration des Rätesystems in die Verfassung. <sup>26</sup>

Die Rätebewegung wurde somit zu einer Betriebsrätebewegung, ihre Anhänger wollten den neuen Arbeitervertretungen soviel Macht wie möglich sichern, um sie als Ausgangspunkt für weitere politische Kämpfe in Richtung Sozialisierung und Arbeiterkontrolle auszubauen.

Ließ der Artikel 165 in der Weimarer Verfassung noch Raum für weitergehende Kontrollrechte der Arbeiter, so bedeutete das neue Betriebsrätegesetz im Jahre 1920 jedoch eine entscheidende Niederlage der Rätebewegung. Die Betriebsräte wurden zu reinen Arbeiterausschüssen degradiert, eine Kontrolle der Unternehmensleitung oder Mitspracherechte in der Produktion hatten sie nicht. Die Betriebsräte wurden zu dem, was sie in der BRD auch heute noch sind: Interessenvertretungen der Arbeitenden gegenüber dem Unternehmer, der allerdings grundsätzlich Herr im Hause ist und sowohl über Produktionsmittel als auch über Unternehmensgewinne frei verfügen kann.

Der letzte Akt der Rätebewegung war der Kampf mit den Gewerkschaften um die Betriebsrätezentrale. Die Frage lautete: Organisation der Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften oder selbständige Dachorganisation aller Betriebsräte als revolutionäres Kampforgan? In Berlin hatte sich Richard Müller nach

<sup>24</sup> Richard Müller machte später die Demoralisierung nach dem verfrühten Berliner "Januarputsch" dafür verantwortlich, dass die Streiks in Berlin erst losgingen, als sie in anderen Gebieten schon auseinanderfielen und dass somit keine einheitliche gesamtdeutsche Streikfront entstehen konnte. Richard Müller: Der Bürgerkrieg in Deutschland, Berlin 1925, S.154.

<sup>25</sup> Zum Verlauf der Streikwelle siehe Müller, Bürgerkrieg, S.124-163, sowie Morgan, The Socialist Left, S.230. Über die Märzkämpfe in Berlin siehe auch den Zeitzeugenbericht von Franz Beiersdorf, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2.01.

<sup>26</sup> Morgan, The Socialist Left, S.252.

Auflösung des Vollzugsrates im August 1919 letzterem Zweck gewidmet und mit Hilfe der Obleute eine selbständige Betriebsrätezentrale aufgebaut, die auch von den örtlichen Gewerkschaftsorganen mitgetragen wurde. Gemeinsam mit dem Kommunisten Heinrich Brandler verteidige Richard Müller dieses Modell der selbständigen revolutionären Betriebsrätebewegung auf dem 1. Betriebsrätekongress vom 5. bis 7. Oktober 1920.<sup>27</sup>

Der Übergang der Obleute zur KPD bahnte sich hier schon an. Bei der Spaltung der USPD auf dem Parteitag in Halle wenige Tage später waren Müller und die Obleute Verfechter des Anschlusses an die III. Internationale und der damit verbundenen "21 Bedingungen" der Aufnahme in diese. An dieser Frage zerbrach die USPD. Müller wurde 1920 Mitglied im Zentralkomitee der USPD-Linken, nach dem Anschluss des linken Flügels an die KPD im Dezember 1920 wurde er Vorsitzender der Reichsgewerkschaftszentrale der KPD. Mit dem Gewinn dieses linken USPD-Flügels einschließlich des Netzwerkes der Revolutionären Obleute war die KPD nun schlagartig zur Massenpartei geworden.<sup>28</sup> In der Betriebsrätefrage setzten sich allerdings die Gewerkschaften durch. Trotz eines antikapitalistischen Konsenses und feuriger Reden von Gastrednern aus Sowjetrussland konnten sich Müller und Brandler auf dem Betriebsrätekongress nicht durchsetzen. Stattdessen wurde ein Antrag Robert Dißmanns angenommen, der zwar auch die Betriebsräte als revolutionäres Kampforgan beschwor, ihre Zusammenfassung aber unter dem Dach der bisher konservativ agierenden Gewerkschaftsführung vorsah. Obwohl der Beschluss sich explizit und kämpferisch für den Sturz des Kapitalismus einsetzte, bedeutete er faktisch die Niederlage für die revolutionäre Rätebewegung. Die Betriebsräte wurden Organe der Gewerkschaften, die selbständige politische Rätebewegung in Deutschland war damit beendet.

Müller und die Revolutionären Obleute wirkten nun in der KPD weiter, hielten ihren Kreis aber offen für Mitglieder anderer Parteien. Diese Politik, aber auch der Zusammenhalt der Obleute an sich wurde von der Zentrale nicht gern gesehen. Das Protokoll einer Sitzung der Obleute vom 9. November 1921 berichtet von Kontrollen und Bespitzelungen, auch wurden Befürchtungen über Parteiausschlüsse geäußert.<sup>29</sup> Eigenständige Fraktionsbildung, wie sie es in der USPD ohne Repressalien betrieben hatten, erregte Verdacht und Misstrauen innerhalb des Parteiapparats der KPD, insbesondere als die Obleute im parteiinternen Dauerstreit nach der Märzaktion 1921 mit der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft (KAG) des ausgeschlossenen ehemaligen Parteivorsitzenden Paul Levi sympathisierten.

27 Siehe Protokoll der Verhandlungen des ersten Reichskongresses der Betriebsräte Deutschlands - Abgehalten vom 5.-7.10.1920 zu Berlin, Berlin 1920.

<sup>28</sup> Zur USPD-Spaltung siehe Hartfrid Krause: USPD – Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt am Main 1975, S.132-216. 29 Siehe Sitzung der Revolutionären Obleute am 9.11.1921, SAPMO-BArch, RyI/I 2/708/120.

Rolf Hoffrogge 45

Nachdem die Antikriegsopposition gegenstandslos geworden und die selbständige Rätebewegung eingegangen war, waren auch die Politikformen der Obleute am Ende. Träger der politischen Kämpfe waren nun alleine die Parteien, die Basisbewegungen existierten nurmehr in Abhängigkeit von diesen. Innerhalb der KPD waren die verbliebenen Obleute isoliert, von der SPD wollten sie nichts wissen, eine USPD als starke Mittelkraft existierte nicht mehr.

Das Zusammenspiel von radikaler Basisbewegung und Parlamentsopposition einer Partei, das von Obleuten und USPD während des Krieges und auch danach teilweise sehr erfolgreich praktiziert wurde, konnte durch die sich abzeichnende Bolschewisierung der KPD nicht erhalten werden. Einzelne Obleute blieben in der KPD aktiv, andere wandten sich der KAG zu oder verließen die Politik ganz. Der Zusammenhang als solcher ging ein. Ebensowenig wie es ein Gründungsdokument gab, gibt es eine offizielle Auflösungserklärung der Revolutionären Obleute.

Richard Müller gehörte nach heftigen Kontroversen über die gescheiterte Märzaktion im Jahre 1921 zur innerparteilichen Opposition in der KPD. Er verlor aus diesem Grund seinen Posten als Leiter der RGZ, blieb aber in der Partei. Nachdem schlichtende Eingriffe Lenins die Partei kurz stabilisiert hatten, setzte sich jedoch gegen Ende des Jahres die Linie des Vorstands wieder durch, und Müller wurde im Januar 1922 gemeinsam mit anderen Oppositionellen aus der KPD ausgeschlossen. Eine Rückkehr in die USPD, wie sie sich in der KAG abzeichnete, war für ihn nicht denkbar, er zog sich daher ganz aus der Politik zurück.<sup>30</sup> Bis 1925 war er als Autor sehr produktiv und verfasste mit "Vom Kaiserreich zur Republik", "Die Novemberrevolution" und "Der Bürgerkrieg in Deutschland" drei Werke zur Revolutionsgeschichte. In den 30er Jahren zog sich Richard Müller dann völlig ins Privatleben zurück. Neuere Erkenntnisse enthalten Hinweise darauf, dass er nach 1933 nicht ins Exil ging, sondern 1943 in Berlin verstarb.<sup>31</sup>

<sup>-</sup>

<sup>30</sup> Siehe Reiner Tosstorf: Profintern - Die Rote Gewerkschaftsinternationale 1921-1937, S.392-395.

<sup>31</sup> Zum Lebensweg Müllers mehr in der entstehenden Magisterarbeit: Ralf Hoffrogge: Richard Müller – vom Gewerkschaftsfunktionär zum revolutionären Betriebsobmann, FU Berlin 2007, sowie im Eintrag "Richard Müller" der für 2008 geplanten Neuauflage des Nachschlagewerks "Deutsche Kommunisten", herausgegeben von Hermann Weber und Andreas Herbst.

#### Clara Zetkin und die Rote Hilfe<sup>1</sup>

#### Heinz Sommer

Gertrud Alexander, Freundin und Kampfgefährtin Clara Zetkins, fasste die Bedeutung der Revolutionärin für die Rote Hilfe mit folgenden Worten zusammen: "Clara Zetkin fühlte sich ganz als Sachwalter der sozialen Gerechtigkeit gegenüber allen Unterdrückten und Ausgebeuteten, [...] gleich welcher Nation sie sein mochten. Als ein solcher Anwalt der vom Kapitalismus Ausgebeuteten und Entrechteten und der vom Faschismus Gegeißelten und Bedrohten, als Anwalt der Opfer imperialistisch-faschistischer Mordgier wirkte Clara Zetkin auch für die MOPR (IRH), deren Mitbegründer und Vorsitzende sie vom ersten Tag ihres Bestehens an war. [...] Wenn die MOPR heute eine Millionenvereinigung der Proletarier des Erdballs ist, internationale Kampf- und Hilfsorganisation der Werktätigen, lebendiges Denkmal der Schicksalsgemeinschaft aller Ausgebeuteten und Geknechteten des Weltkapitals, so ist das zum größten Teil Clara Zetkins Werk. Der Geist der Internationalität ist mit dem Namen Clara Zetkin eng verknüpft – ihr Ruf erging stets an Millionenmassen und wurde von ihnen gehört."<sup>2</sup>

Geht man davon aus, dass die Rote Hilfe einen wesentlichen Raum in den letzten zwölf Lebensjahren Clara Zetkins eingenommen hat, dann fragt man sich, warum dieses Thema in der wissenschaftlichen Literatur nur selten aufgegriffen wurde. Entscheidende Informationen enthält die Dissertation Sonja Buchmanns.<sup>3</sup> Einige wichtige Ergänzungen dazu finden sich in der Dissertation von Gudrun Partisch.<sup>4</sup> Der Artikel von L. G. Babičenko in den "Beiträgen zur Geschichte der Arbeiterbewegung"<sup>5</sup> befasst sich direkt mit dem Thema. Der in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv verwaltete Clara-Zetkin-Nachlass<sup>6</sup> bietet mit dem Briefwechsel Clara Zetkins mit Elena Stasova und Wilhelm Pieck wesentliche Informationen.

-

<sup>1</sup> Bearbeitete Fassung des Vortrags auf dem Kolloquium "Clara Zetkin in ihrer Zeit", veranstaltet vom Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin aus Anlass des 150. Geburtstages von Clara Zetkin am 6. Juli 2007 in Berlin.

<sup>2</sup> Siehe G. L. Alexander: Clara Zetkin als internationale Kämpferin. Maschinenschriftl. Manuskript. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (in der Folge SAPMO-BArch), NY 4005-17, Bl. 46-118, hier Bl. 47.

<sup>3</sup> Siehe Sonja Buchmann: Clara Zetkins Wirken in der internationalen proletarischen Solidaritätsbewegung 1921 bis 1933, Diss., Leipzig 1987, 156 S.

<sup>4</sup> Siehe Gudrun Partisch: Zur frauenpolitischen Tätigkeit Clara Zetkins in den Jahren 1923 bis 1933, Diss., Leipzig 1978, 287 S.

<sup>5</sup> L. G. Babitschenko: Clara Zetkin und die Internationale Rote Hilfe, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), 1977, H.3, S.371-382. 6 SAPMO-BArch NY 4005.

Heinz Sommer 47

In den biographischen Darstellungen von Gertrud Alexander über Wilhelm Pieck bis zu Florence Hervé wird die Arbeit Clara Zetkins für die Rote Hilfe dagegen oft nur am Rande erwähnt.7 Hier werden vor allem ihre Verdienste um die proletarische Frauenbewegung gewürdigt, sie erscheint uns als konsequente Revolutionärin, die in der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung in der Zeit von der Gründung der II. Internationale bis zum Jahr 1933 eine herausragende Rolle gespielt hat. Auch in den ausgewählten Reden und Schriften<sup>8</sup> finden sich nur wenige direkte Nachweise ihrer Tätigkeit für die Rote Hilfe. Band II, der die Zeit von 1918 bis 1923 umfasst, enthält einige Publikationen Clara Zetkins, die thematisch die Arbeit der Roten Hilfe berühren, jedoch keine von der Roten Hilfe selbst herausgegebenen Schriften. Ähnliches gilt für den Band III, der lediglich den Aufruf zur Rettung der Scottsboro-Boys und Auszüge aus der Broschüre zum zehnten Jahrestag der Internationalen Roten Hilfe (IRH) enthält. Versuche, sich dem Thema über Darstellungen zur Geschichte der Roten Hilfe zu nähern, ergaben ebenfalls wenig Verwertbares. Immerhin taucht in Nikolaus Brauns sehr ausführlicher Arbeit zur Geschichte der Roten Hilfe in Deutschland vielfach der Name Clara Zetkins auf,9 zusammenhängende Ausführungen zu ihrer Rolle in der Roten Hilfe gibt es jedoch hier wie in anderen einschlägigen Darstellungen leider nicht.

\_

<sup>7</sup> Gertrud Alexander, eine der ersten Biographinnen, erwähnt in ihrer zum 70. Geburtstag Clara Zetkins erschienenen Biographie "Clara Zetkins Leben und Werk" die Rote Hilfe überhaupt nicht. Eine stark erweiterte Fassung von 1933, aus der eingangs zitiert wurde, geht zwar auf die Rote Hilfe ein, wurde aber niemals gedruckt. In Wilhelm Piecks biographischer Skizze "Clara Zetkin. Leben und Kampf", Berlin 1948, 48 S., gibt es immerhin eine pauschale Würdigung ihrer Leistungen in der Solidaritätsorganisation, aber eine detaillierte Darstellung ihrer Rolle in der Roten Hilfe und ihrer Auseinandersetzungen in der Organisation finden wir hier nicht. Luise Dornemann, die sich immerhin noch auf persönliche Gespräche mit Clara Zetkins Sohn Maxim stützen konnte, behandelt in ihrer in der DDR weit verbreiteten und auch heute noch in vielen Passagen durchaus lesenswerten Biographie (Luise Dornemann: Clara Zetkin. Leben und Wirken. 8. Aufl. - Berlin 1985, 562 S.) die Rote Hilfe nur auf wenigen Seiten und verweist darauf, dass "Clara Zetkins Tätigkeit auf diesem Gebiet wie so manche andere ihrer Aktivitäten in ihren Einzelheiten noch zu erforschen" ist (ebenda, S.516). Erwartungsgemäß beschränken sich die Ausführungen von Tânia Puschnerat (Tânia Puschnerat: Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus, Essen 2003, 463 S.) zur Roten Hilfe auf wenige Seiten und auch Gilbert Badias Biographie (Gilbert Badia: Clara Zetkin. Eine neue Biographie, Berlin 1994, 319 S.), die in vielerlei Hinsicht eine neue Sicht auf Clara Zetkin eröffnete, widmet ihrer Tätigkeit für die Solidaritätsorganisation ganze drei Seiten. Die unlängst erschienene Arbeit von Florence Hervé (Florence Hervé: Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist, Berlin 2007, 146 S.) war ohnehin nicht so angelegt, dass dort Platz für längere Ausführungen über die Rote Hilfe gewesen wäre.

<sup>8</sup> Siehe Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften. Band II, III, Berlin 1960.

<sup>9</sup> Siehe Nikolaus Brauns: Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Organisation für politische Gefangene in Deutschland (1919-1938), Bonn 2003, 345 S.;III.

Es war kein Zufall, dass die Wahl zur Vorsitzenden der Roten Hilfe auf Clara Zetkin fiel, besaß sie doch gerade für diese Funktion ausgezeichnete Voraussetzungen. Seit sie 1889 auf der Gründungsversammlung der II. Internationale die internationale Arena betreten hatte, war sie mit ihren Bemühungen um die Entwicklung der Arbeiterinnenbewegung, mit dem Kampf um die Gleichberechtigung der Frau und mit ihrem unermüdlichen Auftreten gegen Militarismus und Krieg, um nur einige ihrer Tätigkeitsfelder zu nennen, zu internationalem Ansehen gelangt. Friedrich Engels hatte sie geschätzt, mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht war sie freundschaftlich verbunden gewesen, eine besonders enge, herzliche Beziehung hatte sie zu Rosa Luxemburg, und auch mit Lenin verband sie eine hohe gegenseitige Wertschätzung. Sie war eine außerordentlich erfolgreiche Rednerin. Nach ihrem etwas verunglückten Start auf diesem Gebiet 1886 in Leipzig sprach sie noch auf zahllosen Versammlungen. Die Lafargues hatten sie "etwas pathetisch" genannt, und tatsächlich erscheinen einem heutigen, nüchternen Leser ihre Sätze manchmal ein wenig überzogen. Ihre Reden entsprachen auch keineswegs Tucholskys Ratschlägen für einen guten Redner. Ihre Sätze waren lang, reich an Attributen und Nebensätzen. Sie schreckte auch vor kühnen Wortschöpfungen nicht zurück, man denke nur an die "revolutionszitternde Bourgeoisie", den "kampffliehenden Opportunismus" oder den "pestenden Kadaver des Kapitalismus". Sie prägte übrigens auch die Bezeichnung "Sanitätskorps der proletarischen Revolution" für die Rote Hilfe. Dennoch, Clara Zetkin wusste mit ihrer leidenschaftlichen Art die Zuhörer zu begeistern und zu überzeugen, wie viele Zeitgenossen bezeugten. Schließlich wusste sie auch, wovon sie sprach, kannte sie doch Verfolgung, Elend und Solidarität aus eigenem Erleben. Positiv für ihre internationale Funktion wirkten sich nicht nur ihr solides theoretisches Wissen und die reiche, jahrzehntelange Erfahrung in der Arbeiterbewegung aus, sondern auch die Tatsache, dass sie mehrere Fremdsprachen beherrschte. Auf dem Leipziger Lehrerinnenseminar hatte sie die Lehrbefähigung für Französisch, Englisch und Italienisch erworben, das Exil in Frankreich hatte ihre französischen Sprachkenntnisse so vervollkommnet, dass sie Dolmetscherdienste leisten konnte. Schließlich ist auch bekannt, dass sie so viel Russisch sprach, um eine Begrüßungsrede in dieser Sprache zu halten.

Natürlich gab es auch Faktoren, die gegen die Übernahme einer solchen Aufgabe, wie es der Vorsitz der Internationalen Roten Hilfe war, sprachen. Clara Zetkin war mit Funktionen überlastet. Zeitweilig oder ständig war sie in der in Frage kommenden Zeit Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Vorsitzende des Frauensekretariats der KI, Vorsitzende der Internationalen Arbeiterhilfe, Herausgeberin der "Kommunistin", Mitglied der Zentrale der KPD und Mitglied des Reichstags, Funktionen, die jede für sich einen gesunden Menschen völlig ausfüllen konnten. Aber Clara Zetkin war nicht gesund, und das wäre eigentlich ein kaum zu widerlegender Hinderungsgrund für diese Aufgabe gewesen. Schon das Exil in Frankreich hatte Raubbau an ihren Kräften und ihrer Gesundheit bedeutet. Körperliche Zusammenbrüche wieder-

Heinz Sommer 49

holten sich in immer engeren Zeitabständen. Sie litt unter Herz- und Kreislaufschwäche, Nierenversagen und dem zunehmenden Verlust der Sehkraft. Sie war so geschwächt, dass sie kaum noch stehen konnte und mehrfach zu Veranstaltungen auf einem Stuhl hereingetragen werden musste. Konnte sie unter diesen Voraussetzungen eine so hohe Verantwortung übernehmen? Clara Zetkin stellte sich mit eisernem Willen dieser Aufgabe.

Ihr Weg in der Roten Hilfe begann schon vor der Übernahme ihrer ersten Funktion, als sie 1920 im Deutschen Reichstag eine Amnestie für die revolutionären politischen Gefangenen forderte. Als im Frühjahr 1921 die Verfolgung revolutionärer Kämpfer Massencharakter annahm, entschloss sich die kommunistische Bewegung, Rote-Hilfe-Komitees zur Unterstützung der politisch Verfolgten und ihrer Angehörigen ins Leben zu rufen. Dem im Juni 1921 gebildeten Zentralkomitee der Roten Hilfe gehörte Clara Zetkin an. Diese erste Form der Roten Hilfe in Deutschland erwies sich jedoch angesichts der umfangreichen Aufgaben als unzureichend, zudem wurde sie im November 1923 zusammen mit der KPD verboten. Nach Aufhebung des Verbots am 1. März 1924 begann sich auch die Rote Hilfe zu reorganisieren. Damals war Clara Zetkin, wie Nikolaus Brauns unter Berufung auf Wilhelm Pieck mitteilt, 10 noch Mitglied des Zentralkomitees und gemeinsam mit Wilhelm Pieck Vorsitzende der Roten Hilfe Deutschlands (RHD). Auch Gilbert Badia verzeichnet sie in seiner biographischen Chronik<sup>11</sup> im Februar 1924 als Präsidentin der Roten Hilfe Deutschlands. In der zweiten Hälfte des Jahres 1924 begann man, die Rote Hilfe als Mitgliederorganisation aufzubauen. An der Führung dieser Organisation war Clara Zetkin jedoch nicht mehr beteiligt, wie ein Dokument aus dem Russischen Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte belegt. Auf Anfrage der Internationalen Roten Hilfe teilte Wilhelm Pieck dem Exekutivkomitee der IRH mit: "Wir schicken Euch hiermit die Zusammensetzung des Zentralkomitees der Roten Hilfe Deutschlands: [...] Vorsitzender: Wilhelm Pieck (gleichzeitig als Vertreter der Zentrale der KPD), Emil Vettermann, Hauptkassierer, Gerhard Obuch, Leiter der juristischen Zentralstelle [...]"12. Der Name Clara Zetkin taucht hier nicht mehr auf. Immerhin belegt aber ihr Nachwort zu dem 1924 erschienenen Bändchen "Der württembergische Lockspitzelsumpf" ihre Verbindung mit der deutschen Rote-Hilfe-Organisation und ihre Teilnahme an deren Aufklärungsarbeit.

Clara Zetkin selbst aber war schon im Begriff, die Führung der im November 1922 gegründeten Internationalen Roten Hilfe zu übernehmen. Wann sie jedoch Vorsitzende bzw. Präsidentin der IRH, beide Begriffe tauchen in offiziellen Dokumenten auf, wurde, darüber gibt es sehr unterschiedliche Angaben. Im Nachruf des Exekutivkomitees der Internationalen Roten Hilfe hieß es zum Beispiel: "Seit den ersten Tagen des Bestehens der Roten Hilfe bis zu den letzten

<sup>10</sup> Siehe Brauns, Schafft Rote Hilfe, S.25.

<sup>11</sup> Siehe Badia, Clara Zetkin, S.311.

<sup>12</sup> Russisches Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte, Fond 538, opis 3, delo 426.

Tagen ihres Lebens war sie mit uns, stand an der Spitze unserer Organisation." <sup>13</sup> In einem Artikel zum fünften Jahrestag der IRH "Fünf Jahre Kampf" von A. Kerin<sup>14</sup> ist zu lesen: "Nach den durchgeführten Vorarbeiten wurde die Internationale Rote Hilfe am 30. November 1922 gegründet und als erster Vorsitzender Gen. Marchlewski, als zweite Vorsitzende Clara Zetkin gewählt." Wilhelm Pieck sah sie dagegen sowohl in seinem Nachruf <sup>15</sup> als auch in der Zetkin-Biographie <sup>16</sup> seit 1924 an der Spitze der internationalen Solidaritätsorganisation.

Das entscheidende Dokument hat meines Erachtens L. G. Babičenko aufgefunden, er schreibt in den "Beiträgen zur Geschichte der Arbeiterbewegung": "Der Beschluß über die Bestätigung Clara Zetkins als Vorsitzende des Exekutivkomitees der IRH wurde auf der gemeinsamen Sitzung des Sekretariats des EKKI und des Sekretariats des Exekutivkomitees der IRH am 10. Juni 1925 gefaßt. [...] Am 12. November 1925 nahm Clara Zetkin das erste Mal unmittelbar an der Arbeit des Exekutivkomitees der IRH teil." <sup>17</sup>

Bis zu ihrem Tode verblieb sie in dieser Funktion. Der Weltkongress der IRH, November 1932, bestätigte sie letztmalig als Präsidentin dieser Organisation.

Wie und in welchem Maße führte sie aber tatsächlich die Internationale Rote Hilfe? Dabei ist ein Blick in die Struktur der IRH hilfreich. Das höchste Organ der Internationalen Roten Hilfe war der Kongress. Er wählte das Exekutivkomitee und das wiederum das Präsidium. Zur Lösung der Tagesaufgaben wurde ein Sekretariat gebildet. Darüber hinaus verfügte die IRH über einen umfangreichen Apparat mit Sekretären zu einzelnen Fachfragen, für bestimmte geographische Bereiche, für Finanzen, Verwaltung usw. Mit all dem hatte Clara Zetkin als Präsidentin kaum etwas zu tun. Hier führte die Vizepräsidentin, Elena Stasova, Regie. Tatsächlich hätte Clara Zetkin auch kaum in die Alltagsarbeit eingreifen können, weil sie vielfach in Krankenhäusern, zur Kur und einen Teil dieser Zeit auch in Birkenwerder weilte. Wie weit sie von der täglichen Arbeit der IRH entfernt war, mögen einige Beispiele zeigen. 1930 wandte sich Clara an die Exekutive der IRH mit der Bitte, zwischen der RHD und der Internationalen Hilfsvereinigung zu vermitteln. Ist das nicht die Position einer Außenstehenden? Als sie eine englische Frauendelegation empfangen soll, fragt sie vorher bei Stasova an, welche Themen sie ansprechen soll. 18 Kennzeichnend ist auch, dass das Exekutivkomitee der IRH 1931 beschließt, dass Clara Zetkin die IRH auf dem Weltkongress der IAH vertreten soll.<sup>19</sup> Clara Zetkin übte ihre

<sup>13</sup> Clara Zetkin ruft euch!, in: MOPR, 1933, Nr. 7, S.3.

<sup>14</sup> A. Kerin: Fünf Jahre Kampf, in: MOPR, 1928, Nr. 3, S.4.

<sup>15</sup> Wilhelm Pieck: Clara Zetkin ruft. Maschinenschriftl. Manuskript. SAPMO-BArch, NY 4005-17, Bl. 187-242, hier Bl. 239.

<sup>16</sup> Wilhelm Pieck: Clara Zetkin, Berlin 1948, 48 S., hier S.44.

<sup>17</sup> Babitschenko, Clara Zetkin, S. 372.

<sup>18</sup> Brief Clara Zetkins an Jelena Stasowa, Archangelskoje vom 21.8.1928, SAPMO-BArch, NY 4005-96, Bl. 178.

<sup>19</sup> Schreiben der Exekutive der IRH an Clara Zetkin, Berlin, SAPMO-BArch, NY 4005-96, Bl. 211.

Heinz Sommer 51

Führungsaufgabe wohl mehr dadurch aus, dass sie die Gesamtverantwortung für die Internationale Rote Hilfe, für ihre inhaltliche Ausrichtung wahrnahm, so weit das ihr Gesundheitszustand zuließ. An Kongressen, Konferenzen und Tagungen des Exekutivkomitees konnte sie allerdings nur selten teilnehmen und musste sich häufig auf Grußworte beschränken. Kurt Schilde, der übrigens Clara Zetkin bis zur Übernahme des Vorsitzes der IRH als Stellvertreterin Marchlewskis sah, schreibt dazu: "Ob die schwerkranke und fast erblindete, meist in Moskau lebende Multifunktionärin [...] tatsächlich die Leitung der IRH ausübte, darf bezweifelt werden."20 Der Beschränkung auf eine sporadische und repräsentative Rolle widersprechen nicht nur die Wesensart Clara Zetkins, sondern auch die Aussagen von Zeitgenossen, die aus nächster Nähe ihren Einsatz für die IRH miterlebten. Gertrud Alexander berichtet: "Von den ersten Tages des Bestehens der Roten Hilfe stand Clara Zetkin an ihrer Spitze. Wenn sie einer Sache angehörte, so bedeutete das für Clara, auch für die Greisin Clara, nicht einfach passive Ehrenpräsidentschaft. Mitgliedschaft bedeutete für sie stetige revolutionäre Bereitschaft. In der Tat gab es keine große internationale Kampagne der Roten Hilfe, an der Clara sich nicht als ihre ständige Vorsitzende aktiv beteiligt hätte".21 Berichte über Clara Zetkins Alltag bestätigen diese Aussage. Unermüdlich war sie bestrebt, sich aktuell zu informieren und zu den Aufgaben und Problemen der Roten Hilfe Stellung zu nehmen. Wenn es möglich war, repräsentierte sie die IRH, schrieb Gruß- und Neujahrsbotschaften, empfing Delegationen oder herausragende Persönlichkeiten aus Politik und Kultur und trat selbst auf Versammlungen und Tagungen auf. Da das aber ihr desolater Gesundheitszustand nur noch selten gestattete, schrieb sie. Sie verfasste Broschüren oder schrieb Einleitungen zu Publikationen der Roten Hilfe. Zahlreiche Artikel in Zeitungen und Zeitschriften bezeugen ihre Aktivität für die Solidaritätsorganisation, mit der sie zum Beispiel die Sacco-und-Vanzetti-Kampagne, die Aktionen zur Rettung der Scottsboro-Boys und vor allem den Kampf gegen den Faschismus unterstützte. Ihre Artikel finden wir in der "Roten Fahne" und der "Internationalen Pressekorrespondenz", häufig aber auch in Zeitschriften der RHD wie "Tribunal" oder "Der Rote Helfer" und besonders in "MOPR", dem Organ der Internationalen Roten Hilfe.

Die Geschichte der kommunistischen Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts war unter anderem geprägt von zahlreichen inneren Auseinandersetzungen. Clara Zetkin war in diese Auseinandersetzungen verwickelt und hat mit ihren Positionen mehrfach harsche, bisweilen auch im Ton verletzende Kritik erfahren. Unter diesen Umständen war es nur eine Frage der Zeit, dass auch eine der kommunistischen Bewegung so nahe stehende Organisation wie die Rote Hilfe in diese Kämpfe hineingezogen wurde. Ein Teil der Führung der Roten Hilfe Deutschlands hatte sich der 1928 gegründeten KPD(Opposition) angeschlossen. Zu ihnen gehörte auch der

-

 $<sup>20\</sup> Sabine\ Hering/Kurt\ Schilde\ (Hrsg.):\ Die\ Rote\ Hilfe,\ Opladen\ 2003,\ 326\ S.,\ hier\ S.59.$ 

<sup>21</sup> Alexander, Clara Zetkin als internationale Kämpferin, Bl. 101.

Sekretär der RHD, Jacob Schlör. Die KPD-Führung fürchtete, dass die RHD ganz unter den Einfluss der KPD(Opposition) geraten könne, und erwirkte, dass die RHD Jacob Schlör und seine Gesinnungsgenossen, darunter mehrere Bezirkssekretäre der RHD, ausschloss. Die Ausgeschlossenen fanden sich in der Internationalen Hilfsvereinigung zusammen, einer Organisation, die 1923 als Ersatzorganisation für die verbotene RHD unter dem Namen Hilfsverein für notleidende Frauen und Kinder politischer Gefangener gegründet worden war. 1930 wandte sich die Internationale Hilfsvereinigung an die RHD mit dem Vorschlag, die beiden Organisationen zu vereinen. Clara Zetkin unterstützte diesen Vorschlag. Sie setzte sich in Briefen an Elena Stasova und Wilhelm Pieck dafür ein und trat an die Exekutive der IRH und Elena Stasova persönlich mit der Bitte heran, in diesem Fall zu vermitteln. Clara Zetkins Hauptargument war der Hinweis auf die Überparteilichkeit der Roten Hilfe und den Nutzen, den die namhaften Persönlichkeiten des Hilfsvereins für die Einheitsfront haben könnten. Alle ihre Bemühungen waren jedoch vergeblich, ja zeitweise war zumindest vorübergehend eine deutliche Abkühlung ihres herzlichen Verhältnisses zu Wilhelm Pieck und Elena Stasova die Folge. Aus heutiger Sicht aber zeichnet sich ab, dass das an diesem Fall deutlich gewordene Verständnis einer breiten Einheitsfront gerade im Kampf gegen den Faschismus der Roten Hilfe sehr gedient hätte.

Wenn man sich fragt, welche Akzente Clara Zetkin in ihrer Arbeit für die Rote Hilfe gesetzt hat, dann muss man zunächst vorausschicken, dass sie in ihren Artikeln und bei Reden auf Veranstaltungen bestimmter Organisationen zumeist nicht nur organisationsspezifische Fragen behandelte. Sie sprach also auf Frauenversammlungen auch über die internationale Solidarität, auf Veranstaltungen der Roten Hilfe über die Politisierung der Frauen und auf beiden über die Notwendigkeit der proletarischen Einheitsfront. Insofern können sich die in ihrer Tätigkeit für die Rote Hilfe gesetzten Akzente kaum von den allgemeinen Schwerpunkten ihrer politischen Arbeit unterscheiden. Dennoch möchte ich auf einige Punkte eingehen, die beim Lesen von Clara Zetkins Texten besonders auffallen.

Eine zentrale Rolle nimmt die Frage der Einheitsfront ein. Ausgehend von dem Gedankengang, dass sowohl Erfolge im Kampf um die Verbesserung der Lebensverhältnisse ebenso wie die Abwehr von Kriegsgefahr und Faschismus und schließlich auch die sozialistische Revolution nur erfolgreich sein können, wenn sie von den Massen getragen werden, wendet sich Clara immer wieder der Frage zu, wie die Werktätigen überzeugt und aktiviert werden können. Hier nun spielt die Herstellung der Einheitsfront eine entscheidende Rolle. An dieser Stelle sei angemerkt, dass Clara Zetkin den Begriff "proletarische Einheitsfront" gebrauchte und in ihren Mittelpunkt die organisierte Arbeiterbewegung stellte, diese Einheitsfront aber keineswegs nur auf die Arbeiter beschränkte, sondern auch Angestellte, Intellektuelle, Bauern und andere Schichten einbezog. In der Roten Hilfe sah sie über die konkrete Hilfe für politische Gefangene und ihre Angehörigen hinaus eine gute Möglichkeit, Menschen für die Einheitsfront zu

Heinz Sommer 53

gewinnen. So hieß es zum Beispiel in dem von ihr verfassten Neujahrsgruß der Roten Hilfe vom Januar 1928: "Unter den Speeren des kämpfenden Proletariats sammeln sich zahlreicher und zahlreicher alle, denen die Begriffe Freiheit, Kultur, Menschlichkeit mehr sind als tönende Worte oder Sprungbretter für Eitelkeit und einträgliche Posten. Zu der Vorhut und den Kerntruppen der klassenbewussten Proletarier stoßen soziale Schichten, deren Lebensunterhalt und Lebenswürde durch die Herrschaft des Trustkapitals vernichtet werden, stoßen Einzelpersönlichkeiten, die ihre Sehnsucht nach einem pflichtgemäßen, emportragenden Lebensinhalt in der bürgerlichen Ordnung nicht verwirklichen können. Viele von ihnen finden in der überparteilichen Roten Hilfe ein Arbeitsfeld, auf dem ihr Sehnen und Wollen in selbstloser Gemeinschaftsbetätigung fruchtbar wird."22

Besonderes Augenmerk richtete Clara Zetkin auf die Einbeziehung der Frauen in die Arbeit der Roten Hilfe. In den speziellen Aufgaben der Solidaritätsorganisation wie der Betreuung politischer Gefangener und ihrer Angehörigen, in der Arbeit in Kinderheimen und ähnlichem sah sie besonders für Frauen geeignete Aufgaben. Über die Tätigkeit in der Roten Hilfe versprach sie sich eine stärkere Einbeziehung der Frauen in den allgemeinen politischen Kampf. Unter ihrer Führung beschloss die IRH 1928 Richtlinien zur Arbeit unter den Frauen<sup>23</sup>, die unter anderem die stärkere Beteiligung am Funktionärsapparat der Roten Hilfe, die Benennung spezieller Funktionäre für die Frauenarbeit und die Organisierung von Frauenhilfskomitees vorsah.

Sehr am Herzen lag Clara die Herstellung solidarischer Beziehungen zwischen den Werktätigen der Sowjetunion und den Proletariern des Westens. Schon seit den Leipziger Jugendjahren hatte sie ein besonderes Verhältnis zu den Russen. Ihre Freundin Warwara führte sie nach Sankt Petersburg, in Leipzig lernte sie russische Emigranten kennen, darunter auch Ossip Zetkin, ihren Lebenspartner im Pariser Exil. In Paris erfuhr sie die solidarische Unterstützung russischer Revolutionäre. Nun kam hinzu, dass Russland das Land der siegreichen sozialistischen Revolution war, in das Clara Zetkin alle Hoffnungen setzte. Begeistert bereiste sie Sowjetrussland und wurde nicht müde, Errungenschaften der neuen Ordnung in leuchtenden Farben zu schildern. In dem Bündnis zwischen den Werktätigen der Sowjetunion und des Westens sah sie nicht nur eine wesentliche Voraussetzung, der Gefahr von Faschismus und Krieg zu begegnen, sondern auch die Möglichkeiten, die noch im Kapitalismus lebenden Arbeiter und ihre Verbündeten für die sozialistische Revolution zu gewinnen. Clara Zetkin sah einzelne Erscheinungen und Persönlichkeiten in der Sowjetunion durchaus kritisch. Gilbert Badia hat in Kapitel 22 seiner Zetkin-Biographie<sup>24</sup> zum Beispiel ausführlich über die "private, beinah geheime"

22 Clara Zetkin: Neujahrgruß, 1.1.1928, in: Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 3, Berlin 1960, S.354-357, hier S.355.

<sup>23</sup> Siehe Richtlinien für die Arbeit der IRH unter den Frauen, in: MOPR 1928, H. 6/7, S.47/48.

<sup>24</sup> Siehe Badia, Clara Zetkin, S.245-262.

Feindschaft zwischen Clara Zetkin und Stalin geschrieben und sie mit Zitaten aus ihrer Korrespondenz belegt. Wie erklärt es sich aber, dass der Tenor ihrer Reden und Artikel dennoch ein unbedingtes Ja zur Oktoberrevolution und zur Sowjetunion war? Zweifellos war Clara Zetkin von der sozialistischen Perspektive der Sowjetunion überzeugt. Für die Internationale Rote Hilfe spielte zudem eine große Rolle, dass der Geist des proletarischen Internationalismus in der Sowjetunion lebendig war. Die sowjetische Sektion war die größte innerhalb der IRH. Von den 1932 gezählten 13,8 Millionen Mitgliedern gehörten 5,6 Millionen der MOPR der UdSSR an. Die Hilfsaktionen der Internationalen Roten Hilfe wurden zum nicht geringen Teil mit den Geldern der sowjetischen Werktätigen finanziert. Zudem genoss Clara Zetkin in der Sowjetunion eine ganz außergewöhnliche Popularität, man sah in ihr die Symbolfigur des proletarischen Internationalismus. Vergessen sei schließlich auch nicht, dass die Sowjetunion ihr immer wieder Behandlung ihrer Krankheiten, Kuraufenthalte und schließlich auch Asyl bot.

In die Einheitsfront, die Clara vor allem als Einheitsfront von unten betrachtete, bezog sie stets die sozialdemokratischen Arbeiter ein. Zugleich griff sie scharf die offizielle Politik der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale an. Vielfach wird in ihren Arbeiten an das Versagen fast aller sozialdemokratischen Parteien bei Ausbruch des I. Weltkriegs und an die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs unter einer sozialdemokratischen Regierung erinnert. Hinzu kam die antisowjetische Haltung der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien und Regierungen und die Beschlüsse über die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in einer der oben erwähnten Parteien mit der Mitgliedschaft in der Roten Hilfe, die Clara Zetkins Haltung bestimmten und verständlich machten.

Würde man eine Statistik erarbeiten, welche Themen in den Veröffentlichungen der Roten Hilfe am meisten vorkommen, dann hätte der Faschismus in dieser Aufstellung sicher einen Spitzenplatz. Wir finden zahlreiche Analysen des Faschismus, Berichte über faschistische Gräueltaten, Chroniken der faschistischen Bewegung und vor allem Aufrufe zum antifaschistischen Kampf. Clara Zetkin hatte daran einen gehörigen Anteil. Schon 1923 hatte sie im Auftrag der Kommunistischen Internationale eine Analyse und eine Definition des Faschismus erarbeitet<sup>25</sup>, von der Gilbert Badia schreibt, dass die deutsche Arbeiterbewegung in ihrem Kampf gegen den Faschismus erfolgreicher hätte sein können, wenn sie sich an die Zetkinsche Definition gehalten hätte.<sup>26</sup> Dass ihre Formulierung aber nicht ohne Wirkung auf die Zeitgenossen blieb, zeigt zum Beispiel die inhaltlich sehr ähnliche Formulierung, die Henri Barbusse einige

<sup>25</sup> Siehe Clara Zetkin: Der Kampf gegen den Faschismus. Bericht auf dem Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 20.6.1923, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2, Berlin 1960, S.689-728, hier S.690. 26 Siehe Badia, Clara Zetkin, S.9.

Heinz Sommer 55

Jahre später in einem Artikel für die Zeitschrift MOPR fand.<sup>27</sup> Ob nun tatsächlich, wie Clara Zetkin schreibt, der Faschismus die Strafe dafür war, dass das Proletariat Westeuropas nicht die in Russland eingeleitete Revolution aufgegriffen und weitergeführt hat, mag dahingestellt sein. Wichtig aber erscheint mir, dass sie in den Trägern des Faschismus "nicht eine kleine Kaste, sondern breite soziale Schichten, Massen, die selbst bis in das Proletariat hineinreichen" sah, und dass man den Kampf gegen den Faschismus nicht nur militärisch, sondern vor allem politisch und ideologisch führen müsse. Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus zog sich wie ein roter Faden durch die meisten ihrer Schriften für die Rote Hilfe, fehlte aber erstaunlicher Weise in ihrer letzten großen Arbeit "Werk und Weg der Internationalen Roten Hilfe", die 1932 in Berlin erschien. Ihre letzte Publikation aber, der Aufruf zur Internationalen Hilfswoche der IRH im Juni 1933<sup>28</sup>, galt wieder dem antifaschistischen Kampf.

Trotz Krankheit und körperlicher Schwäche setzte Clara Zetkin in der Arbeit für die Rote Hilfe stets ihre Autorität, ihre große revolutionäre Erfahrung und ihren Kampfesmut ein. Sie bestach durch ihre Hartnäckigkeit, unbequem für Freund und Feind, sie war nicht frei von Irrtümern. Aber wo auch immer Clara Zetkin "irrte oder Fehler in ihren Beschlüssen beging, immer jedoch geschah es aus der von revolutionärem Willen getragenen Überzeugung, der Komintern und der Partei praktisch zu helfen, ihre revolutionären Aufgaben zu erfüllen", so jedenfalls formulierte es Wilhelm Pieck in seinem Glückwunsch zu ihrem 75. Geburtstag. <sup>29</sup> In der Roten Hilfe propagierte Clara Zetkin nicht nur internationale Solidarität, sie praktizierte sie auch. Den Aufstieg der Internationalen Roten Hilfe zur Millionenorganisation verdankt die Arbeiterbewegung nicht zuletzt ihrem Wirken.

<sup>27</sup> Henri Barbusse: Es muß ein antifaschistischer Kongreß einberufen werden, in: MOPR, 1928, Nr. 8, S.4-6. Barbusse schreibt auf S. 5:, Was ist Faschismus? Das ist im Wesentlichen eine Kampfformation, die sich den offiziellen und 'gesetzlichen' Machtmitteln zur Wahrung eines gegebenen sozialen Zustandes hinzugesellt. Der Faschismus bietet die Möglichkeit, um gestützt auf gewisse Elemente der Großbourgeoisie, zum anderen auf gewisse kleinbürgerliche Massen, die in ihrem Wirtschaftsleben von den Schwierigkeiten der Gegenwart und von Krisen bedroht sind (welchen Elementen sich ein Sammelsurium aller zu habenden Elemente hinzugesellt), eine heftige Offensive gegen die tatsächlich gegebenen und die möglichen Fortschritte der Arbeiterklasse vom Stapel zu lassen". 28 Siehe Clara Zetkin: Unterstützt den heldenmütigen Kampf der deutschen Arbeiter

<sup>28</sup> Siehe Clara Zetkin: Unterstützt den heldenmütigen Kampf der deutschen Arbeiter gegen den blutigen Terror des Hitlerfaschismus! Aufruf zur internationalen Hilfswoche der IRH, 17.-25.6.1933, in: Dies.: Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. 3, S.617-619.

<sup>29 (</sup>Wilhelm Pieck: Glückwunsch an Clara Zetkin zum 75. Geburtstag), SAPMO-BArch, NY 4005-6, Bl. 10.

# Bundesdeutsche Vergangenheitspolitik und Antikommunismus

## Jan Korte

Bei der Beschäftigung mit der Thematik "Antikommunismus in der Bundesrepublik" wird der Interessierte eine ganze Reihe von Schriften vorfinden, die sich besonders mit der Anwendung des - antikommunistisch orientierten politischen Strafrechts von 1951 befassen. Vor allem die umfangreichen Arbeiten kritischer Juristen wie Heinrich Hannover, Diether Posser oder Rolf Gössner geben einen trefflichen politischen und juristischen Einblick in die Anwendung des politischen Strafrechts gegen Kommunisten und andere Linke und dessen Folgen in der Bundesrepublik.<sup>1</sup> Ebenso gibt es diverse Artikel und Konferenzberichte, die den Antikommunismus als Kampfideologie zur Ausschaltung gesellschaftlicher Alternativen zum Kapitalismus behandeln und ihn als gesellschaftliches Disziplinierungsmittel der bundesrepublikanischen Gesellschaft nach 1945 kennzeichnen. Daneben ist ein "Antikommunismus der Lohnabhängigen" in der Bundesrepublik zu beachten, die in der von der KPD verfolgten Fixierung auf die Sowjetunion und die DDR offensichtlich kaum bis gar keinen Anknüpfungspunkt für sich finden konnten. Exemplarisch hat dies der Historiker Till Kössler in seiner Arbeit "Abschied von der Revolution" über Kommunisten im Ruhrgebiet nachgewiesen.<sup>2</sup> Dieser Antikommunismus der Lohnabhängigen spielte eine ebenso wichtige Rolle wie der Antikommunismus der herrschenden politischen Klasse.

Im Folgenden soll ein anderer Schwerpunkt gesetzt werden: Es geht um den direkten Zusammenhang von Antikommunismus und Vergangenheitspolitik in der Anfangsphase der Bundesrepublik.

In der mittlerweile umfangreichen Literatur über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in der frühen Bundesrepublik, finden sich nur vereinzelt Hinweise darauf, inwieweit der Antikommunismus als Legitimation für die Rückkehr der alten Nazi-Eliten in Amt und Würden in der Bundesrepublik diente. Die "Klassiker" zur Vergangenheitspolitik in der Bundesrepublik – Norbert Freis "NS-Vergangenheitspolitik und die Anfänge der Bundesrepublik", Helmut Dubiels "Niemand ist frei von der Geschichte", Hannes Heers "Vom Verschwinden der Täter" oder Joachim Perels' "Das juristische Erbe des Dritten

1 Siehe Heinrich Hannover: Die Republik vor Gericht 1954-1974. Berlin 2001; Diether Posser: Anwalt im Kalten Krieg. Deutsche Geschichte in politischen Prozessen 1951-1968, Bonn 2000; Rolf Gössner: Die vergessenen Justizopfer des kalten Krieges. Über den unterschiedlichen Umgang mit der deutschen Geschichte in Ost und West, Hamburg

<sup>2</sup> Till Kössler: Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945-1968, Düsseldorf 2005.

Reiches"<sup>3</sup> – berühren mehrfach die antikommunistische Hysterie und stellen sie in den richtigen Zusammenhang von "restaurativer Epoche" (Dirks) und antikommunistischer Ideologie. Allerdings wurde der Zusammenhang von Vergangenheitspolitik und Antikommunismus im Einzelnen noch zu wenig untersucht. Daher soll dieser Frage genauer nachgegangen werden.

#### Die vergangenheitspolitische Situation der 50er/60er-Jahre

Lange vor der Kapitulation Nazi-Deutschlands gab es detaillierte Pläne zur Ausschaltung der NS-Eliten und zur grundlegenden Demokratisierung der deutschen Gesellschaft.<sup>4</sup> Dass die Alliierten mit den Nürnberger Prozessen eine rechtsstaatliche Ahndung der individuellen Schuld einleiteten, war ein Meilenstein in der Entwicklung des internationalen Rechts.

Trotz dieser Bemühungen versandete die Entnazifizierung nach kurzer Zeit: Sowohl juristisch als auch politisch sahen die Anfänge der Bundesrepublik anders aus. Der hannoversche Politikwissenschaftler Joachim Perels fasst sie prägnant zusammen: "Die Signatur der frühen fünfziger Jahre wurde aber überwiegend, wie gerade neuere Forschungen gezeigt haben, von einer Politik des Vergessens, vor allem der Staatsverbrechen und der Abwehr ihrer Ahndung, bestimmt, die von der evangelischen und katholischen Kirche, von der Mehrheit der Bevölkerung und der öffentlichen Meinung getragen wurde."<sup>5</sup>

Trotz "dieser Signatur" kann nicht von einer ungebrochenen Kontinuität der NS-Eliten gesprochen werden. Es gab mit der bedingungslosen Kapitulation 1945 einen klaren temporären Bruch für die NS-Eliten. Nur zwei Zahlen: Allein in den Westzonen wurden 300.000 Beamte aus dem Öffentlichen Dienst entfernt sowie 3,6 Millionen Verfahren im Rahmen der Entnazifizierung durchgeführt.<sup>6</sup> Deshalb engagierten sich die alten Eliten, unterstützt von breiten Bevölkerungsteilen, mit der anstehenden Gründung der Bundesrepublik, die Entnazifizierung zu beenden.

Im Zuge der westdeutschen Staatsgründung wurde von den verantwortlichen Politikern das Ende der Entnazifizierung angestrebt und Tatsache sowie Folgen des NS-Faschismus verdrängt. Die Täter wurden auf wenige "wirklich

<sup>3</sup> Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1999; Helmut Dubiel: Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages, München-Wien 1999; Hannes Heer: Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei, Berlin 2004; Joachim Perels: Das juristische Erbe des "Dritten Reiches". Beschädigung der demokratischen Rechtsordnung, Frankfurt/Main 1999.

<sup>4</sup> Ausführlich hierzu: Volker Dotterweich: Die Entnazifizierung, in: Josef Becker u. a. (Hrsg.): Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, München 1979. Zu den konkreten Plänen zur Demokratisierung siehe Wolfgang Benz: Zwischen Hitler und Adenauer. Studien zur deutschen Nachkriegsgeschichte, Frankfurt/Main 1991.

<sup>5</sup> Perels, Das juristische Erbe, S.39f.

<sup>6</sup> Siehe Frei, Vergangenheitspolitik, S.19ff.

Schuldige" reduziert und gleichzeitig die – oft als Siegerjustiz denunzierten – Entnazifizierungsverfahren bekämpft.<sup>7</sup> Die Reduzierung der Täter auf eine kleine Führungsclique, namentlich Hitler, Goebbels und Himmler – allesamt tot – war bereits die Verteidigungsstrategie von Albert Speer im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess. Die übergroße Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung stilisierte sich damit zu doppelten Opfern: erst Opfer Hitlers, dann Opfer der Alliierten. Helmut Dubiel sieht hierin ein klares Kontinuum zur NS-Zeit: "In der häufigen Stilisierung der Deutschen zu Hitlers Opfern, in der Deutung der nationalsozialistischen Machtübernahme als außergeschichtlichen, von niemand zu verantwortenden Einbruch in die deutsche Geschichte sowie im Abschieben aller Schuld auf Hitler zeigten sich die Spuren jener autoritären Mentalität, die auch die Fügsamkeit gegenüber dem NS-Regime bestimmt hatte."8

Weitere Merkmale der Relativierung und Abwehr waren die Kennzeichnung des NS-Regimes als "Katastrophe" (Kiesinger) oder "Unheil" (Adenauer). Die NS-Herrschaft wurde aus dem historisch-gesellschaftlichen Kontext herausgelöst, die sogenannte "Kollektivschuldthese" abgewehrt. Kurzum, es ging in jener Zeit darum, die Entnazifizierung zu beenden und die Deutschen, allen voran die deutschen Eliten, die sich durch die Entnazifizierung insgesamt in ihrer nationalen "Ehre" zu Unrecht verletzt fühlten, zu rehabilitieren.

Dabei spielten anfangs die Kirchen eine tragende Rolle, und zunehmend gewann der "Heidelberger Juristenkreis" um den Essener Rechtanwalt und Verteidiger im IG-Farben-Prozess Ernst Achenbach direkten Einfluss auf die Staatspolitik.<sup>9</sup> Besonders die Kampagnen gegen die Nürnberger Nachfolgeprozesse, insbesondere gegen den Prozess gegen ranghohe Wehrmachtsangehörige, hatten einen enormen gesellschaftlichen Mobilisierungsgrad. Der Historiker Norbert Frei konstatiert für 1949 ein die Demokratie gefährdendes "Kartell" der inhaftierten Kriegsverbrecher und ihrer Helfer.

Das Beispiel der inhaftierten Kriegsverbrecher zeigt exemplarisch, wie die Entnazifizierung zum Erliegen gebracht wurde. Mit der Debatte um einen möglichen Wehrbeitrag verband die CDU-geführte Bundesregierung eine "Ehrenerklärung" zugunsten der deutschen Soldaten. Adenauer nahm sich persönlich dieses, von den Inhaftierten formulierten Junktims an und ließ damit die Inhaftierungen auslaufen. Fast alle Todesstrafen wurden in Freiheitsstrafen umgewandelt, selbst Schwerstbelastete wie die Krupp-Manager auf freien Fuß gesetzt. Die Zahl der inhaftierten Kriegsverbrecher sank von 1950 bis 1952 von 3.400 auf 1.258, und selbst für die in Berlin-Spandau inhaftierten Hauptkriegsverbrecher, wie etwa Konstantin von Neurath, machte sich die Adenauerregierung stark. Die Täterfrage war für die herrschenden Eliten eine

9 Siehe Frei, Vergangenheitspolitik, S.165f.

<sup>7</sup> Siehe Dubiel, Niemand, S.43.

<sup>8</sup> Ebenda, S.69.

<sup>10</sup> Siehe ebenda, S.245.

Klassenfrage: Die Täter aus Wehrmacht, Auswärtigem Amt, Wirtschaft und Justiz sollten rehabilitiert, nur die "wirklichen Verbrecher", die KZ-Schergen, abgeurteilt werden – wenn überhaupt. 11 Somit saßen 1955 gerade noch 30 Personen in den Kriegsverbrechergefängnissen, fast das gesamte Führungskorps von Gestapo und Reichssicherheitshauptamt (RSHA) war beruflich und gesellschaftlich reintegriert, 12 das Lügenbild der sauberen Wehrmacht durchgesetzt. Der Historiker Frei sah damals die "nationalsozialistische Volksgemeinschaft" nachträglich bestätigt.

#### Vergangenheitspolitische Gesetzgebung

Eines der ersten Gesetze der Bundesrepublik war das Straffreiheitsgesetz von 1949. Dieses stellte in erster Linie kleinere Nazis von Strafe frei. Doch, so macht Joachim Perels deutlich, profitierten auch weit stärker belastete Täter von diesem Gesetz, wie etwa höhere SS-Leute und hohe NS-Verwaltungsbeamte.<sup>13</sup> Bemerkenswert ist, dass sich diesem Gesetz kein einziger Abgeordneter des Bundestages widersetzte, lediglich der bayerische Ministerpräsident machte im Bundesrat auf die mögliche Begünstigung hoher Nazis aufmerksam.<sup>14</sup>

Das zweite Amnestiegesetz, das Straffreiheitsgesetz von 1954, ging noch weiter: Es amnestierte auch bei Gewalt- und Tötungsdelikten, die während des NS-Regimes nach dem 1. Oktober 1944 begangen wurden, sofern die Strafe nicht über drei Jahre Haft lag. Der Skandal dieses Gesetzes lag im Paragraphen 6, in dem die Rechtslage des NS-Regimes akzeptiert und beispielsweise die Tötung von Kriegsgefangenen erlaubt wurde, "wenn ihre Nichtausführung unzumutbar ist."<sup>15</sup> Hier wurde die Mär vom Befehlsnotstand, den es nie gegeben hat, per Gesetz vom Bundestag beschlossen. Des Weiteren bewirkte das Gesetz, dass die Einträge von Mitgliedschaften in verbrecherischen Organisationen gestrichen wurden. Diese beiden Straffreiheitsgesetze wurden von großer gesamtgesellschaftlicher Zustimmung getragen. Peter Reichel nennt sie treffend "eine umfassende Amnestiebewegung, die zugleich eine Amnesiebewegung war".<sup>16</sup>

<sup>11</sup> Hierzu bemerkt Ulrich Herbert treffend: "Hinter dieser Auffassung stand die Vorstellung, wonach es neben der überwiegenden Zahl der von den Alliierten allein aus politischen Gründen Verurteilten auch einen kleinen Prozentsatz "wirklicher Verbrecher", "Asozialer", gebe, für die man sich natürlich nicht einsetze." (Ulrich Herbert: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, Bonn 1996, S.456).

<sup>12</sup> Siehe ebenda, S.475.

<sup>13</sup> Siehe Perels, Das juristische Erbe, S.205.

<sup>14</sup> Siehe Frei, Vergangenheitspolitik, S.42.

<sup>15</sup> Perels, Das juristische Erbe, S.207.

<sup>16</sup> Peter Reichel: Zwischen Dämonisierung und Verharmlosung: Das NS-Bild und seine politische Funktion in den fünfziger Jahren. Eine Skizze, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1998, S.690.

Der dritte relevante Punkt vergangenheitspolitischer Gesetzgebung war die Rehabilitierung der sogenannten "131er". Hinter den "131ern" verbarg sich der Öffentliche Dienst inklusive seiner Berufsbeamten, die von den Alliierten – zu Recht – als besonders eifrige Nazis eingestuft worden waren. Der Artikel 131 des Grundgesetzes war zwar keine Garantie für die Wiedereinstellung der entfernten Beamten und Angestellten in den Öffentlichen Dienst, ließ dies aber ausdrücklich zu: Alles Weitere sollte durch Bundesgesetze geregelt werden. (Nach einer Zählung von 1950 waren 430.000 Personen aus dem Öffentlichen Dienst ausgeschieden, darunter mindestens 55.000 Schwerbelastete.<sup>17</sup> ) Die von den Alliierten ursprünglich geforderte radikale Neuordnung des Öffentlichen Dienstes wurde verhindert. Mit dem Artikel 131 des Grundgesetzes wurde einer wesentlichen Funktionsgruppe der Nazis der Weg in die Ämter oder zu zahlreichen Pensionen geebnet, die Gestapo inbegriffen.<sup>18</sup>

#### Politischer Rahmen

In welcher politischen Situation spielte sich diese Amnestiepolitik ab? Welche Stimmungen gab es in der Bevölkerung?

Die damalige Regierungspolitik reflektierte zweifelsfrei ein gesellschaftliches Gesamtklima, das, begünstigt durch Kalten Krieg und Wiederbewaffnung, eine politische Umsetzung dieser Vergangenheitspolitik ermöglichte. Besonders Adenauer antizipierte die Stimmung in der Bevölkerung genau und setzte die die nazistische Vergangenheit verdrängende Politik mit Erfolg durch. Und dies auch aufgrund einer starken, in der rechtsradikalen Sozialistischen Reichspartei (SRP) organisierten Rechten, die beträchtlichen Einfluss auch in FDP und Deutscher Partei hatte.<sup>19</sup> Gleichzeitig war Adenauers Politik ambivalent: Adenauer persönlich stand für die Durchsetzung des Wiedergutmachungsabkommens mit Israel und hat es zusammen mit der SPD gegen erbitterte Widerstände in der eigenen Partei durchgesetzt. Das ist sein bleibendes Verdienst. Zugleich war er derjenige, der sich wirksam für die Kriegsverbrecher einsetzte und für einen Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit plädierte.<sup>20</sup> Diese restaurative Politik Adenauers kann mit Zahlen belegt werden: So waren bereits 1951 66 Prozent der leitenden Beamten des Auswärtigen Amtes ehemalige NSDAP-Mitglieder<sup>21</sup>; mehr als ein Viertel der Abteilungsleiter der Ministerien bestand 1950 (!) aus ehemaligen NSDAP-Leuten; die Zahl der Prozesse gegen Nazi-Verbrecher sank rapide ab. Der Kommentator der Nürnberger Rassegesetze, Hans Globke, wurde Adenauers Staatssekretär. Es gab zuhauf Ehrenerklärungen für Kriegsverbrecher,

<sup>17</sup> Siehe Frei, Vergangenheitspolitik, S.70f.

<sup>18</sup> Siehe ebenda, S.79ff.

<sup>19</sup> Siehe ebenda, S.402.

<sup>20</sup> Siehe zu Adenauer insgesamt: Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967, Stuttgart 1991, S.65.

<sup>21</sup> Siehe Detlef Garbe: Äußerliche Abkehr, Erinnerungsverweigerung und "Vergangenheitsbewältigung": Der Umgang mit dem Nationalsozialismus in der frühen Bundesrepublik, in: Schildt/Sywottek, Modernisierung, S.699ff.

und der Muff legte sich wie Mehltau über die bundesdeutsche Gesellschaft. In seiner Anklage gegen diese Zustände fasste Ralph Giordano die Adenauerzeit so zusammen: "Als sei die Adenauerära bis hinein in die sechziger Jahre so etwas gewesen wie eine gigantische Korrumpierungsofferte der konservativen Herrschaft an ein mehrheitlich auseinandersetzungsunwilliges Wahlvolk, eine Art Stillhalteangebot, das sich teils wortlos aus der allgemein konspirativen Atmosphäre ergab, teils aber auch kräftig organisiert war. Diese Offerte lautete: Für die kollektiven Wiedereinstellungen selbst schwerstbelasteter Berufsgruppen, für Pensionskontinuität, großzügige Sozialregelungen auf dem während der NSZeit erreichten Standard, für die Exkulpierungsagitation – für all das: demokratisches Wohlverhalten! Diese Offerte ist akzeptiert worden – der große Frieden mit den Tätern."<sup>22</sup> Diese Politik wurde wesentlich, ja fast ausschließlich, antikommunistisch begründet, um die "Rote Flut" zu stoppen.

#### Der Antikommunismus nach 1945

Die Tradition des Antikommunismus in Deutschland ist bekanntermaßen nicht erst ein Phänomen der 50er-Jahre des 20. Jahrhunderts. Spätestens seit dem Sieg der Oktoberrevolution 1917 lebte das deutsche Bürgertum in Angst und Schrecken vor einer möglichen Revolution und versuchte, jegliche emanzipatorische Politikansätze zu denunzieren und abzuwehren. Kurt Sontheimer sieht diesen radikalen Antikommunismus spätestens 1918/19 auf dem Vormarsch, getragen von den gesellschaftlichen Eliten. Der damalige Antikommunismus war "Abwehrideologie und Abwehrpolitik des Bürgertums" (Fritz Vilmar) gegen die Arbeiterbewegung. Parallel zum wachsenden Antikommunismus gewann eine junge akademische Rechte, die auf eine völkische und sozialdarwinistische Politik setzte, Einfluss in der Gesellschaft. Ulrich Herbert hat diese Generation am Beispiel des Justiziars der SS Werner Best exemplarisch nachgezeichnet. Aus dieser Gruppe rekrutierten sich die späteren Haupttäter aus dem RSHA. 24

Die Nazis konnten weitgehend bruchlos an eine antikommunistische und antisemitische Tradition anschließen und konstruierten aus dieser antidemokratischen Ideologie die "jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung".<sup>25</sup> Der Antikommunismus der Nazis nahm Kreuzzugscharakter an und legitimierte den Vernichtungskrieg gegen die UdSSR. Verbrecherischster Ausdruck dieser Ideologie im Krieg gegen die Sowjetunion, waren, besonders in der Wehrmacht, der Kommissarbefehl und seine mörderischen Folgen. Dazu

<sup>22</sup> Ralph Giordano: Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein, Berlin (Ost) 1990. S.102.

<sup>23</sup> Siehe Kurt Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1994, S.31.

<sup>24</sup> Siehe Herbert, Best, S.88ff.

<sup>25</sup> Treffend hierzu: Eugen Kogon: Die Funktion des Antikommunismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: James Bristol: Anatomie des Antikommunismus, Olten 1970, S.192ff.

Hannes Heer: "In den so genannten 'verbrecherischen Befehlen', die dem Feldzug vorausgingen, wurden die Opfergruppen für die Wehrmacht klar definiert: Kommissare waren zu erschießen, den Kriegsgefangenen wurde ihr international geschützter Status verwehrt, die Zivilbevölkerung verfiel als partisanenverdächtig dem Terror der Besatzer, die Juden wurden zwar den Einsatzgruppen übereignet, aber die Wehrmacht war über jeden Schritt des Vernichtungsprogramms unterrichtet und übernahm es, dessen Prolog zu organisieren."<sup>26</sup>

Der verinnerlichte Antikommunismus galt für die Nazi-Eliten ebenso wie für einfache Soldaten, wie Hannes Heer anhand der Feldpostbriefe nachgewiesen hat.<sup>27</sup>

Der Antikommunismus spielte auch im Alltag – schon bei Kindern – eine erhebliche Rolle. Heinrich Hannover fasste das in seinen Erinnerungen zusammen: "Judentum und Bolschewismus, das waren die beiden nebulös miteinander verschlungenen Weltfeinde, die die Nazipropaganda den Deutschen – und zwar nicht nur uns Kindern und Halberwachsenen – zu suggerieren wußte. Und allzu viele haben, wie ihre Bereitschaft zu entsetzlichen Verbrechen an Juden, Kommunisten und russischen Kriegsgefangenen zeigte, daran geglaubt."<sup>29</sup>

Giordano charakterisiert den Antikommunismus des letzten Jahrhunderts als "Absolutismus unseres Zeitalters", als die entscheidende antidemokratische Abund Ausgrenzungsideologie der deutschen Gesellschaft.30 Der Antikommunismus wirkte integrierend, mit ihm konnte die Vergangenheit ausgeblendet, Restauration begründet und tagespolitisch alles Oppositionelle delegitimiert werden. Bei allen geschichtlichen Brüchen seit 1918 war der Antikommunismus der rote Faden, der die deutsche Geschichte durchzog. Die beiden Sozialpsychologen Margarete und Alexander Mitscherlich fassten in ihrem unübertroffenen Werk "Die Unfähigkeit zu trauern" die Wirkungsmächtigkeit des Antikommunismus in Deutschland 1967 so zusammen. Sie seien hier ausführlicher zitiert: "Das folgenreichste dürfte der emotionelle Antikommunismus sein. Er ist die offizielle staatsbürgerliche Haltung, und in ihm haben sich die ideologischen Elemente des Nazismus mit denen des kapitalistischen Westens amalgamiert. So ist eine differenzierte Realitätsprüfung für alles, was mit dem Begriff ,kommunistisch' bezeichnet werden kann, ausgeblieben. Das unter Adolf Hitler eingeübte Dressat, den eigenen aggressiven Triebüberschuß auf das propagandistisch ausgenutzte Stereotyp "Kommunismus" zu projezieren, bleibt weiter gültig; es stellt eine Konditionierung dar, die bis heute nicht ausgelöscht wurde, da sie in der weltpolitischen Entwicklung eine Unterstützung fand. Für unsere psychische Ökonomie waren der jüdische und der bolschewistische Untermensch nahe Verwandte. Mindestens, was den Bolschewisten betrifft, ist

<sup>26</sup> Hannes Heer/Klaus Naumann: Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg 1999, S.29f.

<sup>27</sup> Siehe Heer, Vom Verschwinden der Täter, S.97.

<sup>28</sup> Siehe Hannover, Die Republik, S.13-15.

<sup>29</sup> Ebenda, S.23.

<sup>30</sup> Siehe Giordano, Die zweite Schuld, S.213.

das Bild, das von ihm im Dritten Reich entworfen, in den folgenden beiden Jahrzehnten kaum korrigiert worden."<sup>31</sup> Das heißt: Der Antikommunismus war dermaßen tief im Bewusstsein der Gesamtbevölkerung verankert, dass er nach 1945 problemlos wieder aktiviert werden konnte, zumal eine Wiederbelebung des Antisemitismus nach Auschwitz und aufgrund des Vetos der Alliierten nicht (zumindest nicht offiziell) möglich gewesen ist.

Nach 1945 bewegte sich der Antikommunismus, sukzessive ansteigend, im Spannungsbogen des Kalten Krieges. Diese Frage soll hier nicht erörtert werden, sie ist jedoch stets zu beachten. Denn meine These lautet: Der Antikommunismus war Mittel der Vergangenheitspolitik. Der Kalte Krieg und die internationale Konstellation erleichterten es Adenauer und den gesellschaftlichen Eliten, ihn zu nutzten, um einen Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit zu ziehen.

Aufgrund des gemeinsamen Sieges der Alliierten hatte der Antikommunismus nach der Kapitulation zunächst wenig Wirkkraft. Auch in den westlichen Zonen setzten die Alliierten Kommunisten zur Reorganisierung von Betrieben und Verwaltungen ein. KPD-Mitglieder waren an mehreren Länderregierungen beteiligt, 1949 saßen KPD-Vertreter, die 5,6 Prozent der Wählerstimmen hinter sich hatten, im ersten Bundestag.

Grundlegend änderte sich dies mit der Regierungsübernahme der CDU 1949. Wesentliche Grundlage der konservativen Ideologie und Politik nach 1945 war ihr Totalitarismusbegriff, der seine konkrete Umsetzung in den Fünfzigerjahren in der Gleichsetzung von Bolschewismus – allgemeiner: Kommunismus – und Nazismus hatte. Kurt Lenk sieht in dieser Begrifflichkeit das identitätsstiftende Moment der deutschen Konservativen nach 1945: "Politisch wurde die mit dem Totalitarismus-Begriff behauptete wesensmäßig-strukturelle Identität von Nationalsozialismus und Bolschewismus ("rot" = "braun") ein wichtiges Moment im Selbstdeutungsmuster des Konservatismus."<sup>32</sup>

Hinzu kam, dass sich große Teile der Bevölkerung durch den überragenden militärischen Sieg der Sowjetunion in ihrer durch die NS-Propaganda verinnerlichten Angst vor den "roten Horden" bestätigt sahen. Auch in den aufgeklärten Kreisen wirkte ein Antikommunismus, der eine reale Basis in der stalinistischen Praxis hatte. Kommunismus wurde als unfrei, atheistisch und zynisch wahrgenommen, wobei sämtliche linkssozialistischen Ansätze über einen Kamm geschoren wurden.<sup>33</sup> Fritz Vilmar machte darauf aufmerksam, dass es nicht nur den klassischen Antikommunismus der bürgerlichen Eliten gab, sondern dass in der Bundesrepublik auch die lohnabhängigen Massen

.

<sup>31</sup> Alexander und Margarete Mitscherlich: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 2001, S.42f.

<sup>32</sup> Kurt Lenk: Zum westdeutschen Konservatismus, in: Schildt/Sywottek, Modernisierung, S.640.

<sup>33</sup> Zum Wesen und zur Unterscheidung von Kommunismus und Stalinismus sei auf die nach wie vor treffende Analyse von Werner Hofmann: Stalinismus und Antikommunismus, Frankfurt/Main 1967, verwiesen.

antikommunistisch eingestellt waren: "Beruht der Antikommunismus des Bürgertums auf seinem Interesse, seine politischen und ökonomischen Machtpositionen zu verteidigen, so ist der Antikommunismus der Lohnabhängigen anders motiviert: Ihnen geht es um die Erhaltung ihres höheren Lebensstandards, der Meinungsfreiheit und Freizügigkeit, kurzum all der Dinge, die ja auch Ergebnis des Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung sind."<sup>34</sup>

Der Antikommunismus hatte eine erhebliche Resonanz in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft und konnte vergangenheitspolitisch nutzbar gemacht werden. Nachfolgend soll es um den vergangenheitspolitischen Charakter des Antikommunismus der frühen Bundesrepublik gehen.

In der Vergangenheitspolitik der Adenauerzeit erfüllte der Kampf gegen den "Totalitarismus" zwei Funktionen: Zum einen konnte damit die NS-Vergangenheit verdunkelt werden, und zum anderen konnte die Regierungspolitik sich im Kampf gegen die aktuelle Form des Totalitarismus darauf stützen und die Gesellschaft disziplinieren. <sup>35</sup> Es gab auch einen angenehmen Nebeneffekt für die Konservativen: Sie mussten sich mit dem unsäglichen Bündnis der Konservativen mit den Nazis 1933 nicht auseinandersetzen.

Wie der Antikommunismus als argumentative Allzweckwaffe für eine die Nazizeit verdrängende Vergangenheitspolitik genutzt wurde, verdeutlicht das Auftreten Adenauers. Er setzte den Antikommunismus gegen die SPD ein (z. B. im Wahlkampf 1953 mit der Losung "Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau") und benutzte ihn als vergangenheitspolitisches Instrument.³6 Um den klerikalen und vergangenheitspolitisch motivierten Antikommunismus zu verdeutlichen, sei Adenauer aus seinen Erinnerungen zitiert: "Die materialistische Weltanschauung hat zwangsläufig zu einer weiteren Überhöhung der Macht und damit des Staates, in dem sich die Macht zusammenballte und verkörperte, zur Minderbewertung der ethischen Werte und der Würde des einzelnen Menschen geführt. Die materialistische Weltauffassung des Marxismus hat zu dieser Entwicklung in sehr großem Umfange beigetragen. [...] Der Nationalsozialismus war nichts anderes als eine bis ins Verbrecherische hinein vorgetriebene Konsequenz der sich aus der materialistischen Weltanschauung ergebenden Anbetung der Macht und Mißachtung, ja Verachtung des Wertes des

-

<sup>34</sup> Fritz Vilmar: Gesamteuropäische Koexistenz und innersozialistische Kritik, in: Rudi Dutschke/Manfred Wilke (Hrsg.): Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westdeutsche Linke, Reinbek bei Hamburg 1975, S.76.

<sup>35</sup> Siehe Dubiel, Niemand, S.75.

<sup>36</sup> Schon auf dem ersten CDU-Parteitag gab Adenauer die antikommunistische Orientierung vor. Der Politologe Klaus Günther dazu: "Das Feindbild von "Moskau" hatte Adenauer auf dem Gründungsparteitag der CDU in Goslar im Oktober 1950 gezeichnet, als er den Bolschewismus als "überall auf der Welt das Feuer schürend, Religion und Christentum, europäische Sitten und Kultur, Freiheit und Würde der Person vernichtend" charakterisierte." (Klaus Günther: Expressive Konkurrenz und instrumentelle Kooperation: Zum bundesrepublikanischen Politikdesign der 50er Jahre, in: Schildt/Sywottek, Modernisierung, S.792).

Einzelmenschen. In einem Volk, das erst durch eine überspitzte und übertriebene Auffassung vom Staat, seinem Wesen, seiner Macht, den ihm geschuldeten Gehorsam, dann durch die materialistische Weltanschauung geistig und seelisch vorbereitet war, konnte sich, sobald eine schlechte materielle Lage weiter Volkskreise eintrat, verhältnismäßig schnell eine Lehre durchsetzen, die nur den totalen Staat und die willenlos geführte Masse kannte, eine Lehre, nach der die eigene Rasse die Herrenrasse und das eigene Volk das Herrenvolk ist und die anderen Völker minderwertig, zum Teil vernichtungswürdig sind, nach der aber auch in der eigenen Rasse und im eigenen Volk der politische Gegner um jeden Preis vernichtet werden mußte. Der Nationalsozialismus hatte den stärksten geistigen Widerstand gefunden in denjenigen katholischen und evangelischen Teilen Deutschlands, die am wenigsten der Lehre von Karl Marx, dem Sozialismus, verfallen waren."<sup>37</sup>

Adenauer behauptete, der Sozialismus sei Ursache des NS-Faschismus und seiner unvorstellbaren Verbrechen gewesen. Der Widerstand der organisierten Arbeiterbewegung, war ihm keine Zeile wert. Ebenso der Blutzoll von Kommunisten und Sozialdemokraten. Kein Wort fand er über die Verquickung der Kirchen mit der NS-Herrschaft, kein Wort zum Reichskonkordat. Und das schrieb Adenauer zu einer Zeit, zu der es bereits das von Martin Niemöller vorangetriebene "Stuttgarter Schuldbekenntnis" gegeben hatte. Letztlich widerspiegelt das Zitat die damalige Denkweise in Politik und Gesellschaft: Keine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, Gleichsetzung von Sozialismus und NS-Faschismus, Kampf gegen die Kommunisten.

#### Die Verfolgung der Kommunisten in der BRD

Hatte die KPD bei den ersten Bundestagswahlen noch 5,7 Prozent der Wählerstimmen erreicht, so erhielt sie bereits 1953 nur 2,2 Prozent der Stimmen und spielte eine gesellschaftlich immer geringere Rolle. Die zunehmende staatliche Repression und die Rückkehr der alten antikommunistischen NS-Eliten in Amt und Würden auf der einen Seite und die sich radikalisierende, auf Moskau fixierte Strategie der KPD auf der anderen Seite führten zum politischen Niedergang der KPD. Hatte die Partei Mitte/Ende 1945 noch rund 300.000 Mitglieder, so waren es nach dem KPD-Verbot 1956 gerade noch 70.000. Wer sich mit dem herrschenden Antikommunismus der 50er- und 60er-Jahre befasst, stößt auf die Frage, warum die KPD so wenig gesellschaftlichen Widerstand gegen Verfolgung und Diffamierung leisten konnte. Aus der Literatur zu diesem Thema kann zusammenfassend geschlossen werden: Die KPD scheiterte auch an sich selbst, und zwar in erster Linie aufgrund ihrer Orientierung an der Sowjetunion (welche sie Ende der vierziger Jahre immer stärker betonte). Gegen ihre Argumente wirkte ein spürbarer wirtschaftlicher Aufschwung, der den Kapitalismus für die Mehrheit der Bevölkerung zu einem Erfolgsmodell werden ließ. Auch die kritiklose Einstellung der KPD zur DDR, die gerade bei den

\_

<sup>37</sup> Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945-1953. Bd. 1, Frankfurt/Main 1967, S.39.

Lohnabhängigen spätestens seit dem 17. Juni 1953 jeglichen positiven Bezug verloren hatte, wirkte in diese Richtung.<sup>38</sup> Es sollte auch die massive Schwächung der KPD in der Zeit des NS-Faschismus nicht vergessen werden: Viele Kommunisten waren ermordet worden oder durch Folter und KZ-Haft so gezeichnet, dass sie kaum an der Parteiarbeit teilnehmen konnten; auch hatte während der NS-Zeit kein Nachwuchs für die Partei gewonnen werden können. Der Autor eines Standardwerkes über die Verfolgung der Kommunisten in der Bundesrepublik, Alexander von Brünneck, machte auf das Zusammenwirken der äußeren Verfolgung und der Selbstisolierung als Gründe für den zunehmenden Verlust gesellschaftlichen Einflusses der KPD in den 50er-Jahren dezidiert aufmerksam.<sup>39</sup> Till Kössler weist am Beispiel des Ruhrgebietes nach, dass die große Mehrheit der Bevölkerung auch aus "vergangenheitspolitischen Gründen" ein Problem mit den Kommunisten hatte: Die ersten Veranstaltungen 1945 unter freiem Himmel waren Veranstaltungen zum Gedenken an die von den NS-Faschisten ermordeten Kommunisten und Kommunistinnen. In einer Situation, in der sich die Mehrheit der Bevölkerung unwillig zeigte, sich mit der jüngsten Vergangenheit auseinanderzusetzen, wirkten diese Manifestationen als Angriff auf diese Mehrheit, was ein schlechtes Gewissen und damit Ablehnung hervorrief.<sup>40</sup>

Trotz des abnehmenden Einflusses kommunistischer Politik setzten die Regierenden auf massive Verfolgung, Ausgrenzung und Diffamierung – auch und gerade im Strafrecht. Ab 1950 ging die Polizei gegen Kundgebungen von Kommunisten und ihr nahe stehender Organisationen wie insbesondere der FDJ vor. Brutaler Höhepunkt war die Erschießung des 21-jährigen FDJ-Mitglieds Philipp Müller am 11. Mai 1952 in Essen. Die Bundesregierung verbot 1951 die Volksbefragungsausschüsse gegen die Wiederbewaffnung der BRD. So gerieten auch viele Nichtkommunisten ins Visier des staatlichen Repressionsapparates. Von Brünneck kennzeichnet die Zeit von 1949 bis 1951 als erste Phase der Kommunistenverfolgung in der Bundesrepublik, die noch vergleichsweise "moderat" abgelaufen sei, da die Kommunisten noch einen recht hohen gesellschaftlichen Einfluss und insbesondere in den Kommunen und in den Betrieben eine wichtige Stellung innehatten.

Schon Mitte 1950 gab es im Bundestag erste Debatten über die Einführung eines politischen Strafrechts, vorangetrieben von CDU/CSU. In lediglich zwei Tagen, am 9. und 11. Juli, wurde – unter dem Eindruck des Koreakrieges – in erster und zweiter Lesung das erste Strafrechtsänderungsgesetz von allen Fraktionen mit

41 Siehe von Brünneck, Politische Justiz, S.59. Siehe auch Horst Klein: Philipp Müller – Erinnerung an den ersten Demonstrationstoten der BRD im Kalten Krieg, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2003, H. 3, S.99-105.

<sup>38</sup> Siehe hierzu: Dutschke/Wilke, Die Sowjetunion, S.69f., auch Kössler, Abschied.

<sup>39</sup> Siehe Alexander von Brünneck: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968, Frankfurt/Main 1978, S.39.

<sup>40</sup> Siehe Kössler, Abschied, S.51, 63.

<sup>42</sup> Siehe von Brünneck, Politische Justiz, S.66.

Ausnahme der KPD-Fraktion verabschiedet. Der Rechtsanwalt Rolf Gössner fasst den Inhalt und die politische Zielsetzung des Gesetzes zusammen und macht deutlich, wie schrankenlos das politische Strafrecht in der BRD angelegt war: "Neben dem klassischen Hoch- und Landesverrat wurden als Straftatbestände unter anderem eingeführt: "hochverräterische Unternehmen", "landesverräterische Fälschungen", "Verstoß gegen verbotene Vereinigungen" (seit 1964), "fahrlässiger Landesverrat", "Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens", "verfassungsverräterische Zersetzung", "Staatsgefährdung", "staatsgefährdende Störungen", "Verfassungsverrat", "verfassungsverräterische Vereinigungen", "verfassungsverräterischer Nachrichtendienst" und landesverräterischer Nachrichtendienst", "Verunglimpfung" des Staates, seiner Symbole und Organe sowie "Geheimbündelei", "kriminelle Vereinigung" usw. Ein wahres Panoptikum des Verrats, der Zersetzung, Verunglimpfung und Geheimbündelei."

Nicht nur, dass die Bestimmungen über Hoch- und Landesverrat an diejenigen von vor 1945 anschlossen. Das gesamte Konstrukt verlegte den Schutz des Staates fast unbegrenzt "nach vorne" und war in seiner Stoßrichtung eindeutig gegen Kommunisten gerichtet. Umgesetzt wurde das Strafrecht von denjenigen Juristen, die 1945 durch die Kapitulation zeitweilig an der Kommunistenverfolgung gehindert worden waren. Außerdem bedeutete das neue (alte) Strafrecht eine rückwirkende Legitimierung der Verfolgung von Kommunisten im NS-Faschismus: Wenn der Kommunismus der Hauptfeind war, konnte die Kommunistenverfolgung der NS-Zeit nicht völliges Unrecht gewesen sein.

Die praktischen Folgen des neuen Strafrechts enthielten drei Hauptkomponenten. Erstens sollten kommunistische Organisationen zerschlagen sowie direkt nach dem KPD-Verbot jegliche weiterführende Ersatzorganisationen verboten werden. Zweitens sollten KPD und kommunistische Politik insgesamt aus dem politischen Raum verbannt werden, was konkret die Ausschaltung der KPD und der KPD-nahen Presse bedeutete. Drittens sollte die Unterstützung der KPD durch die DDR gekappt werden, wozu im politischen Auftrag in die BRD reisende DDR-Bürger verhaftet wurden und umgekehrt BRD-Bürger, die Kontakte zu Kommunisten in der DDR hatten, ebenfalls verfolgt werden konnten.<sup>44</sup>

So wurden von 1951 bis 1958 auf dem Verwaltungsweg 80 Verbote gegen Organisationen erlassen, ein Verbotsverfahren gegen die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) angestrengt und schließlich als Höhepunkt am 22. November 1951 das Verbot der KPD von der Bundesregierung beantragt. Bezeichnenderweise hatte die Regierung aus taktischen und vergangenheitspolitischen Gründen den Verbotsantrag gegen die neonazistische Sozialistische Reichspartei drei Tage vorher gestellt. Alexander von Brünneck macht auf die politischen und vergangenheitsrelevanten Aspekte des Ver-

<sup>43</sup> Gössner, Die vergessenen Justizopfer, S.51.

<sup>44</sup> Siehe von Brünneck, Politische Justiz, S.80f.

botsantrages gegen die KPD aufmerksam: "Mit dem Potsdamer Abkommen war eine bestimmte Form der politischen Erneuerung Deutschlands zwischen den Siegermächten vereinbart worden, die eine antifaschistische Zielrichtung hatte und die Mitwirkung der Kommunisten einschloss. Dieser Ausgangspunkt der politischen Entwicklung im Nachkriegsdeutschland wurde in der Bundesrepublik mit der Eliminierung der KPD aus dem legalen politischen Leben endgültig verlassen."45

Am 17. August 1956 wurde die KPD nach massivem Druck der Bundesregierung auf das Bundesverfassungsgericht verboten. Die Verbotsbegründung bezog sich auf die KPD-Programmatik ("revolutionärer Kampf zum Sturz des Adenauer-Regimes"), die zum Zeitpunkt des Verbotes aber keine Gültigkeit mehr hatte. Die Kommunistenverfolgung erreichte nach dem Verbot ihren absoluten Höhepunkt: Jährlich gab es rund 14.000 staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren, rund 500 Personen wurden jährlich verurteilt. Dieses Niveau hielt sich bis in die 60er-Jahre. Insgesamt, so schätzt von Brünneck, wurden von 1951 bis 1968 weit über 125.000 staatsanwaltschaftliche Ermittlungen geführt. Verurteilt wurden in dieser Zeit nach seinen Schätzungen 6.758 Personen (die KPD hatte während ihrer illegalen Zeit lediglich ca. 6.000 Mitglieder!).46

Die Verfolgungen gingen mit einer systematischen Verhinderung und Bestrafung von Kontakten in die DDR einher. So konnten Kontakte von westdeutschen zu ostdeutschen Turnverbänden als Zuwiderhandlung gegen das KPD-Verbot geahndet werden. Verboten waren Vertrieb und Bezug von DDR-Zeitungen und -Literatur in der BRD (erst 1968 wurde das Beziehen von DDR-Publizistik legalisiert). Postsendungen aus der DDR in die BRD wurden kontrolliert.

Ein besonders skandalöser Vorgang war der Verlust von Wiedergutmachungsleistungen für Kommunisten, die durch das NS-Regime verfolgt worden waren. Viele verloren im Zuge des Verbotes ihre Zahlungen, mussten sie teilweise sogar zurückzahlen.<sup>47</sup>

Heinrich Hannover, Diether Posser, Alexander von Brünneck und Rolf Gössner sind sich in ihrer Gesamtanalyse der antikommunistischen Verfolgungen einig: Die politische Justiz stabilisierte den antikommunistischen Konsens in der Bundesrepublik. Sie verhinderte eine wirkliche, tatsachenorientierte Auseinandersetzung mit Politik und Gesellschaft der DDR. Der Antikommunismus rechtfertigte das eigene, angeblich alternativlose Gesellschaftssystem und wurde durch eine radikale Abgrenzung zum Osten legitimiert und im Inneren diszipliniert. Dazu erfüllte das politische Strafrecht die Funktion, außerparlamentarische Bewegungen wie die Friedensbewegung politisch zu diffamieren und durch die politische Justiz organisatorisch zu behindern. 48 Der Justiz kam

44 0: 1

<sup>45</sup> Ebenda, S.120.

<sup>46</sup> Siehe ebenda, S.242.

<sup>47</sup> Siehe ebenda, S.163.

<sup>48</sup> Siehe Hannover, Die Republik, S.57.

die legitimatorische Aufgabe zu, den Antikommunismus "unabhängig" zu begründen: "Denn gerade die justizförmige Verfolgung von Kommunisten als außerhalb der Verfassungsordnung stehende Kriminelle konnte die antikommunistischen Stereotypen dem politischen Alltagsbewusstsein deutlich machen: Das in gerichtlichen Verfahren dokumentierte, den antikommunistischen Stereotypen entsprechende Bild des Kommunismus wirkte in dem Maße glaubhaft, wie es eine politisch scheinbar neutrale Instanz unter Anwendung allgemein anerkannter Verfahrensregeln bestätigt hatte. Aufgrund ihres prinzipiell öffentlichen Charakters war die politische Justiz bei der Verbreitung der antikommunistischen Stereotypen besonders bedeutsam."

In Verbindung mit der Rückkehr der alten Eliten – gerade in die Justiz – wird die ganze Dimension und politische Brisanz der politischen Justiz deutlich: Sie verfolgte Einzelpersonen aufgrund ihrer Gesinnung. Diese Verbindung beschädigte die demokratische Rechtsordnung der Bundesrepublik, verhinderte eine kritische Auseinandersetzung mit dem "gesetzlichen Unrecht" (Radbruch) des NS-Faschismus und delegitimierte gesellschaftliche Alternativen zum Kapitalismus.

#### Fazit und Ausblick

Es gab auch entschiedene Gegenpositionen zur Kommunistenverfolgung und zur apologetischen Vergangenheitspolitik. Erwähnt seien Martin Niemöller, Eugen Kogon, Walter Dirks, die Ost-West-Schriftsteller-Kongresse, Gustav Heinemann, kritische Wissenschaftler wie Wolfgang Abendroth und viele andere. <sup>51</sup> Bemerkenswert ist, dass alle Kritiker des Antikommunismus auf die Verbindung desselben mit der NS-Vergangenheit aufmerksam machten und hieraus ihre Ablehnung des herrschenden Antikommunismus ableiteten.

Im Jahre 1966 gelang ein kleiner, bemerkenswerter demokratischer Durchbruch, da der Antikommunismus und der unkritische Umgang mit der NS-Herrschaft deutliche Risse bekamen: Der Marxist Georg Lukács konnte im Massenblatt "Der Spiegel" seinen Artikel "Von Nietzsche zu Hitler" publizieren und seine kritische Sicht auf die deutsche Geschichte und ihren Weg in den NS-Faschismus ausführlich skizzieren. Kurz zuvor konnte der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer 1965 seinen Aufsatz "Im Namen des Volkes. Die strafrechtliche Bewältigung der Vergangenheit" medienwirksam

49 Von Brünneck, Politische Justiz, S.347.

<sup>50</sup> Siehe hierzu ausführlich: Perels, Das juristische Erbe, S.28.

<sup>51</sup> Zu den Gegenpositionen: Gustav Heinemann: Es gibt schwierige Vaterländer. Aufsätze und Reden 1919-1969, München 1988; Claudia Fröhlich/Michael Kohlstruck: Engagierte Demokraten. Vergangenheitspolitik in kritischer Absicht, Münster 1999; Eugen Kogon: Ideologie und Praxis der Unmenschlichkeit. Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus, Berlin 1995; Joachim Perels: Entsorgung der NS-Herrschaft? Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime, Hannover 2004.

<sup>52</sup> Siehe Der Spiegel, 1966, Nr. 12.

veröffentlichen.<sup>53</sup> Theodor W. Adorno durfte seinen Vortrag "Erziehung nach Auschwitz" am 18. April 1966 zur besten Sendezeit im Hessischen Rundfunk halten.<sup>54</sup>

In diesem Beitrag wurde versucht darzustellen, dass Antikommunismus und Vergangenheitspolitik auf das Engste miteinander verbunden waren und es zum Teil bis heute sind. Die restaurative Epoche, wie Walter Dirks sie nannte, war eine Epoche der Rückkehr der alten Eliten in Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee und Justiz, was ideologisch gezielt mit antikommunistischen "Notwendigkeiten" abgestützt wurde. Gleichzeitig bedeutete die "restaurative Epoche" gesellschaftlichen Stillstand. Ökonomische und politische Alternativen wurden diskreditiert, namentlich sozialistische Alternativen verhindert. Der "Sozialismus der Freiheit" (Kogon)<sup>55</sup> hätte die radikalste, humanistischste Antwort auf die Barbarei des NS-Faschismus sein können. Der Antikommunismus in all seinen Facetten hat dies verhindert. Deshalb muss bei der Untersuchung des Antikommunismus die NS-Vergangenheit immer mitbeachtet werden.

Der Antikommunismus in geschichtsrevisionistischer Absicht erfuhr in der Bundesrepublik ein stetiges Auf und Ab, je nach geschichtspolitischem Bedarf. Nach dem Historikerstreit 1986 erlebte der Antikommunismus im Gefolge des Untergangs der DDR ab 1990 eine Renaissance. Der DDR-Staat wurde mit der NS-Herrschaft gleichgesetzt. Der Historiker Hans-Peter Schwarz erklärte 1992, die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit sei für die nächsten Jahrzehnte das Hauptfeld der wissenschaftlichen und politischen Tätigkeit.<sup>56</sup>

Mit dem Erscheinen des "Schwarzbuch des Kommunismus"<sup>57</sup> 1998 erlebten Antikommunismus und Relativierung der NS-Herrschaft einen neuen Höhepunkt. Bereits in der Einleitung wurde eine direkte Verbindung zu den Nürnberger Prozessen gezogen und implizit gefordert, mit Kommunisten ebenso zu verfahren.<sup>58</sup> Es wird in diesem Buch so getan, als ob es bis dato keine kritische Auseinandersetzung mit den stalinistischen Verbrechen gegeben hätte. Doch es gab bereits in den 60er- und 70er-Jahren Dutzende Artikel und Bücher zu diesem Thema (Köstler, Abendroth, Dutschke, Flechtheim u. a.). Kernanliegen des "Schwarzbuchs" und seiner Anhänger war die endgültige Gleichsetzung von Kommunismus/Sozialismus mit den stalinistischen

56 Siehe Klaus Körner: "Die rote Gefahr". Antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950-2000, Hamburg 2003, S.180.

-

<sup>53</sup> Siehe Fritz Bauer: Die Humanität der Rechtsordnung. Ausgewählte Schriften, hrsg. von Joachim Perels und Irmtrud Wojak, Frankfurt/Main-New York 1998, S.77.

<sup>54</sup> Siehe Theodor W. Adorno: Kulturkritik und Gesellschaft. II. Eingriffe. Stichworte. Gesammelte Schriften 10.2, Frankfurt a. M. 1997, S.674ff.

<sup>55</sup> Siehe Perels, Entsorgung, S.326.

<sup>57</sup> Siehe Stéphane Courtois u. a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München 1998.

<sup>58</sup> Siehe ebenda, S.17.

Verbrechen und seine Delegimitierung. Damit die Möglichkeit, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu überwinden, grundsätzlich verneint werden.<sup>59</sup>

Antikommunismus findet sich auch in den Filmen von Guido Knopp und vielen Darstellungen zum 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus. In einer Welle von Filmen und Artikeln wurde das angebliche Tabu gebrochen, endlich der deutschen Opfer gedenken und die "Verbrechen" der alliierten Kriegsführung und speziell die "Verbrechen" der Roten Armee anzuprangern zu dürfen. Bereits die Behauptung, es gebe ein solches Tabu, ist Teil geschichtsrevisionistischer Politik, eine Lüge ist es allemal. Sowohl Frei als auch Dubiel haben nachgewiesen, dass das Gedenken an die deutschen Opfer in der Geschichte der Bundesrepublik immer an erster Stelle gestanden hat.

Die entscheidende Rolle der Roten Armee bei der Zerschlagung des deutschen Faschismus wurde bei den Feierlichkeiten zum D-Day 2004 fast vollständig verschwiegen. In Filmen wie "Der Untergang" wurden die Rotarmisten als gefährliche Invasoren dargestellt. Michael Klundt schrieb dazu: "Die Menschheit ist daher nicht nur den Westalliierten für ihre Befreiung von dieser tödlichen Gefahr zu Dank verpflichtet, sondern auch und vor allem der sowjetischen Bevölkerung – mit und ohne Uniform. Denn es waren die Bürgerinnen und Bürger der UdSSR, welche den beispiellosen Kampf zur Befreiung von der Herrschaft des Hakenkreuzes getragen und unterstützt haben. Es ist nicht auszudenken, was aus Europa und der Welt geworden wäre, wenn das sowjetische Volk und seine Armeen 1941 und danach versagt hätten."

Solche Erkenntnisse gilt es heute zu verteidigen und in den geschichtspolitischen Diskurs zurückzuholen. In der politischen und wissenschaftlichen Debatte gilt es beim Stichwort Antikommunismus immer auch nach den geschichtspolitischen Interessen zu fragen.

<sup>59</sup> Siehe Perels, Entsorgung, S. 258ff.

<sup>60</sup> Michael Klundt: Vom Antifaschismus zur Totalitarismusdoktrin. Anti-Hitler-Koalition und 8. Mai im Geschichtsbild, in: Ders. (Hrsg.): Ein Untergang als Befreiung. Der 8. Mai und seine Folgen, Köln 2005, S.173.

# Zum Streik der italienischen Arbeitsmigranten im Volkswagenwerk Wolfsburg 1962

## Hedwig Richter/Ralf Richter

Zehn Monate, nachdem die ersten Arbeitsmigranten aus Italien im Volkswagenwerk Wolfsburg angekommen waren, brach am 4. November 1962 unter den rund 3.000 Italienern ein Streik aus. Dieser Protest der Gastarbeiter, wie sie damals und für lange Zeit hießen, hat in der Forschung einige Aufmerksamkeit gewonnen. In der Analyse der Ursachen sind sich dabei die Wissenschaftler einig: Miserable Lebensverhältnisse der Ausländer und auf einem Ausbeutungsverhältnis beruhende Arbeitsbedingungen bei Volkswagen seien unerträglich gewesen. Die Unterkünfte der Migranten wurden mit einem "Gefangenenlager" verglichen² und sind so zum Inbegriff "diskriminierender Unterbringungspolitik gegenüber Ausländern" geworden. Diskriminierend seien auch die Arbeitsbedingungen gewesen. Die Forschung konstatierte "inoffizielle Aufstiegssperren für die Italiener im Werk" und "prekäre Arbeitsverträge" Doch ein Großteil der Quellen, der bei dieser Lesart der Unruhen von 1962 ausgeblendet bleibt, verweist auf andere Zusammenhänge.

Im Folgenden soll auch anderen Ursachen des Streiks nachgespürt werden, die sich in den Quellen finden. Dabei kann gezeigt werden, wie sich auch innerhalb Italiens ein Interesse an diesen Unruhen herausbildete und wie sich verschiedene Interessengruppen der Medien bedienten. Damit wird zugleich die in weiten Teilen der Migrationsforschung dominierende Sicht auf die Migranten als Opfer infrage gestellt und – wie in letzter Zeit öfters eingefordert – eine breitere Kontextualisierung geboten.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Siehe beispielsweise Anne von Oswald: Volkswagen, Wolfsburg und die italienischen "Gastarbeiter" 1962-75, in: Archiv für Sozialgeschichte 2002, S.55-79, hier S.71f.; Andreas Ehrhardt/Manfred Weule: Leben aus dem Koffer – Italiener bei Volkswagen, in: Geschichtswerkstatt 1992, H. 10, S.42-50; Volker Wellhöner: "Wirtschaftswunder", Weltmarkt, Westdeutscher Fordismus. Der Fall Volkswagen, Münster 1996, S.157f.

<sup>2</sup> Ehrhardt/Weule, Leben aus dem Koffer, S.43.

<sup>3</sup> Anne von Oswald/Barbara Schmidt: "Nach Schichtende sind sie immer in ihr Lager zurückgekehrt ..." Leben in "Gastarbeiter"-Unterkünften in den sechziger und siebziger Jahren, in: Jan Motte/Rainer Ohliger/Anne von Oswald (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung, Frankfurt a. M.-New York 1999, S.184-214, hier S.189; ähnlich Ehrhardt/Weule, Leben aus dem Koffer, S.43f.

<sup>4</sup> Oswald, Volkswagen, Wolfsburg und die italienischen "Gastarbeiter", S.79.

<sup>5</sup> Wellhöner, "Wirtschaftswunder", S.158.

<sup>6</sup> Siehe Michael G. Esch/Patrice G. Poutrus: Zeitgeschichte und Migrationsforschung. Eine Einführung, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe 2005, H. 3, URL: <a href="http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Esch-Poutrus-3-2005">http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Esch-Poutrus-3-2005</a>,

Suche nach den Motiven

In der Bundesrepublik herrschte seit den 1950er-Jahren Arbeitskräftemangel. 1961 war die Situation auch bei Volkswagen so angespannt, dass VW-Chef Heinrich Nordhoff beschloss, ausländische Arbeitskräfte einzustellen. Anfang 1962 kamen die ersten angeworbenen Italiener nach Wolfsburg.<sup>7</sup> Die überwiegende Mehrheit stammte aus den süditalienischen Provinzen. Mit ihrem Fleiß und ihrer Disziplin übertrafen die italienischen Arbeiter alle Erwartungen von Volkswagen und entsprachen damit zugleich dem positiven Eindruck, den Migranten bundesweit hinterließen.<sup>8</sup> Die Italiener in Wolfsburg schienen damit zu einer Erfolgsgeschichte zu werden.

Zwar litten die Migranten ebenso wie einige deutsche Kollegen, die wegen des akuten Wohnungsmangels in Wolfsburg auch in den Unterkünften der Migranten wohnten, an den Problemen von Massenunterkünften mit Mehrbettzimmern und mangelnder Privatsphäre. Gleichwohl waren solche Wohnanlagen damals durchaus üblich. Auch in anderen europäischen Ländern waren sie wie in Wolfsburg von einem Maschendrahtzaun umgeben,9 was aus heutiger Sicht zweifellos problematisch ist. Aber die zumeist aus ärmlichen ländlichen Verhältnissen kommenden Arbeitsmigranten selbst empfanden die Unterkünfte ebenso wie italienische und deutsche Zeitungen als gut. Die Bocciabahnen, die adretten Holzhäuser und die Grünanlagen wirkten freundlich. "Ehrlich gesagt", notierte ein Journalist 1963 in der "L'Unità", dem Zentralorgan der Italienischen Kommunistischen Partei, "die beste Anlage, die ich in Deutschland gesehen habe."10 Auch die deutsche Öffentlichkeit, die seit Kriegsende mit massivem Wohnungsmangel und Barackenlagern für Flüchtlinge und Vertriebene konfrontiert war, empfand die Wohnungen für die Italiener als angemessen. In der Trabantenstadt Wolfsburg war die Wohnungssituation noch angespannter als in anderen Städten

S.1; Klaus J. Bade: Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2002, S.11.

<sup>7</sup> Schon während der NS-Zeit arbeiteten Italiener für das Volkswagenwerk, zuerst als Zivilarbeiter, dann als Kriegsgefangene; siehe Hans Mommsen/Manfred Grieger: Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf <sup>3</sup>1997, S.288-311.

<sup>8</sup> Siehe Jahresbericht der Personalleitung 1962, Unternehmensarchiv der Volkswagen AG (UVW) 69/701, S.1.

<sup>9</sup> Siehe Aktennotiz: Unruhen im italienischen Dorf am 4. und 5. November [1962 – d. A.], UVW 69/189/2, S.3.

<sup>10</sup> Il dramma degli emigrati italiani in Germania – Volkswagen: amara esistenza dei 3.000, in: L'Unità, 10.3.1963; Siehe Italiener flanieren auf der Porsche-Straße – das Volkswagenwerk erwartet bis zum Sommer 4.300 Arbeiter aus dem sonnigen Süden, in: Süddeutsche Zeitung, 16.5.1962; Quattrosoldi, Juli 1962, S.46-51; Eine Stadt für 4.300 Gastarbeiter in Wolfsburg – Die größte Italienersiedlung nördlich des Brenners und die kostspieligste dazu, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.9.1962; 3.800 Italiener wohnen im Wolfsburger "Klein-Napoli", in: Braunschweiger Nachrichten, 27./28.10.1962; Rund 3.000 Italiener wohnen im Wolfsburger "Klein-Neapel", in: Die Welt, 24.9.1962.

Deutschlands. Noch 1963 lebten in Wolfsburg 135 Familien in Nachkriegsbaracken.<sup>11</sup> Immer wieder wandten sich Bürger an die Stadt und baten um Wohnraum. Eine junge Frau schilderte 1962 dem Bürgermeister, sie lebe mit Eltern und Geschwistern in einer kleinen Wohnung, in der sie ihr Zimmer mit ihrer verheirateten Schwester teilen müsse.<sup>12</sup>

Die Miete der Arbeitsmigranten in den VW-Unterkünften war mit 30 DM bei einem Gehalt von rund 740 DM Mitte der 1960er-Jahre günstig (Tabelle 1). Nach kurzer Zeit bot das Unternehmen auch die Möglichkeit an, gegen einen Aufpreis in einem Zwei-Bett-Raum oder Einzelzimmer zu wohnen. 13 Nur wenige Italiener entschieden sich für ein Zimmer außerhalb der Unterkünfte, da diese wesentlich teurer waren. Als sehr schwer empfanden die Italiener die Trennung von ihren Familien. Dies war bei vielen Teil der Lebensplanung: Die Familien sollten nicht nachziehen, da die Arbeitsmigranten möglichst schnell wieder zurückwollten. Kaum ein Italiener wollte in Deutschland bleiben, knapp 89 Prozent aller italienischen Arbeitsmigranten kehrten wie geplant in den 1960er-Jahren von der Bundesrepublik zurück nach Italien. 14

Die Arbeitsbedingungen bei Volkswagen waren von einem geregelten Arbeitstag mit hohen Löhnen bestimmt und boten vielen Migranten eine wesentliche Verbesserung gegenüber ihrem alten Beschäftigungsverhältnis in Italien oder bei kleineren Unternehmen in der Bundesrepublik.<sup>15</sup> Gemäß dem deutsch-

11 Siehe Bericht: Wohnungsbau in WOLFSBURG, S.2, Zahl der Familien in Barackenwohnungen, von Pressestelle an Oberbürgermeister Bork vom 20.10.1964, Stadtarchiv Wolfsburg (StadtA WOB), HA 8721; Brief Oberbürgermeister an Horn vom 14.7.1961, StadtA WOB, HA 25.

<sup>12</sup> Siehe Brief E. K. an Oberbürgermeister von 1962, StadtA WOB, HA 25; siehe dazu auch die anderen Briefe in der gleichen Akte.

<sup>13</sup> Siehe Statistik Zugehörigkeit zu Lohngruppen der italienischen Arbeitnehmer und Zugehörigkeit zu Lohngruppen der deutschen Arbeitnehmer, UVW 153/7/1; Die großen Kinder aus dem Süden sind vereinsamt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.11.1962; Notiz Kostenstelle 1791, Unterkünfte BB vom 29.8.1967, UVW 153/1/1; Wilfried Elberskirch: Integrationsprobleme italienischer Arbeitnehmer am Hauptsitz eines Automobilunternehmens (Graduierungsarbeit, Maschinenschrift), Wolfsburg 1974, S. 59-61 (U-AVW 69/212/3).

<sup>14</sup> Siehe Karen Schönwälder: Migration und Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Rosmarie Beier-de Haan (Hrsg.): Zuwanderungsland Deutschland. Migration 1500-2005, Wolfratshausen 2005, S.106-119, hier S.112; Carlo Masala: Italia und Germania. Die deutsch-italienischen Beziehungen 1963-1969, Köln 21998, S.84, 86.

<sup>15</sup> Siehe Vortrag Kugland vom 10.6.1964, UVW 69/184, S.5; Interview mit M. C. (italienischer Mitarbeiter des Sozialwesens) vom 11.5.2004 in Wolfsburg, UVW [ohne Signatur – d. A.], S.23; Interview mit A. G. (italienischer Arbeiter, später Angestellter im Personalwesen) vom 24.6.2004 in Wolfsburg, UVW [ohne Signatur – d. A.], S.2. Zu den Bedingungen in Italien und in der Bundesrepublik allgemein siehe Paul Ginsborg: A History of Contemporary Italy. Society and Politics 1943-1988, New York 2003, S.221; Yvonne Rieker: "Ein Stück Heimat findet man ja immer". Die italienische Einwanderung in die

italienischen Anwerbeabkommen von 1955, das zwischen den Regierungen vereinbart worden war, arbeiteten die Migranten zu den gleichen Konditionen wie ihre deutschen Kollegen. <sup>16</sup> Das Ziel der Unternehmensleitung jedoch, "auf die Dauer italienische Führungskräfte zu gewinnen oder heranbilden zu können", wie es im Oktober 1961 in einem Strategiepapier der Personalleitung hieß, <sup>17</sup> war mit einem für Arbeitsmigranten typischen Verhalten nicht zu erreichen: Sie verfolgten in der Regel keinen Aufstieg und keine Karriere, sondern arbeiteten in Akkord- und Schichtarbeit für raschen Verdienst und eine frühe Rückkehr in die Heimat. <sup>18</sup> Dementsprechend waren die Italiener stärker als die Deutschen in den unteren Lohngruppen vertreten (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Zugehörigkeit zu Lohngruppen der Arbeitnehmer, um 1965

Lohngruppe	Monatslohn in DM	Italiener in Prozent	Deutsche in Prozent
2	700,04	12,5	10,4
3	732,72	55,2	28,8
4	767,12	24,5	27,6
5	806,68	7,6	23,4
6	861,72	0,2	6,6
Gesamt		100	96,8

Quelle: Statistik Zugehörigkeit zu Lohngruppen der italienischen Arbeitnehmer u. Statistik Zugehörigkeit zu Lohngruppen der deutschen Arbeitnehmer, UVW 153/7/1.

Trotz der recht guten Arbeitsbedingungen der italienischen Arbeiter bei Volkswagen kam es nach relativ kurzer Zeit, am Ende des Jahres 1962, zu einem spon-

Bundesrepublik, Essen 2003, S.30, 90, 114; Ulrich Herbert: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001, S.214.

16 Siehe Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik, S.203f.

17 Aktennotiz Personalabteilung: Betrifft: Italienische Gastarbeiter vom 27.10.1961, S.1, UVW 174/2290.

18 Eduard Gaugler u. a.: Ausländerintegration in deutschen Industriebetrieben, Königstein/Ts. 1985, S.210, 213; Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik, S.212; Helga Kleinhans/Hermann Korte: Die wirtschaftliche und soziale Lage der ausländischen Wohnbevölkerung im Spiegel der jüngeren Ausländerforschung, in: Georg Klemm/Klaus Hansen (Hrsg.): Kinder ausländischer Arbeitnehmer, Essen 1979, S.155-171, hier S.159; Knut Dohse: Ausländerpolitik und betriebliche Ausländerdiskriminierung, in: Leviathian. Zeitschrift für Sozialwissenschaften, 1981, S.499-527, hier S.512.; Vortrag Kugland am 10.6.1964, S.2. In historischer Perspektive siehe dazu Thomas Welskopp: Arbeit und Macht im Hüttenwerk. Arbeits- und industrielle Beziehungen in der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie von den 1890er bis zu den 1930er Jahren, Bonn 1994, S.317, 524.

tanen Streik. Der Anlass dafür lag außerhalb des Arbeitsprozesses. Am 4. November 1962 erkrankte ein Italiener, wurde ins Krankenhaus gebracht, konnte aber nach kurzer Zeit wieder entlassen werden. 19 Unter seinen Landsleuten aber verbreitete sich das Gerücht, der Erkrankte sei tot, weil man ihm jede medizinische Hilfe verweigert habe. Das Gerücht speiste sich aus der Nachricht über einen anderen italienischen VW-Arbeiter, der kurz zuvor eines natürlichen Todes gestorben war.<sup>20</sup> Erregt durch die verwirrenden Meldungen stürmten Bewohner der Unterkünfte durch ihre Ouartiere und randalierten. Noch am selben Abend riefen sie einen Streik im Volkswagenwerk aus. Rund 1.600 der insgesamt mehr als 3.000 italienischen VW-Arbeiter formierten sich zu einem Protestzug, hielten auf den Straßen vor ihren Unterkünften Autos an und beschädigten einige der Fahrzeuge. Die Polizei holte Verstärkung aus Braunschweig und nahm vorübergehend einige Italiener fest. Gegen halb ein Uhr nachts beruhigte sich die Lage. <sup>21</sup> Am nächsten Tag, einem Montag, gingen die Proteste weiter. Rund 250 Italiener stellten sich nun am Eingang der Migrantenunterkünfte auf, bildeten eine Menschenkette, übernahmen die Posten des Werkschutzes und sperrten das Areal der Wohnheime ab. Vor den Unterkünften häuften einige Italiener aus Mülltonnen, Türen, Möbeln und Fensterläden Straßensperren auf und schlossen Wasserschläuche an, um sich zu verteidigen. Ohne Widerstand ließen sie dann jedoch die Sperre von der Polizei wieder abbauen. Die Werkleitung war ratlos.<sup>22</sup> Schließlich versuchte sie, mit Lautsprechern Kontakt mit den Streikenden aufzunehmen. Es bildete sich auch eine Abordnung von Italienern, mit denen die Werkführung verhandelte, doch die Verhandlungswilligen konnten sich unter den Streikenden nicht durchsetzen.<sup>23</sup>

1

<sup>19</sup> Siehe Telegramm der italienischen Botschaft in Bonn an italienisches Außenministerium in Rom, 5.11.1962, Archivio Storico Diplomatico, Ministero degli Affari Estri, Rom (ASMAE), Telegrammi ordinari, Ambasciata e Consolati, Germania, 1962/III, Vol. 36, Nr. 38995; Bericht Nachrichtenstelle Wolfsburg, 23.11.1962, Hauptstaatsarchiv (HStA) Hannover NdS.100 Acc. 81/97 Nr. 24.

<sup>20</sup> Siehe Aktennotiz: Unruhen im italienischen Dorf; Aufruhr im Italienerdorf, in: Braunschweiger Presse, 6.11.1962; Interview mit G. K. (deutscher Manager Sozialwesen) vom 4.5.2004 in Wolfsburg, UVW Johne Signatur – d. A.J., S.23.

<sup>21</sup> Siehe Italiener streiken in Wolfsburg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.11.1962; Aufruhr im Italienerdorf; Aktennotiz: Unruhen im italienischen Dorf; Nachrichtenstelle Wolfsburg an Niedersächsischen Minister des Innern, 5.11.1962, HStA Hannover NdS.100 Acc. 81/97 Nr. 24; Fernschrift des Regierungspräsidenten Lüneburg an Niedersächsischen Innenminister, 5.11.1962, HStA Hannover NdS.100 Acc. 81/97 Nr. 24; Telegramm der italienischen Botschaft in Bonn an italienisches Außenministerium in Rom, 5.11.1962.

<sup>22</sup> Siehe Interview mit G. K, S.24.

<sup>23</sup> Siehe Italiener streiken in Wolfsburg; Aufruhr im Italienerdorf; Aktennotiz: Unruhen im italienischen Dorf; Nachrichtenstelle Wolfsburg an Niedersächsischen Minister des Innern, 5.11.1962; Fernschrift des Regierungspräsidenten Lüneburg an den Niedersächsischen Innenminister, 5.11.1962, 20:15 Uhr, HStA Hannover NdS.100 Acc. 81/97 Nr. 24;

Die Italiener waren tatsächlich uneins. Viele von ihnen wollten arbeiten. Einigen gelang es, durch den Unterkunftszaun zu entkommen. Andere stritten sich heftig mit den Streikposten, die teilweise ihren Landsleuten die Werkausweise abnahmen, damit sie nicht ins Werk gehen konnten.<sup>24</sup> Auch die deutschen VW-Arbeiter, die mit den Italienern in den Unterkünften wohnten, hatten Probleme, in die Fabrik zu gelangen.<sup>25</sup> 1.800 Männer fehlten schließlich aus freien Stücken oder gezwungenermaßen bei der Frühschicht.<sup>26</sup> Für viele Italiener war der Streik ein Schock: Sie wollten doch Geld verdienen – nun lag die Arbeit nieder, und es gab ein beunruhigendes Durcheinander. Panisch entschlossen sich einige, umgehend in ihre Heimat zurückzureisen. Später distanzierten sich viele von den Streikenden und erklärten in offenen Briefen, sie seien nicht zum Streiken nach Wolfsburg gekommen, sondern um zu arbeiten und Geld für ihre Familien zu verdienen.<sup>27</sup> Insgesamt blieb die Situation am 5. November 1962 ruhig. Nicht einmal die Polizei griff an diesem zweiten Tag ein.<sup>28</sup>

Da der erkrankte Italiener der Auslöser für die Unruhen gewesen war, wurde immer wieder der Ruf nach einer besseren ärztlichen Versorgung laut.<sup>29</sup> Die Verantwortlichen von Volkswagen – offenbar froh, eine konkrete Forderung erhalten zu haben – ließen sich darauf ein und gaben noch am Nachmittag des 5. November 1962 bekannt, in den Unterkünften werde ein zweiter Arzt eingestellt. Der leitende Betriebsarzt protestierte zwar gegen diese Maßnahme, indem er empört darauf hinwies, dass die ärztliche Versorgung in den Unterkünften der Migranten ohnehin eine freiwillige Zusatzleistung von VW sei, da den Italienern

Interview mit Familie N. (italienischer Arbeiter mit Ehefrau und Tochter) vom 2.10.2004 in Laterza, UVW Johne Signatur – d. A.], S.4.

24 Siehe Aktennotiz: Unruhen im italienischen Dorf; Mitschrift einer Sendung des Bayerischen Rundfunks, 6.11.1962, UVW 69/189/2; 400 packen die Koffer; in: Hannoversche Presse, 9.11.1962; Interview mit H. Z. (deutscher Arbeiter und Gewerkschafter) vom 3.5.2004 in Wolfsburg, UVW Johne Signatur – d. A.J., S.14.

25 Siehe Protokoll der Betriebsratssitzung, 12.11.1962, UVW 119/22/2.

26 Siehe Fernschrift des Regierungspräsidenten Lüneburg an den Niedersächsischen Innenminister vom 5.11.1962.

27 Siehe Interview mit M. C., S.10; Aktennotiz: Unruhen im italienischen Dorf; Im Italienerdorf erregten sich die Gemüter, in: Wolfsburger Nachrichten, 6.11.1962; Briefe italienischer Arbeitnehmer an die Geschäftsleitung des Volkswagenwerkes, 7.11.1962 u. 13.11.1962, UVW 69/189/2; Fernschrift des Regierungspräsidenten Lüneburg an den Niedersächsischen Innenminister, 5.11.1962, 20.15.

28 Siehe Fernschreiben des Kommandeurs der Schutzpolizei, Lüneburg an Niedersächsischen Minister des Innern vom 5.11.1962, HStA Hannover NdS.100 Acc. 81/97 Nr. 24; Fernschrift der Nachrichtenstelle Wolfsburg an Niedersächsischen Minister des Innern vom 5.11.1962, HStA Hannover, NdS.100, Ac. 81/97, Nr. 24; Aufruhr im Italienerdorf; Interview mit M. C., S.10.

29 Siehe Fernschrift der Nachrichtenstelle Wolfsburg an Niedersächsischen Innenminister vom 5.11.1962, 7:10 Uhr, HStA Hannover NdS.100 Acc. 81/97 Nr. 24.

wie allen anderen Arbeitern die Ärzte in der Kommune zur Verfügung stünden.<sup>30</sup> Doch die VW-Führung blieb bei der Neueinstellung, weil sie hoffte, damit die Migranten zu beruhigen.

War Volkswagen zuvor außerordentlich zufrieden mit den italienischen Arbeitern gewesen, so war die Firmenleitung nun stark verunsichert.<sup>31</sup> Eine Erklärung des VW-Chefs Heinrich Nordhoff im Vorstand kurz nach den Unruhen verdeutlicht das: "Das Ziel ist, sich eines Tages von den italienischen Arbeitskräften zu trennen und an deren Stelle wieder deutsche Arbeitskräfte zu haben."<sup>32</sup> Die Verunsicherung legte sich jedoch schnell wieder, und bereits im Dezember 1962 unterschrieben die ersten Italiener, die von Anfang an dabei waren, wie geplant einen unbefristeten Arbeitsvertrag.<sup>33</sup>

Trotz der Abwehrversuche von Volkswagen hatte die Presse über den Polizeifunk von Anfang an von den Unruhen gehört und berichtete ausführlich darüber. Auch die DDR-Medien griffen die Sache auf und ließen sich eine detaillierte Berichterstattung nicht nehmen.34 In der bundesdeutschen Presse war die Verwunderung über den Streik groß, weil die Unterkünfte und die Versorgung der Italiener bei Volkswagen als vorbildlich galten. Bis hin zur "Bild"-Zeitung suchten die Medien recht differenziert nach Erklärungen - und das, obwohl in der Bundesrepublik gerade die "Spiegel"-Affäre die Öffentlichkeit in ihren Bann zog. Eine mangelnde ärztliche Versorgung, das war den Medienvertretern klar, konnte nicht wirklich die Ursache gewesen sein. Fast alle Zeitungen verwiesen auf die isolierenden Lebensbedingungen der Italiener und die Trennung von ihren Familien.35 Auch "L'Unità" sah das als Hauptproblem, verwies aber ebenso auf die Bemühungen von Volkswagen um die Italiener: "Die Leitung des Werkes [...] möchte das geistige Wohl planen, wie sie Produktion und Verkauf plant, aber zu ihrer Überraschung ohne Erfolg. Wir sagen es offen und frei: Die Deutschen sind in manchen Dingen ziemlich naiv - es wundert sie, dass die Italiener nicht richtig in den Plan passen."36

<sup>30</sup> Siehe Aktennotiz: Unruhen im italienischen Dorf; Entwurf für ein Flugblatt, 5.11.1962, UVW 69/189/2; Interne Mitteilung von Fahrner an Dreyer, 9.11.1962, UVW 69/189/2.

<sup>31</sup> Siehe Dodt und Weis, Volkswagen, an Arbeitsamt Helmstedt, 9.1.1963, UVW 153/4/1; Protokoll der Betriebsratssitzung, 10.12.1962, UVW 119/22/2.

<sup>32</sup> Protokoll der Vorstandssitzung, 8.11.1962, UVW 237/455.

<sup>33</sup> Protokoll der Betriebsratssitzung, 25.1.1963, UVW 119/22/2.

<sup>34</sup> Siehe Aktennotiz: Unruhen im italienischen Dorf.

<sup>35</sup> Siehe Die großen Kinder aus dem Süden sind vereinsamt; Sorgen mit den Italienern in Wolfsburg, in: Hannoversche Allgemeine, 21.11.1962; Gastarbeiter aus Italien streikten, in: Hessische Allgemeine, 8.11.1962; Rädelsführer fahren nach Italien zurück, in: Bild, 7.11.1962; Aufruhr im Italienerdorf; Kurzer Streik der italienischen Gastarbeiter im VW-Werk, in: Frankfurter Rundschau, 6.11.1962.

<sup>36</sup> Il dramma degli emigrati italiani in Germania.

In der konservativen deutschen Presse kam sofort die Vermutung<sup>37</sup> auf, der Streik sei von Kommunisten gesteuert gewesen. Vertraulichen Informationsberichten des niedersächsischen Innenministeriums zufolge sollen 70 Prozent der italienischen VW-Arbeiter "kommunistisch gesinnt" gewesen sein.<sup>38</sup> Die "Frankfurter Allgemeine" brachte am 9. November 1962 einen ausführlichen Artikel über die vermeintlichen Hintergründe des Streiks. Der Korrespondent äußerte die Vermutung, die Unruhen seien "nicht nur als Ausbruch einer latenten Heimweh-Unzufriedenheit und jugendlicher Freude am gemeinschaftlichen Randalieren" anzusehen. "Es gibt handfeste Hinweise dafür, daß Drahtzieher mitgewirkt haben […] Sprechchöre, mit denen nach Chruschtschow und Castro gerufen wurde, und nicht zuletzt auch die reibungslos organisierte Streikwache am Montagmorgen lassen darauf schließen."<sup>39</sup>

Italienische und bundesdeutsche Stellen reagierten panikartig. Der italienische Botschafter in Bonn persönlich informierte via Telegramm an beiden Streiktagen ausführlich das Außenministerium in Rom über die Vorkommnisse in Wolfsburg. <sup>40</sup> Noch am 5. November 1962 flog der italienische Generalkonsul aus Hamburg mit einem Hubschrauber zu den Unterkünften und erkundigte sich über die Stimmung bei den Italienern. <sup>41</sup> Auch die Landesregierung in Hannover aktivierte aus Sorge über den angeblich politischen Hintergrund des Streiks alle ihr zur Verfügung stehenden Überwachungsinstrumentarien. Mit Hilfe von Informanten ließen sich die Landesbehörden per Fernschreiben informieren. <sup>42</sup> In der Folge wurde das niedersächsische Innenministerium von der polizeilichen sogenannten "Nachrichtenstelle Wolfsburg" mit detaillierten Berichten auf dem Laufenden gehalten. Darin ging es vor allem um die Frage, inwieweit der Streik durch "getarnte Scharfmacher und Provokateure" organisiert worden sei. <sup>43</sup> Das

<sup>37</sup> Siehe zu dieser Vermutung: Lo sciopero dei 4.000, in: Sole D'Italia, 17.11.1962; Die großen Kinder aus dem Süden sind vereinsamt; Interview mit L. A. (italienischer Arbeiter und Betriebsrat) vom 10.5.2004 in Wolfsburg, UVW [ohne Signatur – d. A.], S.36; Interview mit H. Z., S.13.

<sup>38</sup> Regierungspräsident Lüneburg an Niedersächsischen Innenminister vom 3.10.1962, HStA Hannover NdS.100 Acc. 81/97 Nr. 24.

<sup>39</sup> Die großen Kinder aus dem Süden sind vereinsamt.

<sup>40</sup> Siehe Telegramme der italienischen Botschaft in Bonn an italienisches Außenministerium in Rom, 5.11.1962 u. 6.11.1962, ASMAE, Telegrammi ordinari, Ambasciata e Consolati, Germania, 1962/III, Vol. 36, Nr. 38995 u. Nr. 39105.

<sup>41</sup> Siehe Fernschrift des Regierungspräsidenten Lüneburg an den Niedersächsischen Innenminister, 5.11.1962, 11 Uhr, HStA Hannover NdS.100 Acc. 81/97 Nr. 24; Fernschrift des Regierungspräsidenten Lüneburg an Niedersächsischen Innenminister, 5.11.1962, 20:15 Uhr; Aktennotiz: Unruhen im italienischen Dorf.

<sup>42</sup> Siehe Sieben Fernschreiben des Kommandeurs der Schutzpolizei (Regierungspräsidium Lüneburg), von Nachrichtenstelle Wolfsburg und von Regierungspräsident Lüneburg, alle 5.11.1962, HStA Hannover NdS.100 Acc. 81/97 Nr. 24.

<sup>43</sup> Bericht der Nachrichtenstelle Wolfsburg, 15.11.1962 und weitere Berichte in der Akte, HStA Hannover NdS.100 Acc. 81/97 Nr. 24.

Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen schickte einen Referenten nach Wolfsburg, um sich nach den politischen Implikationen des Streiks zu erkundigen.<sup>44</sup> Doch es gab keinerlei Hinweise für eine kommunistische Initiative oder Führung. Zum Erstaunen der Werkleitung waren unter den Hauptverantwortlichen der Unruhen nur vier Mitglieder der kommunistischen Partei, dagegen fünf nach "rechts tendierende" Arbeiter.<sup>45</sup> Auch der Informant der Landesregierung wies die Vermutung eines kommunistischen Hintergrunds zurück.<sup>46</sup> Die Italiener selbst gaben die verschiedensten Gründe an, die ebenfalls der gängigen Lesart vom Ausbeutungsverhältnis als Ursache widersprechen: Verspätete Post, keine Frauen, zu kleine Küchen in den Wohnheimen oder das Wetter. Tatsächlich war der Herbst 1962 ungewöhnlich kalt und immer wieder Anlass für Klage bei den Italienern.<sup>47</sup>

### Die Rolle der Presse

Wenn sich die Unruhen aber weder allein durch die Arbeits- und Lebensbedingungen noch mit kommunistischer Agitation erklären lassen, und wenn selbst der erwähnte Krankheitsfall lediglich ein Auslöser gewesen war, was waren dann die Ursachen des Protests? Und warum äußerten die Italiener sich ausgerechnet durch einen wilden Streiks, eine Protestform, auf die sie später nie mehr zurückgreifen würden?

Den Unruhen waren bereits Wochen vorher Auseinandersetzungen mit Deutschen vorangegangen, die die italienische Presse aufgriff und die enorme Spannungen unter den Migranten aufgebaut hatten. In Wolfsburg waren die Ausländer teilweise offen diskriminiert worden, einige Restaurant- und Barbesitzer hatten den Italienern den Zutritt verboten oder sie einfach nicht bedient. Im Herbst 1962 kam es dann vermehrt zu Zusammenstößen zwischen Italienern und der Polizei. Am 1. Oktober 1962 eskalierte die Situation in einer Wolfsbur-

<sup>44</sup> Siehe Regierungspräsident Lüneburg an Niedersächsischen Innenminister vom 3.10.1962.

<sup>45</sup> Siehe Liste der beteiligten Italiener an "Unruhen unter italienischen Arbeitskräften am 4. und 5.11.1962" [ohne Datum – d. A.], UVW 153/4/2.

<sup>46</sup> Siehe Bericht der Nachrichtenstelle Wolfsburg, 9.11.1962, HStA Hannover NdS.100 Acc. 81/97 Nr. 24; Bericht der Nachrichtenstelle Wolfsburg vom 23.11.1962, HStA Hannover NdS.100 Acc. 81/97 Nr. 24. Auch ein wichtiger Zeuge in dieser Sache, ein Kommunist, der interviewt wurde, erklärte, die Kommunisten hätten damit gewiss nichts zu tun gehabt (Interview mit A. G., S.18).

<sup>47</sup> Siehe Fernschrift der Nachrichtenstelle Wolfsburg an Niedersächsischen Innenminister vom 5.11.1962; Interview mit M. C., S.37; Interview mit Familie N., S.2.

<sup>48</sup> Siehe Protokoll der Stadtratssitzung, 9.6.1971, S.6f., StadtA WOB [ohne Signatur – d. A.]; Gruppe "Empyreum" protestierte, in: Wolfsburger Nachrichten, 5.4.1968; Leserbrief: Die Ausländer diskriminiert, in: Wolfsburger Nachrichten, 16.4.1971.

<sup>49</sup> Siehe Bericht an Niedersächsischen Innenminister vom 1.10.1962, HStA Hannover NdS.100 Acc. 2002/127 Nr. 26; Bericht Niedersächsisches Innenministerium vom

ger Bar. Wie häufig ging es dabei um Frauen, die in der Trabantenstadt Wolfsburg stark unterrepräsentiert waren. Der Streit artete in eine Schlägerei aus, zu der die Polizei gerufen wurde. Schnell kamen Dutzende von Migranten ihren Landsleuten zu Hilfe. 80 Italiener standen schließlich sechs Polizisten gegenüber. Es kam zu einem Handgemenge, drei Italiener wurden festgenommen. 50 Am nächsten Tag führte man sie dem Haftrichter vor, worauf gegen alle drei Haftbefehl erlassen wurde, den man jedoch gegen Auflagen nicht vollzog. 51 Der Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg ließ sogleich verlauten, es handele sich um einen "bedauerlichen Einzelfall". 52 Intern jedoch nahm die Stadtverwaltung die Sache sehr ernst. 53 Die Eskalation in Wolfsburg war kein Einzelfall. Zur gleichen Zeit lieferten sich etwa in Lüneburg Italiener und britische Soldaten eine blutige Messerstecherei. 54 Die Geschichte der Prügelei in Wolfsburg war mit der Festnahme und Verurteilung der drei Italiener aber keineswegs beendet.

Denn diese klagten gegen die Polizeibeamten wegen Misshandlung. Ein Ermittlungsverfahren wurde eingeleitet, in dessen Verlauf die Italiener ihre Beschuldigungen teilweise aufrechthielten, teilweise zurücknahmen. Aussage stand gegen Aussage, und der Oberstaatsanwalt stellte das Verfahren ein.<sup>55</sup>

An der weiteren Zuspitzung der Situation hatte die italienische Presse, die auch an den Kiosken in Wolfsburg erhältlich war, erheblichen Anteil. So brachte die seriöse Tageszeitung "La Stampa" am 3. Oktober 1962 einen hochemotionalen Artikel über die Ereignisse in Wolfsburg. Die klagenden Italiener waren demnach – entgegen den Aussagen der drei Betroffenen selbst – regelrecht von der Polizei gefoltert worden. Auch sonst war die Zeitung voll mit ungerechtfertigten Vorwürfen: Das Volkswagenwerk entlasse willkürlich italienische Arbeitnehmer,

2.10.1962, HStA Hannover NdS.100 Acc. 2002/127 Nr. 26; Regierungspräsident an Niedersächsischen Innenminister vom 20.11.1962, HStA Hannover NdS.100 Acc. 81/97 Nr. 24.

50 Siehe Schwere Zwischenfälle in Wolfsburg (Übersetzung), in: La Stampa, 3.10.1962, HStA Hannover NdS.100 Acc. 81/97 Nr. 24; Italienische Gastarbeiter randalierten in Wolfsburg, in: Lüneburger Landeszeitung, 2.10.1962; Bericht durchgegeben von der Polizei Wolfsburg, 1.10.1962, UVW 2178/3253; Bericht der Nachrichtenstelle Wolfsburg über "Auftreten des angeblichen Journalisten Dr. Boris Iwanow, Italiener, in Wolfsburg", 10.10.1962, S.2, HStA Hannover NdS.100 Acc. 81/97 Nr. 24.

- 51 Bericht der Nachrichtenstelle Wolfsburg über das "Auftreten des angeblichen Journalisten Dr. Boris Iwanow", Italiener, in Wolfsburg, 10.10.1962, S.2.
- 52 Bedauerlicher Einzelfall, in: Hannoversche Allgemeine, 4.10.1962.
- 53 Siehe Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsausschusses der Stadt Wolfsburg, 2.01.1962 u. 30.10.1962, StadtA WOB [ohne Signatur d. A.]; Sonderstreifen in Wolfsburg, in: Hannoversche Presse, 4.10.1962.
- 54 Siehe Fernschrift Niedersächsischer Minister des Innern vom 3.10.1962, 13:55, HStA Hannover NdS.100 Acc. 81/97 Nr. 24; Fernschrift an Niedersächsischen Minister des Innern vom 3.10.1962.
- 55 Siehe Oberstaatsanwalt Hildesheim an Niedersächsischen Justizminister vom 8.11.1962, HStA Hannover Nds.100 Acc. 81/97 Nr. 24.

arbeitsrechtlich würden die Italiener schamlos diskriminiert und bei alledem sei der Lohn sehr niedrig. Zum letzten Vorwurf zitierte der Journalist angebliche Stimmen der Italiener: "Das wenige, was sie uns geben" – so höre ich immer wieder – 'brauchen wir zum Essen"."56 Neben diesem Artikel in "La Stampa" hatte nach Polizeiberichten "Radio Prag" die Stimmung unter den Italiener aufgeheizt. Dieser Sender des staatlichen tschechoslowakischen Rundfunks, der kommunistische Propagandasendungen in italienischer Sprache in die Bundesrepublik ausstrahlte, thematisierte immer wieder die Wolfsburger Arbeitsmigranten und griff im Oktober die Anklagen von "La Stampa" mehrfach auf.<sup>57</sup>

Auch in der italienischen Öffentlichkeit entfaltete der Artikel eine enorme Wirkung und sorgte für Empörung. Am 5. Oktober 1962 kam die Geschichte sogar ins italienische Parlament. Angesichts der hohen Anzahl von italienischen Arbeitsmigranten informierte nicht nur die Presse häufig über das Thema "Arbeit in Deutschland", auch die politischen Parteien des Landes nutzten das Thema, um sich damit zu profilieren. So stellten zwei Abgeordnete der Italienischen Sozialistischen Partei (Partito Socialista Italiano, PSI) den Fall Volkswagen auf die Tagesordnung des Parlaments und verlangten vom Arbeitsminister und vom Außenminister Aufklärung über die von "La Stampa" genannten Missstände beim Autobauer in Wolfsburg.<sup>58</sup> Flankiert wurde die parlamentarische Anfrage gleichen Tags mit einem zweiten "La Stampa"-Artikel, der den ersten an schillernden Details übertraf.<sup>59</sup> Er berichtete von Prozessen gegen Italiener, die jedem rechtsstaatlichen Verfahren Hohn sprächen. Der Journalist, der auch schon den ersten Artikel in "La Stampa" geschrieben hatte, rückte die Behandlung der Italiener durch die bundesrepublikanische Justiz in die Nähe der Massaker an den Indianern und verglich ihr Leben mit dem der Schwarzen in Südafrika. Außerdem verlange das Volkswagenwerk in den Unterkünften, in denen alle Italiener zwangsweise wohnen müssten, horrende Mieten.60

\_

<sup>56</sup> Schwere Zwischenfälle in Wolfsburg.

<sup>57</sup> Siehe Bericht der Nachrichtenstelle Wolfsburg vom 10.10.1962. Dabei wurde im Bericht offengelassen, ob Iwanow alias Conti für die Sendungen verantwortlich war oder ob das Radio seine Informationen nur aus den "La Stampa"-Artikeln bezog.

<sup>58</sup> Siehe Inadeguata tutela degli emigranti, in: Il Paese, 6.10.1962; Telegramm des italienischen Außenministeriums in Rom an die italienische Botschaft in Bonn, 8.10.1962, ASMAE, Telegrammi ordinari, Ambasciata e Consolati, Germania, 1962, Vol. 37, Nr. 24353.

<sup>59</sup> Siehe Gute Arbeit bei unannehmbaren moralischen Bedingungen (Übersetzung), in: La Stampa, 5.10.1962, HStA Hannover Nds.100 Acc. 81/97 Nr. 24.

<sup>60</sup> Siehe Telegramm der italienischen Botschaft in Bonn an italienisches Außenministerium in Rom, 9.10.1962, ASMAE, Telegrammi ordinari, Ambasciata e Consolati, Germania, 1962, Vol. 37, Nr. 35216; Il dramma degli emigrati italiani in Germania; Gute Arbeit bei unannehmbaren moralischen Bedingungen; zur Wohnungssituation 1962 siehe Quattrosoldi, Juli 1962, S.46-51.

Die italienischen Diplomaten in der Bundesrepublik bemühten sich, die Volkwagen-Meldungen von "La Stampa" richtigzustellen.<sup>61</sup> Für die italienische Regierung hingegen stand im Vordergrund, ihr Interesse für die Migranten zu demonstrieren. Sie richtete in Hannover den Posten eines Vizekonsuls ein, für den am 21. Oktober 1962 aus der Emigrationsabteilung des Außenministeriums ein Mitarbeiter entsandt wurde. Damit sollte eine bessere Betreuung der Italiener gewährleistet werden.<sup>62</sup> Eine seiner ersten Amtshandlungen war die Kontaktaufnahme mit der italienischen Belegschaft in Wolfsburg.<sup>63</sup>

Die italienischen Presseaktionen verstimmten auch die bundesrepublikanischen Behörden: Nicht nur die niedersächsischen Ministerien befassten sich intensiv mit den Vorwürfen in "La Stampa".64 Sogar der Bundesinnenminister griff ein und verlangte von seinem niedersächsischen Kollegen Aufklärung.65 Er wollte verhindern, dass die Migration, an der die Bundesrepublik ein hohes wirtschaftliches Interesse hatte, durch solche Artikel unterminiert würde. Auch für Volkswagen war der Imageschaden beträchtlich. Die Konzernleitung fürchtete zum einen um den Absatz ihrer Autos in Italien, zum anderen um den Zuzug der erwünschten italienischen Arbeitskräfte.66

Wie kam die seriöse "La Stampa", die für guten Journalismus bekannt war, zu ihren Falschinformationen? Merkwürdig war auch, dass die eigentlich liberale Zeitung immer wieder auf den kommunistischen Diskurs setzte. Denn "La Stampa" kritisierte nicht nur die Unternehmensleitung, sondern warf zudem der IG Metall vor, "sich als außerhalb des gemeinsamen Kampfes stehend" zu verhalten; ein damals gängiger kommunistischer Vorwurf gegenüber den Gewerkschaften.<sup>67</sup> Auch mit den prügelnden deutschen Polizisten hatte "La Stampa" auf ein Motiv zurückgegriffen, dessen sich sonst vor allem die kommunistische Pres-

\_

<sup>61</sup> Siehe Telegramm der italienischen Botschaft in Bonn an italienisches Außenministerium in Rom, 9.10.1962; Telegramm der italienischen Botschaft in Bonn an das italienische Außenministerium in Rom, 4.10.1962, ASMAE, Telegrammi ordinari, Ambasciata e Consolati, Germania, 1962, Vol. 37, Nr. 34523.

<sup>62</sup> Siehe Ministro degli Affari Esteri (Hrsg.): Uffici dell'Amministrazione Centrale, Rom 1961, S.27; Ministro degli Affari Esteri (Hrsg.): Elenchi del Personale, Rom 1963, S.110. Telegramme des italienischen Generalkonsulats in Hamburg an Italienisches Außenministerium in Rom, 2.10.1962 u. 3.10.1962, ASMAE, Telegrammi ordinari, Ambasciata e Consolati, Germania, 1962/III, Vol. 36, Nr. 34282 u. Nr. 34381.

<sup>63</sup> Siehe Telegramm des italienischen Konsulats in Hannover an Italienisches Außenministerium in Rom, 23.10.1962, ASMAE, Telegrammi ordinari, Ambasciata e Consolati, Germania, 1962/III, Vol. 36, Nr. 37208.

<sup>64</sup> Siehe Briefe und Aktennotizen der Niedersächsischen Ministerien im November 1962, HStA Hannover NdS.100 Acc. 81/97 Nr. 24.

<sup>65</sup> Siehe Bundesminister des Innern an Niedersächsischen Innenminister, 20.10.1962, HStA Hannover NdS.100 Acc. 81/97, Nr. 24.

<sup>66</sup> Siehe Sorgen mit den Italienern in Wolfsburg; Interview mit M. C., S.39.

<sup>67</sup> Siehe Gute Arbeit bei unannehmbaren moralischen Bedingungen.

se bediente.<sup>68</sup> Hinzu kam, dass sich der verantwortliche Journalist von "La Stampa", Massimo Conti, während seiner Recherchen in Wolfsburg als Dr. Boris Iwanow ausgab. Ein Deckname für investigative Recherchen, mit dem er schnell das geballte Misstrauen der bundesrepublikanischen Behörden auf sich zog.<sup>69</sup> Ganz offensichtlich aber wollte er damit bei den italienischen Migranten als Kommunist erscheinen. Da die kommunistische Presse lautstark und offensiv für die Interessen der Migranten eintrat, hatte ein "kommunistischer" Journalist das Vertrauen vieler Migranten – so sah wohl das Kalkül von Conti aus.

Andererseits erreichte der Journalist Massimo Conti mit Hilfe des russischen Namens, dass ihn unter den Wolfsburger Migranten schwerlich jemand mit "La Stampa" in Verbindung brachte. Das war entscheidend für sein Vorgehen, da er aller Wahrscheinlichkeit nach im Interesse von FIAT arbeitete. Denn sein Artikel nutzte niemandem mehr als diesem Autokonzern. Tatsächlich gehörte "La Stampa" zur FIAT-Gruppe und hatte wie der Fahrzeugproduzent ihren Sitz in Turin. FIAT aber hatte ein vitales Interesse, den Konkurrenten Volkswagen zu schädigen, 70 da die Industrie im Norden Italiens mit zunehmendem Unwillen die zum Teil begeisterten Berichte der Arbeitsmigranten über die Beschäftigungsverhältnisse in der Bundesrepublik registrierte. Italienische Unternehmen, unter ihnen FIAT, beklagten sich, Deutschland ziehe die guten Arbeitskräfte aus Italien ab, während die übrig gebliebenen Süditaliener einfach nicht fähig seien, in der Industrie zu arbeiten. Eine italienische Wirtschaftszeitschrift aber konterte im Sommer 1962 und wies darauf hin, dass es in Westdeutschland sehr wohl gelinge, gerade die ungelernten süditalienischen Arbeiter in den Arbeitsprozess einzugliedern, die man in Norditalien als unbrauchbrauchbar zurückweise. Als Beispiel berichtete das Fachblatt ausführlich darüber, wie das Volkswagenwerk seine Migranten in das Unternehmen integriere.<sup>71</sup> Gleichwohl brachte der infolge von Migration wachsende Arbeitskräftemangel im Norden Italiens Großunternehmen wie den Turiner Autobauer nicht nur in Bezug auf die internationalen Absatzmärkte für seine Fahrzeuge in scharfe Konkurrenz zu Volkswagen, sondern

<sup>68</sup> Siehe Masala, Italia und Germania, S.90.

<sup>69</sup> Siehe Niedersächsisches Ministerium des Innern an Niedersächsisches Justizministerium, [wohl – d. A.] 4.11.1962, HStA Hannover NdS.100 Acc. 81/97 Nr. 24; Aktennotiz Personalangelegenheiten, 1.10.1969, UVW 174/2290; Abschrift einer Aktennotiz des Werkschutzes an Dreyer, Personalleitung, 2.10.1962, UVW 69/189/2.

<sup>70</sup> Siehe Aktennotiz Personalwesen: Erdbeben in Italien, 6.9.1962, UVW 174/2290; Bericht: Italienische Gastarbeiter in der Bundesrepublik, Botschaft der BRD in Rom an das Auswärtige Amt in Bonn, 6.10.1962, S.3, HStA Hannover NdS.100 Acc. 81/97 Nr. 24; Gumpert, Atogerma, an Haaf, Personalchef, 9.10.1962, UVW 69/189/2; Interview mit R. L. (italienischer Arbeiter und Gewerkschafter) vom 24.1.2005 in Wolfsburg, UVW [ohne Signatur – d. A.] S.5; Telegramm der italienischen Botschaft in Bonn an das italienische Außenministerium in Rom, 4.10.1962.

<sup>71</sup> Siehe Italien wirbt Arbeiter zurück, in: Frankfurter Rundschau, 20.11.1962; Quattrosoldi, Juli 1962, S.46-51.

auch bezüglich der Rekrutierung von Arbeitskräften. Ende 1962 war in Norditalien erstmals der Bedarf an Arbeitskräften größer als die Zahl der Arbeit Suchenden,<sup>72</sup> und es kam sogar zu Rückwerbeaktionen der Migranten durch die italienische Industrie.<sup>73</sup>

Die Stimmung in Italien war am Ende des Jahres 1962 ohnehin ausgesprochen schlecht. Unter den linken Kräften gab es schwere Auseinandersetzungen um den politischen Kurs. Die Wirtschaft hatte mit Inflation zu kämpfen. 1962 wurde so zum großen Streikjahr. Während im Jahr 1960 in Italien 46 Millionen Arbeitstage durch Streiks verloren gegangen waren, war die Zahl der Streiktage 1962 auf 182 Millionen gestiegen. Die Stimmungslage wirkte sich auch auf die Italiener in Wolfsburg aus, die über Post und Medien in engem Kontakt mit ihrer Heimat standen. In dieser Situation entfalteten die Artikel in "La Stampa" eine ungeheure Wirkung. Der Volkswagenvorstand versuchte, das Schlimmste abzuwehren und protestierte bei der italienischen Botschaft. Auch die Diplomaten der Bundesrepublik in Rom intervenierten und verwiesen auf den Zusammenhang zwischen Zeitung und FIAT.

Doch vergeblich. Nach den Protesten der italienischen Arbeiter bei Volkswagen nahm die Mailänder Zeitschrift "Le Ore" die Vorwürfe von "La Stampa" vom Oktober auf. Am 15. November 1962 berichtete sie unter dem Titel "Il Paradiso Teutonico" – "Das deutsche Paradies" – über den verzweifelten Aufstand der Landsleute, der von der deutschen Polizei brutal niedergeschlagen worden sei. Zur Illustration brachte die Zeitschrift dramatische Bilder von Wasserwerfern und schreienden Demonstranten. Die Fotos waren jedoch einige Jahre zuvor in München bei einer Studentendemonstration aufgenommen worden. Der Chef der italienischen Firma, die VW-Fahrzeuge in Italien vertrieb, hatte erneut FIAT im Verdacht: "Der Eindruck, daß das ganze Manöver sorgfältig von FIAT gesteuert wird, verdichtet sich immer mehr." Volkswagen forderte "Le Ore" auf,

<sup>-</sup>

<sup>72</sup> Siehe Notiz an Kugland, 8.2.1967, UVW 153/4/2; Fiat, Sede Centrale, Einstellzentralbüro für Arbeiter, an VW-Arbeiter (Übersetzung) vom 6.2.1967, UVW 153/4/2; Aktennotiz über 73. Aussprache zw. Hallen- und Abteilungsleitern und dem gesamten Betriebsrat vom 18.5.66, UVW 119/1192/1; Markus Lupa: Volkswagen. Chronik, Wolfsburg 2002, S.56.

<sup>73</sup> Siehe Italien wirbt Arbeiter zurück.

<sup>74</sup> Siehe Ginsborg, Italy, S.270f.

<sup>75</sup> Siehe Ein Italien-Schalter – Anfang Mai Umzug mit zwei Schaltern ins Souterrain der Post, in: Wolfsburger Allgemeine Zeitung, 28.4.1962; Interview mit L. A., S.26f.; Interview M. C., S.18.

<sup>76</sup> Siehe Telegramm der italienischen Botschaft in Bonn an das italienische Außenministerium in Rom, 4.10.1962.

<sup>77</sup> Siehe Botschaft der BRD in Rom an das Auswärtige Amt in Bonn, 6.10.62, S.3, HStA Hannover Nds.100 Acc. 81/97 Nr. 24.

<sup>78</sup> Brief Gumpert an Novotny, 13.11.1962, UVW 963/2040. Gumpert lag die Zeitschrift offenbar schon vor dem Erscheinungstermin, dem 15.11.1962, vor.

die Falschmeldungen richtigzustellen.<sup>79</sup> Nach italienischem Presserecht war die Illustrierte verpflichtet, am gleichen Platz und in gleicher Größe eine Gegendarstellung zu bringen.<sup>80</sup> Die italienische Regierung gab sich schockiert. Ihre Diplomaten protestierten ebenfalls bei "Le Ore" und verlangten eine Gegendarstellung.<sup>81</sup>

Doch in der Bundesrepublik wollten nicht alle an den guten Willen der Italiener glauben. "Die Welt" verwies neben der "Le Ore"-Ente auf einen ähnlichen Fall: In der italienischen Illustrierten "Tempo" war ein Bild von einem Manöver bei Koblenz abgedruckt, auf dem Willy Brandt auf einem Panzer stehend zu sehen war. Die Bildunterschrift versetzte die Szene an die Berliner Mauer und kommentierte sie als "provokatorisch[es]" und "martialisches Gebaren Brandts". "Die Welt" mutmaßte, damit würden alte Feindbilder gegenüber Deutschland bewusst wachgehalten.<sup>82</sup> Wie "Die Welt" bezweifelten auch die Verantwortlichen bei Volkswagen den guten Willen der italienischen Stellen. Ein VW-Mitarbeiter erklärte im Zusammenhang mit dem "Le Ore"-Skandal: "Meine Erfahrung geht dahin, daß die [italienischen] Beamten eine panische Angst davor haben, irgendetwas für das Volkswagenwerk zu tun. Sie befürchten, daß sie von der kommunistischen Presse zerrissen werden und wahrscheinlich auch, daß sie im Falle einer kommunistischen Mitregierung in Italien sofort rausfliegen."83 Auch wenn es zu keiner kommunistischen Regierungsbeteiligung in Rom kam, bei den Neuwahlen im März 1963 in Italien wurde die kommunistische Partei durch ihren enormen Stimmengewinn zur eigentlichen Siegerin.<sup>84</sup>

Doch der Einfluß auf "Le Ore" bzw. die Bemühung der italienischen Regierungsstellen, die Falschmeldungen über die Ereignisse in Wolfsburg richtig zu stellen, waren gering. Die Zeitung verweigerte eine Gegendarstellung und brachte erst nach einem langwierigen Prozess 1965 eine kleine Mitteilung, in der sie den falschen Bericht von 1962 bedauerte. Enigung zwischen Volkswagen und der Illustrierten mit einer Meldung. 1866

<sup>79</sup> Siehe Briefe Budde und Backsmann, Volkswagen, an Redaktion der Zeitschrift "Le Ore", Mailand, 16.11.1962 u. 20.12.1962, UVW 963/2040.

<sup>80</sup> Siehe Brief Gumpert an Novotny vom 13.11.1962.

<sup>81</sup> Siehe Telegramm der italienischen Botschaft in Bonn an italienisches Außenministerium in Rom, 16.11.1962, ASMAE, Telegrammi ordinari, Ambasciata e Consolati, Germania, 1962/III, Vol. 36, Nr. 40626.

<sup>82</sup> Dokumentiert, in: Die Welt, 17.11.1962.

<sup>83</sup> Beckmann, Volkswagen, an Gumpert, Autogerma, 9.12.1964, UVW 963/2040.

<sup>84</sup> Siehe Ginsborg, Italy, S.267.

<sup>85</sup> Siehe Brief: Egregio Direttore, in: Le Ore, 25.2.1965; siehe auch die Unterlagen in der Akte UVW 963/2040.

<sup>86</sup> Siehe Zurücknahme des Strafantrages (Übersetzung), in: La Stampa, 24.3.1965, UVW 963/2040.

Dieser Ausflug in die Pressegeschichte zeigt, dass der wilde Streik der italienischen Arbeitsmigranten bei Volkswagen im Jahr 1962 mit eindimensionalen Erklärungen nicht zu ergründen ist. Die Ursachen können mit den nichtigen oder konstruierten Anlässen und mit einem Hinweis auf Ausbeutungsverhältnisse nicht angemessen analysiert werden. Es handelt sich hier offenbar um eine komplexe Gemengelage zwischen der spezifischen sozialen Situation der Arbeitsmigranten und den angespannten Konkurrenzverhältnissen der Unternehmen über nationale Grenzen hinweg. Die Unternehmensinteressen wurden über die Presse verfremdet und nationalistisch übertüncht, damit sie den Arbeitsmigranten zusätzlich mit aufgebürdet werden konnten. Die Presse wiederum hoffte, mit den spektakulären Geschichten über ausgebeutete Landsleute und antideutschen Klischees ihre Auflage erhöhen zu können.

## Mangel an Erfahrung im Arbeitskampf

Der Verlauf und die Intensität der Proteste der italienischen Volkswagen-Arbeiter am 4./5. November 1962 lassen aber noch nach anderen Faktoren suchen. Eine italienische Zeitung fragte nach dem Streik empört: "Wieso haben unsere Arbeiter nicht, bevor sie sich zu einem Streik zusammenrotteten, eine Delegation gewählt, um dem Vorstand ihre Wünsche vorzutragen? Das hätte den demokratischen Regeln einer Verhandlung mehr entsprochen."87 Doch genau diese "demokratischen Regeln" kannten die Migranten nicht, die überwiegend aus dem Mezzogiorno kamen. In der feudal geprägten süditalienischen Gesellschaft mit den immer noch übermächtigen Grundbesitzern kannten sie keine Regeln für Verhandlungen und kein demokratisches Verfahren, mit deren Hilfe sie ihre Interessen hätten vortragen können.88 Eine der wenigen Möglichkeiten zur Artikulation ihrer Rechte, um die es durch die hohe Arbeitslosigkeit in den süditalienischen Provinzen schlecht bestellt war, sahen sie im unorganisierten, spontanen Protest.<sup>89</sup> Die Wolfsburger Italiener, die mehrheitlich Landarbeiter gewesen waren, griffen 1962 auf diese Form des Protestes zurück, ohne dieses Kampfmittel später nochmals zu nutzen.

Neben den offensichtlich geringen Ergebnissen des Streiks, die wohl in keinem Verhältnis zu dem Ärger standen, den sich einige damit eingehandelt hatten, lag das daran, dass die Italiener in den folgenden Jahren rasch eine andere Art der Artikulation kennenlernten. Zunehmend entdeckten sie die IG Metall als ihre Interessenvertreterin und, umgekehrt, jene die Italiener als ihre Klientel. Immer mehr Arbeitsmigranten bei Volkswagen traten der IG Metall bei. Während sich anfangs nur wenige Migranten organisierten, waren bereits Mitte der 1960er-Jahre knapp 50 Prozent der ausländischen Arbeitskräfte von Volkwagen Mitglied

\_

<sup>87</sup> Lo sciopero dei 4.000.

<sup>88</sup> Siehe Robert D. Putnam: Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy, Princeton 1993, S.107.

<sup>89</sup> Siehe Ginsborg, Italy, S.122-126.

in der Gewerkschaft. <sup>90</sup> Anfang der 1970er-Jahre waren es fast 100 Prozent. <sup>91</sup> Gewerkschaft und Betriebsrat interessierten sich zunehmend für die Lebensbedingungen der Arbeitsmigranten. Ein Teil von ihnen reihte sich in die Stammbelegschaft ein und siedelte mit seinen Familien dauerhaft in die Bundesrepublik über.

## Fazit

Der Zorn und Unmut der streikenden Italiener ist im Wesentlichen auf eine gezielte Manipulation der Presse und der öffentlichen Stimmung zurückzuführen. Im Streit um den Absatz von Autos und in der Konkurrenz um Arbeitskräfte griffen Unternehmer auch zu diesem Mittel. Interessengruppen instrumentalisierten Spannungen und Konflikte, die es um die italienische Migration gab, und inszenierten Skandale über Staatsgrenzen hinweg. Dafür bedienten sie sich der Vorwürfe, die sonst von kommunistischer Seite vorgetragen wurden: Die Italiener würden vom kapitalistischen Konzern Volkswagen schamlos ausgebeutet und entrechtet. Dieser Diskurs wirkt bis auf die heutigen Veröffentlichungen über die Italiener bei Volkswagen nach, indem die Migranten als ausgebeutete Opfer dargestellt werden und nicht als handelnde Subjekte, die auch von ihrer Herkunft und Sozialisation her Gründe hatten, so und nicht anders zu agieren. Die italienische Regierung ihrerseits setzte sich (anders als ihre Diplomaten) keineswegs für die Klarstellung der Fakten ein, sondern stellte vielmehr ihre innenpolitischen Interessen in den Vordergrund. So erweist sich die dem "Kapital" zugeschriebene Rolle im simplen Ausbeutungsdiskurs als wenig hilfreich für die Analyse. Nicht zuletzt, weil damit die wesentlich komplexere Rolle des "Kapitals" ausgeblendet bleibt.

<sup>90</sup> Siehe Bericht des Gewerkschaftstages in Bremen vom 6.-11.9.1965, Bremen 1965, S.400, Unterlagen Kaufmann, Materialien IG Metall Wolfsburg; Protokoll der Ortsversammlung der IG Metall Wolfsburg, 12.1.1966.

<sup>91</sup> Siehe Gerangel um Sitze im Kontaktausschuß, in: Wolfsburger Stadtblatt, 16.3.1971; zur gesamtdeutschen Situation siehe Rieker, "Ein Stück Heimat", S.80.

## Zur 43. Linzer Konferenz der ITH

# Netzwerke und Arbeiterbewegung

### Günter Benser

Wie im Bericht über die 42. Linzer Konferenz zu lesen war, hatte die ITH (International Conference of Labour and Social History) beschlossen, sich in den nächsten Jahren auf die Thematik "Global Labour History" zu konzentrieren und in einem mehrjährigen Zyklus von Konferenzen und Fachtagungen die "Geschichte der abhängig Arbeitenden, ihrer Organisierung und verwandter Bewegungen weltweit" zu behandeln.¹ Als Einstieg wurde 2007 das Thema "Transnationale Netzwerke der ArbeiterInnen(bewegung)" auf die Tagesordnung gesetzt.

Natürlich stellte sich die Frage, ob es sich hier nur um eine modische Bezeichnung für internationale Arbeiterorganisationen handelt, ob nicht das herkömmliche Instrumentarium und die vertraute Terminologie ausreichen, um sowohl tradierte als auch neue Erscheinungen der Bewegung zu verstehen und zu beschreiben. So ganz konnten derartige Bedenken nicht ausgeräumt werden, zumal in manchen der substantiell ergiebigen Beiträge Netzwerke als eine Art Metapher benutzt wurden, ohne deren Gebrauch das Vorgetragene auch verdientes Interesse gefunden hätte. Dennoch bejahten die Tagungsteilnehmer grundsätzlich die Fruchtbarkeit neuer Fragestellungen und Methoden. Allerdings zeigten sich erhebliche Meinungsverschiedenheiten darüber, welche Strukturen die Bezeichnung Netzwerk verdienen, in welchem Verhältnis Netzwerke zu Organisationen stehen, was Netzwerke auszurichten vermögen und wo ihre Grenzen liegen. Es wurde rasch klar, dass die Thematik zwei Aspekte aufweist: Zum einen das Netzwerk als ein Instrument zur Erforschung struktureller Zusammenhänge und informeller Verbindungen, wobei die elektronische Datenverarbeitung - geeignete Software steht zur Verfügung - bestechende Möglichkeiten bietet. Allerdings mit der Einschränkung, dass damit noch nichts über Inhalte und Konflikte in diesem Beziehungsgeflecht gesagt ist und zusätzliche Anstrengungen nötig sind, damit sich auch die engeren zeitlichen Bezüge erschließen. Dafür kann solch ein Netzwerk helfen, Forschungslücken zu

Zum anderen das Netzwerk als eine gegebene, unterhalb oder neben den traditionellen Organisationen angesiedelte, gezielt genutzte Verbindung autonomer Personen, Gruppen, Zirkel, Interessengemeinschaften usw. Solche Netzwerke sind weniger verfestigt als Organisationen, weniger hierarchisch, oft zeitweilig auf spezielle Kampagnen ausgerichtet. Das Internet ermöglicht, dass

erkennen und erforderliche Recherchen in Angriff zu nehmen.

<sup>1</sup> Siehe JahrBuch 2007/I, S.57.

Menschen, Ideen und Mobilisierungsinitiativen zirkulieren, ohne dass sich Menschen bewegen und umherreisen müssen. Netzwerke sind nicht per se progressiv. Es gibt ja auch mafiose, terroristische, neofaschistische Netzwerke. Aber selbst bei Netzwerken, die bestimmte Teile der Arbeiterbevölkerung verbinden und soziale Anliegen verfolgen, ist genau hinzuschauen, denn sie können auch antiquierte Stammes- und Familienabhängigkeiten verstetigen, Ausgrenzungen bewirken oder von außen instrumentalisiert werden.

Als Diskussionsfragen schälten sich u. a. heraus: Können Großorganisationen, wenngleich sie Netzwerke initiieren können oder inspiriert haben, selbst als Netzwerk begriffen werden? Laufen autonome Gruppen oder Persönlichkeiten im Zusammenwirken mit Großorganisationen nicht Gefahr, ihre Identität und bei ihrer Klientel an Ansehen zu verlieren? Können oder sollten Netzwerke nunmehr die unter Mitgliederschwund leidenden, Ansehen und Einfluss rapid einbüßenden herkömmlichen Organisationen ersetzen?

Der Einstieg in die Gesamtproblematik erfolgte mit einem Referat von Wolfgang Neurath (Österreich) verbunden mit einer ergänzenden Demonstration zur Netzwerkforschung von Lothar Krembel (Deutschland). Neurath informierte über die methodologischen Voraussetzungen und die Instrumentarien der Netzwerkanalytiker. Er verwies darauf, dass Bemühungen um die soziometrische Analyse, um die Visualisierung historischer Prozesse bis in die Jahre des Ersten Weltkrieges zurückreichen. Forscher wie Jakob Levy Moreno oder Georg Simmel wollten so auch einer übertriebenen Individualisierung historischer Vorgänge entgegenwirken, den Einzelnen in die Gesellschaft einbetten oder gar soziale Optima herauskristallisieren. Krempel untersetzte diese Ausführungen, indem er demonstrierte, wie sich heute mit Computern große Datenmengen in verständliche Bilder umsetzen lassen. Besonders überzeugend geschah dies am Beispiel der Gelehrtengesellschaft im Europa des 17./18. Jahrhunderts (sogar als "Europäische Gelehrtenrepublik" überschrieben). Hier trat augenfällig hervor, wie die großen Geister jener Zeit durch ihre Mitgliedschaften in Akademien und durch ihre breit gefächerte Korrespondenz untereinander vernetzt waren und wo sich die personellen oder institutionellen Schaltstellen dieser Zirkulation bzw. Infrastruktur befanden. Ein solcher Gesamtüberblick ließe sich durch verbale Beschreibung schwerlich oder nur äußerst umständlich erreichen. Überdies offenbart solch eine Visualierung auch, wo weitergehende Forschungen anzusetzen haben. Natürlich blieben Einwände nicht aus; vor allem Henryk Skrzypczak (Deutschland) äußerte seine Zweifel am Neuwert solchen Vorgehens. Wenn er anmerkte, dass hier die Dynamik der Entwicklung und die Konflikte untergehen, ist ihm zweifellos zuzustimmen. Auch wird bei Erfassung einer größeren Zeitspanne der konkrete Fluss der Ereignisse nicht sofort erkennbar. Dem steht allerdings gegenüber, dass hier der oft mit mehr oder weniger typischen Beispielen argumentierenden Geschichtsschreibung ein umfassenderes Bezugssystem gegenübergestellt wird, mit dem der Überhöhung oder der Unterschätzung einzelner Tatsachen, Entwicklungen oder Personen entgegengesteuert werden kann. Insofern ist nicht einzusehen, weshalb eine solche zusätzliche Quelle der Erkenntnis nicht genutzt werden sollte.

Günter Benser 91

Susan Zimmermann (Ungarn) hinterfragte die Begriffe "International" (der Mitte des 19. Jahrhunderts auftauchte) und "Transnational" (der sich seit 1916 nachweisen lässt). Sie warnte vor einem zu extensiven Umgang mit dem Transnationalen und sagte voraus, dass sich diese Vorliebe auch wieder abkühlen wird. Sie warnte vor einer Unterschätzung der Unterschiede der einzelnen unter dem Begriff Transnational zusammengefassten Elemente, vor einer Geringschätzung der globalen Ungleichheiten und vor einer Unterbelichtung inner- und zwischenstaatlicher Prozesse. Historisch gesehen, wiesen die als transnational ausgegebenen Entwicklungen in der Regel starke eurozentristische oder transatlantische Beschränkungen und Motivationen aus, die Ausrichtung auf ein für universell ausgegebenes westliches Wertesystem. Da dieser Exkurs recht abgehoben von den internationalen Organisationen der Arbeiterbewegung erfolgte, ergab sich die Frage - so Janos Jemnitz (Ungarn) - nach dem Erbe der internationalen Arbeiterassoziationen, nach einem globalen emanzipatorischen Konzept. In der abschließenden Generaldebatte der Konferenz machte der Berichterstatter darauf aufmerksam, dass ja nicht nur "Inter" und "Trans" auf den Prüfstand zu legen sind, sondern auch – und vielleicht mehr noch – das Nationale. Denn wo existieren heute "reine" Nationen, falls es sie jemals gegeben hat? Wir finden doch überwiegend multiethnische Gemeinwesen oder Staatsverbände vor. So bleibt weiter nachzudenken, wie das "Grenzüberschreitende", globalen oder zumindest großregionalen Entwicklungen Rechnung tragende Handeln von Menschen und Bewegungen, am treffendsten zu charakterisieren und zu benennen ist.

Im Folgenden wandte sich die Konferenz der Analyse von tatsächlichen oder vermeintlichen Netzwerken bzw. von Erfahrungen mit Netzwerken zu. Dirk Hoerder (USA) untersuchte Netzwerke von Arbeiter-Migranten, wie sie von versklavten Afrikanern, von ausgewanderten Europäern oder Asiaten in Nordamerika und anderswo geschaffen wurden. Deren Vielfalt kann hier nur anhand einiger Stichworte angedeutet werden: Verbindungen zu den Ursprungsländern, kulturelle, soziale, wirtschaftliche und informelle Beziehungen, religiöse Durchmischung, veränderte Familienbeziehungen, Geldrückfluss in die Heimatländer in volkswirtschaftlichen Größenordnungen, internationale Solidarität z. B. zwischen Seeleuten oder mit politischen Exilanten, anderseits verschärfte Ausbeutung der Zugewanderten, ethnische Diskriminierung selbst durch die angestammten Gewerkschaften. Kurzum, es handelt sich um ein weites Feld. Die Quintessenz der sich um dieses Geflecht rankenden Diskussionen bestand darin, dass der transnational konstituierten herrschenden Klasse bzw. den transnationalen Eliten ein transnationaler Widerstand entgegengesetzt werden muss. Hervor hebenswert angesichts der in Deutschland geführten Debatten – der Referent betonte: nicht die Integration von Migranten in bestehende Formen, sondern deren Partizipation ist anzustreben.

Anschließend stellten zwei Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung deren Netzwerke vor, woran sich ein Beitrag zur Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) anschloss. Wenn dies unter der

Dachüberschrift "Migration von Ideen und Praktiken: Stiftungen, think tanks" abgehandelt wurde, während später die Ausbreitung sozialistischer Ideen in Südosteuropa, die Zimmerwalder Bewegung, die Komintern als Themenkomplex "Politische Netzwerke und Ideologietransfer" ausgewiesen wurden, so ergab die Diskussion, dass eine derartige Gegenüberstellung von Politischem und Unpolitischem eigentlich nicht gerechtfertigt war.

Patrick von zur Mühlen (Deutschland) berichtete über die internationale Arbeit bzw. die Auslandsaktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), deren Aufgaben, Formen und Ergebnisse enorme Ausmaße angenommen haben. So wurde nicht nur zwischen der Stiftung und deren Partnern, sondern auch innerhalb der einzelnen Partnergruppen und unter den von der Stiftung betreuten Personen ein nachwirkendes Netz der Information Zusammenarbeit geschaffen. Es bedurfte allerdings gezielter Nachfrage, damit die politische Dimension des Wirkens der FES, zumal zu Zeiten des Kalten Krieges, angemessen hervortrat. Die Aktivitäten der Stiftung in Spanien und Portugal beim "Übergang von der Diktatur zur Demokratie", wie es der Referent nannte, legen davon beredtes Zeugnis ab. Das führte auch zu der Frage, ob die Beziehungen zwischen einer materiell, personell und finanziell reich ausgestatteten Zentrale, die wir ja auch als politische Vorfeldorganisation charakterisiert finden, und deren Partnern tatsächlich als Netzwerk beschrieben werden können. Die Stiftung habe zumindest Netzwerke initiiert und inspiriert, lautete die einschränkende Antwort.

Clemens Rode (Polen) stellte die von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierte und Interessenvertretung von Arbeitnehmern in multinationalen Unternehmen insbesondere der Autoindustrie vor. Er schilderte, wie - nicht zuletzt dank der Logistik der FES - die Chancen für eine erfolgreiche Durchsetzung von Lohnforderungen, von Mitspracherechten, von verbesserten sozialen Standards und zur Milderung der Folgen von Standorteinschränkungen oder -abwicklungen erhöht werden konnten. Die hierzu erforderliche Kommunikation wäre ohne die finanziellen und personellen Möglichkeiten der Stiftung schwer machbar, das Wissen um Konzernstrategien und Praktiken wie unerlässliche Informationen über die tatsächliche wirtschaftliche Situation kaum ohne deren Verbindungsnetz zu beschaffen. Diese Art Vernetzung könnte eine Keimzeile transnationaler Konzernbetriebsräte oder ein Hebel zur Schaffung eines europäischen Arbeitsrechtes werden.

Über die Internationale Arbeitsorganisation, die als Teil des Versailler Systems entstand und heute bei der UNO angesiedelt ist, sprach *Daniel Maul* (Deutschland). Er konzentrierte sich dabei auf den Paradigmenwechsel, der im Zug des Zweiten Weltkrieges in der Behandlung der sozialen Probleme der Kolonialgebiete eingetreten ist. Er arbeitete heraus, wie schwer sich die ILO getan hatte, um mit der Kolonialdoktrin zu brechen, die auch in Arbeiterorganisationen der Kolonialmächte Eingang gefunden hatte, wie lange Bereiche minderen Rechts toleriert wurden. Erst unter den Bedingungen des Zweiten Weltkrieges, als die Kolonialvölker zur Abwehr der faschistischen

Günter Benser 93

Aggressoren gebraucht wurden, trat hier – zumindest programmatisch – ein Wandel ein. Heute ist die ILO vor allem auf drei Feldern tätig: Internationale Arbeitsnormen, technische Hilfe/Entwicklungshilfe, Forschung zu Sozialfragen. Auch bei solch einer zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen stehenden Organisation ergab sich unvermeidlich die Frage, ob bzw. inwieweit sie als Netzwerk betrachtet werden darf.

Weit weniger auf Organisationen bezogen, untersuchte Augusta Dimou (Deutschland/Griechenland) das Eindringen sozialistischen Gedankenguts in Südosteuropa als "Transfer internationaler Paradigmen". Hier war vor allem ein Netz von Intellektuellen wirksam, die dank ihrer Sprachkenntnisse und Auslandsaufenthalte selbst neue Ideen rezipierten und in ihre Heimatländer transportierten. Sie demonstrierte dies am Vordringen der russischen Narodniki-Ideologie in Serbien, des Marxismus in Bulgarien und des Bolschewismus in Griechenland. Da es sich in Südosteuropa um agrarische Länder handelte, sei dieses sozialistische Gedankengut nicht wie in Westeuropa als Reaktion auf die Modernisierung, sondern als Konzept der Modernisierung zu verstehen.

Hatte seine Vorrednerin ihre Überlegungen auf einer beträchtlichen Abstraktionshöhe vorgetragen, so entwarf *Ottokar Luban* (Deutschland) ein sehr konkretes Bild vom Zustandekommen der Zimmerwalder Bewegung, in der sich Kriegsgegner aus den Resten der II. Internationale sammelten. So begrenzt der Umfang dieser Bewegung war, so ausufernd waren die sich in ihr offenbarenden Differenzen. Mithin ging das Gesamturteil über die Zimmerwalder Linke spürbar auseinander. Während der Referent angesichts der nahezu alle Länder beherrschenden Burgfriedenspolitik und gemessen an der anfänglichen Isoliertheit der Linken die von Zimmerwald ausgehende Signalwirkung hervorhob, maß ihr *Feliks Tych* (Polen) eher marginale Bedeutung bei.

Ganz anders verhielt es sich naturgemäß mit der von Bernhard Bayerlein (Deutschland) in ihrer zentralistischen Struktur und mit ihren - mitunter kaum bekannten – Verästelungen vorgestellten Kommunistischen Internationale. Dabei unterschied der Referent zwischen der zunächst "nichtstaatlichen" Phase der Komintern und der späteren, der UdSSR unterstellten und deren Außenpolitik unterworfenen Komintern. Er hob drei für eine Netzwerkanalyse zu beachtende Ebenen hervor: die normative Institution, die formale Organisation und das soziale Netzwerk. Indem er den Bogen von den zentralen Leitungsstrukturen über die Apparate (einschließlich der geheimen, militärischen und der Instrumente der Repression) bis hin zu den breit gefächerten, in unterschiedlichsten Bereichen wirkenden Massenorganisationen, dem Verlags-, Presse- und Bildungswesen spannte, vermittelte er eine einprägsame Vorstellung von der Dimension dieser radikalen, weltumspannenden, nach Systemüberwindung strebenden Bewegung. Es überraschte nicht, dass Kritiker in der Diskussion die hierarchische, zentralistische, mit Kommandostrukturen ausgestattete Komintern eher für das Gegenteil eines Netzwerkes hielten. Doch indem Bayerlein auch auf die Basis der Komintern verwies, soziale, kulturelle und emotionale Einbindungen, das Mittun von Sympathisierenden verdeutlichte,

ohne die das Funktionieren und die Akzeptanz dieser Organisation nicht zu begreifen ist, wirkte er einem eindimensionalen Bild der Kommunistischen Internationale entgegen. Und dies hatte denn wohl doch etwas mit Netzwerken zu tun.

Das 1934 in New York gegründete Jüdische Arbeiterkomitee – vorgestellt von Bruno Groppo und Catharine Collomp (beide Frankreich) – kam demgegenüber dem Idealtyp eines Netzwerkes sehr nahe. Es organisierte Hilfe für die von den Nazis verfolgten Arbeiterfunktionäre, während staatliche Instanzen in Untätigkeit verharrten oder gar humanitäre Unterstützung verweigerten. Das Komitee rettete schätzungsweise 500 europäische Arbeiterfunktionäre und schlug Brücken zwischen nichtkommunistischen Organisationen. Seine Ursprünge lagen im Bund und der ersten, der Revolution von 1905 folgenden Emigrantenwelle. Früher als andere Vertreter der Arbeiterbewegung erkannten diese Leute die vom deutschen Faschismus ausgehende Gefahr eines gewalttätigen mörderischen Antisemitismus.

Zu einer weitergreifenden Problemstellung führte der Beitrag von Peter Waterman (Niederlande) hin. Er thematisierte den neuen Charakter von Arbeitsverhältnissen und ein neues Verständnis vom arbeitenden Menschen, der in herkömmlichen Organisationen nicht mehr mobilisierbar ist. Eine neue Vorstellung von Emanzipation erfordere auch neue Bewegungsformen, weshalb Gewerkschaften nicht mehr die typische Organisation sein könnten. Für ihn ist das Netzwerk das Gegenstück zur in Pyramidenform strukturierten herkömmlichen Arbeiterbewegung, gewissermaßen die Zukunft der Emanzipationsbewegung. Entscheidend sei nicht Macht, sondern Einfluss, wie er auch mit Kommunikationssystemen zu gewinnen ist. Dem wurde entgegengehalten, dass in der Realität die Aktivitäten der Arbeitenden noch national basiert und an den jeweiligen Status in der gegebenen bürgerlichen Gesellschaft gebunden sind. Die Frage bleibt, ob ein Netzwerk reicht oder ob stabilere Formen des Zusammenwirkens notwendig sind. Da befürwortete wohl die Mehrheit der Konferenzteilnehmer stabilere Formen.

Schließlich brachte Ravi Ahuja (Großbritannien) als letzter Redner viel Nachdenklichkeit in die Debatte, indem er am Beispiel indischer Seeleute – der lasens – und des überwiegend aus dem früheren portugiesischen Goa stammenden Kabinenpersonals – verbunden in als kur bezeichneten Gemeinschaften – aufzeigte, wie ambivalent und widersprüchlich Netzwerke sein können und dass hier wirkende Hierarchien und Machtverhältnisse nicht bagatellisiert werden dürfen. Er wies nach, wie indische Seeleute sich zwar ihre Interessenvertretung und Unterstützungseinrichtung schufen, zugleich jedoch drakonischen Regulierungen unterworfen waren, weshalb sich hier territoriale und familiäre Bindungen verfestigten, Ausgrenzungen stattfanden, Mittelsleute Oberhand erlangten, Reedereikonzerne ihre Kontrolle ausüben und diese Seeleute auf dem untersten Level der Entlohnung halten konnten. Es bestehe keinerlei Grund, derartige Netzwerke zu idealisieren.

Es war erfreulich, dass sich die Veranstalter diesmal nicht durch eine Überzahl von Referaten so unter Zeitdruck gesetzt hatten, wie das in Linz häufig zu

Günter Benser 95

erleben war. So kamen alle Teilnehmer zu Wort, und die voneinander abweichenden Standpunkte traten deutlich hervor. Die Konferenzbesucher sind keineswegs zerstritten auseinandergegangen, doch divergierende Auffassungen bestehen fort. Der Ertrag der Tagung besteht nicht in einer Übereinkunft, sondern in gesteigertem Problembewusstsein, in erweiterter Kenntnis der theoretischen und methodologischen Zugänge und im umfassenderen Wissen über existierende Netzwerke sowie auf diesem Felde gewonnene Erfahrungen. Das wird der anvisierten weiteren Klärung der aufgeworfenen Fragen auf künftigen Tagungen zugutekommen. Dazu bietet bereits eine für November 2007 geplante – also bei Erscheinen dieses Berichtes bereits erfolgte – Konferenz zum Thema "Transnationale Netzwerke. Beiträge zur Geschichte der Globalisierung" Gelegenheit. Sie findet am Karl-Renner-Institut, Wien, unter Beteiligung der ITH statt.

Die der Konferenz vorgelagerte Generalversammlung der ITH nahm die Berichte des Vorstands und der Revisoren entgegen, beriet über die künftigen Aufgaben und wählte die Gremien der ITH. Die finanzielle Situation gebietet es dringend, einen Förderverein zur Einwerbung von Spenden ins Leben zu rufen. Präzisiert wurden die Themen der kommenden Tagungen. Die 44. Linzer Konferenz (11.-14. September 2008) behandelt das Thema: "1968 – Ein Blick auf die Protestbewegungen 40 Jahre danach aus globaler Perspektive". Die 45. Linzer Konferenz (10.-13. September 2009) soll eine Zwischenbilanz "Labour Movement beyond the borders" ziehen. Eine Zwischentagung mit dem Thema "Labour history in emerging countries" soll 2008 gemeinsam mit der IALHI (International Association of Labour History Institutions) und dem IISG (Internationales Institut für Sozialgeschichte) in Südafrika stattfinden. Beginnend 2010 ist ein zwei- oder dreijähriger Zyklus mit dem Arbeitstitel "Die zivilisatorische Rolle der Arbeiterbewegung" vorgesehen.

Die Gremien der ITH wurden im Wesentlichen in ihrer bisherigen Besetzung wiedergewählt – der engere Vorstand mit Berthold Unfried als Präsidenten, Eva Himmelstoss als Geschäftsführerin, Winfried Garscha als Kassierer und seiner neuen Stellvertreterin Evelin Fritsch.

# Das Jüdische Arbeiterkomitee: Ein amerikanisches Netzwerk der transatlantischen Solidarität während der Nazijahre<sup>1</sup>

# Catherine Collomp/Bruno Groppo

Der Machtantritt des Naziregimes im Jahre 1933 und die Zerstörung aller demokratischen Institutionen in Deutschland brachten den Faschismus in das Herz Europas. Italien war nicht länger das einzige faschistische Land in Europa, sehr bald wurden auch weitere Nationen in den Wirbel der Naziexpansion und der Naziherrschaft hineingezogen. Folgerichtig wurde 1933 der Antifaschismus, der zunächst nur der Kampf italienischer Demokraten gegen das Mussoliniregime im Inland oder vom Ausland aus (vor allem von Frankreich, wo zahlreiche Flüchtlinge eine zeitweilige Zuflucht gefunden hatten) war, mehr und mehr zu einer internationalisierten und breiten gesellschaftlichen Bewegung, die den Kurs der meisten Arbeiterorganisationen in der westlichen Welt veränderte. Mitte der 1930er-Jahre führte in einigen wenigen Ländern (Frankreich, Spanien) die Notwendigkeit einer vereinten Arbeiterbewegung, um den aufstrebenden Faschismus durch die Volksfrontpolitik abzuwehren, zu einer zeitweisen Abschwächung der Konfrontation zwischen Kommunisten und Sozialisten. In vielen Ländern kam es zu einem Zusammenwirken verschiedener Organisationen, oftmals aus humanitären oder religiösen Überlegungen heraus. Die Arbeiterbewegungen im Exil oder im Lande, wenn sie nicht schon dem Angriff erlegen waren, blieben das Zentrum der antifaschistischen Aktion.

Jedoch die internationalen Arbeiterorganisationen überlebten selbst kaum die Angriffe des Nazismus und Faschismus. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale (SAI) beispielsweise wurde durch die Vernichtung ihres größten Mitglieds, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), grundsätzlich erschüttert. Ihr Pendant in der Gewerkschaftsbewegung, der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB), wurde ebenfalls durch den Verlust der wichtigsten Stütze, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB),<sup>2</sup> in großem Maße geschwächt. Anders als die kommunistischen Institutionen hatten die

<sup>1</sup> Ein noch nicht abgeschlossenes Projekt, vorbereitet für die International Conference of Labor and Social History (ITH) "Transnational Networks of Labor" vom 13. bis 16. September 2007 in Graz. Schriftliche und ins Deutsche übertragene Fassung.

<sup>2</sup> Eine aktuelle Untersuchung über den Niedergang dieser internationalen Organisationen findet sich bei Ursula Langkau-Alex: Jalons pour une histoire des Internationales socialistes et l'exil dans l'entre-deux-guerres, in: Matériaux pour l'histoire de notre temps, 2006, Nr. 84, S.26-38. Langkau-Alex vermerkt, dass 1939 die SAI sich nur noch auf elf von vormals 39 sozialistischen Parteien stützen konnte, die ursprünglich Mitglied waren. Siehe auch Bruno Groppo: L'Internationale Ouvrière Socialiste en 1933, in: Serge Wolikow/Michel Cordillot: Prolétaires de tous les pays, unissez-vous, 1848-1956, Dijon 1996; Julius Braunthal: History of the International, vol. 2, 1914-1943, London 1967.

sozialistischen Organisationen nicht die Unterstützung eines Staates (der UdSSR), um ihre Existenz und ihre weitere Tätigkeit zu sichern. Die breiten sozialdemokratischen Netzwerke der internationalen Solidarität waren also durch das Fehlen von Ressourcen und durch die Schwächung ihrer beschlussfassenden Körperschaften selbst teilweise zerstört und paralysiert, während gleichzeitig die Notwendigkeit, Flüchtlingen zu helfen und den Widerstand gegen die totalitären Regimes zu organisieren, mit jedem Tag dringlicher, kostspieliger und komplexer wurde. In Europa und in den Vereinigten Staaten nahm der Antifaschismus vielfältige Aktionsformen an, er wurde ein bestimmendes Motiv für demokratisches Engagement, das oftmals weit über den Rahmen der klassischen Arbeiterbewegung hinausging.

Der vorliegende Beitrag, obwohl er sich vorrangig mit dem Jüdischen Arbeiterkomitee (Jewish Labor Committee, JLC) befasst, zeigt auch, wie die amerikanische Arbeiterbewegung zugunsten der europäischen sozialistischen und Arbeiterorganisationen handelte. Das JLC befand sich im Mittelpunkt verschiedener Netzwerke der politischen, der Arbeiter- und der jüdischen Solidaritätsbewegung und war so in der Lage, die Unterstützung und die Rettung Hunderter europäischer Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Arbeiterbewegungen zu koordinieren, die in allen unter faschistischer Herrschaft stehenden Ländern bedroht waren.

In der Geschichtsschreibung und in der allgemeinen Darstellung wird die Rolle der amerikanischen Arbeiterbewegung bei der Rettung europäischer sozialistischer und Arbeiterführer während der nazistischen und der faschistischen Zeit sowie während des Zweiten Weltkriegs logischerweise kaum hervorgehoben. Verschiedene Faktoren können diese Zurückhaltung erklären. Seit den 1920er-Jahren war die Einwanderung in die USA deutlich zurückgegangen, und durch die drastische Reduzierung der Einwanderungsquoten in den 1930er-Jahren war sie faktisch zum Erliegen gekommen. In den Jahren der Depression waren die amerikanischen Arbeiter vor allem wegen der eigenen erschütterten wirtschaftlichen Lage besorgt. Außerdem betrieben die USA bis zum Ende der 1930er-Jahre in ihren internationalen Beziehungen gegenüber Europa eine Politik der Neutralität und des Isolationismus, bis schließlich Roosevelt sein Land in Richtung eines Engagements zwang. Der Isolationismus, in Verbindung mit einer faktischen Beendigung der Einwanderung, führte dazu, dass sich die USA freiwillig und absichtsvoll von den europäischen Wirren entfernt hielten. Als Ergebnis spielten die USA nicht ihre traditionelle Rolle als Land des Exils und der Zuflucht, und das in einer Zeit, wo dies für jüdische Menschen und politische Gegner des Dritten Reiches während der Nazijahre dringender als je zuvor erforderlich gewesen wäre.3 Hinzu kam, dass die US-Arbeiterbewegung,

\_

<sup>3</sup> Unter anderen sind die dramatischen Konsequenzen, die sich aus der Beendigung der Einwanderung in die USA ergaben, aufgezeigt bei: Arthur Morse: While Six Million Died: A Chronicle of American Apathy, New York 1967; Alan M. Kraut/Richard Breitman: American Refugee Policy and European Jewry, 1933-1945, Bloomington 1987; David

hauptsächlich repräsentiert durch die Amerikanische Föderation der Arbeit (American Federation of Labor, AFL), nahezu vollständig von der internationalen Arbeiterbewegung isoliert war. Ihre klassische Feindseligkeit gegenüber dem Sozialismus hatte verhindert, dass sie Teil der Zweiten Internationale wurde, die sich als Sozialistische Arbeiter-Internationale neu gegründet hatte. Aus dem gleichen Grunde lehnte es die AFL ab, Mitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu werden.<sup>4</sup> Die amerikanischen Arbeiter, fokussiert auf ihre eigene ökonomische Lage, vermieden eine Einbeziehung in die auf Europa gestützten internationalen Organisationen, die ihnen zu radikal und zudem hoffnungslos gespalten in kommunistische und sozialistische Fraktionen erschienen. Die europäischen sozialistischen und Arbeiterführer ihrerseits blickten wegen deren politischer Neutralität und Akzeptanz des kapitalistischen Systems oftmals mit Herablassung auf die AFL. Mit anderen Worten, die Arbeiterbewegungen in den USA und in Europa waren einander geographisch und ideologisch fremd geblieben.

Ein Teil der amerikanischen Arbeiterbewegung jedoch, das Jüdische Arbeiterkomitee, entsprach nicht diesen Paradigmen.<sup>5</sup> Dem JLC, das 1934 gegründet

Wyman: Paper Walls: America and the Refugee Crisis, 1938-1941, Amherst 1968; Ders: The Abandonment of the Jews: America and the Holocaust, 1941-1945, New York 1998. Die Ausnahmen in dieser allgemeinen Behandlung betrafen ausgewählte Flüchtlinge: Intellektuelle, Künstler und Wissenschaftler, die "über die Quote hinaus" zeitweilige Aufenthaltsgenehmigungen erhielten und von größeren Universitäten und kulturellen Einrichtungen aufgenommen wurden. Siehe zum Beispiel Laura Fermi: Illustrious immigrants: The Intellectual Migration from Europe, 1930-41, Chicago 1971; Claus Dieter Krohn: Intellectuals in Exile. Refugee Scholars and the New School for Social Research, Amherst 1993; Emmanuelle Loyer: Paris à New York. Intellectuels et artistes français en exil (1940-1947), Paris 2005.

- 4 Die AFL hatte sich 1913 dem IGB kurzzeitig in der Hoffnung angeschlossen, ihre Philosophie der politischen Neutralität der Gewerkschaften durchsetzen zu können. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs brach der IGB zusammen. 1919 nahm die AFL ihre Mitgliedschaft nicht wieder auf, weil sie den IGB als einen sozialistisch beherrschten Zusammenschluss betrachtete, der daher in der Folge faktisch eine ausschließlich europäische Körperschaft blieb.
- 5 Die JLC Records, Holocaust-Era Records of the Jewish Labor Committee, werden im Robert Wagner Labor Archives Center, New York University, aufbewahrt und werden im Weiteren als JLC Records zitiert. Gail Malmgreen, Kurator dieses Archivs, hat den Weg für das Studium dieser Bewegung geebnet. Siehe Gail Malmgreen: Labor and the Holocaust: The Jewish Labor Committee and the Anti-Nazi Struggle, in: Labor's Heritage, vol. 3, Oct. 1991, Nr. 4, S.20-35; Ders: Comrades and Kinsmen: The Jewish Labor Committee and Anti-Nazi Activity 1933-1941, in: Christine Collette/Stephen Bird (Hrsg.): Jews, Labour and the Left, 1918-1948, Ashgate Publishing 2000, S.4-20; Arieh Lebowitz/Gail Malmgreen (Hrsg.): Robert F. Wagner Labor Archives, New York University: The Papers of the Jewish Labor Committee (Archives of the Holocaust, vol. 14, New York 1993 (im Weiteren zitiert als Papers of the JLC); Jack Jacobs: A Friend in Need: The Jewish Labor Committee and Refugees from the German Speaking Lands, 1933-1945, in: Yivo Annual, vol. 23, New York 1996, S.391-417; Catherine

worden war, gelang die Rettung von mehr als 500 Führungspersönlichkeiten europäischer sozialdemokratischer Parteien und der Arbeiterbewegung, indem sie diese nach Amerika brachte.6 Mit diesem Vorgehen veranlasste es die AFL, ihre klassische isolationistische Position aufzugeben. Diese Flüchtlinge repräsentierten ein breites Spektrum politischer Gegner der Nazis, der faschistischen oder kommunistischen Unterdrückung. Unter denen, die zwischen September 1940 und Juli 1941 gerettet wurden, befanden sich so herausragende Persönlichkeiten wie Friedrich Adler, Sekretär der SAI, Julius Deutsch, Führer des österreichischen Schutzbundes und einer der Führer des Arbeiteraufstandes im Februar 1934, Rafail Abramovič, Führer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (Menschewiki) im Exil, Noach Portnov, Vorsitzender des Zentralkomitees des polnischen Bund, George Stolz, Sekretär des IGB, Friedrich Stampfer, vormaliger Chefredakteur des deutschen "Vorwärts" in Berlin, Alberto Cianca, Herausgeber von "Giustizia e Libertà" in Paris, und Randolfo Pacciardi, der Kommandeur der Garibaldi-Brigade in Spanien gewesen war.

Viele Flüchtlinge aus Nazideutschland oder dem faschistischen Italien hatten in den 1930er-Jahren in Frankreich eine zeitweilige Zuflucht gefunden, bis die deutsche Invasion im Juni 1940 das Land für sie zu einer neuen Todesfalle machte. Gleichzeitig unternahm das JLC eine Rettungsoperation aus Litauen heraus. Dorthin waren im Oktober 1939 viele Mitglieder des polnischen Bund

Collomp/Bruno Groppo: Le Jewish Labor Committee et les réfugiés en France, in: Max Lagarrigue: 1940. La France du repli. L'Europe de la défaite, Toulouse 2001, S.211-247; Catherine Collomp: "I nostri compagni d'America": The Jewish Labor Committee and the Rescue of Italian Antifascists, 1934-41, in: Altreitalie, 2004, Nr. 28, S.66-83; Catherine Collomp: The Jewish Labor Committee, American Labor, and the Rescue of European Socialists, 1934-1941, in: International Labor and Working Class History, Fall 2005, S.112-133.

6 Die Zahl der Geretteten ist umstritten. Doch selbst eine genaue Zahl könnte keine wirkliche Auskunft über die Anstrengungen des JLC geben, denn viele Personen, die auf den Listen des JLC standen und von der Gestapo gesucht wurden, entschieden sich, versteckt in Frankreich zu bleiben. Andere konnten aufgrund schwieriger Umstände nicht erreicht werden oder nicht ausreisen. Andere starben oder wurden verhaftet, bevor sie auf die transatlantische Reise gehen konnten. Das war beispielsweise das Schicksal von zwei deutschen sozialdemokratischen Führern: Rudolf Hilferding, der im Gefängnis Selbstmord beging, wurde im Februar 1941 verhaftet, und Rudolf Breitscheid wurde in ein Konzentrationslager verbracht, wo er starb. Beide hatte die französische Polizei verhaftet und der Gestapo übergeben. 1942 behaupteten die Führer des JLC, 800 europäische Führungspersönlichkeiten gerettet zu haben. Diese Zahl erfasste alle, die den Boden der USA erreicht hatten, sowie möglicherweise einige wenige Personen, die in Mexiko oder Kuba Asyl erhalten hatten. Die Zahl, die wir hier unterbreiten (544) stellt einen Minimalwert dar und entspricht der Liste von Personen, die die USA erreichten, die im Juli 1941 vom Geschäftsführer des JLC, Isaiah Minkoff, dem maßgeblichen Kopf der Rettungsaktionen, erarbeitet wurde. Siehe Papers of Isaiah Minkoff (im Weiteren: Minkoff Papers), B.6, F.10, Robert Wagner Labor Archives, New York University.

geflohen, verloren aber bereits im Juni 1940 ihre kurze Sicherheit, als die Sowjetunion das Land annektierte. Das JLC rettete einige der prominentesten und am meisten gefährdeten Führer des Bund und mit ihm verbundene Intellektuelle vor dem sicheren Tod in einem Nazilager oder der Internierung in einem sowjetischen Lager.

Angesichts der strengen Einwanderungsgesetze, die eine massenhafte Immigration verhinderten, waren die Rettungsaktionen vor allem auf die Führer der europäischen sozialdemokratischen Parteien gerichtet, nicht aber auf die große Zahl der einfachen Mitglieder und kleinen Funktionäre. Wie die Rettung von europäischen Künstlern, Wissenschaftlern und Intellektuellen, erfolgte ihre Einreise in die USA "über die Ouote hinaus" und hing daher in hohem Maße von der früheren Bekanntheit der Flüchtlinge und davon ab, ob sich amerikanische Persönlichkeiten mit Einfluss und Überzeugungskraft für sie einsetzten, weil nur so die Beamten des US-Außenministeriums für ihre Sache gewonnen werden konnten. In allen diesen Fällen stellte das JLC ein individuelles Affidavit aus, in dem es einerseits versicherte, dass die jeweiligen Führer von der unmittelbaren Gefahr der Gefangennahme und damit vom sicheren Tod bedroht waren, falls sie in Europa blieben. Es bestätigte andererseits, dass ihnen die notwendigen Mittel für ihr Leben in den USA zur Verfügung stünden und es sich um Personen von großem intellektuellen und sozialen Einfluss in den europäischen Demokratien handele, was in der Tat ausdrücklich einschloss, dass sie keine Kommunisten waren.

Die vorliegende Arbeit versucht, die verschiedenen politischen, kulturellen und auch persönlichen Netzwerke darzustellen, durch die das JLC in der Lage war, diese Personen zu erreichen und zu retten. Welche ideologische Position nahm es innerhalb der US- und der internationalen Arbeiterbewegung ein? Und, ganz praktisch, über welche Kanäle war es in der Lage, von New York aus die europäischen Flüchtlinge in ihren tiefsten Verstecken oder aber in den Internierungslagern im besetzten Frankreich zu erreichen und viele von ihnen auf amerikanischen Boden zu bringen?

## Das JLC und seine Gründer

Vor ihrer Auswanderung in die Vereinigten Staaten vor dem Ersten Weltkrieg waren die meisten Männer, die später die Gründer und die wichtigsten Aktivisten des JLC waren, Bundisten<sup>7</sup> in Russland gewesen. Ihre jüdische, nichtreligiöse, sozialistische und nichtzionistische Identität definierte ihr politisches Credo in der Alten Welt und – soweit sie dorthin auswanderten – auch in der Neuen Welt. In ihrer Jugend hatten sie gegen das zaristische Regime gekämpft, um die Rechte

<sup>7</sup> Der Bund wurde als Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund in Polen und Russland 1897 gegründet. Er war sowohl eine Gewerkschaft als auch eine sozialistische revolutionäre politische Partei und widmete sich der Verteidigung der jüdischen Arbeiter und dem Schutze der jiddischen Kultur im Ansiedlungsrayon (siehe dazu Anmerkung 13 – d.Ü.) im Russischen Reich.

der jüdischen Arbeiter zu verteidigen, sie hatten der brutalen Unterdrückung widerstanden, hatten in der Illegalität überlebt und sich an den großen russischen revolutionären Bewegungen beteiligt. Als sie sich schließlich – vor allem nach der Revolution von 1905 – entschieden, der andauernden politischen Verfolgung durch Auswanderung in die Vereinigten Staaten zu entkommen, setzten sie ihren Kampf beim Aufbau einer amerikanischen Arbeiterbewegung fort. Vor allem die Entstehung der Gewerkschaften in der Bekleidungsindustrie in den ersten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts verdankte ihre neue Dynamik dem Wirken dieser bundistischen Flüchtlinge. Und in den 1930er-Jahren war die Gründung des JLC ein Ausdruck dafür, dass das ursprüngliche bundistische Credo der internationalen Verteidigung der Juden und der Arbeiter sowie der demokratischen Freiheiten im Allgemeinen wieder auflebte.

Das Leben von Baruch Charney Vladeck,8 einem prominenten Bund-Führer in den polnischen Provinzen und 1934 Begründer des ILC, ist beispielhaft für diese Generation. Geboren in Dukora in der Nähe von Minsk, erhielt Baruch Nachman Charney, so sein ursprünglicher Name, eine religiöse Ausbildung in der Ieschiwa, wurde vom Zionismus beeinflusst und gehörte zum linken Flügel der Zionistischen Arbeiterpartei (Poale Zion). Auf Grund seines politischen Handelns wurde er 1904 verhaftet und in einem Gefängnis in Minsk eingesperrt, das, so die Auffassung von Melech Epstein, zu einer Art politischer Grundausbildung in revolutionärer Theorie und Leben in der Illegalität wurde. Er gab den Zionismus auf, und Charney Vladeck (wie er nun im politischen Kampf genannt wurde) trat der bundistischen Bewegung für die Verteidigung des jüdischen Proletariats bei. Während des Aufstandes von 1905 war Vladeck einer der Führer des Generalstreiks und wurde in Vilnius erneut verhaftet. Ihm gelang die Flucht, und er setzte den Kampf unter den Bedingungen des Untergrundes fort. Als einer der Kader des Bund in den polnischen Provinzen zog er von Stadt zu Stadt und hielt Vorträge, wobei er unter Bezug auf den Begründer der deutschen sozialdemokratischen Partei "der junge Lasalle" hieß. Als Delegierter des Bund nahm er 1907 in London am Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands teil. Als die historische Trennung von Bolschewiki und Menschewiki stattfand, war er einer der herausragenden Führer der russischen revolutionären Bewegung. Angesichts der ständigen Verfolgung durch die zaristische Polizei flüchtete er im November 1908 nach New York, wohin ihm sein politischer Ruf bereits vorausgeeilt war. Innerhalb weniger Jahre erlangte Vladeck eine prominente Stellung sowohl innerhalb der Sozialistischen Partei Amerikas als auch in der amerikanischen jüdischen Gemeinschaft. Er wurde zwei Mal als sozialistischer Bewerber in den Gemeinderat von Williamstown (einem Teil der Stadtverwaltung von New York) gewählt und war außerdem Geschäftsführer der

<sup>8</sup> Zu Vladeck (1886-1938) siehe Melech Epstein: Profiles of Eleven, Detroit 1965, S.323-357; John Herling: Vladeck, in: Survey Graphic, vol. XVIII, Nov. 1939, Nr. 11, S.663-701; vol. XIX, Jan. 1940, Nr. 1, S.29-47; Bernard K. Johnpoll/Harvey Klehr (Hrsg.): Biographical Dictionary of the American Left, Westport 1986, S.392-397.

jiddischen sozialistischen Zeitung "The Jewish Daily Forward", die Abraham Cahan herausgab. Die Zeitung, die in den USA viel gelesen wurde, hatte amerikanische und europäische jüdische Autoren und verbreitete Nachrichten aus der weltweiten Diaspora. Mit seiner Tätigkeit befand sich Vladeck im Zentrum der transatlantischen jüdischen Gemeinschaft. 1936, zu dieser Zeit war Fiorello La Guardia Bürgermeister, wurde er wieder in den New Yorker Stadtrat gewählt und trug die Verantwortung für das öffentliche Wohnungswesen. Vladeck starb viel zu früh im Alter von 52 Jahren im November 1938.

Sowohl David Dubinsky,<sup>9</sup> Vorsitzender der Internationalen Gewerkschaft der Beschäftigten der Damenbekleidungsindustrie (International Ladies Garment Worker's Union, ILGWU), als auch Sidney Hillman,<sup>10</sup> Vorsitzender der Vereinten Bekleidungsarbeiter von Amerika (Amalgamated Clothing Workers of America, ACWA), hatten einen ähnlichen Lebenslauf, der revolutionäres Tun in Russland und vielfältiges Handeln als Gewerkschaftsführer in der amerikanischen Arbeiterbewegung miteinander verband. Diese Männer passten ihre politische Vision und ihren Kampfgeist sehr schnell und pragmatisch den amerikanischen Bedingungen an, ohne dabei die Beziehung zu ihrem persönlichen und politischen europäischen Hintergrund zu verlieren. Hillman allerdings war persönlich nicht in das JLC involviert. Stattdessen setzte sich der Schatzmeister der ACWA, Joseph Schlossberg (der in viel größerem Maße Zionist war als die übrigen Führer des JLC), nachdrücklich dafür ein, dass sich seine Gewerkschaft in dem Komitee stark engagierte.

In den 1930er-Jahren wurden sowohl die Gewerkschaften, die Hillman und Dubinsky führten, als auch einige kleinere Gewerkschaften, die unter dem Dach

<sup>9</sup> Dubinsky (1892-1982) wurde in Brest-Litovsk geboren und erhielt eine kurze Ausbildung an einer zionistischen Schule in Łódź. Er erlernte den Beruf seines Vaters als Bäcker. 1908 wurde er wegen seiner politischen Tätigkeit mit den bundistischen Revolutionären verhaftet, zwei Jahre eingesperrt und dann nach Sibirien verbannt, von wo er fliehen konnte. Er kehrte nach Łódź zurück und wanderte dann in die Vereinigten Staaten aus, wo er im Januar 1911 eintraf. Er schloss sich dem Gewerkschaftskampf in der Bekleidungsindustrie an und wurde Führer des Regionalverbandes 22 der ILGWU. 1932 wurde er zum Vorsitzenden der ILGWU gewählt. Siehe dazu J. C. Rich: David Dubinsky, the Young years, in: Labor History, Spring 1968, S.5-14; David Dubinsky/A.H. Rankin: Dubinsky. A Life with Labor, New York 1977; Robert D. Parmet: The Master of Seventh Avenue. David Dubinsky and the American Labor Movement, New York 2005.

<sup>10</sup> Hillman (1887-1946) wurde in Zagare, Litauen, geboren und war seit seinen Jahren in der Jeschiwa von Kovno in den sozialistischen politischen Kampf involviert. Als Bund-Mitglied wurde er zweimal, 1903 und 1905, verhaftet und verbüßte eine sechsmonatige Strafe. Er blieb politisch aktiv und emigrierte zunächst nach Manchester, England, die Vereinigten Staaten erreichte er schließlich im August 1907. Er arbeitete in Chicago in der Hart Schaffner and Marx Coat Company, führte dort einen Streik und wurde sehr bald zum Gründer einer neuen (und nicht mit der AFL verbundenen) Gewerkschaft, der Amalgamated Clothing Workers' Union of America, deren Vorsitzender er von 1914 bis zu seinem Tode 1946 war. Siehe Epstein, Profiles, S.269-295; Steve Fraser: Labor Will Rule. Sidney Hillman and the Rise of American Labor, New York 1991.

der Vereinigten Jüdischen Gewerbe (United Hebrew Trades) zusammengefasst waren, hinsichtlich der Mitelieder und der Finanzen zu den Hauptstützen des JLC. Eine weitere große Institution, die zu den Begründern des JLC gehörte, war der Arbeiterzirkel (Workmen's Circle), eine in den gesamten Vereinigten Staaten verbreitete Gesellschaft jüdischer Arbeiter zur gegenseitigen Hilfe und Unterstützung. 11 Zahlenmäßig kleine politische Organisationen, so der Jüdische Sozialistische Verband (Jewish Socialist Verband) und die linke Poale Zion, waren ebenfalls Teilnehmer dieser Bewegung. Gemeinsam waren diese Organisationen Teil eines engen Netzwerkes, das die jiddisch sprechenden Arbeiter der amerikanischen Städte unterstützte. Sie bildeten das, was unter dem Begriff "jüdische Arbeiterschaft" zusammengefasst wurde. Verbunden durch ihre gemeinsamen kulturellen Eigenschaften und als ein Produkt der massenhaften Einwanderung um die Jahrhundertwende, hatten diese Organisationen innerhalb weniger Jahrzehnte eine Struktur des autonomen Handelns und der Solidarität der Arbeiterklasse geschaffen, die dem vergleichbar war, was es im russischen Ansiedlungsrayon gegeben hatte.<sup>12</sup> Angesichts der Schwäche und inneren Spaltung der Sozialistischen Partei Amerikas als Folge des Ersten Weltkriegs fand das bundistische politische Gedankengut in den Vereinigten Staaten seinen stärksten Ausdruck darin, was sich als sozialdemokratische Mission der Gewerkschaftsbewegung entwickelte. Mitte der 1930er-Jahre waren diese Gewerkschaften und ihre Führer, wie überhaupt die Mehrheit der jüdischen Wählerschaft, zu leidenschaftlichen Unterstützern des New Deal von Präsident Roosevelt und seiner Demokratischen Partei geworden.

Obwohl das JLC nur einen kleinen Teil der AFL repräsentierte (ganz abgesehen von der US-Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit) konnte es sich Mitte der 1930er-Jahre auf etwa 500.000 Mitglieder stützen, die über ihre Gewerkschaften oder den Arbeiterzirkel angeschlossen waren. Diese Zahl stellte eine bedeutende Quelle finanzieller und materieller Unterstützung dar, die der JLC in Anspruch

\_\_\_

<sup>11</sup> Joseph Baskin war der Generalsekretär des Workmen's Circle. Er wurde in Biala in Russland geboren; seine Ausbildung erhielt er in der Schweiz und in Frankreich. Ab 1897 war er im Bund aktiv, 1905 wurde er Mitglied dessen Internationalen Komitees. 1907 wanderte er in die USA aus. Er war im Workmen's Circle in Pittsburgh und in der Jüdischen Sozialistischen Föderation (Jewish Socialist Federation) der Sozialistischen Partei aktiv; Generalsekretär des Workmen's Circle; Gründungssekretär des JLC, Baskin starb 1952. (Papers of the JLC, S.XVIII).

<sup>12</sup> Nur im Ansiedlungsrayon (englisch Pale of Settlement, russisch čerta osedlosti – die Red.), in der westlichen Grenzregion des Russischen Reiches, durften sich Juden ansiedeln. Das Gebiet schloss einen großen Teil des heutigen Polen, Litauens, der Ukraine und Weißrusslands ein. Zur Klassensolidarität unter eingewanderten jüdischen Arbeitern siehe zum Beispiel Melech Epstein: Jewish Labor in USA, 1914-1952, New York 1953; Irving Howe: World of Our Fathers. The Journey of East European Jews to America and the Life They Found and Made, New York 1976; Gerald Sorin: The Prophetic Minority. American Jewish Immigrant Radicals, 1880-1920, Bloomington 1985; Daniel Soyer: Jewish Immigrant Associations and American Identity in New York, 1880-1939, Cambridge 1997.

nahm, um Mittel für die Unterstützung von Flüchtlingen und für andere gemeinsame Aktionen bereitzustellen.

Angesichts der Tatsache, dass die meisten Mitglieder Einwanderer der ersten Generation waren und Verwandte und Freunde in Europa hatten, sowie aufgrund des sozialistischen Hintergrundes ihrer nationalen Führer waren die Gewerkschaften der Bekleidungsindustrie fraglos nicht nur die internationalistischsten in der AFL, sondern selbst unter den Gewerkschaften, die später den Kongress der Industrieorganisationen (Congress of Industrial Organizations, CIO)<sup>13</sup> bildeten. Die ILGWU zum Beispiel war eine der wenigen Gewerkschaften, die in den 1920er-Jahren Verbindung zum Internationalen Gewerkschaftssekretariat der Bekleidungsindustrie innerhalb des IGB unterhielten. Man kann ganz sicher feststellen, dass das Herz der internationalen Solidarität seitens der amerikanischen Arbeiter die sozialdemokratischen (aber nichtkommunistischen) Gewerkschaften der Bekleidungsindustrie waren. 14 Alle Netzwerke und Organisationen, die ihren Ursprung in diesem Milieu hatten, waren in den Antinazikampf aktiv einbezogen. Im Gegensatz zum vorherrschenden Bild des Isolationismus und der politischen Neutralität der amerikanischen Arbeiter zeigt die Untersuchung der jüdischen Arbeiterbewegung eine intensive Zusammenarbeit beim antina-zistischen und antifaschistischen Kampf.

Die vorherrschend jüdische Sichtweise und Kultur in den Gewerkschaften der Bekleidungsindustrie verhinderte dennoch keine mehr kosmopolitische Herangehensweise an die Solidarität der arbeitenden Klasse. Um 1930 waren die

<sup>13</sup> Der CIO entstand 1935 als eine Konkurrenzorganisation zu der eher konservativen AFL. Der Vorsitzende der ILGWU, David Dubinsky, der Vorsitzende der ACWA, Sidney Hillman, und der Vorsitzende der United Mine Workers, John Lewis, waren unter den Kritikern, die den CIO gründeten. Die ILGWU, die 1937 aus der AFL ausgeschlossen wurde, blieb bis 1940 unabhängig und erneuerte dann ihre Mitgliedschaft dort. Seit ihrer Gründung war die ACWA von der AFL (der sie 1934/35 kurzzeitig angeschlossen war) unabhängig geblieben, doch sie wurde, wie die UMWA, ein wichtiges Mitglied des CIO. Von den Führern des JLC blieb Dubinsky eng verbunden mit dem Vorsitzenden der AFL, William Green, während Sidney Hillman einer der Gründer des rivalisierenden CIO war. Durch den engen Kontakt von Dubinsky zum AFL-Vorsitzenden William Green und die Mitgliedschaft der ACWA im CIO hatte JLC einen Fuß in beiden Gewerkschaftsverbänden. 1940 nahm die ILGWU ihre Mitgliedschaft in der AFL wieder auf.

<sup>14</sup> In den 1930er-Jahren hatten einige Gewerkschaften, wie beispielsweise die Furriers International Union, eine kommunistische Orientierung, aber sie waren zahlenmäßig klein und in der Arbeiterbewegung der USA isoliert. Während der 1920er-Jahre hatte es in den Gewerkschaften der Bekleidungsindustrie einen "Bürgerkrieg" zwischen pro- und antikommunistischen Fraktionen gegeben. Die betont antikommunistische Position der Führung sowohl der ILGWU als auch der ACWA hatte die inneren Konflikte überspielt, aber das hatte Folgen für die Mitgliederzahl und das Vermögen, was durch die 1929 beginnende ökonomische Depression noch verschärft wurde. Erst Mitte der 1930er-Jahre führte die Volksfrontpolitik der Komintern dazu, dass in der Arbeiterbewegung ein politisch etwas einheitlicheres Klima herrschte. Dem CIO gehörten viele kommunistische Führer und Mitglieder an, während die AFL nachdrücklich antikommunistisch blieb.

Bekleidungsarbeiter zu einer ethnisch sehr gemischten Kraft geworden. Die jüdischen, jiddisch sprechenden Arbeiter wurden schrittweise durch andere Einwanderer ersetzt, unter denen die Italiener die zahlenmäßig und organisatorisch stärkste Gruppe bildeten. Diese Verbindung zwischen Italienern und Juden wurde auf dem Arbeitsmarkt oftmals als antagonistisch angesehen, 15 doch gab es so eine weitere Bindung zur europäischen Welt und zu ihren spezifischen politischen Problemen. Zum ursprünglichen Schwerpunkt des JLC, also dem Kampf gegen Nazideutschland und gegen den Antisemitismus, kamen der Antifaschismus und die Hilfe für vor dem Mussolini-Regime Geflüchtete hinzu. Luigi Antonini, 16 der Führer des regionalen Verbandes Local 89 und Vizepräsident der ILGWU, wurde die Stimme der amerikanischen antifaschistischen Arbeiterbewegung. Verschiedene andere regionale italienische Gewerkschaften, so der Verband Local 48 der ILGWU und der Verband Local 63 der ACWA unter Führung von Augusto Bellanca, waren in diesen Kampf aktiv einbezogen. 17

Angesichts des Aufstiegs Nazideutschlands waren die Grundwerte des Bundismus die grundlegenden ideologischen Motive für das Handeln der Mitglieder des JLC. Wie bei allen Menschen jüdischer Herkunft wurde ihr Gespür für antisemitische Verfolgungen durch das Terrorregime aufgerüttelt, das mit Hitlers Machtantritt nun gegen das jüdische Volk entfesselt wurde. Bundisten hatten den Kampf gegen den Antisemitismus mit dem großen revolutionären Kampf gegen alle reaktionären Kräfte verbunden. Im Unterschied zu den meisten anderen marxistischen Ideologien kämpften sie als Juden, und nicht nur als Arbeiter, für die Verteidigung der Juden und der jüdischen (jiddischen) Kultur. Vladimir Medem, einer der prominentesten Führer im Ansiedlungsrayon, stellte fest, dass der Bundismus den universellen proletarischen Internationalismus mit der Verteidigung des unterdrückten jüdischen Volkes und seiner nichtreligiösen Kultur verband.

Angesichts des Aufkommens des Naziregimes begriffen die Führer des JLC sofort, dass Antisemitismus und Angriffe gegen die Arbeiterbewegung wesentliche Bestandteile ein und derselben Ideologie waren. Im Unterschied zu den meisten Sozialisten und Kommunisten (für die das Problem des Rassismus durch die revolutionäre Arbeiterbewegung gelöst werden würde) waren die Bundisten besonders für die antisemitische Verfolgung sensibilisiert, die sie als Vorboten aller antidemokratischen Angriffe ansahen.

Vladeck, der 1934 einen Appell an die AFL richtete, das JLC in seinem Wirken

15 Siehe Ronald H. Bayor: Neighbors in Conflict. The Irish, Germans, Jews and Italians of New York City, 1929-1941, Urbana 1988.

<sup>16</sup> Antonini (1883-1968) war 1913 einer der Begründer der Italienischen Arbeitskammer (Italian Chamber of Labor) und 1922 der Antifaschistischen Allianz gewesen.

<sup>17</sup> Local 89 war mit 40.000 Mitgliedern der größte regionale Verband der ILGWU. Local 89 und 48 hatten ihre Namen nicht als laufende Nummer erhalten, sondern als Referenz an die Revolutionen von 1789 und 1848. Sowohl die ILGWU als auch die ACWA waren Teile der in den 1920er-Jahren entstandenen antifaschistischen Bewegung, die sich in den USA unter den italo-amerikanischen Arbeitern entwickelt hatte.

zu unterstützen, war in dieser Frage ausgesprochen deutlich: "In den Folter-kammern des Faschismus und der Tyrannei haben die Juden einen besonderen und schmerzvollen Platz. Als Arbeiter werden wir verfolgt, weil wir Kämpfer sind, als Gewerkschafter, weil wir Forderungen stellen. Wenn wir Genies hervorbringen, werden wir angeklagt, weil wir die Arbeit zerstören; wenn wir Verbrecher hervorbringen, werden wir angeklagt, weil wir sie korrumpiert haben. Wenn wir unser Leben für die Freiheit geben, sind wir verächtliche Internationalisten. Wenn wir uns hineinfügen und gehorchen, sind wir Feiglinge. Einer der wichtigsten Gründe, warum alle Tyrannen uns hassen, ist unsere lange Erfahrung im Widerstand gegen Ungerechtigkeit und Grausamkeit. [...] Es ist hart genug, ein Jude zu sein, aber es ist doppelt hart, ein Jude und ein Arbeiter zu sein. Ob es um Deutschland geht oder Polen, Österreich oder Rumänien oder Litauen, ob es ein vollkommen faschistisches oder nur halbfaschistisches Land ist, der jüdische Arbeiter, der jüdische Handwerker, der jüdische kleine Mann ist immer der erste, der den Preis zu zahlen hat."

"Seit dem Beginn des Industriezeitalters", so schloss Vladeck, "waren die Juden das wirkliche Barometer für die Arbeiterbewegung. Wann immer und wo immer eine Regierung damit beginnt, die Juden zu verfolgen, wird unvermeidlich auch die Verfolgung der Arbeiter kommen. [...] Der erste Windstoß gegen die Juden ist nur der Vorbote des starken Sturmes gegen die Arbeiter."<sup>18</sup>

Ein zweites Merkmal des bundistischen Erbes im JLC war die fortgesetzte Feindseligkeit gegenüber dem Kommunismus. Nach der russischen Revolution überlebten die Bundisten in der Sowjetunion nicht die bolschewistische Herrschaft und Verfolgung: Sie wurden entweder physisch vernichtet, oder ihre Bewegung wurde von der Kommunistischen Partei absorbiert. Diejenigen, die aus dem bolschewistischen Russland zu fliehen vermochten, betrieben deshalb eine unerbittliche Opposition gegen den Kommunismus. Die Führer des JLC erklärten, dass sie für die Verteidigung der demokratischen Werte gegen alle tyrannischen Regierungen stünden, und stellten dabei die Sowjetunion und das Dritte Reich auf eine Stufe. Solche Erklärungen wurden auch gegenüber dem US-Außenministerium und sogar gegenüber der AFL abgegeben, um deren Unterstützung zu erhalten, aber sie entsprachen den mit dem Leben vieler Kameraden teuer bezahlten Erfahrungen. Das Schicksal von Henryk Erlich und Viktor Alter, zwei Führern des polnischen Bund, die seit 1939 in sowjetischen Gefängnissen saßen und 1943 ermordet wurden, bestätigte solche Ängste nur.<sup>19</sup>

18 AFL. Report of Proceedings of the Annual Convention. 1934, S.443-445.

<sup>19</sup> Zu Erlich und Alter siehe Daniel Blatman: Notre liberté et la vôtre. Le mouvement ouvrier juif Bund en Pologne, 1939-1949, Paris 2002, S.101-124; Isabelle Tombs: Erlich and Alter, the "Sacco and Vanzetti" of the USSR: An Episode in the Wartime History of International Socialism, in: Journal of Contemporary History, 23-24, 1988, S.531-549. Erlich und Alter waren von den sowjetischen Behörden 1941 freigelassen worden und leisteten einen Beitrag zur internationalen jüdischen Mobilisierung gegen den Hitlerkrieg. Zwei Jahre später wurden sie erneut verhaftet und hingerichtet. Ihre Ermordung löste eine weltweite Protestwelle aus.

In Polen hatte der Bund in den Jahren zwischen den Weltkriegen als Teil des jüdischen Proletariats überlebt. Seit 1930 gehörte er zur Sozialistischen Arbeiter-Internationale.<sup>20</sup> Die institutionelle Verbindung gewährte den Bundisten in Polen und in der Diaspora, und dazu gehörten auch die Führer des JLC, direkte Kontakte zu den Kadern der SAI. Vladecks Nachlass zum Beispiel enthält die Korrespondenz mit einigen dieser Führer: mit Rafail Abramovič von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands im Exil, mit dem Sekretär der SAI Friedrich Adler, dem Führer der österreichischen Sozialdemokratie Otto Bauer, dem marxistischen Theoretiker Karl Kautsky und mit Julius Deutsch, dem Führer des österreichischen Schutzbundes. 1935 begab sich Vladeck nach Europa, wo er sich mit einigen dieser Führer traf, vor allem in Prag, wo der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Exil (SOPADE) bis 1938 seine Büros hatte. In Paris hatte Vladeck Kontakt zur Leitung des IGB, der seinen neuen Sitz in diese Stadt verlegt hatte.<sup>21</sup> 1936 reiste er erneut nach Mitteleuropa sowie in die Sowjetunion und nach Palästina. Vladecks jüdische Identität als Bundist machte ihn besonders sensibel für die Situation nationaler Minderheiten, eine Position, die sich innerhalb der größeren sozialdemokratischen Familie mit seiner Nähe zu den österreichischen Sozialisten verband. Diese Blickweise trug schließlich dazu bei, dass er auch oppositionellen linken Gruppen in der SPD, wie der Gruppe Neu Beginnen, Hilfe zukommen ließ, deren Chef Karl Frank er erstmals 1935 in Prag getroffen hatte.

Die Verbindung des JLC zur SAI, auch wenn es sich um keine Mitgliedschaft handelte, war das breiteste institutionelle und ideologische Netzwerk, das seinen Aktivisten die Richtung ihres Handelns vorgab. Die Kontakte zum IGB, die die AFL wieder aufgenommen hatte, stellten eine andere Gruppe von transatlantischen sozialdemokratischen Verbindungen dar. Sozialismus und Arbeitersolidarität statt einer klassenunabhängigen oder religiösen jüdischen Identität waren die Grundlage der ideologischen Positionen der Führer des ILC. Genauer, es war eine Kombination aus sozialistischer und jüdischer Identität, die sie doppelt sensibel für die Notlage aller Opfer der faschistischen und totalitären Regimes machte.

Ausgehend von dieser doppelten Identität machte es sich das JLC zur Aufgabe, die Aufmerksamkeit der nicht die Arbeiterklasse repräsentierenden jüdischen Organisationen - zum Beispiel den in der Mittelklasse angesiedelten Jüdischen Kongress (Jewish Congress) und besonders das Amerikanische Jüdische Gemeinsame Distributionskomitee (American Jewish Joint Distribution Committee -

<sup>20</sup> Zum polnischen Bund siehe Blatman, Notre liberté; Ders.: The Bund in Poland, 1935-1939, in: Polin. Studies in Polish Jewry, vol. 9, 1996, S.58-82.

<sup>21</sup> Anlässlich von Vladecks Besuch in Paris schrieb ihm Walter Schevenels am 24. September 1935 und erklärte "die Dankbarkeit der europäischen Arbeiterbewegung und besonders der Opfer des Faschismus für den ausgezeichnete Beweis der Solidarität, die durch die Arbeiter der Vereinigten Staaten geleistet wurde". Er unterstrich, dass "Europa in ihnen die Zukunft der internationalen Arbeiterbewegung und die letzte Zuflucht der Zivilisation sieht" (JLC Records, 20 B9, F14.)

JDL) – darauf zu lenken, dass Juden nicht die einzigen Opfer der Naziunterdrückung waren. Umgekehrt war es auch Aufgabe des JLC, der amerikanischen Arbeiterbewegung die Gefahren und das Vordringen des Antisemitismus bewusst zu machen. (Die Tiraden eines Father Coughlin von seiner Kanzel im Shrine of the Little Flower in Detroit beispielsweise zeigen, dass auch die amerikanischen Arbeiter nicht gegen den Antisemitismus immun waren.)

Strategisch gesehen, wollte das JLC den Kampf der Arbeiter mit dem jüdischen Kampf in einer einheitlichen Front gegen Faschismus und Nazismus zusammenführen. Es war Vladecks Überzeugung, dass nur die zusammengefasste Kraft der organisierten Arbeiter und der fortschrittlichen jüdischen Organisationen den Vormarsch der Nazikräfte aufhalten könnte. Mit diesem Bemühen war das JLC die kämpferische Vorhut der amerikanischen Arbeiterbewegung in ihrer Reaktion auf Faschismus und Nazismus. Die Rettungsaktionen, die es 1940/41 unternahm, bestätigen diese doppelte jüdische und Arbeiteridentität: Die Flüchtlinge, die aus Polen und Litauen gerettet wurden, waren fast ausschließlich Juden, Mitglieder oder Sympathisanten des Bund. Dagegen verdankten diejenigen, die, egal ob sie Juden oder Nichtjuden waren, aus ihrer letzten Zuflucht in Frankreich gerettet wurden, dies der früheren politischen Tätigkeit in der Arbeiter- und sozialistischen Bewegung: deutsche, österreichische und italienische sozialistische Repräsentanten, Arbeiterführer, aber auch ehemalige Menschewiki.

Die Tatsache, dass viele ehemalige Menschewiki, wie Abramovič selbst, Juden und dadurch eng mit dem früheren Bund verbunden waren, bekräftigte den sozialistischen und jüdischen Zusammenhalt. Die Verteidigung ihrer jüdischen (jiddischen) Identität brachte die Bundisten in eine andere Lage als die meisten Kader der sozialistischen Welt, die, auch wenn sie wie Friedrich Adler, Karl Kautsky, Otto Bauer, Leon Blum oder Giuseppe Modigliani Juden waren, sich vollkommen der Verbreitung des weltweiten Sozialismus widmeten und anfangs nicht den Antisemitismus als Teil der Naziideologie bekämpften.<sup>22</sup>

In späteren Jahren, ab 1942, konzentrierte das JLC, dem es nicht mehr gelang, vom Außenministerium Unterstützung für weitere Rettungsaktionen zu erhalten, seine Anstrengungen auf humanitäre Handlungen zugunsten der jüdischen Opfer des Nazismus, der Bewohner des Warschauer Ghettos und seiner Überlebenden sowie der jüdischen Zivilbevölkerung in Russland, Ungarn, Rumänien und in Frankreich.

Angesichts der amerikanischen Abkapselung und der zunehmenden Schwäche der internationalen Körperschaften waren persönliche Verbindungen von allergrößter Bedeutung für das Entstehen und die Wirksamkeit starker transatlantischer Bindungen. Ideen transportieren sich selten allein, vor allem in Zeiten, wenn die üblichen Kommunikationswege zerbrochen sind und das Überleben des Individuums auf dem Spiel steht. Die Rettung Hunderter europäischer Führer in den 1940er-Jahren hätte nicht stattgefunden, wenn das JLC nicht von

<sup>22</sup> Siehe Enzo Traverso: Les Marxistes et la question juive, Paris 1997.

seinen Anfängen an ein enges Geflecht von Verbindungen zu vielen Teilen der europäischen Internationalen (IGB und SAI) gewoben hätte. Wir werden hier versuchen, eine Genealogie dieser Verbindungen zu entwickeln.

#### Die deutsche Verbindung Plotkin-Plettl

Der erste deutsche antinazistische Arbeiterflüchtling, der die Vereinigten Staaten erreichte, war Martin Plettl, der Vorsitzende des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes. Wie die meisten deutschen Arbeiterführer war er in der berüchtigten Woche um den 1. Mai 1933 verhaftet und in ein Konzentrationslager gebracht worden. Er konnte fliehen und gelangte nach Holland, wo er Hilfe vom Vorsitzenden der Internationalen Föderation der Bekleidungsarbeiter, van der Heeg, erhielt. Wenige Monate später, im Oktober 1933, wurde Plettl eingeladen, vor einem amerikanischen Arbeiterpublikum Vorträge "Arbeiter in Deutschland und in Europa heute" über die Wirklichkeit des Naziregimes zu halten.

Die Verbindung zwischen Plettl und dem amerikanischen Publikum war die Frucht einer individuellen Initiative. Abraham Plotkin, ein Organisator der ILGWU, war zufälligerweise während des schicksalhaften Winters 1932/33 in Berlin gewesen.<sup>23</sup> Er hatte ursprünglich die Absicht gehabt, die deutsche Arbeitslosenversicherung und andere Sozialprogramme kennenzulernen, die die amerikanischen Gewerkschaften übernehmen wollten. Plotkin hatte sich mit vielen Führern des mächtigen ADGB und mit verschiedenen Experten der SPD sowie mit dem Generalsekretär des IGB, Walter Schevenels, getroffen, dessen Sitz sich vor der Machtübernahme der Nazis in Berlin befand. Schließlich war Plotkin von Februar bis Mai 1933 Zeuge der Attacken des Dritten Reiches gegen die deutschen Arbeiter. Er erlebte die Verhaftung und Einkerkerung der Arbeiterführer, mit denen er in den Monaten zuvor häufig gesprochen und mit denen er sich angefreundet hatte. Diese Erlebnisse waren die erste direkte persönliche Quelle von Informationen über Angriffe auf die deutsche Arbeiterschaft in den ersten Monaten des Dritten Reiches. Nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten schrieb Plotkin einen Artikel, der im August in der Zeitung der AFL "American Federationist" unter dem Titel "Die Zerstörung der Arbeiterbewegung in Deutschland"24 erschien. Er informierte die amerikanischen Gewerkschafter darüber, dass der Nazismus nicht nur eine Gefahr für die Juden war, sondern dass die gesamte deutsche Arbeiterbewegung durch physischen Terror von den Nazis zerstört worden war. Dieser Artikel beeindruckte den Vorsitzenden der AFL, William Green, und überzeugte ihn von der

\_

<sup>23</sup> Der Nachlass von Abraham Plotkin ist Teil der ILGWU Records, die sich im Kheel Labor and Management Documentation Center, Cornell University, New York, befinden. Eine Edition von Plotkins Berliner Tagebuch, herausgegeben von Catherine Collomp und Bruno Groppo, ist unter dem Titel "An American in Hitler's Berlin. The Diary of Abraham Plotkin, 1932-1933" bei University of Illinois Press für 2008 in Vorbereitung. 24 Abraham Plotkin: The Destruction of the Labor Movement in Germany, in: American Federationist, August 1933, S.811-826.

Notwendigkeit, einen Boykott gegen deutsche Waren und Dienstleistungen zu beginnen. $^{25}$ 

Nachdem Plotkin im Juli 1933 in die USA zurückgekehrt war, organisierte er für Martin Plettl und dessen Sekretärin Dorothea Heinrich eine Einladung in die Vereinigten Staaten. Ziel war es, ihre Sicherheit zu gewährleisten und gleichzeitig die amerikanischen Arbeiter über die Situation in Deutschland zu informieren. Das Komitee, das Plotkin zu diesem Zweck schuf, war eine Vorstufe zur Gründung des JLC, die kurz darauf erfolgte. Das Komitee bestand aus dem Vorsitzenden der ILGWU Dubinsky, dem Hauptschatzmeister der ACWA Schlossberg, dem Sekretär des Arbeiterzirkels Baskin sowie dem Geschäftsführer des "Jewish Daily Forward" Vladeck. Es war tatsächlich in der Lage, die Reise von Plettl in die Vereinigten Staaten zu finanzieren und eine Vortragsreise durch amerikanische Städte zu organisieren, die vom November 1933 bis zum Februar 1934 dauerte und bei der er vor einem breiten Arbeiterpublikum sprach. Einige Wochen später koordinierte dieses Komitee, das aus den verschiedenen jüdischen Arbeiterorganisationen hervorgegangen war, seine Aktionen in einem wesentlich größeren Maßstab.

Am 25. Februar 1934 wurde das Jüdische Arbeiterkomitee in New York offiziell gegründet. Die Niederschlagung des Arbeiteraufstandes in Wien im Februar 1934 war der unmittelbare Anlass, der Vladeck und seine Kameraden dazu brachte, öffentlich für die Opfer des Nazismus und der politischen Verfolgung unter den Arbeitern politisch aktiv zu werden. Das erklärte Ziel des JLC war es, "jüdischen und nichtjüdischen Arbeiterorganisationen in Übersee Hilfe zu geben, der demokratischen Arbeiterbewegung in Europa beizustehen, den Opfern von Unterdrückung und Verfolgung Beistand zu gewähren sowie den Antisemitismus und die rassische und religiöse Intoleranz innerhalb und außerhalb der Vereinigten Staaten zu bekämpfen."<sup>26</sup>

Im Wissen um die Tatsache, dass die US-Einwanderungsgesetze jedes Bemühen zwecklos machten, einer großen Zahl von Flüchtlingen zu Asyl zu verhelfen, war es die Strategie des JLC, die Untergrundtätigkeit in Europa zu finanzieren und jenen sozialdemokratischen Führer Hilfe zu geben, die Opfer des Nazismus geworden waren. Zu diesem Zweck wurde ein Fonds eingerichtet, den die beteiligten Körperschaften mit 150.000 Dollar ausstatteten. Diese Arbeiterkasse für die Opfer von Nazismus und Faschismus (Labor Chest for victims of Nazism and fascism) verwaltete als Schatzmeister der Vorsitzende der ILGW,

.

<sup>25</sup> Zum Boykott deutscher Waren siehe Moshe R. Gottlieb: American Anti-Nazi Resistance, 1933-1941. An Historical Analysis, New York 1982. Indem er die AFL in den Boykott eingliederte, übernahm William Green letztlich einen Beschluss, den die SAI und der IGB bereits im August 1933 gefasst hatten.

<sup>26</sup> JLC Records, B2 F1. Das Treffen am 25. Februar 1934, auf dem das JLC gegründet wurde, hatte ursprünglich den Namen "Labor Conference for Jewish Affairs" (Arbeiterkonferenz für jüdische Angelegenheiten), es wurde auch als "People's Conference against Nazism and Fascism" (Volkskonferenz gegen Nazismus und Faschismus) bezeichnet (siehe JLC Records, B2F1; JLC Constitution, JLC Records, B1F1).

David Dubinsky. 1934 wurde daraus unter dem Einfluss der AFL, die sich der Kampagne anschloss, die Arbeiterkasse für die Befreiung der Europäischen Arbeiter (Labor Chest for the Liberation of European Workers). Die Mittel wurden dem Matteotti-Fonds übergeben, den SAI und IGB gemeinsam verwalteten.<sup>27</sup>

#### Reisen, Fonds, Bildungsarbeit: Das Entstehen antifaschistischer Netzwerke

Die Einladung weiterer europäischer Flüchtlinge, finanziert durch das JLC oder die in ihm zusammengeschlossenen Organisationen, wurde eine häufige Maßnahme in der amerikanischen antinazistischen und antifaschistischen Tätigkeit. Diese Einladungen hatten verschiedene Funktionen. Sie waren eine Gelegenheit für Spendenkampagnen mit dem Ziel, die Flüchtlinge selbst zu unterstützen, die nun in Amerika waren. Aber über diesen unmittelbaren Zweck hinaus wurden die dabei gesammelten Gelder den Fonds der SAI oder des IGB für die Opfer des Nazismus und Faschismus zur Verfügung gestellt und so die amerikanische Unterstützung für die europäische Arbeiterbewegung ausgeweitet. Und schließlich waren die Vorträge, die bei diesen Gelegenheiten gehalten wurden, Teil der Bildungsanstrengungen zur Information der amerikanischen Arbeiter.

Umgekehrt war die Teilnahme von amerikanischen Delegierten bei internationalen Zusammenkünften in Europa eine weitere Kontaktmöglichkeit. Reisen über den Atlantik in beide Richtungen waren in den 1930er-Jahren ein häufiger Faktor der gegenseitigen Annäherung im Kampf gegen nazistische und faschistische Expansion und Terror. Diese Reisen wurden von Vertretern der ILGWU und der ACWA eng begleitet. Beispielsweise wurde Plettl nach den Vorträgen in der Stadt New York nach Cleveland, Chicago, Saint Louis, Baltimore, Philadelphia, Boston und Newark entsandt. Jeden Aufenthalt organisierten Vertreter der örtlichen Gewerkschaften der Bekleidungsarbeiter, die aufgefordert waren, an einem "Boykott-Treffen", einem "Dinner and Luncheon Meeting" oder einem Vortrag über "Arbeiter in Deutschland und Europa heute" teilzunehmen.<sup>28</sup> Über die Gespräche wurde in den Organen der ILGWU, "Justice", und der ALCWA, "Advance", berichtet. Nach Abschluss der Tour wieder in New York, wurde Plettl am 22. Februar 1934 im Central Plaza Hotel mit einem Dinner unter dem Motto "Handschlag über das Meer" geehrt. Mehr als 500 Personen nahmen daran teil und spendeten insgesamt 4.535 Dollar zur Unterstützung der enthaupteten Gewerkschaften in Deutschland.<sup>29</sup> Nach Deutschland

\_

<sup>27</sup> AFL, Report of Proceedings 1934, S.443-445. Zum Matteotti-Fonds siehe Bruno Groppo: Le Fonds International de Solidarité et l'Internationale ouvrière socialiste, 1934-1940, in: José Gotovitch/Anne Morelli (Hrsg.): Les Solidarités internationales, Bruxelles 2003, S.55-64.

<sup>28</sup> Siehe Dubinsky to local delegates, Abr. W. Katovsky, Morris Bialis, Ben Gilbert, et al., Nov 9 1933, ILGWU Records 5780/02 B. 134 F4B; Justice, Nov 1 1933; Dec 1933; March 1934.

<sup>29</sup> Siehe ACWA, Proceedings of 1934 Convention, S.189-192. Dubinsky to Dear Sirs and Brothers (ILGWU.members) Feb 2 1934, ILGWU Records, 5780/02, B134 F4B; Justice,

oder Europa kehrte Plettl nicht mehr zurück. Im Mai 1934 hielt er eine Rede auf dem Kongress der ACWA, und er setzte seine Arbeit für die Stärkung der transatlantischen Arbeiterverbindungen fort.<sup>30</sup>

Auch andere deutsche und österreichische Führer fanden ihren Weg vor ein amerikanisches Arbeiterpublikum. Gerhart Seger,<sup>31</sup> 1930 bis 1933 sozialdemokratisches Reichstagsmitglied, kam im Februar 1935 in die USA. Seine Anwesenheit wurde genutzt, um gegen die gelegentlichen pronazistischen Stimmungen vorzugehen, die vereinzelt unter deutsch-amerikanischen Arbeitern herrschten. Julius Deutsch,<sup>32</sup> Führer des österreichischen Schutzbundes und einer der Führer der Februaraufstandes 1934, erhielt eine Einladung Vladecks in die Vereinigten Staaten. Im November und Dezember 1934 suchte Deutsch dort nach Unterstützung und führte Gespräche über die Situation in Österreich.<sup>33</sup>

Im Winter 1934/35 bot der Besuch des früheren Repräsentanten der Italienischen Sozialistischen Partei, Giuseppe Modigliani,<sup>34</sup> eine weitere Gelegenheit, Bande der Solidarität innerhalb der amerikanischen Arbeiterklasse und über den Atlantik hinweg zu knüpfen. Auf dem Kongress der ILGWU 1934 hatten die Delegierten den antinazistischen Aktivitäten einstimmig ihre Zustimmung gegeben. Neben anderen Resolutionen fassten sie einen Beschluss, Konferenzen und

Nov 1933; Dec 1933; March 1934; sowie zu 700 Honor Martin Plettl, New York Times, Feb 22 1934.

30 Plettl und seine Sekretärin/Begleiterin Dorothea Heinrich hielten sich in den USA auf der Grundlage monatlicher Zahlungen für den Lebensunterhalt auf, die ihnen die ILGWU und die ACWA gewährten. Von den USA aus versuchte Plettl, eine offizielle Vertretung des ADGB im Exil beim IGB zu errichten. Er forderte dazu von Vladeck, das Projekt bei der Konferenz des IGB 1935 in Paris zu vertreten, doch offensichtlich gelang es ihm nicht, die Unterstützung seiner deutschen Genossen für das Vorhaben zu erlangen. Plettl to Van der Heeg, June 1935; Plettl to Dubinsky, August 10 1935, ILGWU Records, 5780/02 B134 F. 4B.

- 31 Seger (1896-1967) war ein sozialdemokratischer Journalist und Mitglied des Reichstags. Nach Hitlers Machtantritt wurde er im Konzentrationslager Oranienburg eingesperrt, doch gelang es ihm zu fliehen und ins Exil zu gehen, zunächst nach Prag, später war er in Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Sein Buch "Oranienburg. Erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten", Karlsbad 1934, veröffentlicht durch die Prager SOPADE, war einer der ersten persönlichen Berichte über die Bedingungen in den Konzentrationslagern der Nazis.
- 32 Deutsch (1884-1968) ging nach der Niederwerfung des österreichischen Februaraufstandes 1934 ins Exil in der Tschechoslowakei, wo er mit Otto Bauer den illegalen sozialdemokratischen Widerstandskampf organisierte. Während des Spanischen Bürgerkriegs war er General der republikanischen Armee. 1940 ging er ins Exil in die Vereinigten Staaten, wo er während des Krieges im Office of War Information arbeitete.
- 33 Siehe JLC Records B16, F15.

34 Modigliani (1872-1947), Bruder des Malers Amedeo Modigliani, war einer der wichtigsten Führer des reformistischen Sozialismus in Italien. Während der faschistischen Mussolini-Diktatur lebte er in Frankreich im Exil und spielte eine aktive Rolle in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Nach der deutschen Besetzung des südlichen Frankreich flüchtete er in die Schweiz. Siehe Vera Modigliani: Esilio, Milan 1946.

Pläne zum Kampf gegen den Faschismus zu initiieren und selbst aktiv daran teilzunehmen sowie einen Fonds von 50.000 Dollar mit dem Ziel zu schaffen, allen Opfern des Faschismus Hilfe zu gewähren. Luigi Antonini, Vorsitzender des italienischen regionalen Verbandes Local 89 der New Yorker Bekleidungsarbeiter und Erster Stellvertretender Vorsitzender der ILGWU, lenkte die Aufmerksamkeit darauf, dass Italien "zuerst den faschistischen Schlag zu fühlen hatte" und dass das "bei der Beurteilung der Angelegenheit berücksichtigt" werden sollte. So wurde auch ein Beschluss zur Solidarität mit den italienischen Antifaschisten einstimmig gefasst. Antoninis erste Initiative war es, den sozialistischen Führer Modigliani zum 15. Jahrestag von Local 89, der im November 1934 begangen werden sollte, einzuladen, damit dieser dort vor einem italo-amerikanischen Publikum sprechen konnte. Wie die meisten anderen sozialistischen und Gewerkschaftsführer hatte Modigliani nach dem Aufstieg des Mussolini-Regimes und der Ermordung von Giacomo Matteotti<sup>35</sup> Zuflucht in Frankreich gefunden.

Vorbereitet von Serafino Romualdo, Organisator der ILGWU, und dem örtlichen Verantwortlichen der ACWA, Augusto Bellanca, 36 war die Tour von Modigliani von hohem symbolischen Wert und ein finanzieller Erfolg. Ein Ziel war, gegen die profaschistischen Sympathien vorzugehen, die es in den Reihen der italoamerikanischen Arbeiter gab. Von November 1934 bis März 1935 reiste Modigliani durch Städte, in denen erwartet werden konnte, dass italoamerikanische Arbeiter ein großes Publikum bilden würden. Seine Aufenthalte schlossen Rochester, Syracuse, Utica (alle drei Städte im Bundesstaat New York), Toronto (Kanada), Buffalo (New York), Cleveland, Cincinnati (Ohio), Detroit, San Francisco, Los Angeles, Philadelphia, Pittsburgh, Baltimore und Washington ein. Überall wurden große Anstrengungen unternommen, um große Massen zusammenzubringen. Von der Ostküste bis zur Westküste erklärte der italienische Arbeiterführer, dessen Reden Romualdi übersetzte, die Lage der italienischen Arbeiter, und er verwies auf die Bedürfnisse der antifaschistischen Untergrundbewegung in Italien und im Exil. Zum Ende der Tour wurde Modigliani Ehrenvorsitzender von Local 89. Auch er erhielt eine Kolumne in "Justice", dem Organ der ILGWU, wo er in der Folge weiter über die allgemeine Lage in Europa und den antifaschistischen Kampf informierte. Ein Scheck über 10.000 Dollar, die während der Tour für den Italienischen Fonds (Il Fondo Italiano) gesammelt worden waren, wurde Modigliani als Teil des Matteotti-

<sup>35</sup> ILGWU, 1934 Convention, S.162-165, 327-31. Zu Antonini siehe Philip V. Cannistraro: Luigi Antonini and the Italian Anti-Fascist Movement in the United States, 1940-43, in: Journal of American Ethnic History, 5, Fall 1985, S.21-40; Antonini to Pietro Nenni, August 8 1934, Antonini papers, ILGWU Records 5780/023, B.36, F.4; La Strenna commemorativa del XV anniversario della fondazione della Italian Dressmakers Union, Locale 89, ILGWU, compiled by the Italian Labor Education Bureau (New York 1934). 36 Romualdi war Herausgeber von "Giustizia", der italienischen Ausgabe des Organs der ILGWU, "Justice". Augusto Bellanca war der Führer des italienischen regionalen Verbandes Local 63 der Mantelmacher in der ACWA.

Fonds der SAI und des IGB für antifaschistische Flüchtlinge übergeben. Modiglianis Intervention gegenüber Dubinsky hatte zur Folge, dass diese Mittel, im Unterschied zur ursprünglichen Idee der Arbeiterkasse (Labor Chest) des JLC, vorrangig deutschen und österreichischen Untergrundkämpfern zu helfen, genutzt wurden, um den italienischen Gewerkschaftsbund im Exil zu unterstützen.<sup>37</sup>

Solche Kontakte wie die genannten waren die Quelle von eher institutionellen Entwicklungen, die den Weg für die erneute Mitgliedschaft der AFL im IGB bereiteten, die 1937 vollzogen wurde. Häufig nahmen nun amerikanische Delegationen beispielsweise an den Kongressen der Internationalen Föderation der Bekleidungsarbeiter (International Clothing Federation) teil. Isidore Nagler, stellvertretender Vorsitzender der ILGWU, reiste im August 1934 nach London. Auch Julius Hochman, Hauptgeschäftsführer des Gemeinsamen Ausschusses der New Yorker Arbeiter in der Mantelherstellung (New York Cloak Joint Board), begab sich nach Europa (England, Polen, Sowjetunion), wo er Kontakte zu örtlichen Gewerkschaftsvertretern herstellte.<sup>38</sup>

Dubinsky, der von William Green zum Vertreter der AFL bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ernannt worden war, war 1935 in Genf. 1936 nahm er sowohl am Kongress des IGB als auch am Kongress der Föderation der Bekleidungsarbeiter in London teil. Jede dieser Reisen war eine Gelegenheit, die europäischen Probleme aus der Nähe kennenzulernen, Kontakte zu Führer des IGB und der SAI herzustellen, finanzielle Hilfe an Flüchtlinge weiterzuleiten und die Verbindungen zu polnischen Delegierten zu verstärken, die er bei diesen Gelegenheiten und in Polen traf.<sup>39</sup> Auch Antonini kam in direkten Kontakt mit der europäischen Situation. Im Herbst 1935 nahm er am Sozialistischen

<sup>37</sup> Siehe Augusto Bellanca Papers, ACWA Records 5619, Box 146. ILGWU Records, 5780/002, B.118 F.1; Zu Modiglianis Tour siehe Modigliani to Antonini, May 14-19 1935, 5780/023, B.35 F.1; Justice, Dec. 1934, S.16; Jan 1 1935, S.4; Jan 15 1935, S.5; Feb. 15 1935, S.3. Im März 1935 übergab Dubinsky Modigliani einen Scheck über 10.000 Dollar, die während der Tour gesammelt worden waren (siehe Justice, April 1 1935, S.12). Zu den profaschistischen Neigungen der italo-amerikanischen Bevölkerung siehe John Patrick Diggins: Mussolini and Fascism. The View from America, Princeton 1972; Stefano Luconi: La "Diplomazia Parallela". Il regime fascista e la mobilitazione politica degli italo-americani, Milano 2000; zum Antifaschismus siehe Fraser Ottanelli: "If Fascism Comes to America. We Will Push it Back to the Ocean": Italian-American Antifascism in the 1920's and 1930's, in: Donna Gabaccia (Hrsg.): Italian Workers of the World: Labor Migration and the Formation of Multiethnic States, Urbana 2001, S.178-196.

<sup>38</sup> Siehe Justice, Aug 1934, S.14, Jan 1935, S.4.

<sup>39</sup> Dubinsky bestätigte, dass er in den vorangegangenen zehn Jahren etwa ein halbes Dutzend Mal in sein früheres Heimtland gereist sei (siehe Justice, August 15 1936). 1937 lud die ILGWU Herschel Himmelfarb, den Repräsentanten der Polnischen Gewerkschaft der Bekleidungsarbeiter, ein. "Ich bin stolz", sagte dieser, "dass die jüdischen Arbeiter [in Polen] unter Führung des Bund ihren eigenen Beitrag in diesem heldenhaften Kampf leisten. Ungeachtet unserer Schwierigkeiten waren wir in der Lage, eine Gewerkschaft mit 450.000 organisierten Arbeitern aufzubauen." (Justice, June 1 1937).

Arbeiterweltkongress der Italiener gegen den Krieg in Äthiopien teil, der in Brüssel stattfand. Hier traf er Friedrich Adler, Rafail Abramovič (der von Berlin nach Brüssel ins Exil gegangen war) und Edo Fimmen,40 den Sekretär des Internationalen Transportarbeiterföderation und Führungsmitglied des IGB. Antonini wurde von den Führern der italienischen antifaschistischen Bewegung begrüßt: selbstverständlich von Giuseppe Modigliani, aber auch von Pietro Nenni, dem Vorsitzenden der Italienischen Sozialistischen Partei im Exil und Exekutivmitglied der SAI, von Bruno Buozzi, dem Vorsitzenden des Allgemeinen Italienischen Gewerkschaftsbundes (Confederazione Generale del Lavoro), und von den Führern von "Gerechtigkeit und Freiheit" ("Giustizia e Libertà"), einer Bewegung, die sowohl Intellektuelle als auch Gewerkschafter und Sozialisten einschloss, die sich im antifaschistischen Kampf befanden. Diese Reise machte Antonini mit dem ganzen politischen Spektrum der italienischen Emigration in Frankreich bekannt und erweiterte so seine Vorstellungen, und in der Folge auch die von Dubinsky, vom Umfang und den Organisationen der antinazistischen und antifaschistischen Bewegungen.<sup>41</sup>

#### Der erneute Beitritt der AFL zum IGB

Die Zerstörung der deutschen Arbeiterbewegung durch die Nazis, an sich schon ein tragisches Ereignis, hatte die internationale Arbeiterbewegung, die in der SAI und dem IGB organisiert war, geschwächt. Die Führer des IGB suchten nun aktiv nach neuen Quellen der Unterstützung und Solidarität. Die Plotkin-Plettl-Verbindung war die erste Quelle gewesen, die amerikanische Arbeiterbewegung über die Notwendigkeit zu informieren, dem IGB Hilfe zu leisten, um sein Überleben zu sichern. Plettl machte Dubinsky und Vladeck mit deutschen Arbeiterführern bekannt, die in Paris oder Prag im Exil lebten und an die Mittel zur Bestreitung ihrer Ausgaben und für die illegale Arbeit übergeben wurden.<sup>42</sup> Es war wiederum Plettl, der Vladeck vorschlug, den Vorsitzenden des IGB, Walter Citrine, zum Kongress der AFL im Oktober 1934 einzuladen.<sup>43</sup> "So ein

<sup>40</sup> Fimmen (1881-1942), holländischer Arbeiterführer, spielte eine sehr aktive Rolle in der internationalen Mobilisierung gegen Faschismus und Nazismus. Siehe Willy Buschak: Edo Fimmen – Der schöne Traum von Europa und die Globalisierung. Eine Biografie, Essen 2002; Bob Reinalda (Hrsg.): The International Transportworkers' Federation 1914-1945 – The Edo Fimmen Era, Amsterdam 1997.

<sup>41</sup> Siehe Justice, Oct 1 1935, S.7; Oct 15 1935, S.6; Nov 1 1935, S.3; Nov 15 1935, S.6.

<sup>42</sup> Siehe Schevenels to Plotkin, June 3 1933, Plotkin Collection, Kheel Center, 6036/016, B2F15. In einem Schreiben aus Paris vom 3. Juni 1933 schrieb der Generalsekretär des IGB: "Unsere dringendste Aufgabe ist es, eine breite Front der Hilfe für die Opfer des Faschismus innerhalb und außerhalb Deutschlands zuschaffen, [dafür] brauchen wir die breitest mögliche internationale Basis." (Plettl to David Dubinsky, August 10 1935; April 14 1936, ILGWU Records, 5780/02 Box 134 Folder 4B.)

<sup>43</sup> Siehe B. C. Vladeck to Dubinsky, July 19 1934. In dem übermittelten Brief schlug Plettl vor, Citrine zum Kongress der AFL 1934 einzuladen. Dubinsky correspondence, ILGWU Records, 5780/002 Box 39 F3B.

Vorgehen", erklärte er, "wird den Kampfgeist der europäischen Arbeiter stärken, und es bedeutet wirkliche Solidarität der Arbeiter, verkündet auf internationaler Ebene, im Gegensatz zu den üblichen kommunistischen Phrasen, die im Gegensatz zum Kampf unserer Bewegung für Bürgerrechte und Freiheit stehen".44 Sowohl Vladeck als auch Citrine hielten auf dem AFL-Kongress in San Francisco bedeutende Reden. Ersterer erläuterte das Ziel des gerade gegründeten JLC und dessen doppelte Mission, den Antisemitismus zu bekämpfen und die politischen Opfer des Nazismus zu schützen. Und Walter Citrine, Generalsekretär des TUC und Vorsitzender des IGB, beschrieb die Zerstörung der deutschen, österreichischen und italienischen Arbeiterbewegung durch die Hand der nazistischen und faschistischen Verbrecher. Er betonte die Notwendigkeit eines gemeinsamen Handelns der amerikanischen und der europäischen Arbeiter. Im Anschluss an den Kongress wurde Citrine eingeladen, in verschiedenen amerikanischen Städten Vorträge zu halten. Er erinnerte sich später, dass von diesem Publikum die jüdischen Arbeiter stets die größte Aufgeschlossenheit gegenüber der internationalen Solidarität zeigten. 45

Der Ausbruch des Bürgerkrieges in Spanien beschleunigte den erneuten Beitritt der AFL zum IGB. Citrine und Walter Schevenels, Generalsekretär des IGB, kamen 1936 in die Vereinigten Staaten, um in dieser Sache weiteren Druck auszuüben. Der IGB benötigte Mittel für humanitäre Hilfe und verlangte deshalb amerikanische Unterstützung. Dubinsky startete eine Spendenkampagne, das Rote Kreuz der Arbeiter für Spanien (Labor's Red Cross for Spain), mit dem Ziel, 250.000 Dollar zu sammeln, um ein Krankenhaus und Hilfe für die Familien von Anhängern der Republik zu finanzieren.

1937 wurde die AFL auch formal Mitglied des IGB. Einer der ILGWU-Funktionäre stellte fest, dass es ein unglücklicher Umstand sei, dass die amerikanischen Arbeiter in dem Augenblick, in dem sie sich der internationalen Bewegung anschlossen, gespalten waren, in Mitglieder der AFL und des CIO. Vielleicht würde die amerikanische Einheit durch diesen Schritt befördert werden. <sup>47</sup> Das Geld, das die ILGWU im Rahmen des Roten Kreuzes der Arbeiter für Spanien gesammelt hatte, wurde an das Spanische Komitee der Internationalen Solidaritätsfonds von SAI und IGB übergeben, das innerhalb des Matteotti-Fonds gegründet worden war. <sup>48</sup>

.

<sup>44</sup> Siehe Plettl to Vladeck, July 8 1934, ILGWU Records, ebenda.

<sup>45</sup> Siehe dazu AFL, Convention 1934, S.435-444; Walter Citrine: Men and Work: An Autobiography, London 1964, S.346f.

<sup>46</sup> Siehe Citrine to Dubinsky: Visit to the States, Sept 1 1936. Details on Citrine's and Schevenels tour, Sept-Oct 1936, ILGWU Records, 5780/02, B. 47 F.1B.

<sup>47</sup> Siehe Justice, August 1 1937.

<sup>48</sup> Siehe AFL. Report of Proceedings of the Annual Convention 1937, S.628-630; William Green (Hrsg.): American Federationist, Dec 1937, S.1293f.; Justice, August 1 1937, S.16. Walter Schevenels: Forty Five Years of the International Federation of Trade Unions, Brussels 1955, S.245-255; Dubinsky Correspondence, ILGWU Records, 5780/02 B47, F1B., B164-166, B4, F1; Citrine to Dubinsky, idid, B.166 F1A; Geert Van Goethem:

Die Gewährung von Hilfe für die spanischen Republikaner war eine zwischen pro- und antikommunistischen Kräften heftig umstrittene Angelegenheit. Dubinsky als Schatzmeister des Roten Kreuzes der Arbeiter für Spanien wurde sehr bald als prokommunistisch angegriffen. Um solche Angriffe zu vermeiden, benutzte er politisch neutrale Begriffe und erklärte, dass die Mittel für "die Gewerkschafter und Arbeiter in Spanien" bestimmt seien, "die in einem titanischen Kampf für die Wiedererlangung einer demokratischen Regierung in ihrem Land und für elementare menschliche Rechte gegen den Ansturm von Faschismus und Reaktion stehen. [...] Das Rote Kreuz der Arbeiter für Spanien wird vom IGB mit Sitz in Paris unterstützt, dessen Vorsitzender Herr Walter Citrine ist".<sup>49</sup> Angesichts der Unterstützung der Komintern für die Republikaner kam es in den folgenden Jahren zu einer Intensivierung dieses politischen Kampfes. Die ILGWU und dann auch die AFL beendeten aus diesem Grund ihre finanzielle Solidarität. Die Angelegenheit hatte zudem politische Auswirkungen auf die USA, wo der CIO begann, sich als Konkurrenz zur ILGWU und zur AFL in den internationalen Arbeiterbeziehungen hinsichtlich der spanischen Republik zu entwickeln.<sup>50</sup>

## Das JLC und die deutschen Sozialisten<sup>51</sup>

Auch sozialistischen Parteien im Exil suchten aktiv die amerikanische Unterstützung und Anerkennung. Die SOPADE, die für sich in Anspruch nahm, die einzige offizielle Vertretung der deutschen Sozialdemokratie im Exil zu sein und ihren Sitz nach dem Münchener Abkommen und der deutschen Annexion des Sudetenlandes von Prag nach Paris verlegt hatte, richtete entsprechende Forderungen an das JLC und die AFL, ihre Vertretung in den USA, die Deutsche Arbeiterdelegation (German Labor Delegation, GLD), anzuerkennen. Friedrich Stampfer,<sup>52</sup> früherer Chefredakteur des "Vorwärts" und Führungsmitglied der SOPADE kam Anfang 1940 zu diesem Zweck in die USA. Gerhart Seger, der Herausgeber der "Neuen

Conflicting Interests. The International Federation of Trade Unions, 1919-45, in: Anthony Carew u. a.: The International Confederation of Free Trade Unions, Bern u. a. 2000, S.147-160.

- 49 Dubinsky, August 1936, ILGWU Records, 5780/02,B166F1A.
- 50 Das zeigen die Debatten über die Besuche von Leon Jouhaux (französische CGT), Ramon Pena (spanischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund), Edo Fimmen (Internationale Transportarbeiterföderation) in New York auf ihrem Weg zurück von einer Gewerkschaftskonferenz in Mexiko im September 1938. Um Konflikte zu vermeiden, zog es Dubinsky vor, neutral zu bleiben und nicht an dem Treffen teilzunehmen. (Siehe ebenda, B.166 F.3a).
- 51 Über die Unterstützung des JLC für deutschen Sozialisten siehe den grundlegenden Aufsatz von Jack Jacobs, A Friend.
- 52 Stampfer (1874-1957), deutscher sozialdemokratischer Führer, war Mitglied des Reichstags bis 1933. Nach dem Machtantritt der Nazis ging er zunächst nach Prag ins Exil, dann nach Paris und schließlich in die Vereinigten Staaten.

Volkszeitung" geworden war, sowie Albert Grezinsky<sup>53</sup> und Rudolf Katz,<sup>54</sup> die die GLD als Vorsitzender bzw. Geschäftsführer leiteten, waren in diese Kampagne aktiv einbezogen. 1940 legte die Führung der AFL ihr ständiges Misstrauen gegen eine sozialistisch orientierte Arbeiterbewegung und ihre Parteien ab und erklärte sich bereit, die GLD zu unterstützen, "die freien, demokratischen und unabhängigen Gewerkschaften in Deutschland, die ähnlich unserer eigenen Amerikanischen Föderation der Arbeit gewesen waren." Um von den Funktionären und den Mitgliedern der AFL akzeptiert zu werden, spielte diese Erklärung in ihrem Wortlaut euphemistisch die Rolle herunter, die die politischen Aspekte der deutschen Arbeiterbewegung sowohl in der SPD als im auch ADGB einnahmen.<sup>55</sup>

Das JLC jedoch blieb in dieser Angelegenheit gespalten. Durch Friedrich Adler hatte Vladeck 1935 in Prag von der Gruppe Neu Beginnen erfahren, die der SOPADE kritisch gegenüberstand. Ihr Führer Karl Frank, der den Namen Paul Hagen angenommen hatte, war früher (1926-1929) Kommunist, aber Antistalinist gewesen. Er kritisierte die SOPADE wegen ihrer Zurückhaltung im Widerstand und des Fehlens einer Vision für den Wiederaufbau der sozialistischen Bewegung. Vladeck half Hagen, Kontakte in die USA herzustellen, und er sicherte der Bewegung eine regelmäßige Zuwendung von 2.000 Dollar jährlich zu.

Hagen hoffte, dass Neu Beginnen, auch wenn es eine Minderheitsbewegung war, in Europa, im Widerstand, die frühere SPD ersetzen würde. 1937 schrieb er Vladeck und appellierte an dessen Erfahrungen als früherer Bundist und an dessen Sympathien für den illegalen Kampf und die Schaffung einer alternativen Partei. "Sie wissen", schrieb er, "wie klein die Fortschritte sind, die eine Untergrundbewegung in Monaten und Jahren machen kann, bis es schließlich zur Krise eines diktatorischen Regimes kommt. Aber innerhalb dieser Grenzen haben wir unsere Anstrengungen verdoppelt, wir haben viele Kontakte und Freunde. Wir haben ein großes Ansehen im fortschrittlichen Flügel der Sozialisten in Europa und besonders gute Beziehungen zu Brouckere (sic), Adler,

<sup>53</sup> Grezinsky (1879-1948), deutscher sozialdemokratischer Führer, war 1925 Präsident der Berliner Polizei, Innenminister in der Preußischen Regierung von 1926 bis 1930, dann wieder Präsident der Berliner Polizei bis 1933. Er war zunächst in der Schweiz im Exil, dann in Frankreich und ab 1937 in New York, wo er Vorsitzender der GLD und Mitglied des Rates für ein Demokratisches Deutschland (Council for a Democratic Germany) war. 54 Katz (1885-1961), deutscher sozialdemokratischer Rechtsanwalt, emigrierte 1935 nach New York, wo er Geschäftsführer des GLD war. Nach dem Krieg kehrte er nach Deutschland zurück und war von 1947 bis 1950 Justizminister von Schleswig-Holstein. 55 Siehe G. Seger, A Member of the German Labor Delegation in the United States, in: AFL, 1939 Convention, S.290-292; F. Stampfer, in: AFL. 1940 convention, S.401.; Secretary Treasurer G. Meany's Report, in ebenda: S.48, sowie William Green/George Meany: Letter to the officers of national and international unions, Feb. 28 1940, JLC Records, B.9, F.6. Siehe auch Rudolf Katz's Diary, Rudolf Katz Collection, Microfilm Reel 115, Leo Baeck Institute, New York, entries for Dec 1939 – Feb 1940.

Bauer und Blum".56 Vladecks Tod im Oktober 1938 bedrohte Hagens Kontakt zum JLC, der vor allem durch das persönliche Engagement von Vladeck bestanden hatte. Die Forderungen der SOPADE nach Unterstützung und ihre absolute Ablehnung von Neu Beginnen schwächten Hagens Position zusätzlich. Doch Adolph Held, Vladecks Nachfolger an der Spitze des JLC, blieb den Verpflichtungen des Mitbegründers treu.

Das JLC nahm die Auffassungen der beiden streitenden Seiten, Stampfer und Hagen, zur Kenntnis und gewährte schließlich ganz pragmatisch jedem von ihnen Hilfe, also der Deutschen Arbeiterdelegation und Neu Beginnen, und reichte so weiterhin seine Hand "alle wahren Sozialisten, die um Hilfe bitten". Die Vorwürfe gegen Hagen, die innerhalb der SOPADE, aber auch in den Vereinigten Staaten vorgebracht wurden, waren bösartig und wurden durch die amerikanische antikommunistische Grundhaltung verstärkt.<sup>57</sup> Adolph Held formulierte seine Sicht, dass "die Missverständnisse noch größer wären, wenn nur eine Gruppe unterstützt werden würde". Er glaubte, dass die ILGWU und die ACWA Hagens Gruppe ebenfalls unterstützen würden und schlug vor, die Summe von 12.000 Dollar, die die GLD gefordert hatte, zwischen den beiden Organisationen aufzuteilen.<sup>58</sup> Auch während der Rettungsoperationen 1940/41 lehnte es das JLC ab, in diesem Konflikt Partei zu ergreifen. So war es in der Lage, Personen aus Frankreich zu retten, deren Namen von der SOPADE oder von Hagen genannt worden waren.

In den USA trug Hagen zur Gründung der Amerikanischen Freunde der Deutschen Freiheit (American Friends of German Freedom) bei. Diese Organisation hatten Frank Kingdon, der Präsident der Newark University, Freda Kirchwey, Herausgeberin von "The Nation", und der Theologe Reinhold Niebuhr gegründet. Mit Vladecks Hilfe war Paul Hagen in der Lage, die Arbeiterwelt des JLC mit diesem Netzwerk antifaschistischer Intellektueller zusammenzubringen, die sich um die deutschen Opfer der nazistischen politischen und kulturellen Unterdrückung sorgten.

Es war diese Organisation, die im Juni 1940 das Notrettungskomitee (Emergency Rescue Committee –ERC) gründete. Dessen Vertreter in Marseille, Varian Fry, ist allgemein als Retter zahlloser Künstler und Schriftsteller bekannt, die im südlichen Frankreich in der Falle saßen. Frys ursprüngliche Aufgabe war nicht nur die Unterstützung und Rettung führender Persönlichkeiten der Kultur gewesen, sondern auch von Persönlichkeiten der Politik aus der Arbei-

56 Siehe Paul Hagen to Vladeck Oct 3 [1937], Vladeck papers, Robert Wagner Labor Archives, NYU, R.1859 (Anti-Nazi series).

57 Zu Hagen siehe Bruno Groppo: De Karl Frank à Paul Hagen: itinéraire d'un exilé atypique, in: Matériaux pour l'histoire de notre temps, Nr. 60, oct-dec 2000, S.31-33.

<sup>58</sup> JLC Records, Minutes of the Executive Committee, Feb 15 1940, March 7 1940, B.1, E.3; Minutes of the Office Committee, March 23 1940, B.1, E.6. Die FBI Akte über Paul Hagen enthält seine Verteidigung gegen die Anklagen der SOPADE, National Archives, Department of Justice Files, 149-1820, Paul Hagen, Box B. 336, Declassification number: NND 013059 (May 1 2001).

terbewegung. Im Bericht über seine Mission schrieb er 1945, dass er ursprünglich "junge Mitglieder der verschiedenen linken Gruppen" retten sollte, also die Freunde von Paul Hagen aus der Bewegung Neu Beginnen.<sup>59</sup> In Marseille kam es zur Zusammenarbeit zwischen Varian Fry, dem Beauftragten des ERC, und Frank Bohn. Dieser war von der AFL entsandt worden war, um bei der Flucht führender, von der SOPADE benannter Sozialisten zu helfen. Finanziert wurde Bohns Mission aber vom JLC. Die Netzwerke von ERC und JLC arbeiteten also zusammen, um die größtmögliche Zahl von Menschen zu retten, die in Südfrankreich gestrandet waren.

#### Polen

Seit Mitte der 1930er-Jahre bot die sich fortgesetzt verschlechternde Lage der jüdischen Menschen in Polen bei den Mitgliedern des JLC Anlass zu ständiger Sorge. Die Mehrzahl seiner Führer (Vladeck, Dubinsky, Schlossberg) bereiste Polen in den 1930er-Jahren mehrfach und unterhielt enge Kontakte zur Welt der jüdischen Arbeiter. Im Hinblick auf die verfolgten polnischen Juden intervenierten sie 1936, allerdings ergebnislos, beim US-Außenministerium, um eine Erleichterung bei den Einwanderungsgesetzen zu bewirken.<sup>60</sup>

Mit der Besetzung Polens durch die Naziarmee und die sowjetische Armee im September 1939 nahm das Schicksal des polnischen Volkes im Allgemeinen und der Juden im Besonderen eine tragische Wendung. In der Sitzung des JLC am 7. September 1939 berichteten drei Delegierte des polnischen Bund, die seit 1938 in die Vereinigten Staaten gekommen waren, Jacob Pat,<sup>61</sup> Emanuel Nowogrodsky<sup>62</sup> und Benjamin Tabaschinsky,<sup>63</sup> über die polnische Situation. Der Krieg, so

<sup>59</sup> Siehe Varian Fry: Surrender on Demand, New York 1945 (Reprint Boulder 1997), S.11. In seinem Vorwort zu dem Buch, das – neben anderen – Paul Hagen gewidmet ist, schrieb Fry: "Vor allem war es ein Gefühl der Sympathie für die deutsche und die österreichische sozialistische Partei, das mich im Sommer 1940 veranlasste, nach Frankreich zu gehen, eine Sympathie, die aus einer langen Vertrautheit mit ihren Prinzipien und ihrer Arbeit geboren wurde." (Ebenda, S.xiii. Siehe auch Karen J. Greenberg (Hrsg.): Varian Fry Papers, vol 5. Archives of the Holocaust, New York 1990).

<sup>60</sup> Siehe Vladeck and AFL president William Green's meeting with Cordell Hull, April 13 1936, Vladeck to Schlossberg, ACWA Records, 5619, B. 140, F.4.

<sup>61</sup> Pat wurde 1890 in Białystok (Russland) geboren, wurde 1905 Mitglied der Poale Zion, dann des Bund, lebte 1921-1938 in Warschau; Sekretär eines Netzwerkes von jiddischen Schulen (1921-1929), emigrierte 1938 in die USA und war als Geschäftsführer des JLC eng mit der Hilfe für Polen verbunden.

<sup>62</sup> Nowogrodsky, Repräsentant des polnischen Bund in New York, wurde nicht Mitglied des JLC. Er stritt mit Jacob Pat darüber, dass nur bundistische Führer, nicht aber ihre Familien, die erforderlichen Visa erhalten sollten. Siehe Blatman, Votre Liberté, S.46-48, 57-59.

<sup>63</sup> Tabaschinsky wurde in Białystok geboren, erhielt eine religiöse jüdische Erziehung, Bundist seit dem Alter von 16 Jahren. Einer der Gründer des Systems von jiddischen Schulen in Polen und Vorsitzender des jiddischen Schulrates in Białystok. Er war in den USA, als Polen überfallen wurde, wurde Spendensammler für die Rettungsoperationen des

erklärten sie, habe "3,5 Millionen Juden wortwörtlich in eine Hölle gebracht". Sie forderten eine Neuorientierung der laufenden Hilfsoperationen, "Wir können nicht zulassen, dass die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aktivitäten der jüdischen Massen gestoppt werden. Wir müssen unsere Hilfe [von] Amerika [aus] so organisieren, dass diese Aktivitäten gestärkt und sogar ausgeweitet werden." Als Antwort stoppte das JLC seine Hilfsaktionen und beschloss auf seiner Konferenz am 9. November, eine "Halbmillionen-Dollar-Kampagne" zu starten. Zusätzlich übernahm das ILC ausdrücklich die Verantwortung für die Rettung der intellektuellen Führerschaft der polnischen Arbeiterbewegung. Der Vorsitzende des JLC, Adolph Held, erklärte, dass er "Informationen über eine große Zahl von Führern der Arbeiterbewegung in Polen" erhalten habe, die "mit ihren Familien in Warschau und anderen Städten im von den Nazis besetzten Teil Polens geblieben" waren. Das ILC, das eine Liste mit ihren Namen und Adressen hatte, schlug vor, ihre Auswanderung aus Polen zu organisieren.<sup>64</sup> Es bot an, Dringlichkeitsvisa für die Einreise dieser Personen nach England oder die Vereinigten Staaten zu bezahlen. Viele der Bundisten hatten dann, im Oktober 1939, schon Litauen erreicht, so dass im Rahmen dieses Visaplans die Evakuierung von 80 Personen - Mitgliedern des Bund oder Lehrern an jüdischen Schulen, Journalisten und ihren Familien - schließlich später von Litauen aus stattfand. Auf jeden Fall ging die Fluchtrichtung in dieser Zeit nicht westwärts, sondern ostwärts, durch die Sowjetunion und Japan zur US-Westkiiste.

## Fazit

Die Rettungsaktionen selbst, die im Juni 1940 begannen, als Frankreich von der deutschen Armee und Litauen von der Sowjetunion besetzt wurde, können hier nicht im Detail beschrieben werden.<sup>65</sup> Sie waren das positive Ergebnis der Anstrengungen, die das JLC unternommen hatte, um die Spur der Flüchtlinge auf ihrem Elendsweg durch Europa zu verfolgen. Die Wirksamkeit der Rettungsaktionen, durch die zwischen Juli 1940 und Juli 1941 etwa 544 Flüchtlinge nach Amerika kamen, hatte ihre Grundlage in den Netzwerken, die das JLC seit den frühen 1930er-Jahren unterhielt, um die Betroffenen zu unterstützen und namhaft zu machen. Der Kreis der Personen, die vom JLC Hilfe erhielten, reichte von der ursprünglichen politischen Familie der polnischen Bundisten bis hin zu den Führern aller nationalen Gruppen der sozial-

JLC (siehe Papers of the JLC, S.404f.).

<sup>64</sup> Siehe JLC Records, Minutes of Executive Committee, Sept 7 1939. Das Polnische Rettungskomitee (Polish Relief Committee), das unabhängig vom JLC Geld gesammelt hatte, wurde nun ein Teil des JLC. Seine Führer, J. Pat und B. Tabaschinsky, wurden Führungsmitglieder des JLC (siehe Minutes of Executive Committee, Nov. 8, 1939, JLC Records, B.1, F.3).

<sup>65</sup> Dieser Punkt ist ausführlicher dargestellt in Collomp, Jewish Labor Committee, American Labor, S.112-133; Dies.; I nostri, S.66-83; Collomp/Bruno, Le Jewish Labor Committee, S.211-247.

demokratischen Bewegung, sei es der offiziellen oder einer abweichenden Linie, sei es von Parteien oder Arbeiterorganisationen, einschließlich der internationalen Organisationen SAI und IGB. Indem das JLC diese auf amerikanischen Boden, trug es zum Überleben Hunderter Menschen bei. Es half ihre Institutionen zu erhalten, indem es finanzielle Mittel und ideologische Unterstützung gewährte und Geld an die Flüchtlinge sandte, die in Frankreich, England, Casablanca, Lissabon, Mexiko, Kuba oder Shanghai gestrandet waren. Diese ununterbrochene transatlantische Solidarität basierte auf dem Beitrag Hunderttausender Menschen in den Vereinigten Staaten, Mitgliedern der Gewerkschaften und des Arbeiterzirkel, die das ILC bildeten. Gegenseitige Hilfe – ein typisches Merkmal der amerikanischen organisierten Arbeiter – war besonders gut unter den jüdischen Vereinigungen und Hilfsvereinen organisiert. Bei diesem Unternehmen stieß das JLC die AFL aus ihrer klassischen Isolierung und Pseudoneutralität heraus und beförderte deren erneute Mitgliedschaft im IGB.66 Jedoch befand sich das Jüdische Arbeiterkomitee im schmalen politischen Spektrum der AFL auf einer sehr weit linken Position. Die Amerikanische Föderation der Arbeit hätte niemals von sich heraus zugunsten der europäischen Sozialisten gehandelt.

Das JLC, das die Forderungen der verschiedenen politischen Gruppen nach Hilfe entgegennahm, reflektierte kaleidoskopartig die ganze Breite der europäischen politischen Organisationen. Die Grenzen seiner Hilfe waren auf der einen Seite von der Unmöglichkeit gezogen, die Regeln der Einwanderungsgesetze der USA zu verändern, die Flüchtlingen die Einreise nur auf einer individuellen Basis und zudem auf der Grundlage von Zertifikaten erlaubten, und das auch nur in einer kurzen Zeitspanne 1940/41, bevor die USA selbst in den Krieg eintraten. Auf der anderen Seite erfolgte dies durch die Weigerung des JLC, kommunistische Positionen zu akzeptieren. Aber das sozialdemokratische Credo schloss Gruppierungen ein, die innerhalb der jeweiligen Parteien links positioniert waren, wie die Gruppe Neu Beginnen, oder die sogar außerhalb des Parteiensystems standen, wie die Mitglieder von "Giustizia e Libertà".

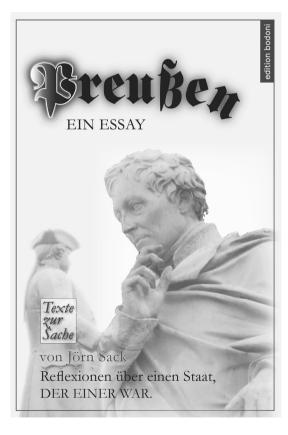
Die Solidarität des JLC entsprang hauptsächlich politischen Motiven und galt allen Opfern des Faschismus, denen es amerikanischen Visa beschaffen konnte – Juden und Nichtjuden, prominenten Arbeiterführern und weniger bekannten Aktivisten, Schriftstellern und Intellektuellen. In Marseille operierten das JLC und das ERC von Varian Fry gemeinsam zugunsten derselben Personen und überwanden dabei die Unterscheidung zwischen Künstlern und politischen Aktivisten.

Die klarsichtige Vorahnung des JLC, dass Antisemitismus und Angriffe auf die Arbeiter zwei Seiten derselben Medaille der Naziideologie waren, bestätigte sich tragisch. Von 1942 an war das JLC nicht mehr in der Lage, weitere Flüchtlinge in die USA zu bringen, deshalb richteten seine Führer die Aktivitäten nunmehr

<sup>66</sup> Die AFL nutzte sehr bald diese Einführung in die europäische Außenpolitik als Plattform, von der aus sie ihre antikommunistischen Aktionen während des Kalten Krieges unternahm.

gänzlich auf humanitäre Handlungen zugunsten der jüdischen Opfer des Krieges in Polen, der UdSSR, Ungarn und Rumänien.

Aus dem Englischen übersetzt von Ronald Friedmann



Jörn Sack

Preußen. Ein Essay.

Aus der Reihe: Texte zur Sache.

Edition Bodoni

ISBN-13: 978-929390-99-5

138 Seiten 19,80 €

## Miszelle

# Straßen, Plätze und Gedenkstätten des 18. März und der Märzgefallenen

#### Gerhard Fidorra

Die Benennung einer Straße oder eines Platzes nach einem historischen Ereignis rückt das Ereignis in die öffentliche Wahrnehmung. Die Orientierungsfunktion des Straßennamens wird so um die Erinnerungsfunktion ergänzt. Dabei wird die Auseinandersetzung mit der Frage, welches Datum auf einem Straßenschild abgebildet werden soll, oft selbst zu einem historischen Ereignis.

Neben dem Oktober ist der Monat März besonders geschichtsträchtig, denkt man an die Märzrevolution 1848, die Ausrufung der Pariser Kommune 1871, den Kapp-Putsch 1920, die Märzkämpfe 1921 in Mitteldeutschland und nicht zuletzt an die Volkskammerwahlen in der DDR 1990. Lässt man den am 8. März begangenen Internationalen Frauentag hier außer Betracht, dann bleiben der 18. März und die Märzgefallenen als Namengeber für Straßen und Plätze. Dass sich sämtliche Straßen, Plätze und Gedenkstätten im Zusammenhang mit den März-Ereignissen – abgesehen vom "Platz des 18. März" vor dem Brandenburger Tor – in der ehemaligen DDR bzw. in Ost-Berlin befinden, überrascht nur auf den ersten Blick. Grund dafür ist, dass in der DDR der 18. März für die Märzrevolution stand, während es in der (alten) Bundesrepublik vorrangig um den 18. Mai mit der Eröffnung der Nationalversammlung ging.<sup>1</sup>

#### Der 18. März als Namengeber

Dass der 18. März ein "schwieriges" Datum ist, ist all denen in guter Erinnerung, die die Benennung des "Platzes des 18. März" vor dem Brandenburger Tor in Berlin aktiv betrieben oder mit Sympathie verfolgt und unterstützt haben. Der Berliner Senat lehnte die Fixierung auf den 18. März 1848 ab und benannte zum 150. Jahrestag der Revolution im Jahr 1998 eine unscheinbare Fläche vor dem Maxim-Gorki-Theater kurzerhand in "Platz der Märzrevolution". Im Jahre 2000 stimmte der Senat der Benennung des Platzes vor dem Brandenburger Tor dann doch zu, weil die Initiatoren auf die Jahreszahl 1848 im Platznamen verzichteten. Durch diesen "Trick" wird auch der 18. März 1990 erfasst – der Tag der ersten freien Volkskammerwahlen in der DDR. Nach Ansicht des damaligen Bundes-

<sup>1</sup> Zu den "Gegensätzlichkeiten in der 1848er Erinnerungskultur" siehe Walter Schmidt: Die Revolution 1848/49 in einer sich wandelnden Geschichtskultur. Vortrag für einen "Akademischen Abend" der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 18. Mai 2000, Manuskript, insb. S.12ff.

Gerhard Fidorra 125

tagspräsidenten Wolfgang Thierse seien die Ereignisse von 1848 und 1990 historisch und politisch als "Beginn und die Vollendung des Freiheits- und Demokratiestrebens der Deutschen" aufeinander beziehbar.<sup>2</sup> Walter Schmidt merkt dazu an, dass gegen eine derartige Interpretation nichts einzuwenden sei. Demokraten und Internationalisten könnten damit leben, weil es noch einen dritten denkwürdigen 18. März in der Geschichte gebe, den 18. März 1871, den Tag der Ausrufung der Pariser Kommune.<sup>3</sup>

Diese Erweiterung des Blickfeldes führt nach *Gotha*, die frühzeitig politisch geprägte Industriestadt in Thüringen. Hier gibt es die "18.-März-Straße". Unabhängig von der Frage, ob es sich dabei um die "Achtzehnte (oder Achtzehnter) März-Straße" (möglicherweise auch "18ter März-Straße") handelt – auf den Straßenschildern heißt es außerdem noch unterschiedlich "18.-März-Straße" und "18. März-Straße" –, ist zunächst nur klar, dass die mit Wohnhäusern aus der Gründerzeit bebaute Straße im Zentrum der Stadt ihren Namen im März 1946 erhielt. In Anpassung an die geänderten politischen Verhältnisse wurden damals insgesamt 44 Straßen in Gotha umbenannt. Die offizielle Begründung der Wahl des Namens ist nicht endgültig geklärt.

Das Adressbuch der Stadt Gotha aus dem Jahre 1949 enthält zu der "18.-März-Straße" den folgenden Eintrag: "Am 18. März 1871 erhob sich in Paris die Arbeiterschaft (Kommune) gegen die reaktionäre Nationalversammlung". Dementsprechend ging man davon aus, dass die Straßenbenennung zur Erinnerung an den Aufstand der Pariser Kommune am 18. März 1871 erfolgte. Allerdings liegen keine Erkenntnisse über eine besondere Verbindung zwischen Gotha und den Ereignissen in Paris vor. Trotz der großen historischen Bedeutung, die die DDR dem Aufstand der Pariser Kommune beilegte, spricht gegen diese Deutung auch, dass es bis 1991 in direkter Nachbarschaft zur "18.-März-Straße" die "Straße der Pariser Kommune" gab. Diese Straße hatte aber ihren Namen erst 1971 zum hundertsten Jahrestag des Aufstands erhalten. Wenn es eindeutig gewesen wäre, dass die Benennung der "18.-März-Straße" im Jahr 1946 an die Pariser Kommune erinnern sollte, dann hätte der Stadtrat 1971 wohl nicht zusätzlich die "Cosmarstraße" in "Straße der Pariser Kommune" umbenannt.

Die zweite Auslegung geht dahin, die Ereignisse im Verlauf des Kapp-Putsches seien der Auslöser für die Benennung der "18.-März-Straße" gewesen. Im März 1920 war es in Gotha zu schweren Kämpfen zwischen Reichswehrsoldaten, Sturmkompanie und Einwohnerwehren auf der einen sowie Arbeiterwehren auf der anderen Seite gekommen. Höhepunkte dieser Auseinandersetzungen waren Zusammenstöße und Kämpfe in der Zeit vom 17. bis 19. März, die unter anderem bei den Kasernen in der heutigen "18.-März-Straße" und in unmittelbarer

<sup>2</sup> Tagesspiegel, 12.3.2000, S. 17.

<sup>3</sup> Siehe Schmidt, Die Revolution, S. 6.

Nähe stattfanden. Vor diesem Hintergrund erscheint es plausibel, dass die Benennung der "18.-März-Straße" an diese Ereignisse erinnern soll.

Eine dritte Variante schließlich leitet die Namenwahl für die "18.-März-Straße" aus der Märzrevolution 1848 ab. Für diese Version spricht, dass 1946 neben der "18.-März-Straße" auch die "Robert-Blum-Straße" und der "Trützschlerplatz" ihre Namen erhielten. Die "18.-März-Straße" mündet in den "Trützschlerplatz", die "Robert-Blum-Straße" liegt unmittelbar daneben. Der in Gotha geborene Wilhelm Adolf von Trützschler war ebenso wie Robert Blum Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung, beide wurden standrechtlich erschossen. Wegen dieser Verbindungen soll nur die Märzrevolution 1848 für die Benennung der Straße in Frage kommen.<sup>4</sup>

Schließlich wird in Gotha – ebenso wie in Berlin – der Bogen zum 18. März 1990 geschlagen. Inoffiziell hieß es hierzu, die "18.-März-Straße" habe nur im Hinblick auf diese Deutungsmöglichkeit die "Wende" des Jahres 1989/90 ohne Änderung überstanden.

Wesentlich übersichtlicher als in Gotha ist die Situation in Schwarzenberg, der Stadt im westlichen Erzgebirge, die weit über das regionale Umfeld hinaus dadurch bekannt wurde, dass der damalige Landkreis in den Monaten Mai und Juni 1945 eine "unbesetzte Zone" war, weil weder die amerikanischen noch die sowjetischen Truppen in das Gebiet vordrangen. Da die Gründe für diesen ungewöhnlichen Vorgang bis heute nicht klar sind, hat sich ein "Schwarzenberg-Mythos" gebildet mit Legenden von einer "Freien Republik Schwarzenberg" oder dem Beginn eines freiheitlich-demokratischen Sozialismus.

Die Benennung der "Straße des 18. März" war Teil umfangreicher Maßnahmen, die 1948 zum hundertsten Jahrestag der Revolution in Schwarzenberg durchgeführt wurden. Den Antrag auf die Benennung der Straße hatte der "Ortsausschuß für Einheit und gerechten Frieden" eingereicht. Zur Begründung wurde lapidar darauf hingewiesen, dass die Benennung der Straße "in Erinnerung an die Revolution von 1848 und den harten Kampf um die Einheit Deutschlands" erfolgen sollte.<sup>5</sup>

Nicht bekannt sind die Gründe, die zu der Benennung der "Straße des 18. März" in Langenleuba-Niederhain, einem kleinen Ort in Thüringen an der Landesgrenze zu Sachsen, geführt haben. Das Einwohnerbuch von 1948 weist für Langenleuba-Niederhain unter anderem die "Straße des 18. März" aus. Der damalige Ortschronist hatte Ende 1946 vorgeschlagen, zum Zwecke der übersichtlichen Gliederung des Ortes eine Benennung der Straßen vorzunehmen. Von den 22 vorgeschlagenen Straßennamen übernahm der Gemeinderat 17, fünf Straßen erhielten abweichende Bezeichnungen. Da der Ortschronist ein "unpolitischer Mensch"

5 Niederschrift über die 13. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung am 12. März 1948.

<sup>4</sup> Stadtgeschichte und Altstadterhaltung Gotha e.V.: Schreiben an den Verfasser vom 29. Dezember 2006.

Gerhard Fidorra 127

gewesen sei, gehen die Familienangehörigen davon aus, dass der Vorschlag, die zentrale Straße des Ortes nach dem 18. März zu benennen, nicht von ihm gestammt habe. Wegen der zeitlichen Nähe zum hundertsten Jahrestag der Märzrevolution 1848/49 ist letztlich zu vermuten, dass der Straßenname an dieses Ereignis erinnern soll.

#### Märzgefallene als Namengeber

Der Begriff der Märzgefallenen ist vielfältig. Ein Blick in verschiedene Nachschlagewerke zeigt Folgendes: Der Brockhaus ordnet den Begriff der Märzgefallenen der Revolution 1848 zu, bei gleichzeitiger Einengung auf die Opfer der Barrikadenkämpfe am 18./19. März 1848 in Berlin.<sup>6</sup> In einer vorherigen Auflage wurde zusätzlich erwähnt, dass in der nationalsozialistischen Zeit Personen, die nach den Reichtagswahlen vom 5. März 1933 (aus opportunistischen Gründen) der NSDAP beitraten, spöttisch Märzgefallene genannt wurden.<sup>7</sup> Meyers Lexikon erweitert den Begriff um die in der Wiener Revolution am 13. März 1848 Gefallenen und um die Demonstranten, die am 4. März 1919 in verschiedenen "sudetendeutschen" Städten getötet wurden, als sie bei Großkundgebungen für das Selbstbestimmungsrecht eintraten.<sup>8</sup> Meyers Neues Lexikon, das für die Beurteilung aus DDR-Sicht herangezogen wurde, enthält das Stichwort "Märzgefallene" nicht.9 Andererseits werden, ohne in den gängigen Nachschlagewerken aufgeführt zu sein, auch die in den Kämpfen während des Kapp-Putsches 1920 sowie die in den Märzkämpfen 1921 in Mitteldeutschland Getöteten als Märzgefallene bezeichnet.

Die unterschiedlichen Deutungen schlagen sich im Straßennamenbild wie folgt nieder:

In der im Spreewald gelegenen Stadt *Liibben* gibt es den "Platz der Märzgefallenen". Dieser Platz, dessen herausgehobene Position sich darin zeigt, dass er in der Zeit von 1933 bis 1945 "Adolf-Hitler Platz" hieß, erhielt seinen Namen 1948. Anlässlich des hundertsten Jahrestages der Märzrevolution wurde ein Denkmal zu Ehren der Märzopfer eingeweiht: ein schmuckloser, wuchtiger Block mit einer aufgesetzten Flammenschale und der lakonischen Inschrift "Den Märzgefallenen 1848". An der Benennung des Platzes und der Einweihung des Denkmals wirkte der sowjetische Stadt- und Kreiskommandant und spätere Ehrenbürger der Stadt Lübben Nikolai Charlamow maßgeblich mit. Der Anstoß zur Ehrung der Märzgefallenen durch die Benennung des Platzes und die Errichtung des Denkmals war von den Liberaldemokraten und der SED gekommen. Wie bereits bei der Einweihung des Denkmals 1948 legten sowjetische Offiziere

<sup>6</sup> Brockhaus, 21. Auflage 2006, Bd. 17, S.777.

<sup>7</sup> Brockhaus, 19. Auflage 1986, Bd. 14, S.268.

<sup>8</sup> Meyers Lexikon, 8. Auflage 1939, 7. Bd., Sp.1074.

<sup>9</sup> Meyers Neues Lexikon, 2. Auflage 1974, Bd. 9, hier nur die Stichworte Märzkämpfe und Märzrevolution.

auch bei der Gedenkveranstaltung 1988 am Ehrenmal Kränze nieder. Die Märzkämpfer wurden als "Vorkämpfer für die Sache des Volkes" gewürdigt. In jener Zeit sei Vorarbeit geleistet worden "für ein Bündnis der werktätigen Klassen und Schichten, die ihr Geschick in die eigenen Hände nahmen, um für das Glück des Volkes zu kämpfen".<sup>10</sup>

Auch in *Tunzenhausen*, einer Gemeinde mit etwa 500 Einwohnern nördlich von Erfurt, gibt es einen "Platz der Märzgefallenen". Dieser Platz und die Gedenkstätte am Ortseingang erinnern allerdings nicht an die Opfer der Märzrevolution, sondern an neun Arbeiter, die nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches am 24. März 1920 von einer Reichswehreinheit, die von Gotha nach Sömmerda unterwegs war, ermordet wurden. Die Männer fielen also nicht bei bewaffneten Auseinandersetzungen, der Gutsbesitzer von Tunzenhausen hatte sie als Kommunisten denunziert.<sup>11</sup>

Das Geschehen in Tunzenhausen erhielt frühzeitig einen großen symbolischen Rahmen. Im Oktober 1921 errichtete man auf dem Dorffriedhof einen monumentalen Grabstein zu Ehren der "gefallenen Kämpfer". Da das Grabmal in der NS-Zeit beseitigt worden war, wurde 1959 eine neue Gedenkstätte geschaffen: ein klotziger Block in Form einer gesenkten Fahne. Während der Gedenkstein von 1921 die getöteten Arbeiter noch als "unsere braven Genossen" bezeichnete, hieß es nun auf der Gedenktafel, dass sie "von der Konterrevolution feige ermordet" wurden. Zugleich wurde "Ruhm und Ehre allen Vorkämpfern für Frieden und Sozialismus" bezeugt. Die Einweihung der Gedenkstätte erfolgte am 7. Oktober 1959, dem zehnten Jahrestag der Gründung der DDR. So unterstrich die Wahl dieses Termins den größeren Zusammenhang über die lokalen Ereignisse hinaus. Wie in Lübben wurden die Getöteten als "unsere großen Vorkämpfer" bezeichnet, die ihr Leben für ein demokratisches Deutschland gegeben hatten.<sup>12</sup> Im Sinne des Versprechens, "ihr begonnenes Werk zu vollenden", fanden in der DDR-Zeit jährliche Gedenkfeiern zu Ehren der Opfer statt. Teil drei der Totenehrung und Traditionspflege in Tunzenhausen folgte 1983 mit der Benennung des "Platzes der Märzgefallenen". Ausgangspunkt hierfür war keine politisch-ideologische, sondern eine pragmatische Frage. Da von den Fahrern der medizinischen Hilfe und von anderen Bürgern Eingaben und Beschwerden kamen, mussten die Hausnummern im Ort neu vergeben werden. Bei dieser Neuordnung wurde neben einem Teilstück der Hauptstraße auch das ehemalige Pfarrhaus, vor dem im März 1920 einer der neun Arbeiter getötet worden war, in den "Platz der Märzgefallenen" einbezogen. Teil des "Platzes der

11 Siehe Rolf Carl u. a.: Sömmerda: Einblicke in die Geschichte einer Thüringer Kreisstadt, Erfurt 2001, S.101.

<sup>10</sup> Lausitzer Rundschau, 22.3.1988, sowie Der Morgen, 24.3.1988.

<sup>12</sup> Siehe dazu Vorwärts und nicht vergessen. Denkschrift, herausgegeben von der Kreiskommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Sömmerda, 1959.

Gerhard Fidorra 129

Märzgefallenen" wurde auch das ehemalige Rittergut mit Verwaltungsgebäuden, Scheunen und dem Haupthaus. Der Kreis des Gedenkens schließt sich im Frühjahr 2007 auf dem Friedhof in Tunzenhausen, auf dem die Märzgefallenen ihre "Ruhestätte" fanden. Ein riesiger unbehauener Felsblock trägt eine Metallplatte mit den Namen der neun Männer.

In Leuna-Kröllwitz im südlichen Sachsen-Anhalt gibt es den "Weg der Märzgefallenen". Die Geschichte dieses Weges ist nur verständlich vor dem Hintergrund der Bedeutung der Leuna-Werke. Diese waren aus dem 1917 von der BASF gegründeten Ammoniakwerk hervorgegangen und mit rund 30.000 Beschäftigten das größte Chemiekombinat der DDR. Für die DDR-Geschichtsschreibung waren die Leuna-Werke ein "historisch bedeutendes Zentrum der revolutionären Arbeiterklasse". Das habe sich vor allem in den Märzkämpfen 1921 gezeigt; heute finde "der Kampf der Leunaarbeiter seine Fortsetzung in vorbildlichen Leistungen beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft".<sup>13</sup>

Dieser Rahmen passt zu der hervorgehobenen Position, die die Gedenkstätte in Leuna-Kröllwitz in der Vergangenheit innehatte. Es begann am 20. März 1927 damit, dass kein Geringerer als der inzwischen zum Vorsitzenden der KPD aufgestiegene Ernst Thälmann dem Gedenkstein "die revolutionäre Weihe" gab. 1954 als Ehrenmal geweiht, stand 1961 die komplette Umgestaltung der Gedenkstätte an. Die getöteten Leuna-Arbeiter wurden zu "Vorkämpfern des Sozialismus", denen man "eine würdige Ehrenstätte" schulde. In der Folge kam es dort unter Beteiligung hochrangiger Vertreter der Partei- und Staatsführung zu regelmäßigen Kranzniederlegungen und Kundgebungen. Kampfgruppen als die "legitimen Erben der Märzkämpfer" veranstalteten Aufmärsche und Appelle. Bei der Gedenkfeier 1988 bekräftigten die Werktätigen des Leuna-Kombinates, Angehörige der Kampfgruppen, Partei- und Arbeiterveteranen sowie antifaschistische Widerstandskämpfer ihre Bereitschaft, "mit hohen Arbeitsleistungen das Werk der revolutionären Vorkämpfer fortzusetzen, Sozialismus und Frieden zu stärken". 14

In den neunziger Jahren wurde die Gedenkstätte der Märzgefallenen massiv "zurückgebaut", heute besteht sie nur noch aus dem massigen, von einem Holzzaun umschlossenen schwarzen Stein, der die Inschrift trägt: "Den gefallenen Leuna-Kämpfern zum Gedenken. Den Lebenden zur Mahnung." Der obere Teil zeigt eine geballte Faust, der untere die Jahreszahlen 1921 und 1927 mit dem Sowjetstern und der Losung "Durch Kampf zum Sieg." Eine Platte vor dem Stein nennt die neun Opfer ("in ehrendem Gedenken an die im März 1921 gemeuchelten Leuna-Arbeiter"; zwei "Leuna-Kämpfer" sind unbekannt).

In einem auffälligen Gegensatz zu der "großen" Vergangenheit der Leuna-Werke und der Gedenkstätte steht der Vorgang der Benennung des "Weges der März-

<sup>13</sup> Meyers Neues Lexikon, 2. Auflage, Leipzig 1974, Bd. 8 [Stichwort Leuna-Werke "Walter Ulbricht", VEB].

<sup>14</sup> Neues Deutschland, 22.3.1988.

gefallenen". Das Gelände hieß von jeher "Gänseanger". Der "Weg der Märzgefallenen" erhielt seinen Namen 1981 anlässlich des 60. Jahrestages der Märzkämpfe. Das wurde offensichtlich ohne besonderen Beschluss des Stadtrates Leuna von der Kreisleitung der SED des VEB Leuna-Werke festgelegt. Nach einer profanen Version steht die Namengebung im Zusammenhang damit, dass für das auf dem vorderen Teil des Weges errichtete Einfamilienhaus nach dessen Fertigstellung eine Postanschrift gebraucht wurde. 16

#### Friedhof der Märzgefallenen und Gedenkstätten für die Märzgefallenen

Während auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Volkspark Friedrichshain in Berlin neben den Berliner Opfern der Barrikadenkämpfe von 1848 auch Opfer der Novemberrevolution 1918 beerdigt wurden, werden in Weimar und Gera Opfer des Kapp-Putsches geehrt. Diese beiden Gedenkstätten seien hier abschließend stellvertretend für weitere gleichartige Gedenkstätten erwähnt.

Auf dem Hauptfriedhof in *Weimar* steht das von Walter Gropius, dem damaligen Direktor des Bauhauses und Architekten, stammende Denkmal für die Märzgefallenen. Das Denkmal, am 1. Mai 1922 eingeweiht, ist eine stark abstrahierte, expressionistische Betonplastik, deren gesplitterte und scharfkantige Formen an geologische Verwerfungen erinnern. Geehrt werden neun am 15. März 1920 in Weimar getötete Arbeiter. Auf dem Sockel findet sich die lapidare Inschrift: "Den Märzgefallenen 1920".

Die Gedenkstätte zu Ehren der Märzgefallenen auf dem Südfriedhof in *Gera* wurde von dem Dresdner Bildhauer Selmar Werner entworfen und am 5. Mai 1920 eingeweiht. Die Anlage besteht aus einem lang gestreckten, von Steinarkaden flankierten Rechteck mit 14 an den Längsseiten aufgereihten Grabplatten und einer Figurengruppe aus drei Erwachsenen und zwei Kindern an der Kopfseite. Der Aufsatz über der Figurengruppe trägt die in der Nazi-Zeit geänderte, nach 1945 erneuerte Inschrift: "Zum ehrenden Andenken an die in den Märztagen des Jahres 1920 gefallenen mutigen und opferfreudigen Kämpfer um die Freiheit des arbeitenden Volkes. Viel ist ein Leben, doch Ihr gabt es hin."

16 So der Eigentümer des Hauses gegenüber dem Verfasser am 9. Oktober 2006. Die Benennung des Weges sei "keine offizielle Aktion" gewesen.

\_

<sup>15</sup> Laut telefonischer Auskunft des Stadtarchivs Leuna am 27. Januar 2006. In den im Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt in Merseburg gelagerten Archivbeständen der VEB Leuna-Werke und der Bezirksleitung der SED Halle finden sich keine Hinweise auf den "Weg der Märzgefallenen". Schreiben vom 7. April 2005.

# Biografisches

## Clara Zetkin und David Rjazanov auf den Spuren von Karl Marx<sup>1</sup>

#### Rolf Hecker

Uns allen ist das berühmte Foto vom Züricher Kongress der II. Internationale vom 12. August 1893 in Erinnerung, auf dem Clara Zetkin neben Friedrich Engels in einem Gartenlokal sitzt, gemeinsam mit den Familien Bebel und Bernstein. Engels traf gerade an diesem letzten Tag des Kongresses in Zürich ein und war über die Zusammenkunft hocherfreut. An Laura Lafargue schrieb er wenige Tage später über Clara Zetkin, dass sie eine "ungeheure Schaffenskraft" und eine "leicht hysterische Begeisterung" besitze, "aber [er] sie sehr gern" habe.<sup>2</sup>



Clara Zetkin mit Friedrich Engels und den Familien Bebel und Bernstein 1983 in Zürich. Foto: RGASPI, f. 528, op. 1, d. 428

<sup>1</sup> Bearbeiteter und durch den Brief von Clara Zetkin an David Rjazanov ergänzter Vortrag auf dem Kolloquium "Clara Zetkin in ihrer Zeit", veranstaltet vom Förderverein zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin aus Anlass des 150. Geburtstages von Clara Zetkin am 6. Juli 2007 in Berlin.

<sup>2</sup> Engels an Laura Lafargue, 21. August 1893, in: MEW, Bd. 39, S.117.

Die Bekanntschaft von Clara Zetkin mit Engels, der jüngsten Marx-Tochter Eleanor Aveling und anderen herausragenden Vertretern der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts musste dazu führen, dass sich der russische Sozialdemokrat, Historiker, leidenschaftliche Archivar und Marx-Engels-Forscher David Borisovič Rjazanov an sie wandte. Er kam zum ersten Mal mit ihr wahrscheinlich 1890 in Zürich während eines kurzen Aufenthalts in Kontakt, woran sie sich vierzig Jahre später erinnerte.<sup>3</sup> Aber erst während Rjazanovs zweiter Emigration im deutschsprachigen Raum von 1907 bis 1917 waren regulärere Kontakte zwischen beiden möglich, als er ebenfalls schon ein anerkanntes Mitglied der sozialdemokratischen Bewegung war. Leider sind nur wenige Dokumente überliefert, die über ihre Bezugspunkte auf Marx und das Moskauer Marx-Engels-Institut detailliert Auskunft geben können.

In die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg fiel der 30. Todestag von Marx, der für eine Vielzahl von Aktivitäten der SPD Anlass war. Während sich Clara Zetkin agitationspolitisch mit "Karl Marx und sein Lebenswerk" auf die Reise durch fünf Orte des Niederrheins begab,4 war Rjazanov schon 1911 an der Diskussion eines Editionsplanes der Werke von Marx und Engels in Wien beteiligt und beauftragt worden,5 eine zweibändige Auswahl von Marx-Engels-Schriften zur Herausgabe vorzubereiten. Mit ihr sollte erstmalig deren umfangreiche journalistische Publizistik aus den Jahren von 1852 bis 1862 erschlossen werden.<sup>6</sup> Zehn Jahre später, 1923, fasste das Orgbüro des ZK der KPR (B) den Beschluss über eine russischsprachige Marx-Engels-Werkausgabe, mit deren Herausgabe das 1922 in Moskau gegründete Marx-Engels-Institut unter Leitung von Rjazanov beauftragt wurde. Als ein Jahr später auf dem V. Weltkongress der KI über die Edition einer historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe in deutscher Sprache entschieden wurde, galt es als sicher, dass Rjazanov mit Hilfe von Korrespondenten in Deutschland und weiteren Ländern die notwendige Materialgrundlage dafür schaffen werde, insbesondere die Möglichkeit erhalten würde, im SPD-Archiv den Marx-Engels-Nachlass zu kopieren. In den neu gebildeten internationalen Institutsbeirat wurden deutscherseits Thalheimer und Clara Zetkin berufen.

Inwieweit Clara Zetkin in dieser Funktion als Beiratsmitglied an der Arbeit des Instituts Anteil nahm, konnte nicht ermittelt werden. Allerdings bestand eine große gegenseitige Wertschätzung, die sich vor allem anlässlich des 70.

<sup>3</sup> Siehe nachfolgend den Brief an Rjazanov zum 60. Geburtstag vom 13. März 1930.

<sup>4</sup> Siehe Klara Zetkin: Karl Marx und sein Lebenswerk! Vortrag gehalten anläßlich seines 30. Todestages in fünf Orten des Niederrheins. Mit einem Anhang Literatur über Marx und von Marx, Elberfeld [1913]. Neudruck, Hamburg 1983.

<sup>5</sup> Siehe Götz Langkau: Marx-Gesamtausgabe – dringendes Parteiinteresse oder dekorativer Zweck? Ein Wiener Editionsplan zum 30. Todestag, Briefe und Briefauszüge, in: International Review of Social History, Jg. XXVIII, Amsterdam 1983, S.104-142.

<sup>6</sup> Gesammelte Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels. 1852-1862. Hrsg. von D. Rjazanov, Bd. I-II, Stuttgart 1917.

Rolf Hecker 133

Geburtstages von Clara Zetkin 1927 und des 60. von Rjazanov 1930 ausdrückte. Zu Zetkins Jubiläum telegrafierte Rjazanov in den Kreml folgende Zeilen: "Der großen Erweckerin des Massenwillens der Proletarier in allen Ländern, der treuen Erbin marxistischen Geistes, der Schülerin und Freundin von Friedrich Engels sendet das Marx-Engels-Institut tiefgefühlteste Glückwünsche. Rjazanov."

1928 nahm Clara Zetkin an einigen Sitzungen der Kommunistischen Akademie teil. "Interessant und anregend" war für sie die wissenschaftliche Diskussion zwischen "Professoren der Philosophie über mechanistische und dialektische Auffassung" (gemeint ist die Debatte zwischen Skvorcov-Stepanov und Deborin)<sup>8</sup> und das Referat Rjazanovs über das Marx-Engels-Institut, in dem er den weitgehenden Abschluss der Kopierarbeiten im Archiv der deutschen Sozialdemokratie sowie das Erscheinen des ersten MEGA-Bandes und des ersten russischen Werkbandes vermelden konnte.<sup>9</sup> In dem Brief an ihren Sohn Konstantin (Kostia) vom 28. März 1928, in dem sie von diesem Ereignis berichtete, schrieb sie anerkennend: "Rjasanow ist ein großer Kämpfer und ganzer Kerl, und hat tatsächlich Erstaunliches geschaffen."<sup>10</sup>

Am 20. Februar 1929 wandte sich Rjazanov an die "hochverehrte Genossin" mit der "unlängst erörterten Frage" "Eleanors "Halbbruder' betreffend". Am 28. Januar war Frederick Demuth in London gestorben, und Karl Kautsky hatte am 2. Februar Vermutungen über die Abstammung Demuths öffentlich geäußert.<sup>11</sup>

<sup>7</sup> Telegramm, eingegangen am 5. Juli 1927, Russländisches Staatliches Archiv für Sozialund Politikgeschichte (fortan: RGASPI), f. 528, op. 1, d. 1706, Bl. 150. – Unter den deutschen Gratulanten waren der Deutsche Klub in Moskau, im Namen des Vorstandes unterzeichnet von Richard Sorge und namens der Kulturkommission von Fritz Wiest (ebenda, Bl. 2), und Heinrich Brandler, der aus Sotschi ein Telegramm in kyrillischen Buchstaben transliteriert sandte: "Wünsche lange Gesundheit und Arbeitskraft zum weiteren Kampf. Brandler" (ebenda, Bl. 192). Das Exekutivkomitee der KI sandte ein vierseitiges Glückwunschschreiben (nicht auf Kopfbogen und nicht unterschrieben, ebenda, Bl. 49-52).

<sup>8</sup> Siehe Wladislaw Hedeler: A. M. Deborin – eine biographische Skizze, in: David Borisovič Rjazanov und die erste MEGA (Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge. Sonderbd. 1), Hamburg 1997, S.219-33, bes. S.226f.

<sup>9</sup> Siehe Rolf Hecker: Erfolgreiche Kooperation: Das Frankfurter Institut für Sozialforschung und das Moskauer Marx-Engels-Institut (1924-1928), in: Erfolgreiche Kooperation: Das Frankfurter Institut für Sozialforschung und das Moskauer Marx-Engels-Institut (1924-1928) (Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge. Sonderbd. 2), Hamburg 2000, S.45, 92-99.

<sup>10</sup> RGASPI, f. 528, op. 1, d. 715.

<sup>11</sup> Karl Kautsky: Lenchen Demuth, in: Vorwärts (Berlin), 2. Februar 1929, Beilage. Er antwortete polemisch auf einen am 15. Januar 1929 in derselben Zeitung publizierten Aufsatz von Herbert Eulenberg mit dem gleichen Titel. In diesem Artikel schrieb Kautsky über Helena Demuths Sohn, hielt eine Vaterschaft von Marx für "durchaus unwahrscheinlich" und vermutete, dass "ein für die Familie uninteressanter Fremder" der Vater gewesen sei.

Hier sollen und können nicht die ganze komplizierte Geschichte und die Legenden um den unehelichen Marx-Sohn ausgebreitet werden, sondern es soll auf Clara Zetkins Erinnerungsbeitrag hingewiesen werden, den sie auf Bitte von Rjazanov verfasste und der 1994 vollständig in den "Beiträgen zur Geschichte der Arbeiterbewegung" abgedruckt wurde. Rjazanov hatte zuvor in seinem Schreiben an Zetkin darauf hingewiesen, dass er "selbstverständlich bereit [sei], jeden Vorbehalt, den Sie in Bezug auf die Verwendung Ihrer Mitteilungen machen werden, auf das strengste zu respektieren. Pericht lag dann auch – allerdings ohne eine Anweisung von Zetkin, sondern auf Geheiß von Stalin – zusammen mit weiteren Dokumenten in einem speziellen Dossier bis 1991 im Stalin-Fonds und nicht im Zetkin-Nachlass und war daher nicht zugänglich.

An Zetkins Bericht ist frappierend, wie präzise sich die damals 71-jährige an jahrzehntelang zurückliegende Erlebnisse erinnerte, sogar so konkret, dass sie die Gespräche in wörtlicher Rede wiedergeben zu können meinte. Ihre erste wichtige Aussage bestand in der Mitteilung über ihr einstiges – leider von ihr nicht datiertes – Gespräch mit Kautsky betreffs dieser "Angelegenheit". Dieses muss, dem Briefwechsel zwischen Bebel und Bernstein von 1898 zufolge, höchstwahrscheinlich danach stattgefunden haben, denn Bernsteins Fund des im Zetkin-Bericht erwähnten Marx-Briefes hätte bei dem 1898 noch nicht ganz überzeugten Bebel vermutlich alle Zweifel hinsichtlich Marx' Vaterschaft ausgeräumt.

Die zweite, sehr belangvolle Aussage betraf die Begegnung mit Frederick im Haus von Marx-Tochter Eleanor (Tussy) Anfang August 1896<sup>14</sup> und deren eindeutige Vorstellung Fredericks als ihren Halbbruder.<sup>15</sup> Drittens ist aufschlussreich, dass Zetkins moralische Verurteilung nicht der von Marx und Engels praktizierten Notlüge oder dem Seitensprung Marxens galt, sondern sie "die grobe Vernachlässigung des Kindes, das ohne Erziehung und guten Unterricht unter Fremden aufwuchs", "unverzeihlich" fand. Diese Empfindung und Haltung stimmten völlig mit jenen überein, die zuvor Eleanor Marx in den ersten Augusttagen 1895 und danach zeigte, nachdem Friedrich Engels auf seinem Sterbebett diese Tatsache eröffnet hatte.

Der 60. Geburtstag von Rjazanov war der Höhepunkt in seiner wissenschaftspolitischen Laufbahn. So war er u. a. 1929 zum Akademiemitglied gewählt und aus Anlass seines Geburtstags mit dem Rotbannerorden der UdSSR

<sup>12</sup> Heinrich Gemkow/Rolf Hecker: Unbekannte Dokumente über Marx' Sohn Frederick Demuth, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), 1994, H. 4, S.43-59, hier S.54-59.

<sup>13</sup> RGASPI, f. 558, op. 2, d. 195, Bl. 17.

<sup>14</sup> Nach dem Londoner Kongress der II. Internationale vom 27. Juli bis 1. August.

<sup>15</sup> Kapp erwähnt, dass einer ihr gemachten privaten Mitteilung zufolge Zetkin auch von Laura Lafargue über Fredericks Vater aufgeklärt worden sein soll (siehe Yvonne Kapp: Eleanor Marx. Vol. I: Family Life (1855-1883), London 1972, S.297).

Rolf Hecker 135

ausgezeichnet worden. 16 Vier Wochen vor der offiziellen Feier am 18. März 1930 (der Geburtstag war am 10. dieses Monats) wandten sich die deutschen Mitarbeiter des Instituts Karl Schmückle und Kurt Nixdorf – beide unterlagen den Stalinschen Repressalien, wurden verhaftet, zu Lagerarbeit verurteilt und letztlich 1938 bzw. 1937 erschossen - an Clara Zetkin mit der Bitte, dass sie einen Glückwunschbrief oder ein Telegramm aus diesem Anlass senden möge. Schmückle nutzte die Gelegenheit, Zetkin auf die aktuellen Arbeitsergebnisse aufmerksam zu machen: "Sie haben gesehen, daß die Marx-Engels-Ausgabe nun energische Fortschritte macht. Ich nehme an, daß Ihnen der 2. Halbband von Bd. I und der 1. Band des Marx-Engels-Briefwechsels zugesandt worden ist; in wenigen Tagen kommt der 2. Briefwechselband heraus, in wenigen Wochen Bd. II (der junge Engels, mit neuen Materialien gegenüber der G. Mayerschen Ausgabe). Bd. III und IV (Bd. IV wird die ganze "Deutsche Ideologie" bringen) schreiten rüstig voran und sollen Oktober-November erscheinen. Gemäß den letzten Besprechungen mit dem ZK der deutschen und dem ZK der russischen Partei sind wir verpflichtet, noch in diesem Jahr drei Bände der Volksausgabe herauszubringen, das "Kapital" ist zu diesem Zweck bereits in Arbeit genommen. Hoffentlich wird auch Bd. III des "Archivs" erscheinen<sup>17</sup> [...] Arbeit gibt es bei uns nun also in Fülle."18 Zetkin war sicherlich dankbar für diese Informationen Schmückles, ging aber in Ihrem Telegramm und Grußschreiben nicht auf diese Einzelheiten ein.

Das knappe Telegramm sandte Zetkin am 10. März aus dem Berliner Reichstag an Rjazanov ins Marx-Engels-Institut. Der nachfolgend erstmals vollständig abgedruckte sechsseitige maschinenschriftliche Brief Zetkins an den Jubilar vom 13. März 1930 ist mehr als eine Laudatio, er ist m. E. vor allem ihr eigenes politisches Bekenntnis zum Marxismus. Darin kommen vor allem folgende Gedanken zum Ausdruck:

- der "unverfälschte und unverkürzte" Marx muss die Grundlage des historischen Materialismus sein;
- die Diktatur des Proletariats muss auf dem wissenschaftlichen Fundament der Marxschen Lehre beruhen;

16 Siehe die Festschrift für Rjazanov: Na boevom postu [Auf dem Kampfposten], Moskva-Leningrad 1930, 654 S.; Ernst Czóbel: Rjazanov als Marxforscher (Zum 60. Geburtstag D. Rjazanovs), in: Unter dem Banner des Marxismus, IV. Jg., Wien-Berlin, Juni 1930, S.401-417; Franz Schiller: Das Marx-Engels-Institut in Moskau, in: Archiv für Geschichte des Sozialismus, hrsg. v. Carl Grünberg, Jg. XV, Leipzig 1930, S.416-435.

<sup>17</sup> Das von Rjazanov begründetete akademische "Marx-Engels-Archiv" sollte Fragen der Geschichte des Marxismus, der Herausbildung und Entwicklung der Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus behandeln und neue, bisher unbekannte Aufsätze und Manuskripte von Marx und Engels vorstellen. Es sollte in deutscher und russischer Sprache, jedoch nicht parallel und nicht mit gleichem Inhalt erscheinen. Von der deutschen Ausgabe erschienen zwei Bände (1925 und 1927), während die russische Ausgabe von 1924 bis 1930 in fünf Bänden veröffentlicht wurde.

<sup>18</sup> RGASPI, f. 528, op. 1, d. 1447, Bl. 1f.

- das Werden und Reifen des Kommunismus darf nicht damit verbunden werden, dass der theoretische Reichtum von Marx und Engels sowie der ihrer Vorläufer und Nachfolger "verloren, vergessen, entstellt und mißbraucht" werden darf;
- der Nachlass von Marx und Engels muss frei von allen "Verzerrungen und Zutaten, von allen Verfälschungen und Verwässerungen" sein;
- Persönlichkeit und Kollektiv stehen in Wechselbeziehung, die sich im Marx-Engels-Institut darin ausdrückt, dass dieses ein Kollektivwerk ist, aber zugleich das Werk Rjazanovs.

Einige Formulierungen in dem Grußschreiben entsprachen wohl nicht dem Selbstverständnis der KL und besonders Stalins:

- So formulierte Zetkin, dass "am Sockel der wissenschaftlichen Aufbauarbeit" der Name Rjazanovs stehe – das war natürlich ein Affront gegen Stalin, Lenin inbegriffen.
- Weiterhin meinte sie, dass das praktische gesellschaftliche Leben es erfordere, täglich die Lehren des historischen Materialismus zu überprüfen und nicht durch "marxistisch tönende Terminologie und enge ökonomische und politische Formeln" meistern zu wollen eine Aufforderung, die sich m. E. sowohl an das ZK der deutschen, aber auch der russischen Partei richtete.

Zetkin ließ sich also nicht beirren in dem festen Glauben an die Sieghaftigkeit des Marxismus, trat sowohl für seine Unverfälschtheit ein wie für seine praktische Anwendbarkeit, wandte sich strikt gegen Dogmatisierung und Personenkult.

Gegenüber ihrem Sohn Maxim, der als Arzt in Moskau arbeitete, und seiner Frau Emilia (Mila) brachte Clara Zetkin schon am 20. März 1930 ihre Sorge zum Ausdruck, ob Telegramm und Brief bei Rjazanov pünktlich eingetroffen seien und ihm "etwas Freude gemacht haben". Es sei ihr wegen ihres Gesundheitszustandes unmöglich gewesen, früher zu schreiben, wie sie feststellte. Und wiederum hob sie hervor: "Ich schätze nicht nur seine großen Verdienste um den historischen Materialismus, auch seinen persönlichen Wert, trotz oder vielleicht gerade wegen seiner rauhen Ecken und Kanten."<sup>19</sup> Einen Monat später hatte sie die Gewissheit erlangt, dass ihre Schreiben an Rjazanov "unterschlagen worden sind", wie sie wiederum Maxim und Emilia mitteilte. "Und das, obgleich der Brief meine alte unerschütterliche Verbundenheit mit der russischen Revolution, dem ersten Staat der proletarischen Diktatur und seinem gigantischen Aufbauwerk atmete."<sup>20</sup> Aber zugleich enthielt er, wie dargestellt, eine massive, indirekte Kritik an den innerparteilichen Auseinandersetzungen.

Am 10. November 1930 berichtete Zetkin ihrem "geehrten, lieben Genossen und Freund Rjasanow", dass zwei Briefe von Marx an Heine aufgefunden worden seien.<sup>21</sup> Darüber sei zwar Willi Münzenberg informiert worden, der die

<sup>19</sup> Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin (fortan: RLS), Archiv, Sign. 2007-XIV-2.

<sup>20</sup> Brief vom 15. April 1930. RLS, Archiv, Sign. 2007–XIV–2.

<sup>21</sup> RGASPI, f. 528, op. 1, d. 430.

Rolf Hecker 137

Erlaubnis erhielt, sie als Faksimile in der Zeitschrift "Aufbau" zu veröffentlichen, aber es sei ihr wichtig, Rjazanov selbst zu informieren, damit er geeignete Schritte unternehmen könne, um in den Besitz der Dokumente zu gelangen.<sup>22</sup> Das war die letzte Nachricht, die Rjazanov von Clara Zetkin bekam.

Am 12. Februar 1931 abends wurde Rjazanov per Telefon von Stalin in dessen Kabinett gerufen, noch in der Nacht begann die Durchsuchung des Marx-Engels-Institutes. Rjazanov wurde in der Nacht vom 15. zum 16. Februar verhaftet. Er sollte nach seiner Ausweisung nach Saratov nicht wieder an seinen Schreibtisch im Marx-Engels-Institut zurückkehren.<sup>23</sup>

Anfang der 1930er-Jahre wurde Zetkin mehrfach gedrängt, ihre Erinnerungen niederzuschreiben. Der Redaktion der Zeitschrift "Pod znamenem marksizma" ("Unter dem Banner des Marxismus"), wie wahrscheinlich auch anderen Bittstellern, erteilte sie jedoch eine Absage, da es ihr "Gesundheitszustand leider aus[schließe]".²<sup>4</sup> Daher sind die beiden längeren Briefe an Rjazanov von 1929 und 1930 bedeutende Lebenszeugnisse von Clara Zetkin, und es wäre sicher angemessen, wenn sie in biografischen Darstellungen Erwähnung finden könnten und bei Ausgaben ihrer Schriften und Briefe nicht unberücksichtigt blieben.

Clara Zetkin an David Rjazanov anlässlich seines 60. Geburtstages, 13. März 1930, Birkenwerder b. Berlin, Bahnhofsallee 14<sup>25</sup>

Teurer, hochgeschätzter Genosse und Freund Rjasanow,

mit den letzten Veröffentlichungen des Marx-Engels-Instituts in russischer und deutscher Sprache und der Ankündigung der fertig vorbereiteten Herausgabe einiger weiterer Bände haben Sie sich selbst die Feier Ihres 60. Geburtstages bereitet, die Ihrem Wesen und Wirken am würdigsten ist. Die vorliegenden Arbeiten lenken den Blick über Ihre 60 Jahre hinweg auf den Reichtum und die Bedeutung Ihres Lebenswerks für den Emanzipationskampf des Proletariats, dessen Sieg durch die Revolution die Bahn freilegt für den Kommunismus als menschheitsbefreiende Weltordnung.

Ich grüße vor allem den Begründer und Leiter des Marx-Engels-Instituts, den starken unerschütterlichen Willen, die unermüdliche arbeitsame Energie und das leidenschaftlich klopfende Herz dieser Stätte revolutionärer Wissenschaft, die nach ihrer Eigenart und ihrem Ziel ihresgleichen nicht in der Welt hat. Das Marx-Engels-Institut ist und konnte nur sein eine Schöpfung der triumphierenden proletarischen Revolution und soll der Fortentwicklung ihrer Theorie

<sup>22</sup> Näheres konnte dazu noch nicht ermittelt werden.

<sup>23</sup> Jakov Rokitjanskij: Das tragische Schicksal von David Borisovič Rjazanov, in: Marx-Engels-Forschung im historischen Spannungsfeld (Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 1993), Hamburg 1993, S.3-16.

<sup>24 28.</sup> Juni 1932. RGASPI, f. 528, op. 1, d. 411.

<sup>25</sup> RGASPI, f. 528, op. 1, d. 428 (maschinenschriftl. Original). Die Rechtschreibung wurde der damals gültigen angepasst, offensichtliche Schreibfehler korrigiert.

und Praxis dienen. Die hier geborgenen Texte der geistigen Hinterlassenschaft unserer Altmeister – unverfälscht und unverkürzt –, die großen und kleinen Manuskripte, Briefe, Notizen, Anmerkungen, die das Wachsen und Reifen, die wissenschaftliche und praktische Betätigung der Großen verfolgen lassen; die sich häufende soziale und sozialistische Literatur; die Fülle von Dokumenten aus der Arbeiterbewegung, dem proletarischen Klassenkampf; all diese Schätze sind nicht bestimmt, wohlgeordnet, klassifiziert und etikettiert feuer- und mottensicher nach Museumsart gehütet zu werden. Nein, das Marx-Engels-Institut will ein Born tätigsten geistigen, wissenschaftlichen Lebens sein, das die Lehren des historischen Materialismus immer mehr zur bewußten, tatgestaltenden Erkenntnis des revolutionären Proletariats macht, was kräftige Anregung und sichere Orientierung der Forschung und Theorie in sich begreift.

In dem Marx-Engels-Institut hat sich der erste Staat der proletarischen Diktatur ein Ehrendenkmal errichtet, das über die Länder und Zeiten glänzen wird. Es bezeugt, daß das aus Unkultur und Barbarei zu freier Menschlichkeit sich aufreckende Proletariat die Unentbehrlichkeit, den hohen Wert der Theorie, des forschenden, erklärenden und vorschauenden Gedankens für den Sozialismus erfaßt als das inspirierende und formende Prinzip einer allseitigen Neugestaltung der Gesellschaft, die die Emporentwickelung der Menschheit in höchster Kultur sichert. Es bezeugt das tiefe Bewußtsein und die großzügige Praxis internationaler Solidarität des Staates der proletarischen Diktatur. Aus der weltumspannenden Gedankenwelt der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus geboren, wurde das Marx-Engels-Institut zu Nutz und Frommen des kämpfenden Weltproletariats und nicht bloß des siegreichen, aufbauenden Proletariats der Sowjetunion geschaffen. Seinem Ursprung, seinem Charakter, seinen Aufgaben nach ist es eine Pfleg- und Werkstätte der Theorie des internationales Kommunismus. Hier sammeln sich Werke der sozialistischen Theorien, Unterstützende und Mitarbeitende des Instituts aus allen Ländern, und in allen Ländern erhält die sozialistische Theorie von hier aus starke Antriebe, aber auch wertvolle Arbeitskräfte für Klärung, Vertiefung, Weiterentwickelung.

An dem Sockel des stolzen Monuments wissenschaftlicher Aufbauarbeit des Sowjetstaats steht in unverwischbaren Zügen der Name Rjasanow. Gewiß! Wie der Bau, der den Namen eines Architekten durch die Jahrhunderte trägt, aus dem Zusammenwirken Vieler entsteht, so ist eine Schöpfung von dem Ausmaß und der Bedeutung des Marx-Engels-Instituts Kollektivsuchen, Kollektivkraft und Kollektiverfolg, sie muß Kollektivwerk sein. Wie ich Sie kenne, werden Sie teurer, verehrter Freund und Genosse der Erste sein, der all Ihren Helfern und Mitarbeitern – den bekannten und den kleinen, die im Dunkel stehen – von den Blumen und Lorbeeren reicht, die sich an Ihrem 60. Geburtstage um Sie anhäufen. Jedoch von dem platt Selbstverständlichen abgesehen ist es unbestreitbar: soweit eine Schöpfung dieser Art das Werk eines einzelnen sein kann, ist es Ihr Werk. Es ist die Verkörperung Ihres durch lange Jahre hartnäckig verfolgten Gedankens, daß für die geschichtliche Mission des Proletariats, daß für das Werden und Reifen des Kommunismus nicht verloren, vergessen, entstellt

Rolf Hecker 139

und mißbraucht werden dürfe, was Marx und Engels, was Vorläufer und Nachfahrer von ihnen an theoretischem Reichtum geschaffen haben. Aus Ihrer Initiative ist das Marx-Engels-Institut entstanden, Sie haben seinen Charakter geprägt und seine Ziele gesteckt, und Sie sind seine zentrale, starke, unermüdliche Trieb- und Arbeitskraft. Mit der Leidenschaft des Sammlers tragen Sie Urtexte, Manuskripte aus allen Ecken und Winkeln zusammen. Mit der Gewissenhaftigkeit des Gelehrten, des geschulten Marxisten sorgen Sie dafür, daß die Hinterlassenschaft der beiden Geistesriesen, die den Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft erhoben haben, frei wird von allen Verzerrungen und Zutaten, von allen Verfälschungen und Verwässerungen, mit denen theoretisierende, politisierende und moralisierende Epigönchen und Gegner die Werke der Großen und ihre Persönlichkeit geschändet haben; daß durch Anmerkungen, Erläuterungen u. a. m. die Werke und Persönlichkeiten in dem Um und Auf ihres Milieus auch von den breiten Kreisen ohne gelehrtes Fachwissen verstanden und gewürdigt werden können. Mit klarer Erkenntnis und festem Zielwillen erheben Sie das Wirken des Marx-Engels-Instituts zu einem wichtigen Machtfaktor im Ringen der Geister um die reine marxistische revolutionäre Theorie des Sozialismus. In der Niedergangsperiode des Kapitalismus, in der Ära der proletarischen Weltrevolution, die der "Rote Oktober" eingeleitet hat, ist dieses Ringen heißer, leidenschaftlicher denn je.

Der Geist von Karl Marx und Friedrich Engels, den Sie in voller Lebensfülle und Lebenskraft auf den Kampfplatz rufen, ist der unüberwindliche Feind aller pseudowissenschaftlichen Spielarten sozialistischer Theorien, rechter wie linker Observanz, reformistischer wie anarchistelnder, syndikalistischer Nuance; unerbittlich schlägt er den Austromarxismus, wie den Vulgärmarxismus und die fade Bettelsuppentheorie des Eklektizismus. Es gilt das Goethewort: "Was Du ererbt von Deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen". Als Leiter des Marx-Engels-Instituts helfen Sie dem jungen Geschlecht das überkommene kostbare Erbgut zu erhalten und zu mehren durch fruchtbare Weiterentwickelung der marxistischen Theorie, wie sie namentlich von Lenin und Rosa Luxemburg begonnen worden ist. Die Entfaltung der Theorie des historischen Materialismus gehört zu den dringlichen Geboten der geschichtlichen Stunde. Die proletarische Weltrevolution marschiert, der Kapitalismus geht in beschleunigtem Tempo seinem Ende entgegen, wenn er sich auch mit Rationalisierung und Stabilisierung die Röte der Gesundheit auf die Wangen schminkt. Der Kampf um die Eroberung der Macht unter den geschichtlich verschieden gelagerten Umständen in den einzelnen Staaten; die nationalen Freiheitsbewegungen in den Kolonial- und Halbkolonialländern, in zunehmendem Maße mit sozialen Erhebungen der Ausgebeuteten verbunden; die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, die bunte Fülle rasch wechselnder Erscheinungen in diesen drei Zeichen der Zeit stellen das sich emporringende Proletariat und seine Führung unaufhörlich vor neue vielverschlungene schwierige Probleme, für deren Lösung die Bedeutung einer klaren, zielsicheren Theorie hervortritt. Das reiche, stürmisch vorwärtsdrängende

geschichtliche Leben läßt sich weder gedanklich noch praktisch durch marxistisch tönende Terminologie und enge ökonomische und politische Formeln meistern. Es heischt täglich Überprüfung und Fortbildung der Lehren des historischen Materialismus an neuen Situationen und neuen Aufgaben. Das Forschungs- und Tätigkeitsfeld und die Verantwortlichkeit der Theorie wachsen mit jedem Sieg der Revolution, deren Dienst Ihnen Lebenserfüllung und Lebenserhöhung ist.

Ich grüße Sie in aufrichtiger Hochschätzung als sturmerprobten Revolutionär, der stets seine volle Kraft hingebungsvoll an Arbeit und Kampf gesetzt hat, seiner Überzeugung getreu, unbeirrt durch Tagesströmungen und die Gunst oder Ungunst des Augenblicks. Denn zur klaren, tiefen, theoretisch geschulten Erkenntnis und dem in ihr verwurzelten unerschütterlichen Zielwillen fügt sich bei Ihnen jene eiserne Charakterfestigkeit, die den Mut des Alleinstehens, des Ankämpfens gegen eine Vielheit verleiht. Sie hat über Ihre Lebensbahn entschieden und Ihre Persönlichkeit geformt; ohne sie wären Ihre Leistungen nicht denkbar.

Zum Schluß grüße ich aufs herzlichste den langjährigen teuren geschätzten Freund. Im Laufe von vierzig Jahren bin ich in manchen scharfen Meinungsgegensatz zu Ihnen gestanden, auch heute noch vermag ich nicht Ihre Auffassung in gewissen Einzelfragen zu teilen, zu denen Sie mit der Ihnen eigenen Entschiedenheit Stellung genommen haben. Jedoch darüber hinweg konnte ich Ihnen jederzeit als Mensch, Revolutionär und Wissenschaftler meine ungeminderte Achtung, meine volle Sympathie bewahren. Zusammen mit allen, die Sie und Ihr Wirken kennen, wünsche ich, Sie möchten der Erfüllung der vielseitigen, weittragenden Aufgaben des Marx-Engels-Instituts noch viele, viele Jahre als der "Alte" widmen, d. h. trotz ihrer 60 Jahre mit der Jugendfrische des Geistes, der Jugendkraft des Willens, dem Jugenddrang schöpferischer Aktivität. Dieser Wunsch schließt den persönlichen in sich, daß Ihre Freundschaft mir erhalten bleibt. In Gedanken drücke ich nicht bloß Ihnen freundschaftlich die Hand, sondern auch Ihrer von mir hochgeschätzten und mir teuren Frau. Ich empfinde, lieber Freund und Genosse Rjasanow, daß Ihr Ehrentag ihr Freudentag ist. Sie hat ihren Anteil an dem, was Sie sind und was Sie leisten.

In fester Verbundenheit

Clara Zetkin

# Spanien 1936 bis 1939: Drei Interbrigadisten blicken zurück

## Peter Clausing

Erik Pedersen, Jahrgang 1955, ist seit vielen Jahren Journalist beim linken dänischen "Dagbladet Arbejderen" und arbeitete im Jahr 2004 an Rundfunkporträts ehemaliger Angehöriger des dänischen Widerstandes im Zweiten Weltkrieg. In diesem Zusammenhang sprach er unter anderem mit dem damals noch lebenden Villy Fuglsang. Während des Gesprächs stellte dieser fest: "Der erste Schritt zum Zweiten Weltkrieg wurde in Spanien gemacht." Das Gespräch mit Villy Fuglsang inspirierte Erik Pedersen zu dem Projekt, anlässlich des 70. Jahrestages des Kriegsbeginns (17. Juli 2006) Veteranen des Spanischen Krieges zu interviewen, eines Krieges, der fälschlicherweise oft "Bürgerkrieg" genannt wird. Fast alle Interviewpartner betonten aber, dass es zwar anfangs ein Bürgerkrieg war, der sich jedoch schnell in einen faschistischen Angriffskrieg verwandelte, an dem Deutschland und Italien maßgeblich beteiligt waren. Hauptanliegen der Interviews war, ein Porträt der internationalen Solidarität zu zeichnen.

Seine ursprüngliche Idee, das Projekt nur zu koordinieren und die alternativen Medien am jeweiligen Ort die Interviews machen zu lassen, ließ Erik Pedersen fallen. Zur Gewährleistung der erforderlichen technischen Qualität entschied er sich, bei den Interviews seine eigene Ausrüstung zu verwenden. So ist er selbst losgefahren – nach England, Irland, Wales, Italien, Deutschland, hat seine Gesprächspartner in der Regel in deren Wohnung besucht und insgesamt zehn Interviews gemacht. Warum der Aufwand, wo es doch unzählige Bücher und Fotos zum Thema gibt? Nun, es ging darum, so viele Erinnerungen wie möglich festzuhalten. Es gibt nicht mehr viele noch lebende Veteranen, denn es sind Menschen im Alter zwischen 85 und 96 Jahren...

Aus den Interviews mit Alun Menai, Villy Fuglsang, Jack Jones, Michael O'Riordan, Julius Kurt Goldstein und Otto Plasil entstanden Reportagen, die 2006 im "Dagbladet Arbejderen" erschienen. Die Interviews waren ferner die Basis für Radioprogramme, die 2006 und 2007 in dänischen Lokalprogrammen und in Mexiko gesendet wurden. Entsprechend seinem Selbstverständnis überließ Erik Pedersen das Material kostenlos den freien, unabhängigen Radios in England, Wales, Irland und Deutschland, so dass diese, wenn sie wollten, eigene Programme gestalten konnten. Am 15. Februar 2006 erschien in der "Jungen Welt" ein Beitrag über Eriks Pedersen Tour in Deutschland, in dem auch angeboten wurde, die auf CD gebrannten Interviews für nichtkommerzielle Zwecke erhalten zu können. Auf dieses Angebot gab es immerhin 24 Anforderungen von "Junge-Welt"-Lesern in Kuba, Spanien und natürlich vor allem in Deutschland. Besonders erfreut war Erik Pedersen, dass die Interviews

in der Vorbereitung zu einer Magister-Arbeit über den Krieg in Spanien genutzt wurden.<sup>1</sup>

Das "JahrBuch" veröffentlicht Ausschnitte aus diesem Material, aus den Erinnerungen von drei der Interviewten, von denen leider nur noch einer lebt. Ihre Berichte reflektieren, wie sie nach fast sieben Jahrzehnten sich an die Ereignisse jener Zeit erinnern, sie bewerten und in ihren Lebensweg einordnen. Vorgestellt seien die drei Interbrigadisten durch kurze biographische Abrisse.

lack Iones, geboren am 29. März 1913 in Liverpool, verließ die Schule mit 14 Jahren und wurde Mechaniker-Lehrling, später Hafenarbeiter. Er diente im Britischen Bataillon der XV. Internationalen Brigade und wurde 1938 in der Schlacht am Ebro schwer verwundet. Nach seiner Rückkehr nach England wurde er Mitarbeiter der Transportarbeitergewerkschaft TGWU in Coventry und war maßgeblich daran beteiligt, die Munitionsindustrie während der schweren Bombardierungen durch Nazi-Deutschland am Laufen zu halten. In der Nachkriegszeit hatte er als Regionalsekretär der TGWU eine Schlüsselrolle bei der gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeiter der Automobilindustrie der West Midlands. Im Jahr 1968 wurde er zum Generalsekretär der TGWU gewählt und führte zusammen mit anderen Gewerkschaftsfunktionären die linke Gewerkschaftsopposition gegen die Politik der Labourregierung (1966-70) und gegen die spätere konservative Regierung an, insbesondere als letztere sich anschickte, das Streikrecht einzuschränken. Während seiner Zeit als Generalsekretär war er der Ökonomische Sprecher des Gewerkschaftskongresses und nahm an der Kampagne zum Referendum teil, durch das Großbritannien 1975 gezwungen werden sollte, aus der EWG auszutreten. Nach seiner Pensionierung war er Präsident (jetzt Ehrenpräsident) der National Pensioners Convention, einer Dachorganisation von über 1.000 lokalen, regionalen und nationalen Rentnergruppen. Er ist Präsident des International Brigade Memorial Trust. Seine Autobiographie erschien 1986.<sup>2</sup> Jack Jones lebt in Denmark Hill, südlich von London.<sup>3</sup>

Alun Menai Williams, 1913 in Gilfach Goch, Wales, geboren, siedelte nach London über und wurde dort Sanitäter bei der britischen Armee. Im Oktober 1936 nahm er an der Straßenschlacht von Cable Street gegen die Schwarzhemden von Oswald Mosley, dem Führer der Britischen Faschistenunion, teil. Im Juni 1937 gelang es ihm nach Spanien zu kommen: Er schwamm von einem torpedierten Schiff an Land. Von Albacete aus wurde er zeitweise ins Thälmann-Bataillon als Sanitäter geschickt und später ins George-Washington-Bataillon in Brunete kommandiert, wo er verwundet wurde. Danach diente er im Abraham-Lincoln-Bataillon und nahm als Angehöriger des Britischen Bataillons an der Ebro-Schlacht teil. Im Dezember 1938 kehrte er nach Großbritannien zurück

<sup>1</sup> Anna Lena Menny: Zwischen Erinnern und Verdrängen. Die Verarbeitung des Spanischen Bürgerkrieges im Film der transición (1975-1982), Magisterarbeit, Universität Hamburg, 2007.

<sup>2</sup> Jack Jones: Union Man, Harper Collins 1986, ISBN 0-00-217172-4.

<sup>3</sup> Siehe auch http://en.wikipedia.org/wiki/Jack\_Jones\_(trade\_union\_leader).

Peter Clausing 143

und diente nach dem Zweiten Weltkrieg bei der Militärpolizei. Nach dem Tod seiner Frau, Maudie Goldie, schrieb er seine Autobiographie "From the Rhonda to the Ebro", die 2004 veröffentlicht wurde. Im Jahr 2005, nach 67 Jahren, kehrte er nach Spanien zurück, um ein Denkmal für die 93 englischsprachigen Freiwilligen des Britischen Bataillons einzuweihen, die in der Schlacht am Ebro ihr Leben gelassen hatten. Die letzten drei Monate seines Lebens verbrachte er in Katalonien und starb 93-jährig am 2. Juli 2006, kurz nach seiner Rückkehr nach Großbritannien.<sup>4</sup>

Villy Fuglsang, wurde am 17. April 1909 auf der Insel Fyn bei Odense geboren. Nach dem Realschulabschluss entschied er sich, in die Fußstapfen seines Vaters zu treten, wurde Futtermeister und arbeitete in dänischen Landwirtschaftsbetrieben. Er übernahm auch die politischen Interessen seines Vaters, las die kommunistische Zeitung "Arbeiderbladet" und verfolgte die Situation der Landarbeiter und die Entwicklung in der Sowjetunion. Im Jahr 1928 wurde er Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes in Dänemark (DKU). Villy Fuglsang wurde 1934 in den DKU-Landesvorstand gewählt, und ein Jahr später begann er einen anderthalbiährigen Parteischulbesuch auf der Internationalen Leninschule in Moskau. Diesen Kurs schloss er jedoch nicht ab, denn 1936 meldete er sich als Freiwilliger für die Internationalen Brigaden in Spanien. Dort wurde er politischer Kommissar der Martin-Andersen-Nexø- Kompanie. Nach schwerer Verwundung kehrte er zurück nach Dänemark und wurde von der Kommunistischen Partei Dänemarks (KPDä) in Aalborg eingesetzt. Dort heiratete er im Oktober 1940 seine Frau Elna. Nur acht Monate später wurden die beiden unfreiwillig getrennt, als die dänische Regierung, deutschen Forderungen nachgebend, Massenverhaftungen von Kommunisten durchführte. Villy Fuglsang wurde im Lager Horserød bei Helsingør interniert. Zusammen mit jenen 149 anderen, denen die Flucht nicht gelungen war, kam er später in das KZ Stutthof bei Danzig und wurde bis zum Ende der Naziherrschaft gefangen gehalten. In der Nachkriegszeit erhielt Villy Fuglsang eine zentrale Position in der KPDä und war während dreier Perioden (1945-47, 1950-60 und 1973-78) Abgeordneter im dänischen Parlament. Einundfünfzig Jahre lang – von 1939-1990 - war er Mitglied des Zentralkomitees der KPDä und zeitweilig einer der Sekretäre. Als es nach 1989 zur Spaltung dieser Partei kam, gründete Villy Fuglsang zusammen mit dem "harten Kern" die Kommunistische Partei in Dänemark (KPiD), in der er bis zu seinem Tod dem Landesvorstand angehörte. In seinem langen politischen Leben befasste sich Villy Fuglsang vor allem mit landwirtschaftlichen Fragen, aber auch mit der innerparteilichen Bildung und der Geschichte der Arbeiterbewegung, letzteres besonders in seinen späten Jahren. Die Zeit als Freiwilliger im spanischen Krieg und seine Internierung im KZ Stutthof waren für ihn prägend. Er war ein enthaltsames, bescheidenes und hart arbeitendes Parteimitglied der alten Schule der 30er-Jahre und blieb dem

<sup>4</sup> Siehe International Brigades Memory Trust, Newsletter 14, Juni 2006 http://www.international-brigades.org.uk/IBMT%202006\_2.pdf.

Kommunismus bis zum Ende seines Lebens treu. Er verstarb am 5. September  $2005.^5$ 

#### Erinnerungen

Jack Jones, England

Ich wurde 1913 in Liverpool geboren. Mein Vater war Hafenarbeiter, meine Mutter Hausfrau. Ich hatte drei Brüder und eine Schwester, ich war der Jüngste von ihnen.

Mein Vater war Anhänger der Labour Party, meine Mutter natürlich auch. Sie waren beide sehr aktiv. Ich selbst trat schon mit fünfzehn in die Labour Party ein und half bei der Organisierung von Ortsgruppen mit. Bald war ich ehrenamtlicher Sekretär und später Labour-Abgeordneter im Stadtrat. Dort kümmerte ich mich in dieser sehr armen Stadt um bessere Wohnungen und um Jobs für die Arbeiter. Liverpool war damals bekannt für hohe Arbeitslosigkeit. Arbeitsplätze wurden abgebaut, und auch in den Docks gab es nicht viel zu tun. Ich arbeitete aktiv in meiner Gewerkschaft, der Transportarbeitergewerkschaft TGWU. Ich war Mitglied des Nationalen Hafenarbeiterkomitees, weil ich in den Docks gearbeitet habe.

Allgemein gesagt, wussten wir, was in Spanien im Hinblick auf die Gewerkschaftsbewegung geschah. In Liverpool gab es eine spanische Landsmannschaft, die aufseiten der Republik stand. Ich kannte diese Leute gut, weil sie im Gewerkschaftskomitee mitarbeiteten. Wir hatten Vertreter der spanischen Arbeiter dort, die mich informierten. Ich war fest überzeugt, dass die Spanische Republik von den deutschen und italienischen Faschisten angegriffen wurde. Wenn nicht verhindert würde, dass in Spanien die Faschisten siegten, dann bedeutete das auch für unser Land eine Gefahr. Denn wir hatten unsere eigenen faschistischen Elemente. Die Schwarzhemden unter Oswald Mosley zeigten sich in der Öffentlichkeit und strebten eine Diktatur nach dem Vorbild Mussolinis und Hitlers an.

Für mich bot sich hier eine Möglichkeit, den Faschismus zu bekämpfen. Als es darum ging, eine internationale Brigade aufzustellen, schaltete ich mich aktiv ein. Ich meinte, als junger Mann müsste ich diese Aktion unterstützen.

Ich organisierte in Liverpool ein Komitee und ein Büro, das Freiwillige für die Marine der Spanischen Republik und für die Internationalen Brigaden anwarb. Vor allem suchten wir nach erfahrenen Männern, die bereits Soldat gewesen waren oder gar in der Navy gedient hatten. In unserem Büro in Liverpool meldete sich eine beträchtliche Zahl solcher Männer. Ich meldete mich selbst für die Internationale Brigade, weil ich bereits in der Territorial Army gedient hatte und bestimmte militärische Erfahrungen als Soldat besaß, wenn auch nicht aus der regulären Armee. Ich wollte so rasch wie möglich nach Spanien. Aber man

<sup>5</sup> Siehe auch www.leksikon.org/print.php?n=5095.

ließ mich nicht gehen, und so rekrutierte ich in Liverpool weiter Freiwillige für die Internationalen Brigaden. Ich selbst brach im Juli 1938 nach Spanien auf.

Man überzeugte mich, eine Gruppe von sechs Freiwilligen zu führen. Wir nahmen zuerst die Fähre und den Zug nach Paris – das war am billigsten. In Paris fungierte ich als der Kontaktpartner für die britische Gruppe. Wir mussten uns selbstständig nach Südfrankreich durchschlagen. Dort führten uns Basken in der Nacht über die Berge nach Spanien. Für den Aufstieg brauchten wir acht Stunden und für den Abstieg noch einmal vier Stunden. Hinunter kletterten wir fast, denn es war sehr steil. Unseren Bestimmungsort wussten wir. In der Nähe der französisch-spanischen Grenze gab es einen Sammelpunkt. Dorthin gingen wir, und ich nahm Kontakt zu den Kameraden aus verschiedenen Ländern auf. Ohne große Ausbildung wurden wir sofort nach Marça in Marsch gesetzt, wo es in den Kampf gehen sollte.

Das britische Bataillon war Teil der 15. Brigade. Sie bestand aus Kämpfern aus fast allen europäischen Staaten, vor allem Italienern, Spaniern und Deutschen. Wir freundeten uns mit allen an, besonders natürlich mit denen, die Englisch sprachen, denn etwas anderes konnte keiner von uns.

Die Briten, die mit mir ankamen, waren voller Tatendrang. Einige hatten in der Navy und andere in der Armee gedient – alles erfahrene Leute.

Es war nicht leicht, Verpflegung für die Brigaden zu beschaffen. Wir verhandelten mit Bauern oder anderen, die Grundnahrungsmittel liefern konnten. Die Möglichkeiten waren aber sehr beschränkt, denn wir hatten kein Geld und konnten nicht bezahlen.

Um zur Front zu gelangen, mussten wir wieder hinauf auf die Berge. Wir sollten das Vorrücken der Faschisten aufhalten. Wir taten, was wir konnten. Vor allem hielten wir Stellungen. Wir rückten auch vor, wo das möglich war. Zumeist ging es jedoch um Verteidigung.

Die Faschisten hatten die Oberhand, denn Francos Truppen wurden von der italienischen Armee, von deutschen Technikern und Fliegern offen unterstützt. Wir lagen italienischen Truppen gegenüber.

Unsere Seite erhielt gewisse Unterstützung aus Mexiko und Russland, aber das waren im Wesentlichen Waffenlieferungen. Wir hatten Gewehre aus Mexiko, ein paar Waffen aus Russland und Frankreich. Aber wir waren schlecht bewaffnet. Offen gesagt, Ausrüstung, Verpflegung und Kleidung konnten in keiner Weise als ausreichend angesehen werden. Aber wir waren Freiwillige, kämpften für unsere Überzeugung und taten alles, um die Republik und ihre Truppen so gut wie möglich zu unterstützen.

Die Schlacht am Ebro bestand aus vielen Gefechten. Bei dem Versuch, vorzurücken und eine Höhe einzunehmen, von wo aus wir die Aktionen der faschistischen Truppen vereiteln wollten, wurde ich schwer an der Schulter verletzt. Da war ich erst vier, fünf Monate in Spanien. Es war mein zweiter Kampfeinsatz, wenn ich verschiedene kleinere Scharmützel nicht rechne. Die Franco-Truppen leisteten erbitterten Widerstand. Mit italienischer und deutscher Unterstützung handelten sie aktiv und wirksam. Mich traf eine italienische Kugel.

Ich weiß nicht, was ich damals gedacht habe. Ich habe versucht, den Kampfgeist der britischen Jungs hochzuhalten, denn ich fungierte als eine Art Kommissar der Kompanie "Major Attlee". Attlee war der Führer der Labour Party. In unserer Kompanie hatten wir Labour-Anhänger und Kommunisten. Die Kommunisten waren die größten Heißsporne, aber nicht immer die cleversten. So war die Kompanie "Major Attlee" der 15. Internationalen Brigade zusammengesetzt.

Als wir Höhe 481 zu stürmen versuchten, hatten wir keine Sanitäter dabei. Ich erlitt eine Schulterverletzung, und mein rechter Arm war völlig ausgeschaltet. Ich konnte mich kaum noch bewegen. Auch meine Waffe fand ich nicht wieder. So musste ich warten, bis es dunkel wurde und dann aus eigener Kraft versuchen, den Berg hinunterzukraxeln. Ich kam vorbei an Toten und an Verwundeten, denen es sehr schlecht ging. Unsere Einheit hatte sich von der Höhe wieder zurückziehen müssen.

Als ich unten ankam, fand ich eine Truppe, die die Verwundeten zu einem Verbandsplatz brachte. Schließlich kam ich nach Barcelona, wo ich etwa sechs Wochen im Lazarett lag. Dort waren nur wenige Briten, aber zahlreiche Deutsche und Italiener. Ich erhielt eine einfache Behandlung, bis ich wieder auf eigenen Füßen stehen konnte. Dann schloss ich mich einer Gruppe an, die nach Großbritannien zurückkehrte. Wir erreichten England mit den normalen zivilen Transportmitteln – Eisenbahn und Fähre. Im Oktober 1938 war ich wieder in London.

Ich wusste ganz allgemein, dass die Regierungen, besonders wenn es konservative waren, nichts für die Spanische Republik übrighatten und auch Angehörige der Internationalen Brigaden scheel ansahen. Sie wurden als illegal betrachtet, aber nicht strafrechtlich verfolgt.

Natürlich wurden wir zu Hause in Liverpool herzlich willkommen geheißen. Ich blieb einige Tage in London, wo ich die Rückkehr verschiedener Gruppen zu organisieren hatte. Als ich schließlich nach Liverpool kam, gab es auf der Lounch Street Station einen großen Bahnhof. Die führenden Leute der örtlichen Labour Party, der Gewerkschaften und Arbeiterräte waren da und auch meine Frau! Wir hatten eine ziemlich gute Presse.

Die republikanische Regierung [Spaniens] wurde angegriffen, besonders von Italien. Sie sah, dass Großbritannien, die USA und sogar Frankreich sich aus den politischen Auseinandersetzungen in Spanien heraushalten wollten. In dieser Atmosphäre wurden die Internationalen Brigaden fast genötigt, sich zurückzuziehen. Die spanische Regierung meinte, es sei das Beste, sie kehrten in ihre Heimatländer zurück. Ich denke, sie fügte sich in ihre Lage. Aus meiner Sicht wäre es besser gewesen, die Internationalen Brigaden wären geblieben und hätten weiterhin die Unterstützung ihrer Länder für die Regierung der Spanischen Republik gefordert. Aber die Regierung der Spanischen Republik dachte eben so. Sie rang um die Unterstützung der europäischen Regierungen, aber die bekam sie nicht! Ich hatte den Eindruck, dass es eine schwache Regierung war, deren Mitglieder die Mächte fürchteten, die sich gegen sie stellten, vor allem Italien und

Deutschland. Im Lande hatte diese Regierung starke Unterstützung, aber keinerlei Hilfe der Regierungen Großbritanniens, der USA usw. Frankreich mag etwas mehr Sympathie für sie empfunden haben, aber das reichte eben nicht.

Die Armee der Republikaner war nicht sehr stark. Wir waren Teil dieser Armee. 50 Prozent der Internationalen Brigaden waren Spanier. Auch die Befehle wurden auf Spanisch gegeben, nicht auf Englisch oder Französisch.

In den Internationalen Brigaden war das kein Problem. Die Brigaden bestanden je zur Hälfte aus Spaniern und Ausländern. Bei uns waren also Spanier, Österreicher, Briten, Amerikaner und Franzosen. Eine sehr gemischte Truppe. Wir hatten keine Anarchisten dort. Dieses Problem betraf uns nicht. Ich bin bei uns keinem italienischen Anarchisten begegnet, die paar einzelnen gehörten nicht unserer Einheit an. Zu jener Zeit wusste ich nichts von den scharfen Differenzen, die es gab. Und wenn ja, dann wären meine Sympathien wohl mehr bei den Anarchisten gewesen.

Zurück in Liverpool, nahm ich wieder Kontakt zu den Unterstützungsgruppen auf. Wir organisierten weiter Solidarität mit der Spanischen Republik. Wir taten für sie, was wir konnten. Auch als Franco schon klar die Oberhand hatte, organisierten wir weiter den Widerstand. Ich war damals Vertreter des britischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC im europäischen Gewerkschaftverband. Wir hielten Kontakt zu spanischen Flüchtlingen in Großbritannien, Deutschland und Frankreich. Es waren nicht sehr viele, die in Spanien gekämpft hatten. Vor allem kamen zahlreiche Kinder aus Spanien, um die wir uns kümmerten. Sie sind später britische Bürger geworden.

In Liverpool erläuterte ich meinen Kollegen bei den Gewerkschaften Spaniens Probleme – den Mangel an Waffen, aber auch an Verpflegung und Ausrüstung. Daher bedeutete Unterstützung für die spanische Regierung nicht nur Waffen, sondern auch Lebensmittel zu beschaffen. In Liverpool organisierten wir "Lebensmittelschiffe" für Spanien. Es kostete viel Zeit, Lebensmittel und Geld für die Spanische Republik zu sammeln. Dort herrschte eine Zeit lang beinahe Hunger, denn Franco kontrollierte die Grenzen, und es gab wenig Sympathien für die hungernden Republikaner.

Mir gelang es schließlich, bei der Gewerkschaft in Liverpool ein Büro einzurichten. In den Gewerkschaften, der Bevölkerung und den Kirchen sammelten wir beträchtliche Mengen Lebensmittel. Meine Kollegen und ich beluden damit und mit anderen Ausrüstungsgegenständen vier Schiffe, die nach Barcelona fuhren.

Wir wussten natürlich, dass die Republik an Boden verlor. Das überraschte uns nicht, aber es machte uns traurig. Es ist eine Tatsache, dass die Niederlage der Republik vor allem durch den Mangel an internationaler Unterstützung verursacht wurde. Die Briten und in bestimmtem Maße auch die Franzosen hatten keine großen Sympathien für die Spanische Republik. Sie standen wohl mehr auf der Seite von Franco. Das trifft nach meiner Meinung auch für die Amerikaner zu. Vielleicht bildete Roosevelt mit einigen Leuten seiner Umgebung da eine Ausnahme. Aber die Regierungen wollten lieber mit Franco zu tun

haben. Weil in ihren Augen er das Land beherrschte und man sich mit ihm arrangieren musste, nicht mit den Republikanern. Diese verloren den Kampf, weil es ihnen an Waffen und Ausrüstungen fehlte, an Flugzeugen, Panzern, Kanonen und ausgebildeten Truppen. Letzterer Mangel hätte aber durch Freiwillige aus dem Ausland, auch durch spanische Flüchtlinge, behoben werden können.

Die Regierungen der umliegenden Länder wollten Franco nur allzu schnell anerkennen. Sie waren prokapitalistisch, und aus ihrer Sicht war es gut, dass Franco sich durchsetzte. Daher erkannten sie ihn an, auch wenn Amerika sich im Hintergrund hielt. Es gab in Spanien immer Probleme zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Aber in der Regierung arbeiteten sie gut zusammen. Sie war schwach, weil sie zu wenig Waffen und ausgebildete Truppen hatte.

Die starken Staaten Deutschland und Italien unterstützten Franco ganz offen. Roosevelt hatte Sympathien für die Republik. Die britische Labour Party, die damals nicht an der Regierung war, ebenfalls, aber Sympathie allein genügte nicht. Die ging nicht so weit, der Regierung der Republikaner Waffen zu liefern und sie anderweitig zu unterstützen. Daher konnten ihre Gegner mit Hilfe Italiens die Oberhand gewinnen.

Die Niederlage der Spanischen Republik ermutigte Mussolini und Hitler natürlich, ihre Pläne für einen Krieg und die Eroberung ganz Europas weiter voranzutreiben. Das war aus meiner Sicht von Anfang an klar. Spanien war für sie nur ein Sprungbrett, ein Teil des großen Kampfes um die Herrschaft über Europa.

Hätte die Spanische Republik genügend Unterstützung erhalten, um sich durchsetzen zu können, dann wäre ein Krieg in Europa vielleicht weniger wahrscheinlich geworden. Hitler und Mussolini hätten starke Gegenwehr gespürt. So aber haben sie Franco unterstützt und sind auf keinerlei Gegenwehr der Briten und ihrer Verbündeten gestoßen. Die waren ganz froh, dass Deutschland und Italien Franco unterstützten, zumindest erweckten sie den Eindruck. Dadurch wurden Hitler und Mussolini weiter ermuntert, die Kontrolle über Europa anzustreben.

Ich erinnere nur an den Mangel an Lebensmitteln, der in Spanien alle betraf. In den Internationalen Brigaden litten wir nahezu Hunger. Das schwächte uns natürlich. Außerdem waren wir sehr schlecht ausgerüstet. Wir hatten uralte Gewehre, nicht genügend Maschinengewehre, keine Panzer, nicht genügend Uniformen. Zerlumpt und heruntergekommen taten wir, was möglich war, und benutzten jede Waffe, die wir finden konnten. Damit waren wir unserem Gegner in keiner Weise gewachsen.

In Großbritannien waren damals die Konservativen an der Macht. Aber selbst die Labour Party hatte ihre eigene Nichteinmischungspolitik, die Schwäche bedeutete. Das war eine Hilfe für Mussolini, nicht für die gewählte Regierung Spaniens.

Und der Völkerbund war der reine Hohn. Dort gab es keinerlei Absicht, in Spanien einzugreifen. Die britische Regierung hatte ohnehin Sympathien für Franco. Italien und Deutschland unter Hitler waren starke Mächte in Europa.

#### Alun Menai Williams, Wales

Bei Belchite hatten die Faschisten ein Maschinengewehr in der Kirche postiert. Die wurde in Brand geschossen. Zahlreiche Faschisten verbrannten darin.

Einer dieser armen Kerle wurde auf einer Trage zum Verbandsplatz gebracht, wo ich gerade war. Er rauchte noch. Seine Kleidung war völlig verbrannt und er selbst eine einzige große Blase. Aber er lebte. Da dachte ich: Was soll ich mit dem armen Kerl anfangen? Ihm war nicht mehr zu helfen. Einer der Träger, ein Spanier, beugte sich über den Mann und sagte etwas zu ihm. Dann richtete er sich wieder auf, zog seinen Revolver und erschoss ihn. Hätte ich ihn daran hindern sollen? Ich weiß es nicht. Aber ich kriege dieses Bild nicht aus meinem Kopf.

Ich wurde im Kohlerevier von Rhonda in Südwales geboren. Es war damals berühmt dafür, dass von dort die Hälfte der Kohle kam, die die Kapitalisten am Laufen hielt. Schon bevor ich vierzehn war, interessierten mich die politischen Dinge, die im Dorf vorgingen. Ständig gab es da Versammlungen, kleine Streiks, Streit zwischen Männern auf der Straße... Es war immer etwas los. Die Leute standen in Gruppen herum und diskutierten. Das faszinierte uns schon als Kinder, auch wenn wir nicht begriffen, worum es ging. Aber als ich älter wurde, hat es mich wirklich interessiert.

Die Bergarbeiter diskutierten dauernd über Politik. Damals war die Labour Party im Aufwind. Wir konnten zwar nichts machen, waren aber immer mittendrin.

Mit vierzehn fuhr ich zum ersten Mal in den Schacht ein. Meine Eltern wollten das nicht, aber ich habe es gemacht, weil auch meine Freunde eingefahren sind und ich dachte, dass meine Familie das Geld braucht. Als ich sechzehn war, wurde ich bei einem Einsturz in einem Stollen verschüttet. Als ich da lebend herauskam, dachte ich bei mir: Das ist nichts für dich. Wenn du im Schacht bleibst, wird das immer wieder passieren, und eines Tages bist du tot.

Ich fuhr nicht wieder ein. Mit siebzehn verließ ich meine Familie und ging nach London. Drei Wochen lang lief ich herum und suchte Arbeit. Jobs waren knapp, denn die große Depression war in vollem Gange. Als ich eines Tages so die White Hall entlang schlenderte, sah ich ein Schild mit der Aufschrift "Army Recruiting Office" [Rekrutierungsstelle der Armee]. Ich dachte mir: Ich habe weder ein Zuhause, noch was zu essen, kein Geld, kein Bett – ich gehe zur Armee!

Ich bin also hineingegangen. Ein Sergeant fragte mich: "Zu was für einer Einheit wollen Sie?" Ich hatte keine Ahnung, was die Armee war, woraus sie bestand. Deshalb sagte ich: "Ich will zu den Garden!" Von denen hatte ich schon mal gehört. Der Sergeant musterte mich eingehend und meinte dann: "Für die Garden sind Sie nicht kräftig genug. Wir schicken Sie zum Royal Army Medical Corps [zu den Sanitätstruppen]." So bin ich zu den Sanitätern gekommen.

Die nächsten drei Jahre war ich Pfleger beim Royal Army Medical Corps in der Burg von Edinburgh und an einigen anderen Orten. Nach drei Jahren verließ ich die Armee und ging wieder nach London, wo ich erneut arbeitslos war. Dort trieb ich mich eine Weile herum, traf mich mit Freunden. Aus dieser Zeit stammt mein enger Kontakt zur antifaschistischen Bewegung.

Einer meiner besten Schulfreunde steckte ganz tief drin in den antifaschistischen Aktionen, die sich damals gegen Oswald Mosley richteten. Billy Davis war sein Name. Mit ihm und einer Gruppe junger Männer kam ich nun in Verbindung. Es waren Anarchisten, Kommunisten, Vagabunden – alle arbeitslos, alle Opfer des Systems. Wenn Mosley irgendwo eine Kundgebung veranstaltete, waren wir Antifaschisten zur Stelle, drängten uns dazwischen, fingen Streit an und störten. Ich hatte bald viele Beulen und blaue Flecke. Die Polizei machte Jagd auf uns. Mein Freund Billy wurde wegen solcher Aktionen zwei oder drei Mal eingesperrt.

Das ging so fast zwei Jahre lang. Dann [1935 – die Red.] erklärte Mussolini Abessinien den Krieg. Da ich Reservist war, wurde ich zur Armee einberufen und nach Ägypten geschickt. Dort blieb ich acht Monate. Auf dem Rückweg machte unser Schiff einen Umweg über Mallorca, wo es ein paar Politflüchtlinge oder andere wichtige Leute aufnahm. Wer sie waren, wusste ich nicht. Aber ich hatte gehört, dass in Spanien etwas passiert war. Eine Art Krieg, Genaueres war nicht bekannt, denn auf dem Schiff gab es für uns keine Nachrichten.

Als wir wieder in England waren, informierte ich mich natürlich. Ich fuhr erst einmal zu meiner Mutter und blieb ein paar Wochen. Dann ging ich zurück nach London. Als ich dort ankam, waren mein Freund Billy und einige andere Leute schon nach Spanien gegangen.

In London fand ich jetzt Arbeit als Elektrikergehilfe. Diesen Job hatte ich eine ganze Weile. Nebenbei half ich der antifaschistischen Bewegung, Geld für Spanien zu sammeln. Allmählich kam mir der Gedanke: Ich bin sehr gut in Erster Hilfe. Ich habe praktische Erfahrung darin. Mein Freund Billy ist dort, ich bin Antifaschist wie er. Ich könnte doch auch hingehen und dort anwenden, was ich kann!

Ich wusste ja, dass Franco und seine Bande die Deutschen und Italiener hinter sich hatten. Deshalb wollte ich den Brigaden als Sanitäter zur Seite stehen.

Ich ging also zur Zentrale der Kommunistischen Partei in der King Street und sagte, ich wolle nach Spanien, ich sei bei der Armee gewesen. Die meinten: "Solche wie Sie brauchen wir!" Sie notierten meinen Namen, und schon am nächsten Freitag war ich wieder da. Sie machten mich zum Verantwortlichen einer Gruppe von vier Männern. Warum, weiß ich nicht. Wir erhielten die Wiesung, nach Paris zu fahren, wo uns jemand in Empfang nehmen und zur spanischen Grenze bringen sollte. Bis dorthin lief alles wie geschmiert. Dann erwischten uns die Gendarmen, und ich verbrachte eine Woche in einer Zelle. Sie ließen mich wieder frei, und irgendwie bin ich nach Großbritannien zurückgekommen.

Meiner Familie sagte ich nichts von alledem. Ich blieb erst einmal einige Zeit in London, um mir klar zu werden, wie es weitergehen sollte. Dabei dachte ich: Einmal habe ich es probiert; Billy ist immer noch dort, der Krieg geht weiter und wird sogar schlimmer. Ich versuche es noch einmal!

Also machte ich mich wieder auf den Weg. Diesmal schaffte ich es bis Marseille, wo man mich auf ein Schiff schmuggelte. Vor Barcelona wurde das Schiff von einem Torpedo getroffen. Ich schwamm ziemlich lange im Meer, wurde dann aber herausgefischt und klatschnass an einen Ort namens Molgracht(?) gebracht. Dort bekam ich Zivilkleidung und heißen Kaffee. Noch am selben Tag brachte uns ein Zug, der sehr langsam fuhr, nach Albacete.

24 Stunden später war ich in Albacete. Dort sprach Peter Carrigan, damals Kommissar des britischen Bataillons, mit mir.

"Sie sind bei der Army gewesen?" "Jawohl!"

"Raustreten!"

Ich wurde von den anderen Freiwilligen getrennt. Später befragte mich ein Amerikaner. "Sie sind Sanitäter?" "Jawohl!"

Darauf er: "Wir bauen gerade ein neues Bataillon auf, das Washington-Bataillon heißen wird. Wir möchten Sie dort als Sanitäter einsetzen."

Mir war es gleich, wohin man mich schickte, Hauptsache, ich konnte meine Kenntnisse anwenden. Ich ging also in die Kaserne in Albacete zurück. Dort sagte man mir, ich sollte mich noch für denselben Abend zum Abmarsch bereithalten. Da war ich noch keine 24 Stunden in Albacete. Am nächsten Tag sollte ich an der Jarama-Front als zeitweiliger Sanitäter beim Thälmann-Bataillon eingesetzt werden. Ihrer war gefallen. So fuhr ich also auf einem Lastwagen zusammen mit mehreren deutschen Freiwilligen und einigen Spaniern an die Jarama-Front.

Es ging gleich in die vordersten Linien. Beim Thälmann-Bataillon blieb ich 14 Tage. Dort hatte ich auch meinen ersten Verwundeten zu behandeln. Es war ein junger deutscher Freiwilliger, dem die Flucht aus einem von Hitlers KZ gelungen war. Ein Schrapnell hatte seinen Arm fast ganz abgerissen. Das war die erste Kriegsverletzung, die ich zu Gesicht bekam. Dabei war ich selbst vom Getöse der Granaten zu Tode erschrocken. Ich hatte nie zuvor etwas Ähnliches gehört. Ein schreckliches Erlebnis.

Nach den vierzehn Tagen beim Thälmann-Bataillon wurde ich zu dem neu gebildeten Washington-Bataillon versetzt, das in der Ortschaft Moneja lag. Dort teilte man mich dem Bataillonsarzt Dr. Sollenberg als Sanitäter zu. Beim Washington-Bataillon blieb ich so lange, bis es in der Schlacht von Brunete schreckliche Verluste erlitt. Danach versetzte man mich zum Lincoln-Bataillon, bei dem ich bis zur Offensive am Ebro blieb.

Mein erstes großes Gefecht hatte ich bei Brunete und Cañada. Das war eine schlimme Zeit. Wenn ich an Brunete denke, fallen mir vor allem die Hitze und der Durst ein. Wir hatten viele Verwundete. Ein Verletzter verliert viel Blut. Deshalb hat er schrecklichen Durst, er muss die Flüssigkeit wieder auffüllen.

Wenn man zusehen muss, wie ein Mann stirbt, weil man kein Wasser hat, ist das ein entsetzlicher Anblick. Diese geschwollene Zunge...

In Brunete wurde ich selber verwundet. Es traf mich am Bein. Ich rief gerade nach Trägern, die auf freiem Feld einen Schwerverletzten versorgten. Als ich mich erhob, um ihnen zu helfen, traf es mich am Bein. Nun war ich selber ein Fall, dem geholfen werden musste. Im ersten Augenblick spürte ich nichts, sondern empfand sogar Erleichterung! Schließlich kam ich drei Wochen ins Lazarett, was gar nicht so schlecht war. Zuerst brachte man mich in ein Madrider Krankenhaus, wo meine Verletzung versorgt wurde. Dort musste ich zwei Tage bleiben. Dann kam ich nach Beniza bei Alicante an der Küste, wo ich drei Wochen blieb, um meine Verletzung auszuheilen. Danach ging es wieder zurück zum Lincoln-Washington-Bataillon.

Wir waren immer zu wenige zum Abtransport der Verletzten. Wir hatten zu wenig Morphium. Aber wir taten, was wir konnten. Auch die Krankenwagen reichten hinten und vorne nicht. Die noch übrig waren, gerieten ständig unter den Beschuss von Tieffliegern.

Bei den Republikanern fehlte es an allem. Sie hatten nicht genug Geschütze, Granaten, Karabinermunition, ja nicht einmal genug zu essen. Dieser Mangel an allem Notwendigen hat viel zur Niederlage der Republikaner beigetragen.

Die Disziplin der Freiwilligen war fantastisch. Schließlich waren sie ganz aus freien Stücken gekommen und hätten auch wieder gehen können, wann immer sie wollten. Aber sie blieben! Wir alle blieben. Später wäre es uns vielleicht lieber gewesen, wir hätten uns eher abgesetzt, aber das taten wir nicht. Diese Disziplin im Bataillon und in allen internationalen Brigaden war das, worüber ich am meisten staunte. 75 Prozent hatten keine Ahnung vom Militär und noch niemals eine Waffe in der Hand gehabt. Aber sie gehorchten den Offizieren und taten genau, was die ihnen befahlen. Es gab überhaupt keine Probleme. Das war eine tolle Truppe – Genossen, die alle ein Ziel hatten – Franco loszuwerden und eine bessere Welt zu schaffen, sofern sie selbst etwas dafür tun konnten.

Ich war damals 24 Jahre alt. Der Durchschnitt im Bataillon lag vielleicht bei 26-27 Jahren. Einige waren schon verheiratet und hatten Kinder. Jack Roberts zum Beispiel war 15 Jahre älter als ich und Familienvater. Er hatte zwei Kinder zu Hause. Aber als überzeugter Antifaschist war er nach Spanien gekommen. Im Bataillon gab es mehrere wie er. Entweder hatten es diese verheirateten Männer zu Hause nicht ausgehalten, oder sie mussten sehr überzeugte Antifaschisten sein.

Ich kann nur von meinen eigenen Erlebnissen mit Angehörigen der Internationalen Brigaden sprechen. Ich war mit Amerikanern zusammen – eine merkwürdige Truppe, aber mit denen machte es Spaß. Wissen Sie, die hätten den Krieg am liebsten ganz alleine gewonnen. Es war ein großes Bataillon, die Washington-Lincoln-Brigade. Sie hatten eine Art von Kameradschaft, die sich schwer beschreiben lässt. Wir wurden zwar bezahlt, aber das spielte keine Rolle. Es gab keine Saufgelage. Wir hatten zwar Wein für den Alltag und auch etwas Essen dazu, aber niemand war betrunken oder besonders ausgelassen. Es war

gute Kameradschaft, denn wir hatten ein gemeinsames Ziel. Wir waren alle miteinander gute Freunde. Was sich im Hinterland abgespielt hatte, davon habe ich keine Ahnung. Ich weiß nur, was dort gelaufen ist, wo ich war. Wir hatten keine Zeitungen, das heißt, keine englischen. Sie waren alle auf Spanisch, und das konnte kaum einer von uns lesen. Daher wussten wir nicht, was politisch in Spanien vorging. Natürlich wurde dies und das geredet, aber das meiste ging an mir vorbei. Uns interessierte nur, wann es die nächste Ration gab und wann es wieder in den Kampf ging. Schließlich waren wir an der Front. Was im Hinterland lief, wussten wir nicht. Das ging uns ja auch nichts an!

Zunächst waren wir selbstständig und von niemandem abhängig. Dann gliederten die Spanier uns in ihre Armee ein. Eine Menge Spanier kamen in unser Bataillon. Es war schön, in so einer gemischten Truppe zu sein. In der Schlacht am Ebro bestand das Bataillon zu 50 Prozent aus Spaniern und zu 50 Prozent aus Briten. Das war sehr gut. Die Spanier waren alle jung. Wir waren die Größten, die Internationalen Brigaden galten als die Speerspitze der spanischen Armee. Die jungen Kerle meinten, wir seien alle Helden. Dabei waren wir es nicht mehr als sie. Mir haben die spanischen Soldaten sehr gefallen. Aber es war die reine Tragödie. Wenn sie nur gegen Francos spanische Truppen hätten kämpfen müssen, dann wäre die Republik siegreich gewesen. Aber es kämpften ja nicht spanische Soldaten gegen spanische Soldaten. Es waren spanische Soldaten gegen italienische Soldaten, gegen die deutsche Luftwaffe, gegen die deutsche Artillerie und gegen italienische Kriegsschiffe. Bei so einem Aufgebot hatte die spanische Armee keine Chance. Und uns fehlte es an allem! Gegen Ende hatten wir kaum noch Granaten zum Verschießen! Die dagegen hatten alles!

Von mir selber und auch von der Gruppe, mit der ich zusammen war – Amerikaner und gegen Ende Briten –, kann ich sagen, dass wir sehr wenig wussten, was im Hinterland vorging. Ob man uns absichtlich im Unklaren gehalten hat, weiß ich nicht. Wir waren alle Freiwillige, die für die Freiheit kämpften. Da war natürlich auch ein bisschen Propaganda dabei. Aber als Truppe hatten wir keinen Grund, unzufrieden damit zu sein, was im Hinterland geschah, denn wir wussten nichts davon.

Gegen Ende wurden es immer mehr spanische Kämpfer, Generale und Brigadekommandeure. Aber im Stab waren noch viele Briten – zum Beispiel Bataillonskommandeure. Viele andere Dienstgrade – Unteroffiziere und Gefreite – waren häufig Spanier.

Das Schlimmste waren die Gefechte, denn dort hast du immer Angst. Schließlich lebst du mit dem Schrecken. Mit der Dauer des Krieges wird er dir aber nicht gleichgültiger. Er wird ein Teil von dir, denn du kannst überleben oder sterben. Du findest dich damit ab, dass dein Schicksal so oder so sein kann. Aber im Gefecht ist es schlimm. Du hörst die Granaten anfliegen und überlegst, wo sie einschlagen werden. Ständig pfeifen dir Kugeln um die Ohren. Du hörst Menschen rufen und schreien. Eine merkwürdige Atmosphäre, eben ein Gefecht. Um dich herum fürchterliches Getöse, das dir Angst macht. Du weißt

ja nicht, was passiert, nur, was mit dir geschieht. Was um dich herum, was hinter dir vorgeht, weißt du nicht. Du kannst nur nach vorn schauen. Es gibt eine berühmte Redensart: Die hinten sagen: "Vorwärts!", die vorn sagen: "Zurück!" So haben wir wohl alle gedacht.

Es ist seltsam: Du vergisst, was gestern gewesen ist. Du lebst nur für das Heute. Wenn du ein Gefecht lebend überstanden hast, freust du dich, dass du später mit den anderen darüber reden kannst. Wir haben uns immer erzählt, was passierte, wenn es Guy oder Jim erwischt hat. "Ich lag neben ihm", hieß es dann. Es klang, als ob man ihn nicht besonders gut gekannt hätte. Nach dem Gefecht fühlten wir uns wunderbar, in einer Art Euphorie. Im Kampf war es dann wieder völlig anders. Man war wie ausgewechselt, als ob man nicht derselbe Mensch sei.

Teruel ist mir im Gedächtnis geblieben – wegen des Wetters. Es war hundekalt, und die Kämpfe waren grausam. Die Verteidigung dort war die reine Hölle. Es sind mehr Leute erfroren, als von Kugeln getroffen wurden, besonders am Neujahrstag.

Als Franco die Küste erreicht hatte, dachte ich zum ersten Mal: Wir werden wohl nicht gewinnen. Sonst hätten wir ihn nicht durchlassen dürfen. Ich glaube, das war im Mai/Juni 1938, etwa um die Zeit. Da wurde mir klar, dass wir für eine verlorene Sache kämpfen. Aber wir ließen nicht nach. Gerüchte machten die Runde, dass es bald nach Hause geht. Es hieß, die Deutschen und die Italiener gingen nach Hause, und auch wir wären bald an der Reihe. Alle Ausländer zögen ab. Das hat uns gefallen. Wenn sie nach Hause gingen, konnten auch wir gehen. So haben wir gedacht. Wenn nur Spanier gegen Spanier kämpften, hätten sie eine Chance. So haben wir gedacht.

Wir wussten nicht, dass das erst im letzten Augenblick geschehen würde. Als man uns aus den vordersten Linien zurücknahm, glaubten wir, es gehe nach Hause. Genau wussten wir das natürlich nie! So blieb es bis zur letzten Minute im September 1938. Mehrere Tage lang tobte eine höllische Schlacht. Wir hatten große Verluste, viele waren vermisst, viele wurden gefangen genommen. Aber wir kamen doch wieder heraus. Zusammen mit einem spanischen Bataillon sind wir abgezogen. Erst da erfuhren wir, dass es nach Hause geht, dass wir nicht wieder nach vorn müssen.

Da wusste ich, dass wir verlieren. Ich konnte es selbst sehen. Ich war hungrig und in Lumpen. Ich trug zwar eine Armbinde mit dem Roten Kreuz, aber ich hatte nur noch sehr wenig Verbandszeug in meiner Tasche. Die Lage war hoffnungslos, und wir wussten es. Diese letzte Schlacht hätte nicht mehr stattfinden sollen. Es waren sinnlose Verluste, zumindest aus meiner Sicht.

Das war im August am Ebro. Franco drängte vorwärts, und wir versuchten ihn aufzuhalten. Es gab sehr viele Opfer, er rückte immer weiter vor und nahm viele Gefangene. Ich denke, die Sache war schon vor der Schlacht verloren. Die Republikaner hatten Hoffnungen auf den Ebro gesetzt. Aber schließlich entschieden sie doch, dass die Internationalen nach Hause gehen sollten. Das war wohl ein letzter Versuch der republikanischen Regierung gewesen – viel-

leicht aus politischen Gründen, ich weiß nicht. Es war eine große Anstrengung, aber sie hatte keinen Erfolg.

Das Übersetzen über den Ebro war ein traumatisches Erlebnis. Wir überquerten den Fluss früh am Morgen unter schwerem Beschuss. Tiefflieger beschossen und bombardierten die Pontonbrücke und die kleinen Boote, die uns auf die andere Seite brachten. Bei dieser Gelegenheit habe ich auch zum ersten Mal faschistische Gefangene gesehen. Zuerst waren wir einige Tage lang vorgerückt. Dann wandte sich Franco plötzlich um und beschoss uns, dass es die Hölle war. Da ging der Ärger los. Es war bei einer Bergkette, die "Sierra Pondols" heißt. Dort haben sie uns gestoppt.

O, Allmächtiger Gott! Die Sierra Pondols war eine einzige massive Felsengegend, von kleinen Grasbüscheln bedeckt. Sie wurde Tag und Nacht von Artillerie und Flugzeugen beschossen und bombardiert. Die Verluste waren schlimm. Besonders machte mich fertig, dass wir die Toten bei dem steinigen Boden nirgendwo begraben konnten. Wir haben sie also nur mit Steinen abgedeckt und mussten sie so liegen lassen. Wenn es irgend ging, schleppten wir die Verletzten den Berg hinunter. Die reine Hölle! War ich froh, als wir diesen Ort verlassen konnten!

Die Schlacht tobte von Juli oder August bis Oktober. Wir waren aber nur sechs bis sieben Wochen dort und wurden dann abgezogen. Es war eine regelrechte Feldschlacht. In den Bergen kann man nicht viel tun. Man sieht den Gegner nicht, denn er sitzt hinter der nächsten Anhöhe. Aber man hört ihn, denn er schießt pausenlos seine Granaten herüber!

Das Bataillon, das ich begleitete, verfügte nicht über einen einzigen Mörser. Wir hatten nur Maschinenpistolen und Patronen, das war alles! Damit konnten sich die Jungs nicht richtig verteidigen. Sie konnten nur daliegen und abwarten. 14 Tage lang hielten wir in der Pondols aus. Sie stampften uns in Grund und Boden! Ich habe allein 30-40 Tote geborgen und Gott weiß wie viele Verletzte, Spanier und Briten

Die osteuropäischen Brigaden und die Internationalen, die nicht nach Italien und Deutschland heimkehren konnten, stellten ein Problem dar. Viele von ihnen waren schon vorher politische Flüchtlinge gewesen. Einige blieben in Spanien und heirateten dort, so viel ich weiß, aber die meisten gingen über die Grenze. Später habe ich gehört, dass viele in Frankreich in Konzentrationslager kamen. Gott weiß, was danach mit ihnen passiert ist.

Einmal passierte eine traurige Geschichte. Unsere Truppen kamen an einer kleinen Höhle vorbei. Von drinnen wurde auf sie geschossen. Da wir gerade gegen Mauren, marokkanische Söldner, kämpften, saßen wahrscheinlich mehrere von ihnen dort drin. Sie erschossen zwei Briten. Was sollten wir machen? Wir waren auf dem Weg zur Front und kamen nicht an ihnen vorbei. Unsere Kämpfer versuchten es mit Panzergranaten, aber von drinnen wurde weiter geschossen. Offenbar hatten sie dort gute Deckung. Schließlich wurde der Eingang von einem Bulldozer zugeschoben. Die armen Kerle! Ich weiß nicht, ob die dort drin schon tot oder noch lebendig waren.

Sehr traurig war es auch, in Barcelona all die weinenden Frauen zu sehen. Wir hielten dort eine Parade ab, die wohl ein Siegesmarsch sein sollte, aber tatsächlich hatten wir verloren. Wir wurden verabschiedet. Die Spanier schätzten hoch, was wir getan, oder besser gesagt, was wir nicht getan hatten! Barcelona war sehr bedrückend.

Im Dezember setzte man uns in Repaul in einen Zug, der versiegelt wurde. In Perpignan stiegen wir aus und wurden von französischen Kommunisten begrüßt. Wir konnten duschen und bekamen frische Zivilkleidung. Wir waren total verlaust! Wir konnten uns rasieren, wurden entlaust und wieder in einen Zug gesetzt, den man ebenfalls versiegelte. Der brachte uns nach Calais.

Dort ging es auf ein Schiff. An der Victoria Station in London wurden wir wie heimkehrende Helden empfangen. In London schliefen wir eine Nacht bei Leuten von der Kommunistischen Partei. Am nächsten Tag, es muss am 8. Dezember [1938] oder so gewesen sein, kehrte ich zu meiner Familie zurück. Alle freuten sich, dass ich lebte und gesund war. Mehrere meiner Freunde waren gefallen. In England kursierte das Gerücht, in der Schlacht bei Brunete sei unser ganzes Bataillon aufgerieben worden. Sie hatten mich schon abgeschrieben. Erst mehrere Tage später erhielten sie Nachricht, dass ich am Leben war.

Am Bahnhof in Rhonda erwartete uns ein großes Empfangskomitee. Ich bin schon eine Station vorher ausgestiegen, weil ich von solchen Empfängen nichts halte. Ich bin zu Fuß nach Hause gegangen. Ich mag keine Empfänge. Ich wollte einfach in Ruhe gelassen werden.

Ich wurde gebeten, ein, zwei Versammlungen abzuhalten. Das habe ich getan. Meine Brüder und Schwestern haben mich darum gebeten. Ich bin kein guter Redner. Ich bin immer etwas verschlossen gewesen und rede nicht gerne öffentlich. Aber ich bin hingegangen. Eine dieser Versammlungen hat mich richtig fertig gemacht. Ich habe erwähnt, dass Guernica und Barcelona bombardiert wurden. Als ich sagte, dort würden Menschen in Städten bombardiert, wurde gerufen: "Lügner!" und "Kommunistische Propaganda!" Nach dieser Versammlung habe ich mich von allem zurückgezogen. Ich habe mit all dem abgeschlossen! 67 Jahre lang habe ich das durchgehalten, bis vor zwei Jahren! [...] Die Generation von heute ist insgesamt intelligenter als meine es war. Sie ist gebildeter, es sind mehr Studenten, die wissen, was vorgeht. Politisch sind sie nicht sehr bewusst, weil sie froh sind, Geld in der Tasche zu haben. Aber ich denke, wenn es ernst wird, reagieren sie auch nicht anders als meine Generation.

## Villy Fuglsang, Dänemark

Wir müssen uns vorstellen, wie die Welt damals war: Eine gewaltige Auseinandersetzung zwischen Faschismus und Demokratie, zwischen den Kräften von Krieg und Frieden. Unsere jungen Jahre waren von der Weltwirtschaftskrise geprägt, die 1929 einsetzte. Sie stürzte die Jugend in eine elende Lage. 1933 kam Hitler an die Macht und startete eine gigantische Aufrüstung, mit der er den Krieg vorbereitete.

Wir empfanden sehr stark, dass Hitlers Machtantritt unser Leben unmittelbar beeinflusste. Was gegen den Faschismus getan werden konnte, wurde wichtiger Diskussionsgegenstand. Zugleich tobten in der Arbeiterklasse schwere innere Kämpfe zwischen einem reaktionären Flügel, vertreten durch die Sozialdemokraten, einerseits, und einem progressiven Flügel, repräsentiert durch die Kommunisten, andererseits. In Deutschland, wo die Arbeiterbewegung stark war, hatten die Nazis 1933 gesiegt, ohne auf ernsthaften Widerstand zu stoßen, obwohl bei den Wahlen von 1928 die Sozialdemokraten 9 Millionen und die Kommunisten 3,5 Millionen Stimmen erhielten. Daraus wurde die Idee geboren, dass wir uns, statt die Kräfte bei inneren Kämpfen zu vergeuden, gegen den Faschismus zusammenschließen müssen. Zum ersten Mal geschah das in Frankreich.

Nach Deutschland übernahmen die Nazis Österreich. Aber als es auch in Frankreich losging, gab es Widerstand. Nach einem missglückten Staatsstreich im Jahre 1934, gegen den die Menschen in großen Massen auf die Straße gingen, schlossen sich Sozialdemokraten und Kommunisten zur Volksfront zusammen. Das wurde auch bei uns diskutiert. Daher waren wir nicht ganz unvorbereitet, als wir nach Spanien kamen. Ganz typisch zeigte sich das, als wir uns in das Buch unseres Brigadekommandeurs eintrugen. In die Spalte, welcher politischer Partei wir angehören, schrieben wir nicht Sozialdemokraten oder Kommunisten, sondern "Antifaschisten".

Wir gingen nach Spanien, weil wir der Meinung waren, dass dort über das Schicksal Europas entschieden wird. Wie der spanische Bürgerkrieg ausgehen würde, davon hing unsere eigene Zukunft ab. Es ging darum, dem spanischen Volk bei seinem Versuch zu helfen, die Faschisten an der Erprobung neuer Waffen und der Eroberung neuer strategischer Ausgangspositionen für den künftigen Krieg zu hindern. Die Front vor Madrid war unsere Südfront, die Verteidigungslinie des Weltfriedens!

Bei den Wahlen von 1936 in Spanien siegte die Volksfront. Auf dieser demokratischen Basis wurde die Volksfrontregierung gebildet. Es war eine eindeutige demokratische Entscheidung, die uns die Hoffnung gab, es sei möglich, den Faschismus zu stoppen. Aber das Spanien jener Jahre war ein reaktionäres, unterentwickeltes Land. Bisher hatten dort im Wesentlichen drei Kräfte geherrscht: die Armee, die militärisch gesehen nicht viel darstellte, aber zahlenmäßig stark war, der Adel, dem das meiste Land gehörte und der die Bauern grausam unterdrückte, dazu der hohe katholische Klerus. Diese drei Kräfte hatten nicht die Absicht, das Wahlergebnis zu respektieren und bereiteten einen Staatsstreich vor. Die Wahlen hatten gezeigt, dass die Verschwörer keinerlei Unterstützung in der Bevölkerung genossen. Da sie sich nicht auf eigene Kräfte stützen konnten, vereinbarten sie, dass Deutschland und Italien den Staatsstreich unterstützen sollten. Diesen beiden Staaten kam die Sache gerade recht. So würden ihnen die Rohstoffe Spaniens in die Hände fallen, sie konnten die strategische Lage des Landes nutzen und erhielten Gelegenheit, ihre neuen Waffen zu erproben.

Als der erste Putschversuch scheiterte, setzte die Hilfe Deutschlands und Italiens ein. Sie beförderten spanische Truppen aus der Kolonie Marokko aufs Festland, und bald waren auch die ersten deutschen und italienischen Einheiten zur Stelle. Den Republikanern fiel es schwer, sich allein zu verteidigen. Als die Faschisten tönten, sie hätten bereits Madrid eingenommen, strömten internationale Freiwillige ins Land.

Heute haben wir die UNO, damals gab es nur den Völkerbund. Spanien war dort Mitglied und hätte Hilfe erhalten müssen. Aber reaktionäre Kräfte in England und Frankreich setzten im August 1936 das "Nichteinmischungsabkommen" durch. Es wurde von allen demokratischen Staaten außer Deutschland und Italien eingehalten. Wenn die Franco nicht geholfen hätten, wäre er zum Scheitern verurteilt gewesen.

1936 sollten in Berlin die Olympischen Spiele stattfinden. Starke demokratische Kräfte waren der Meinung, dass die deutsche Hauptstadt für diese Spiele von Frieden und Rassengleichheit nicht geeignet sei. Sie entschieden, in Barcelona eine Gegenolympiade, die sogenannte Spartakiade, abzuhalten. Zahlreiche junge Athleten und Freiwillige waren in der Stadt, als der Bürgerkrieg ausbrach. Eine große Zahl von ihnen bildeten die ersten Hundertschaften der freiwilligen Milizen der Republikaner. Die internationalen Freiwilligen, die bald nach dem Putsch eintrafen, wurden sofort an die Front geschickt. Es war wichtig, Madrid zu verteidigen, das mit dem Rücken zur Wand stand. Dort wurde die Losung "No Pasaran!" (Sie kommen nicht durch!) geboren.

Als wir eintrafen, hatte man die Faschisten bereits zum Stehen gebracht. Die ersten Freiwilligen besaßen keinerlei militärische Ausbildung, denn sie kamen aus Ländern, wo es keine Wehrpflicht gab. Das traf auf die USA und Großbritannien zu, aber auch auf Deutschland, wo die Wehrpflicht seit dem Ende des Ersten Weltkrieges verboten war. Ohne militärische Erfahrung gingen sie sofort an die Front. Deshalb waren die Verluste auch so hoch. Und doch konnten sie die Faschisten stoppen.

Die ersten Dänen, die im Frühstadium des Bürgerkrieges in Spanien eintrafen, waren drei Brüder und ihr Freund. Sie fuhren mit Fahrrädern nach Spanien. Das war damals noch legal, denn das Nichteinmischungsabkommen gab es noch nicht. Sie kämpften gut und wurden von ihrer Hundertschaft mit einem Ehrenbanner ausgezeichnet. Das konnte man in den Zeitungen lesen. Das ergab eine Kettenreaktion; Werbung um Freiwillige für Spanien setzte ein.

Nach Inkrafttreten des Nichteinmischungsabkommens wurden Truppen an den Grenzen Spaniens postiert. Nun war es viel schwerer bis unmöglich, direkt nach Spanien zu kommen.

Die Internationalisten trafen auf vielen Wegen im Lande ein: Seeleute verließen ihre Schiffe, Hafenarbeiter benutzten den Seeweg. Ich kam direkt von der Parteischule in Moskau. In Paris wurden wir abgeholt und dann per Eisenbahn nach Perpignan gebracht. Von dort ging es über die Pyrenäen nach Spanien. In Albacete erreichten wir das Stabsquartier der Internationalen Brigaden.

Als ich dort eintraf, waren die Faschisten bei einem Ort namens Jarama gestoppt worden. Da der Frontalangriff gegen Madrid misslungen war, hatten sie versucht, die Stadt einzukesseln. Madrid lag in einem keilförmigen Terrain, das rundum von den Faschisten kontrolliert wurde. Nur noch eine Straße und eine Bahnlinie führten nach draußen. Die Faschisten hatten versucht, diesen Rückzugsweg abzuschneiden. Das war verhindert worden, so standen sie bei Jarama. Von Norden waren sie in Richtung Guadalajara vorgerückt. Dort war zum ersten Mal eine größere italienische Streitmacht eingesetzt worden. Auch die wurde zum Stehen gebracht, aber nicht nur das, sie wurde geschlagen! Am Ende der Schlacht von Guadalajara traf ich dort ein.

Meine Gruppe wurde in einem Lager bei Madrigueras stationiert, wo wir eine kurze militärische Ausbildung erhielten. Wir waren zwei Norweger und zwei Dänen, die zusammen aus Moskau eingetroffen waren. Die drei anderen wurden wie die meisten Skandinavier zum deutsch sprechenden "Thälmann-Bataillon" geschickt. Ich kam zum Bataillon "Edgar André". Uns schickte man an die Front bei Brunete. Unsere erste Offensive dort war ein zweifelhafter Erfolg. Wir konnten zwar auf einer Breite von 50 Kilometern die Front durchbrechen, mussten aber den Vormarsch aufgeben, weil wir nicht genügend Reserven und Material hatten. Wir bluteten einfach aus!

Nach der Offensive bei Brunete wurden wir ins Hinterland zurückgeschickt, wo wir neue Kräfte sammeln sollten. Einige wurden an eine Offiziersschule in Puerto Rubio abkommandiert. Aus mir unbekannten Gründen wurde ich zum Lehrer an einer Unteroffiziersschule gemacht. Ich hatte bei der berittenen Garde der Königin gedient, besaß aber keinerlei militärische Erfahrung außer dem bisschen, das man uns in Moskau beigebracht hatte. Daher konnte ich meinen Unteroffizieren nichts beibringen, was sie nicht schon wussten, denn sie waren länger an der Front gewesen als ich. Als Lehrer musste man einen höheren Rang haben. Da ich Unteroffiziere ausbilden sollte, wurde ich zum Leutnant und "Politkommissar" ernannt.

Die Internationalen Brigaden kamen aus den verschiedensten Ländern. Die Mehrheit waren zwar Kommunisten, aber es gab auch Radikale, Sozialisten, Anarchisten, Trotzkisten und andere darunter. Alle die verschiedenen Meinungen mussten für ein gemeinsames Ziel zusammengeführt werden – die Faschisten zu schlagen. Um das sicherzustellen, wurden in den Brigaden Politkommissare eingesetzt, die den Freiwilligen klar machen sollten, solange wir mit dem Rücken zur Wand gegen die Faschisten kämpften, müssten alle internen Streitigkeiten ruhen. Sollten die Faschisten siegen, dann war es ohnehin gleichgültig, wie wir uns nannten. Unsere Feinde hätten dann das Sagen. Als Politkommissare versuchten wir also, vor allem Verständnis für den gemeinsamen Kampf zu verbreiten. Die deutsche Armee war damals wahrscheinlich die mit dem höchsten Ausbildungsstand und der schärfsten Disziplin in Europa. Gegen sie waren wir angetreten. Aber wir konnten auch keine roboterhafte Disziplin durchsetzen, wie es in den kapitalistischen Armeen üblich ist. Unsere

Männer waren Freiwillige, wir mussten sie überzeugen. Das war die Aufgabe der Politkommissare.

Von der Schule wurden wir zur nächsten Offensive nach Quinto an der Front bei Saragossa in Nordspanien geschickt. Die Front erstreckte sich endlos von den Pyrenäen im Norden bis zur Küste des Mittelmeeres im Süden, und sie war zerstückelt. In Madrid konnte man von einer wirklichen Front sprechen – mit Schützengräben, Stacheldraht und Unterständen. Anderswo war sie über lange Strecken nur schwach befestigt, so zum Beispiel in Aragon und Katalonien in Nordspanien. Franco kontrollierte Saragossa, eine sehr wichtige Stadt. Da es keine durchgehende Front gab, sollten wir versuchen, in das Randgebiet der Stadt einzudringen, den Feind zu umgehen und die Stadt Quinto, die nicht vom Feind befestigt war, anzugreifen.

Wir erhielten unsere Befehle, nahmen Gewehre, Handgranaten und was wir sonst noch hatten und zogen in die Nacht hinaus. Aber zwischen den Olivenhainen verirrten wir uns. Statt uns der Stadt von hinten zu nähern, wurden wir plötzlich von schwerem Feuer empfangen. Es war dunkel, aber die Faschisten benutzten Leuchtspurmunition, so konnten wir sehen, woher sie schossen. Uns blieb nichts weiter übrig, als bis zum Morgen zu warten. Als die Sonne aufging, sahen wir, dass wir direkt vor den feindlichen Befestigungen lagen, die wir von rückwärts hatten angreifen wollen. Flach auf dem Bauch liegend versuchten wir, uns irgendwie einzugraben. Der Hauptmann unserer Gruppe Skandinavier war Nörup, ein Däne. Als er zu einem anderen Teil unserer Gruppe hinüberkriechen wollte, wurde er zwischen den Augen getroffen. Er redete im Delirium: "Vogel" (das war mein Spitzname), sagte er, "hol mir Wasser von den Bäumen dort drüben!" Aber da waren weder Bäume noch Wasser. Als ich die Wunde zwischen seinen Augen sah, wusste ich, dass er sterben würde.

Aber er blieb am Leben. Später traf ich ihn am Verbandsplatz wieder. Von dort schickte man ihn nach Dänemark zurück. Eines Tages bekam er Zahnschmerzen. Er ging zum Zahnarzt. Der sagte: "Es könnte ein Weisheitszahn sein, aber in Ihrem Alter?" Es stellte sich heraus, dass es eine italienische Maschinengewehrkugel war, die sich langsam nach unten bewegt hatte!

Nach unserer Vorschrift hatte, wenn der militärische Kommandeur außer Gefecht gesetzt war, was in Nörups Fall geschehen war, der Politkommissar das Kommando zu übernehmen. Ich musste also an seiner Stelle weitermachen. Aber auch ich wurde verwundet.

Ich konnte den Mann sehen, der auf mich zielte, denn er war nur etwa hundert Meter von mir entfernt. Ich nahm ihn auch aufs Korn, aber er war schneller. Ich spürte einen Schlag gegen meine Schulter. Es tat nicht sehr weh, aber mein linker Arm und mein linkes Bein zuckten. Ich hatte gehört, dass das geschieht, wenn man ins Herz getroffen wird. Verdammt, jetzt wirst du sterben, sagte ich zu mir. Aber ich musste still liegen, damit der dort nicht prahlen konnte, er hätte einen roten Kommissar erschossen. (Die waren gut zu erkennen, denn sie trugen rote Barette.) Zum Glück war es nur ein Streifschuss. Ich blieb eine Weile liegen, dann kam Verstärkung, und später nahmen wir sogar die Stadt ein.

Da ich aber nun verwundet war, brachten sie mich zur Sanitätsstation in Benicachim. Meine Lungen waren voller Blut. Sie konnten nicht viel machen, sondern warteten, dass es von allein wegging. Später wurde ich auf eine Kommissarsschule geschickt. Ich war zwar schon Kommissar, hatte aber keinerlei Ausbildung. Danach kam ich in ein Lager für Partisanen. An großen Teilen der Front arbeiteten wir mit Partisanentaktik: Kleine Gruppen sickerten durch die feindlichen Linien und erfüllten Aufträge im Hinterland des Gegners. An solchen Aktionen sollte ich teilnehmen.

Aber dann starteten die Faschisten ihre Offensive am Ebro, wodurch sie Spanien in zwei Teile spalten wollten. Ich wurde nach Katalonien geschickt, von wo es vorzeitig wieder nach Hause ging. Auf der Sanitätsstation erhielt ich einen Passierschein, mit dem ich nach Valencia fahren konnte. Damals waren kaum private Autos unterwegs, aber wenn eines vorbeikam, musste es mich mitnehmen, weil ich ein solches Dokument besaß. Auf dem Weg nach Valencia hielt ich einen Wagen an. Der Fahrer sprach das beste Englisch, das man sich denken konnte.

"Ist das schön, wieder einmal Englisch zu hören!", sagte ich zu ihm.

"Ich bin Journalist und Schriftsteller", antwortete der Mann bescheiden. Es war der amerikanische Schriftsteller Ernest Hemingway. Er war gerade in den USA gewesen, wo er Propaganda für Spanien gemacht hatte. Er brachte mir ein wenig bei, wie so etwas organisiert wird. Das war sehr nützlich, denn zu diesem Zweck schickte man mich nach Dänemark zurück.

Mussolini und Hitler holten ihre Verwundeten nach Hause, schickten aber immer wieder Verstärkung. Bis zum Ende des Bürgerkrieges im Jahre 1938 betrogen sie auf diese Weise die Welt, was schließlich den Ausgang des Krieges entschied. Als die Internationalen Brigaden Spanien verließen, bedrückte das die Republikaner sehr. Bei den großen Abschiedsveranstaltungen in Barcelona flossen viele Tränen.

Gegen Ende des Bürgerkrieges drängten die Faschisten durch Katalonien in Richtung französische Grenze. Sie töteten Zivilisten und Soldaten – jeden, der sich ihnen in den Weg stellte. Einige der abziehenden Freiwilligen versuchten daher, die Faschisten noch aufzuhalten. Die dabei am Leben blieben, kamen in Francos Konzentrationslager. Den Freiwilligen aus Italien und Deutschland, die nicht in ihre Heimatländer zurückkehren konnten, bot die Regierung der Spanischen Republik ihre Staatsbürgerschaft an.

Da ich von Moskau aus nach Spanien gegangen war, wussten die dänischen Behörden nicht, woher ich kam. So hatte ich keine Probleme bei der Einreise. Die übrigen Spanien-Freiwilligen aus Dänemark wurden zum Teil zu kurzen Gefängnisstrafen verurteilt. Den meisten geschah aber nichts. An ihren Heimatorten wurden sie sogar mit Musik und Reden begrüßt. Die Behörden wagten nicht, gegen sie vorzugehen, weil die Stimmung im dänischen Volk radikal umgeschlagen war. Es wurde lediglich versucht, einige für den Transport von Spanien nach Dänemark zur Kasse zu bitten, aber mehr oder weniger vergeblich.

Wieder in der Heimat, habe ich an unzähligen Versammlungen teilgenommen und Reden gehalten. Es gab großes Interesse für Spanien. Die Menschen diskutierten darüber, das Thema war ständig in den Schlagzeilen. So kamen zu solchen Veranstaltungen viele Menschen. Außerdem hatten die Leute Angst. Hitler machte kein Hehl daraus, was er wollte. In unseren Berichten, die wir von den Internationalen Brigaden aus Spanien gesandt hatten, war stets davon die Rede gewesen, dass wir dort für den Weltfrieden kämpften. Bevor Spanien fiel, hatte Hitler bereits Österreich und die Tschechoslowakei besetzt, ohne auf Widerstand zu stoßen. Als Spanien dann 1939 fiel, war kaum sechs Monate später Polen an der Reihe. Und wieder vergingen nur wenige Monate, bis Hitler Dänemark und Norwegen angriff. Da waren wir schon mitten im Zweiten Weltkrieg.

Über die Freiwilligen, die nach Spanien gegangen waren, gab es die verschiedensten Meinungen. Es hieß, wir seien Romantiker gewesen. Das waren wir nicht! Denn als Dänemark dann von den Nazis besetzt wurde und eine Widerstandsbewegung aufgebaut werden musste, waren die Freiwilligen erneut zur Stelle. Sie wussten, was Krieg bedeutet und was einem passieren kann. Trotzdem beteiligten sie sich. Das geschah nicht nur in Dänemark, sondern überall in Europa. In Italien bestand das Oberkommando der Widerstandsbewegung aus fünf Personen, von denen drei in Spanien gekämpft hatten. Die Führer der französischen Résistance waren allesamt zuvor in Spanien gewesen. Es heißt immer, Paris sei von den Generalen De Gaulle und De Clerque befreit worden. Das stimmt nicht. Der Hauptverantwortliche war als Politkommissar im französischen Bataillon "La Marseillaise" in Spanien gewesen. Bei Titos Partisanen in Jugoslawien war es genauso. Überall in Europa setzten die Freiwilligen den Kampf bis zum endgültigen Sieg über die Faschisten fort.

Einige Spanier, die zu den Internationalen Brigaden kamen, waren Anarchisten. Sie stammten vor allem aus Barcelona. Die Anarchisten waren gegen jede reguläre Organisation und wollten in keiner organisierten Armee sein. Aber viele von ihnen verließen ihre Bewegung und schlossen sich der Armee des Volkes an. Es begann schon in Madrid in den ersten Monaten. Durrutti kämpfte mit seiner Einheit bei Madrid. Aber die Anarchistenführer waren dagegen und inszenierten 1937 eine Erhebung in Barcelona. Zu jener Zeit war auf sie überhaupt kein Verlass mehr, und sie scheiterten kläglich. Die Anarchisten wollten den revolutionären Prozess vollenden, was bedeutete, die Bauern zwangsweise zu kollektivieren. Damit hätten sie die Bauern gegen uns aufgebracht! Aber die Spanier waren ein Bauernvolk, und wir konnten an der Front nicht auf sie verzichten.

In den Resolutionen, die wir auf Bataillonsversammlungen annahmen, brachten wir unmissverständlich zum Ausdruck, dass wir gegen "Nichteinmischung" waren. Diese Resolutionen wurden an die dänische Regierung geschickt. Wir drängten sie, Spanien zu Hilfe zu kommen. "Wenn nicht um Spaniens willen, dann für Dänemark! Das ist vielleicht als nächstes an der Reihe!" Langsam zeigten sich in Dänemark Veränderungen. Komitees wurden gegründet, die

Gewerkschaften schickten Geld an Waisenhäuser in Spanien, die sogenannte "Mateotti-Stiftung" nahm spanische Kinder in Dänemark auf. Internationaler "humanitärer" Druck führte nicht nur in Dänemark dazu, dass Verhandlungen über den Abzug der ausländischen Truppen aufgenommen wurden.

Übersetzung der Erinnerungsberichte aus dem Englischen: Helmut Ettinger

Jörn Sack: Entstaatlichung.

Was wir wollten, entzieht sich unserer Kontrolle.

ISBN 978-3-929390-93-3/19,80 EUR Texte zur Sache im spectrum



Das umstrittene Thema "Globalisierung" hat Jörn Sack in seinem Buch "Entstaatlichung" analytisch aufgegriffen. Die Texte zeigen den unaufhörlichen Rückzug des Staates aus seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, durch die die Chance der Demokratie verspielt wird. Dieses Buch ist ein Ergebnis seiner Jahrzehntelangen Tätigkeit in EU-Gremien, die am Ende zu einer Entfremdung von seinem ursprünglichen Engagement führte.

Neue Sachbücher in der Edition Bodoni Linienstraße 71 in 10119 Berlin · 030-2825137 info@bodoni.org

## Der "Kesselheizer der Revolution" am Ende "maßlos verbittert im Herzen"

### Simone Barck †

Am 17. Juli 2007 starb in Berlin Dr. sc. Simone Barck (\* 1944). Sie war ein sehr engagiertes Mitglied des Fördervereins für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Literaturwissenschaftlerin vom Fach, verstand sie sich zugleich als Historikerin, vornehmlich als Historikerin der Arbeiterbewegung. Der Erfolg der Tagungen des Vereins 2003, 2004 und 2005 zur Verratsproblematik in der Arbeiterbewegung und der Tagung zur Geschichte der Arbeiterbewegung "von unten" 2006 war wesentlich auch ihr zu verdanken.

Zu den Schwerpunkten ihrer zeithistorischen Forschung gehörten das Exil in der Sowjetunion, der antifaschistische Widerstand 1933-1945 sowie der Umgang damit in der DDR und in der BRD. Nicht zuletzt ging es ihr dahei um "die symbiotische Ambivalenz" des Themas Exil in der UdSSR zwischen Antifaschismus und Stalinismus. Nachdrücklich widmete sie sich dem vernachlässigten Thema "Frauen in der Geschichte", so auch den Frauen im sowjetischen Exil als Teil der Exilgeschichte und der Frauenforschung. Sie ging diese Themen als "Geschichte von unten" an und forderte eine "noch ausstehende Sozialgeschichte des "Exils von unten". Ihren Beitrag über Frauen in kommunistischen Apparaten für die Tagung zur Geschichte der Arbeiterbewegung "von unten" überschrieb sie frei nach Bertolt Brecht: "War nicht wenigstens eine Sekretärin dahei?". Nicht anders ihr Ansatz in der Antifaschismusforschung.

Einzelschicksale, besonders von Frauen, waren stets in Simone Barcks Blick. Für notwendig hielt sie genauere Untersuchungen gesellschaftlich und persönlich bedingter Bruchstellen in einer Biografie. Differenziert untersuchte Simone Barck z. B. das Verhalten der Emigranten in der stalinisierten Sowjetunion, fragte nach dem Einzelnen, nach der Persönlichkeit, nach deren weltanschaulichen Lebensentscheidungen, Utopien und Visionen. Ihre Verhaltensweisen sollten nicht ausschließlich mit unserem heutigen Wissen gemessen, sondern "rekonstruierend analysiert" werden. Gerade eine solche Analyse zeichnete Simone Barck als Historikerin der Arbeiterbewegung aus – ob es um gesellschaftliche Makroprozesse oder und gerade, wenn es um einzelne darin wirkende Menschen ging.

In ehrendem Gedenken an Simone Barck veröffentlichen wir im Folgenden ein Manuskript aus ihrem Nachlass – auch ein Zeugnis ihres Interesses an und ihrer Verbundenheit mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und ihren Persönlichkeiten.

Vorstand des Fördervereins für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und Redaktion des "JahrBuchs"

Simone Barck 165

Der "Kesselheizer der Revolution" am Ende "maßlos verbittert im Herzen". Tagebücher von Max Hoelz (1889-1933) erstmals veröffentlicht.¹

Wenn die Armen im Vogtländischen in den inflationären 20er Jahren wieder mal ihre Lebensmittel nicht bezahlen konnten, kursierte im Volksmund der Spruch "Max Hoelz bezahlts!"; und wenn an "Frei-Tagen" unter der Bewachung von Hoelz' bewaffneten Rot-Front-Kämpfern die Waren in den Läden tatsächlich als "frei" betrachtet wurden, dann haben wir es mit langlebigen Legenden von einer die Phantasie des Volkes ohnegleichen erregenden Person zu tun.

Die Geschichte der Unterdrückten, Erniedrigten und Beleidigten kennt nicht allzu viele charismatische Führerfiguren. Max Hoelz gehört auf jeden Fall zu diesen. Seine sozialrebellischen Auftritte und seine draufgängerischen politischen Aktionen in der Novemberrevolution, in den revolutionären Auseinandersetzungen bei der Abwehr des Kapp-Putsches 1920 und bei den Kämpfen in Mitteldeutschland 1921 hatten ihm den Ruf eines "guten Rebellen" eingetragen, der von den Reichen nahm und den Armen gab. Seine ab 1921 fast acht Jahre dauernde Haft in den Zuchthäusern der Weimarer Klassenjustiz trug noch zu seiner märtyrerhaften Popularität bei, die sich bei seiner endlich von der KPD und Internationalen Roten Hilfe (IRH) sowie vielen fortschrittlichen Intellektuellen erkämpften Freilassung im Juli 1928 in einem triumphalen Empfang durch 100.000 seiner "Genossen, Arbeitsbrüder und Arbeitsschwestern" in Berlin äußerte.

Ganze fünf Jahre blieben Max Hoelz zu leben, sein Tod im September 1933 in dem russischen Fluß Oka in der Nähe der Stadt Gorki wurde nie aufgeklärt. Während parteioffiziell von Ertrinken gesprochen wurde,² gab es langlebige Gerüchte über einen Mord durch die russische Geheimpolizei GPU. Beweise konnten jedoch auch in den nach dem Ende der Sowjetunion sprudelnden NKWD-Archiven nicht gefunden werden. Es bleibt bei einem "sehr wahrscheinlichen" Mord auch bei Reinhard Müller, der in der Rekonstruktion der angeblichen "konterrevolutionären, trotzkistischen Hoelz-Wollenberg-Organisation" durch das NKWD 1936/37 manches Dafürsprechende auszubreiten weiß.³ Eine dritte Version, einen Freitod, möchte die Herausgeberin Ulla Plener, Historiographin der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegungsgeschichte, nicht ausschließen. Wie auch immer, ihr ist zuzustimmen, wenn sie Hoelz als "Opfer der gerade seit 1929 schnell fortschreitenden Stalinisierung – des von der KPdSU, der Komintern, der KPD verkörperten und von ihren Apparaten praktizierten Parteikommunismus" (S.52) sieht. Und es ist

<sup>1</sup> Siehe Ulla Plener (Hrsg.): Max Hoelz. "Ich grüße und küsse Dich – Rot Front!". Tagebücher und Briefe, Moskau 1929 bis 1933, Berlin 2005.

<sup>2</sup> Siehe zuletzt Biographisches Lexikon zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1970, S.231.

<sup>3</sup> Siehe Reinhard Müller: Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung, Hamburg 2001, S.125.

ihr Verdienst, die von Hoelz – zu großen Teilen handschriftlich – hinterlassenen Tagebücher ihrem über sieben Jahrzehnte währenden sekretierten Schlummer im Zentralen Parteiarchiv der SED (heute SAPMO im Bundesarchiv) entrissen zu haben.

Bei der Lektüre der Aufzeichnungen und Briefe, die vor allem bei Lücken in den Tagebüchern ergänzend dazugestellt wurden, enthüllt sich schnell, warum die Geschichtsschreibung der SED, sonst stets um Heroisierung der Arbeiterklasse bemüht, sich so wenig propagandistisch um diesen proletarischen Kämpfer bekümmert hat. Leben und Wirken von Max Hoelz sprengte im mehrfacher Hinsicht die eng gezogenen Grenzen der parteioffiziellen Historiographie. Folgerichtig stammte die einzige Biographie nicht von einem Historiker, sondern von dem Journalisten Manfred Gebhardt.<sup>4</sup>

Hoelz hatte ein gesundes Selbstbewusstsein, das ihm eine sklavische Anpassung an die Parteidisziplin unmöglich machte. Er pochte auf das Mitspracherecht des einzelnen Genossen und war für offene Diskussionen statt Querelen innerhalb der Partei. Außerdem neigte er zu spontanen, draufgängerischen Aktionen, ohne entsprechende Parteibeschlüsse abzuwarten. Diese anarchistische Grundhaltung,sein außerordentlich wirkungsvolles Auftreten vor großen Massen ließen ihn in den Augen der führenden KPD- und KI-Funktionäre als "größenwahnsinnig" und "problematisch", als "Parteischrecken" erscheinen. Und so gerät er im "geliebten Oktoberland" in einen unauflösbaren Konflikt, der ihn zu einer tragischen Gestalt werden läßt. Nach ersten euphorischen Wochen in der Sowjetunion mit zahlreichen Kundgebungen quer durchs "Märchenland", nach Kuraufenthalten zur Verbesserung seiner höchst angeschlagenen Gesundheit (Rheuma, Herzbeschwerden, Zahnprobleme u. ä.), nach verschiedenen Liebesgeschichten mit jungen "Komsomolinnen" (sic!) möchte Hoelz die Frage nach seinem "bleibenden Einsatz für die Revolution in Deutschland sowie für den revolutionären Aufbau in der UdSSR" beantwortet wissen. Er, der sich verzweifelt bemüht. Russisch zu lernen und sein autodidaktisches Wissen durch ein Studium an der Moskauer Leninschule aufzubessern (den Tagebüchern ist sein akribischer Tagesablauf zu entnehmen, in dem jede "Zeitverschwendung" scharf gerügt wird), hatte wohl erwartet, in eine verantwortliche Parteifunktion berufen zu werden. Immerhin hatte Stalin, dieser "prächtige Bursche", ihn 1929 ganze acht Stunden lang auf seiner Datsche zu Gesprächen empfangen! Im Dezember 1930 stellt er beim ZK der KPD den Antrag, nach Deutschland zurückzukehren. "Seit meiner Freilassung aus dem Zuchthaus bis heute habe ich darauf gewartet, daß die Partei meine Verdienste, die ich mir immerhin in den elf Jahren meiner Parteizugehörigkeit um die Partei und die revolutionäre Sache erworben habe, dadurch anerkennen würde, daß sie mich mit in das Zentralkomitee der Partei beruft und mir durch Hinzuziehung zu Beratungen das Vertrauen beweist, das ich verdient zu haben glaube."(S.127) Seinem Antrag wird

<sup>4</sup> Siehe Manfred Gebhardt: Max Hoelz. Wege und Irrwege eines Revolutionärs, Berlin 1983, 3. Aufl. 1989.

Simone Barck 167

nicht stattgegeben: denn Thälmann sah ihn höchstens in der Rolle seines "Stiefelputzers"; Helena Stassowa, die Vorsitzende der mächtigen IRH, hatte er sich durch undiszipliniertes Verhalten und ungehobeltes Benehmen zur Feindin gemacht; und dem väterlichen Wilhelm Pieck waren vor allem Hoelz' "Weibergeschichten" suspekt. Da sich Hoelz von Verleumdungen und "Drecksachen" umringt sieht, stellt er mit dem ihm eigenen Mut selbst den Antrag auf seine Partei-Tschistka (Säuberung). Im selbstzerstörerischen Warten darauf vergeht seine letzte Lebensphase, unterbrochen durch monatelange schwerste körperliche Arbeit auf den "Großbaustellen des Kommunismus": in Magnitogorsk, im sibirischen Kusnezk-Stroi, in den Bergwerksschächten von Temir-Tau. Die Eintragungen über seine praktischen Arbeitseinsätze machen seine Tagebücher zu einer aufschlussreichen historischen Quelle, die in seltener Anschaulichkeit die Widersprüchlichkeit der sowjetischen Wirklichkeit jener Jahre einseh- und fassbar macht. Hoelz's ungebrochene Begeisterung für das sozialistische Gesellschaftsprojekt, seine vorbehaltlose Zustimmung zur "Generallinie" Stalins, lassen ihn das tatsächliche Ausmaß der Schwierigkeiten nicht übersehen: Er registriert in den Betrieben "Verwahrlosung" und "sozialistisches Heldentum" gleichermaßen. Wie kaum ein anderer deutscher Funktionär hat er vor Ort die arbeitstechnischen und mentalen Probleme der hier tätigen ausländischen Arbeiter festgehalten, die allzuschnell auf deren mangelhaftes Bewusstsein zurückgeführt wurden. Das Aufdecken gravierender Missstände brachte ihm bei den dafür zuständigen lokalen Parteifunktionären weitere gefährliche Kritiker ein, die ihn bei den zentralen Parteiinstanzen von KPD und Komintern anschwärzten.

Das Maß seiner Verbitterung (dieses Wort zieht sich wie ein roter Faden durch seine Aufzeichnungen) über das Fehlen klärender Aussprachen und der ersehnten Tschistka läßt Hoelz zwei verzweifelte Schritte unternehmen: Er nimmt im März 1933 (!) Kontakt zur deutschen Botschaft in Moskau auf, um die Möglichkeit seiner Rückkehr nach Deutschland zu erkunden; im Mai 1933 verbarrikadiert er sich in seinem ihm als Wohnung dienenden Zimmer im Hotel "Metropol". Beides trägt zu seiner weiteren Isolierung und zur nicht zu übersehenden Observierung durch die GPU bei. Und so kommt denn auch sein letzter Einsatz in einem Sowchos<sup>5</sup> bei Gorki "mit der Forke in der Hand" einer Flucht aus einer für ihn unerträglichen Lage gleich.

Die Briefe an seine letzte Frau, Ada Hoelz-Tur, deren Antworten er wohl bei seiner letzten Bootsfahrt bei sich hatte, weisen für Hoelz ungewohnte zärtliche Passagen auf. In "Adussik" schien er endlich seine große Liebe gefunden zu haben. Für die erst neunzehnjährige Komsomolzin möchte Hoelz ihr "verfluchtes Mäxchen" sein, für den das Leben ohne sie "überhaupt Schei...Kakao" ist. Er unterzeichnet mit: "Ich grüße und küsse Dich – Rot Front!"

<sup>5</sup> Staatlicher Landwirtschaftsbetrieb.

Die Tagebücher und Briefe weisen wie schon sein autobiografisches Buch "Vom "Weißen Kreuz" zur roten Fahne. Jugend-, Kampf-, und Zuchthauserlebnisse", zuerst im Malik-Verlag Berlin 1929 erschienen, ein urwüchsiges literarisches Erzähltalent aus, das uns teilnehmen lässt an den militanten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts, an denen der "mutige Rebell" zugrunde ging.

# Regionales

"Wir, die wir keine Geschichte haben..."1

### Susanna Steiger-Moser

Der Beginn eines Liedes der Neuen Frauenbewegung aus den sechziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts – mit dem dieser Aufsatz überschrieben ist – drückt wie fast kein anderer aus, wie es um die Geschichte der burgenländischen "Mörtelweiber" bestellt ist. Sie ist nämlich nicht wirklich vorhanden. Viele burgenländische Frauen sind aber mit den Erzählungen ihrer Mutter, Großmutter oder sogar Urgroßmutter aufgewachsen, die von der Arbeit der Frauen am Bau handelten.



Mischen des Mörtels durch ein "Mörtelweib". muha-Bildarchiv

"Mörtelweiber" ist die ins Hochdeutsche übersetzte, regional unterschiedliche mundartliche Bezeichnung für jene Frauen, die als Taglöhnerinnen, später Hilfsarbeiterinnen, den Transport der Materialien, vor allem eben Mörtel, auf der

1 An dieser Stelle sei allen gedankt, die mir seit nunmehr einigen Jahren aus ihrem Leben erzählt, Fotos und Dokumente zur Verfügung gestellt haben. Mein Dank gilt auch Theresia Reiner vom Museum für Baukultur Neutal, die mir bei der Kontaktierung der

Theresia Reiner vom Museum für Baukultur Neutal, die mir bei der Kontaktierung der Gesprächspartnerinnen eine wertvolle Unterstützung war und die auch zum Ausbau des bestehenden Archives unermüdlich beiträgt. Ein Dank auch an: Franziska Godovits (Neutal), Maria Grill (Neutal), Kristina Kientzl (Neutal), Anna Payer (Neutal), Johann Pinter (Neutal), Rosa Pleyer (Neutal), Maria Rathmanner (Neutal), Robert Dominkovits (Neutal/Wien), Josef Stocker (Neudörfl), Rudolf Stricker (Sigless), Helene Trummer (Neutal).

Baustelle übernahmen.<sup>2</sup> In der "Mörtelrein" wurde der Mörtel von Männern und Frauen hergestellt, in ein "Mörtelschaff" geschöpft und von den Frauen auf dem Kopf vom untersten Niveau zum jeweiligen Bauniveau der Baustelle getragen. Um den Druck nicht unmittelbar auf die Schädeldecke zu leiten, trugen die Frauen einen "Kopfkranz", den jede Frau selbst anfertigte. Im Idealfalle war er aus Lederbändern oder zumindest starken Stoffbändern geflochten, hatte fünf bis zehn Zentimeter Stärke und entsprach im Durchmesser der jeweiligen Kopfform der Trägerin. Oft bestand er aber nur aus einem alten Strumpf, der mittels nicht mehr gebrauchter Kleidungsreste oder Stofffetzen möglichst fest ausgestopft wurde.

In Berichten, Statistiken und der Literatur über das Bauen kommen diese Frauen kaum vor. Das Handwerk des Bauens war und ist in der Geschichte männlich dominiert. Der Begriff des "Bauarbeiters" ist so stark verankert, dass man geradezu verleitet wird, nur an Männer zu denken. Und doch ist die historische Tatsache eine andere. Der Mythos der "Männer am Bau" wird widerlegt durch jene Zahlen, die die Genossenschaft der Bau- und Steinmetzmeister Wiens und Umgebung im Jahre 1867 veröffentlichte: Damals waren rund 4.800 Gesellen, 850 Lehrlinge und je 4.000 männliche und weibliche Taglöhner beschäftigt. 1889 überstieg die Zahl der Taglöhnerinnen jene der Taglöhner – 9.500 Frauen gegenüber 4.500 Männern.<sup>3</sup>

Es kam aber auch für das Gebiet des heutigen Burgenlandes (damals zum ungarischen Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie gehörig) vor, dass in Zeitungen von Frauen berichtet wurde, die am Bau arbeiteten. So streikten in Tatzmannsdorf Anfang Mai des Jahres 1889 etwa 20 Taglöhnerinnen am Bau – sie wollten eine Lohnerhöhung von täglich 5 Kreuzer (bei einem Tageslohn von 45 Kreuzer). Eine Semmel kostete damals 2 Kreuzer, für 100 kg Erdäpfel zahlte man zwischen 1 Gulden 30 Kreuzer und 2 Gulden 20 Kreuzer.

Johann Böhm (1886-1959), 1. Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, erwähnt in seiner Autobiografie Frauen, die am Bau beschäftigt waren: "[...] mindestens eine Stunde vor Arbeitsbeginn drängten sich vor den Kanzleien der verschiedenen Baustellen je ein Haufen Bauarbeiter und Bauarbeiterinnen, um auf das Erscheinen des Poliers zu warten, der gewöhnlich, sich durch den Haufen drängend oder in der Kanzleitür stehend, die dargebotenen Arbeitsbücher von ihm zusagenden Bewerbern entgegennahm. Wir hatten alle drei

-

<sup>2</sup> Die Bezeichnung des aus Sand, Wasser und Kalk oder Zement hergestellten Bindemittels stammt von lat. mortarium – Mörtelpfanne. Siehe Duden. Das Herkunftswörterbuch. Etymologie der deutschen Sprache, Mannheim u. a. 2001, S.540.

<sup>3</sup> Siehe Herbert Matis/Dieter Stiefel: "Mit der vereinigten Kraft des Capitals, des Credits und der Technik…". Die Geschichte des österreichischen Bauwesens am Beispiel der Allgemeinen Baugesellschaft – A. Porr Aktiengesellschaft, Bd. I: 1869-1945, Wien-Köln-Weimar 1994, S.100.

<sup>4</sup> Siehe Hans Hahnenkamp: Die burgerländische Industrie 2 (1885-1921), Wien 1994, S.12.

Glück und wurden zusammen mit vielleicht acht oder zehn anderen Bauarbeitern für würdig befunden."<sup>5</sup>

Auch Thomas Franta führt in seiner Diplomarbeit über die Entwicklung der Bauarbeit kurz die Tatsache an, dass "weibliche Wesen" am Bau beschäftigt waren, und belegt dies u. a. mit einem Zitat für einen Kirchenbau im Jahr 1574.6 Diese Beispiele zeigen das Dilemma der Geschichte der Frauen am Bau: Ab und zu wird erwähnt, dass es auch Frauen gegeben hat, die dort Arbeiten verrichtet haben; Genaueres über ihre Anzahl, ihre Arbeitsbedingungen erfährt man aber nicht. Generell heißt es immer die "Bauarbeiter", der "Bauhilfsarbeiter".

Ein Zeichen für die männliche Dominanz nicht nur auf der Baustelle, sondern auch in der Gewerkschaft ist die Benennung der Gewerkschaftszeitungen – angeführt wird der Name der jeweils ersten Ausgabe:<sup>7</sup>

20. Jänner 1887	"Der Gewerkschafter"
17. Jänner 1895	"Der Bauarbeiter"
1. April 1904	"Der Christliche Gewerkschafter"
1. Jänner 1908	"Der Maurer"
7. Jänner 1914	"Der Maurer" wird umbenannt in "Der Bauarbeiter"
1. Oktober 1928	"Der junge Bauarbeiter"
März 1946	Bau- und Holzarbeiter"

Gisela Bock, die Frauenhistorikerin, begründete 1988 das nicht Vorhandensein der Frauen: "Frauen sind hauptsächlich deshalb unsichtbar geblieben, weil ihre Erfahrungen, Aktivitäten und Räume des historischen Interesses nicht würdig schienen." Seit 1988 hat sich in der Erforschung der Geschichte der Frauen jedoch viel getan, und zahlreiche neue Erkenntnisse wurden publiziert.

Als mich der Verein "Stein auf Stein. Verein zur Erforschung des burgenländischen Bauwesens" mit der Konzeption und Ausarbeitung eines Museums beauftragte, das sich mit der burgenländischen Baukultur in einem weit umfassenden Sinne auseinandersetzen sollte, war ich mit der Tatsache konfrontiert, dass als "Objekte" hauptsächlich Fotos zur Verfügung standen. Bei der Sichtung des vorhandenen Materials, das im Laufe der Arbeit noch durch wesentlich mehr Fotos ergänzt wurde, und bei den vielen Gesprächen mit den

6 Siehe Thomas Franta: Die Entwicklung der Bauarbeit unter besonderer Berücksichtigung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme im Österreich des 19. und 20. Jahrhunderts, Diplomarbeit Wien 1992, S.38.

8 Gisela Bock: Geschichte, Frauengeschichte und Geschlechtergeschichte, in: Geschichte und Gesellschaft. 14. Jg. 1988, zit. nach: Petra Zwaka: Frauengeschichte in einem Regionalarchiv, Vortrag am 18.5.2001, S.3, veröffentlicht unter www.museentempelhof-schoeneberg.de/r\_allgemein/pdf/tagungsvortrag.pdf.

<sup>5</sup> Johann Böhm: Erinnerungen aus meinem Leben, Wien 1986, S.39.

<sup>7</sup> Siehe Die Bau- und Holzarbeiter im Wandel der Zeit von 1867-1992. Eine illustrierte Chronik, Wien 1992.

Leihgebern, kristallisierte sich heraus, dass es neben den burgenländischen Maurern auch viele "Maurerweiber, Mörtelweiber, Hilfsarbeiterinnen" gegeben hatte. Es ist dies auf den Fotos aus der Zeit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zu verfolgen. Bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts sind die Frauen als Arbeiterinnen auf den Baustellen fotografisch und erzählerisch dokumentiert. Viele burgenländische Frauen hatten auf Baustellen in Wien allein, gemeinsam mit ihren Männern oder anderen Familienmitgliedern gearbeitet und so ihre Aussteuer, die Raten für den gemeinsamen Kredit der Verheirateten und das Geld für den Unterhalt verdient. In den damaligen Statistiken scheinen sie jedoch nicht auf – die männliche Bezeichnung wird durchgehend verwendet. Im Museum für Baukultur Neutal ist nun seit 2005 die historische Tatsache der Fronen am Bau auch mittels Objekten, Fotografien und Texten dokumentiert.

Im Folgenden soll die Situation der Frauen im Baugewerbe über einen Zeitraum von etwa sechzig Jahren beschrieben werden. Dies erfolgt anhand von Fakten, Zahlen, Bildern, Beschreibungen und persönlichen Erzählungen von Frauen, vorwiegend aus der Gemeinde Neutal, die als Mörtelweiber oder in anderen Funktionen am Bau gearbeitet haben. Es geschieht dies in beispielhafter Form, da keine geeigneten Daten für das Burgenland vorliegen. Die hier genannten Frauen und viele andere in zahlreichen Gemeinden des Burgenlandes sind in der mündlichen Überlieferung ihrer dörflichen Gemeinschaften unter dem Überbegriff "Mörtelweiber" zu finden.

#### Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Frauen am Bau

Die Arbeit der Frauen war bis in die sechziger und siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts kaum eine qualifizierte – meist übten sie Handlangerdienste aus. Dies drückt sich auch in den Kollektivverträgen aus. Schon in den ersten ausgehandelten Kollektivverträgen findet sich die Angabe der Entlohnung für Taglöhnerinnen bzw. Hilfsarbeiterinnen. Im 1. Kollektivvertrag, der für das Baugewerbe abgeschlossen wurde (am 4. Juni 1904) wird der Stundenlohn für weibliche Handlanger mit 1 Krone 80 Heller angegeben, ein männlicher Handlanger erhielt 2 Kronen 40 Heller.<sup>9</sup> Sonst werden keine Löhne für Frauen angeführt. Im Kollektivvertrag für das Jahr 1929 wurde für die Mörtelmacherinnen ab 1. März 1931 ein Stundenlohn von 1,04 Schilling (0,08 €) festgelegt, eine Hilfsarbeiterin erhielt 0,88 Schilling (0,06 €).<sup>10</sup>

Arbeitslosigkeit entstand nicht nur durch die herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse, es hatte auch eine andere Entwicklung zum Abbau von Arbeitskräften am Bau geführt: In der Zwischenkriegszeit hatte die durchschnittliche Arbeitsleistung eines Maurers bei achtstündiger Arbeitszeit kaum 400 gemauerte

<sup>9</sup> Abgedruckt in: In 20 Jahren. Eine Zusammenstellung der Lohnbewegungen der Organisation der Maurer und Bauhilfsarbeiter von 1894 bis 1913. Hrsg. Zentralverband der Bauarbeiter Österreichs, Wien 1914, S.55.

<sup>10</sup> Kollektivvertrag 1929, Original im Archiv der Gewerkschaft Bau-Holz, ohne Seitenangabe.

Ziegel betragen. "Jetzt aber", heißt es in einer 1967 erschienenen Publikation, "erreicht die Arbeitsleistung eines Maurers bei achtstündiger Arbeitszeit durchschnittlich 900 Ziegel pro Tag. Die Bauhilfsarbeiter rekrutierten sich in der Vorkriegszeit größtenteils aus weniger arbeitsfähigen, meist überalterten oder noch in jugendlichem Alter stehenden Menschen. Die Regel war damals, daß zwei Maurern zwei Hilfsarbeiter zugeteilt waren: ein männlicher zum Schleppen der Ziegel und ein weiblicher, der den Mörtel zutragen mußte. Heute bedient in der Regel ein Hilfsarbeiter sechs Maurer mit Mörtel, während ein anderer Hilfsarbeiter für die gleiche Anzahl Maurer Ziegel zuträgt."<sup>11</sup>

Die Leistungsfähigkeit der Maurer war einerseits durch logistische Planungen der Ingenieure gestiegen. Andererseits wird sie unterschwellig begründet mit der höheren Leistungsfähigkeit der Männer - die Frauen kommen laut diesem Text nicht mehr auf der Baustelle vor. Dass dies aber nicht den Tatsachen entsprach, ist aus den später angeführten Lebensberichten der "Mörtelweiber" zu erfahren. Im Bauarbeiter-Kollektivvertrag für Wien 1934 werden angeführt: Maurer im 1. und 2. Gehilfenjahr, Vollmaurer und Professionisten der Nebenberufe, Zimmerer, Flechter bei Eisenbetonarbeiten, Schaler, Eisenbieger und Abzieher bei Eisenbetonarbeiten, Gerüster, Hilfsarbeiter im Alter von 14 bis 16, von 16 bis 20 und über 20 Jahre und zuletzt Mörtelmacherinnen und Hilfsarbeiterinnen. Die Arbeiten, die die Frauen ausführten, werden folgendermaßen beschrieben: "Als Mörtelmacherinnen gelten jene Arbeiterinnen, welche ständig auf Baustellen den Mörtel anmachen. Arbeiterinnen, die bei Adaptierungen und Renovierungen die Mörtelzubereitung für nicht mehr als drei Maurer besorgen, erhalten den Hilfsarbeiterinnenlohn."12 Zu den Hilfsarbeiterinnen zählten auch jene Frauen, die Reinigungsarbeiten durchführten. Der Stundenlohn für Mörtelmacherinnen wird mit 0,81 Schilling (0,06 €) und für Hilfsarbeiterinnen mit 0,70 Schilling (0,05 €) angegeben. Männliche Hilfsarbeiter über 20 Jahre erhielten im Vergleich 1,03 Schilling (0,07 €).

Nach dem 2. Weltkrieg hatte sich in der neuen Lohntafel von 1947 für Wien unter Berücksichtigung des Kollektivvertrages für das Baugewerbe ein Fortschritt eingestellt: Hilfsarbeiterinnen im Hoch- und Tiefbau erhielten den jeweiligen Hilfsarbeiterlohn von 3,65 Schilling (0,27 €), die Hilfsarbeiterinnen, die zu Aufräumungsarbeiten in der Baukanzlei und in den Aufenthaltsräumen der Bauarbeiter verwendet wurden, bekamen 2,80 Schilling (0,20 €) jeweils pro Stunde. Sonst gibt es keine Angaben, dass Frauen im Baugewerbe beschäftigt gewesen wären. Bei den Lehrlingen wird nicht genannt, ob es beide Geschlechter betraf, es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, dass nur männliche Lehrlinge aufgenommen wurden.<sup>13</sup>

Ganz besonders augenfällig widerspiegeln die Rolle der Frauen im Baugewerbe

11 100 Jahre. Geschichte der Bau- und Holzarbeiter Österreichs, Wien 1967, S.233.

<sup>12</sup> Bauarbeiter-Kollektivvertrag für Wien 1934, Original im Archiv der Gewerkschaft Bau-Holz, Wien, S.5f.

<sup>13</sup> Die neue Lohntafel für Wien, in: Der Bau- und Holzarbeiter 13. Jg. 1947, Nr. 13, S.4.

die Kollektivvertrags-Stundenlöhne für das Burgenland aus dem Jahre 1959 (s. Abb. S. 175). Auf der vorletzten Stufe (die letzte wird nur mit dem Stundenlohn bezeichnet) ist das Symbol für die Frau eingezeichnet. Weniger als die Frau erhält anscheinend niemand mehr. Sie erklimmt zwar noch die nächste Lohnstufe, doch dann sind es nur noch Männer, die im Kollektivvertrag für das Baugewerbe angeführt werden.

Im Jahre 1967 gibt es im Bericht vom 7. Gewerkschaftstag eine Darstellung über "Die Frau als Arbeiterin in der Bau und Holzwirtschaft".¹⁴ Dabei handelte es sich in den Jahren 1964 bis 1966 um etwa 23.150 bis 24.299 Frauen, die in der Bau- und Holzwirtschaft beschäftigt waren. Von dieser Gesamtzahl waren 28 Prozent im Baunebengewerbe und 22 Prozent im Bereich Baustoff-Keram tätig. Der Anteil der Frauen am Gesamtstand der Arbeitskräfte im Bau- und Baunebengewerbe betrug im Jahr 1966 3,1 Prozent. Angeführt werden auch berufstätige Mütter von Kindern unter 14 Jahren: 7.151, das waren 29 Prozent der beschäftigten Frauen; sie hatten zusammen 10.532 Kinder unter 14 Jahren. Wobei bemerkenswert ist, dass 68 Frauen fünf und mehr Kinder aufzogen. Die Altersstruktur weist einen interessanten Verlauf auf, der auch auf die Entwicklung hinweist, die im Folgenden dargestellt werden soll. 3,6 Prozent der Bau- und Holzarbeiterinnen waren unter 18 Jahre, 27,9 Prozent waren 18 bis 29 Jahre alt, 33,0 Prozent waren zwischen 30 und 44 Jahre, 25,2 Prozent zwischen 45 und 54 Jahre und immerhin 10,3 Prozent 54 Jahre und älter.

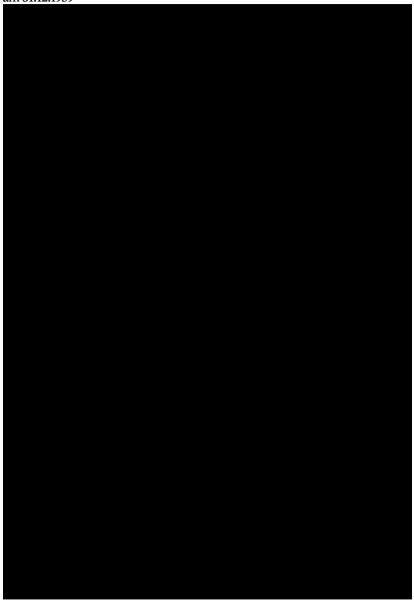
Die burgenländischen "Mörtelweiber" und die Rolle der Frau in der Gesellschaft

Schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts waren Frauen im deutschsprachigen Siedlungsgebiet Westungarns, dem heutigen Burgenland, aus Gründen sozialer und wirtschaftlicher Not gezwungen gewesen, eine Möglichkeit des "Dazuverdienens" zu suchen. Es boten sich nicht allzu viele Möglichkeiten – Benachteiligungen durch mangelnde Ausbildung aufgrund der herrschenden Verhältnisse führten dazu, dass junge, arbeitswillige Mädchen die Chance nutzten, mit ihren Vätern und Brüdern auf die Baustellen der Monarchie zu ziehen und dort zu arbeiten.

Im Zuge der Entwicklungen nach der Industriellen Revolution hatte sich im unteren sozialen Bereich eine wesentliche Änderung der familiären Struktur ergeben – die Ablösung des Patriarchats begann. Die Frau wurde in das erwerbswirtschaftliche Denken eingespannt. Der Mann konnte nicht mehr allein als Erhalter der Familie fungieren. Die Frau musste zum Familieneinkommen beitragen, um das Überleben zu sichern. Auch die Kinder stellten nun keine Investition in den Familienbetrieb und eine Altersvorsorge für die Eltern dar, sie waren vielmehr eine finanzielle Belastung und mussten ebenfalls frühzeitig zum "Einkommen" der Familie beitragen.

<sup>14</sup> Die Frau als Arbeiterin in der Bau und Holzwirtschaft, in: Bericht 7. Gewerkschaftstag, Wien 1968.

Kollektivvertrags-Stundenlöhne im Baugewerbe für das Burgenland am 31.12.1959



Quelle: Bericht 5. Gewerkschaftstag 5.-8.10.1960, S. 54. Diese Art der Darstellung wurde für Gesamtösterreich ebenfalls verwendet.

Sehr oft wurden die Frauen aber an ihren Arbeitsorten, an denen sie schwerste Arbeiten verrichteten, ausgebeutet. Daher es ist kein Wunder, dass die Forderungen der ersten Frauenbewegungen, die speziell Arbeiterinnen vertraten, solche nach besseren Arbeitsbedingungen waren. Dies stand im Gegensatz zu den bürgerlichen Frauenbewegungen, die vor allem den freien Zugang zu Bildung verlangten und weniger den Schutz vor Ausbeutung der Frauen. Doch war den Vertreterinnen der Arbeiterinnen auch die Bildung wichtig, wie der Aufruf von Anna Steiner am 6. Juni 1890 in der "Arbeiter-Zeitung" zur Gründung eines eigenen Arbeiterinnen-Bildungsvereines in Wien zeigte. 15

Was waren das für Frauen aus dem heutigen Burgenland und der österreichischungarischen Monarchie, für die sich die frühen Vertreterinnen der Frauenarbeiterbewegung einsetzten?



Bauarbeitergruppe Anfang des 20. Jahrhunderts. muba-Bildarchiv

Im Bildarchiv des Museums für Baukultur befindet sich ein Foto aus dem Nachlass des Ehepaares Anton (geb. 1900) und Theresia Wegscheidler (geb. 1901). Anton war als Maurer und später als Feuerungsmaurer tätig. Theresia wird im Heimatschein der Gemeinde Neutal, ausgestellt am 5. Dezember 1922, als Hilfsarbeiterin bezeichnet. Auf diesem Foto, das mit großer Sicherheit im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts aufgenommen wurde, ist eine Gruppe von Menschen zu sehen, die einem bestimmten Bau oder einer Baufirma zuzuordnen ist. Neben der Überzahl an männlichen Arbeitern gibt es auch Herren in Anzug und Krawatte, und es sind acht Frauen in Kleidern und mit Kopftüchern

<sup>15</sup> Siehe Bau- und Holzarbeiter, illustrierte Chronik, S.34.

<sup>16</sup> Siehe Heimatschein Theresia Wegscheidler. Personen-Archiv Wegscheidler des Museums für Baukultur Neutal, Sign. WEG 5.

abgebildet, darunter Theresia Wegscheidler. Sie gebar in den Jahren 1921 bis 1927 fünf Mädchen und war in dieser Zeit auch am Bau tätig.

In den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts war sie aber nicht die einzige Frau aus Neutal, die auf Baustellen tätig war. Maria Dominkovits (geb. 1908) arbeitete in den Jahren 1920 bis 1928 als "Mörtelweib" beim Bau der Gemeindewohnungen vis á vis der Spinnerin am Kreuz in Wien. Sie hatte im Jahre 1927 geheiratet, weil die Geburt ihres Kindes kurz bevorstand, und ging bald danach mit ihrem Mann nach Wien auf die Baustelle, um den Kredit, den sie für den Bau ihres Hauses aufgenommen hatten, tilgen zu können. Dieselben finanziellen Gründe führten auch Theresia Stocker aus Ritzing (geb. 1900) damals nach Wien, um mit ihrem Onkel und ihrem Vater auf den Baustellen zu arbeiten.

Im Allgemeinen waren aber in den zwanziger Jahren die Frauen noch wenig auf das Berufsleben ausgerichtet. Sie arbeiteten zwar oft in der Landwirtschaft – meist aber im eigenen Betrieb, wenige als Landarbeiterinnen. Da zu dieser Zeit eine Arbeitslosenunterstützung für Landarbeiter fehlte, wichen sehr viele, wenn es möglich war, in Bereiche aus, wo es derartige soziale Leistungen gab. In Wien herrschte anfangs noch eine große Nachfrage nach Hausmädchen und nach Schneiderinnen. Außerdem war 1920 per Gesetz eine Woche bezahlter Urlaub für Hausgehilfinnen eingeführt worden. Doch durch die starke persönliche Gebundenheit und Abhängigkeit und dann auch die sinkende Nachfrage aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung gab es für arbeitswillige Frauen kein großes Arbeitsangebot. Zu den wenigen Möglichkeiten für sie gehörte die Arbeit am Bau.

War die Situation auf den Baustellen für die Frauen ohnehin nicht einfach, so plagten sie zusätzlich Existenzängste, wie 1926 auf dem V. Verbandstag der Österreichischen Baugewerkschaft festgestellt wurde: "Auf den Baustellen geht das Bestreben dahin, die Frauenarbeit auszuschalten und nur mehr Buttenträger anzustellen. Frauen mit 3-4 Kindern haben uns schon gesagt: Was wird denn mit uns geschehen?"<sup>17</sup>

Die Arbeiterinnen befanden sich in einer schwierigen Situation – zum Überleben war ein Doppeleinkommen erforderlich. Dies wird zum Beispiel in einem Artikel in der "Baugewerkschaft" beschrieben: "Die Zeiten haben sich auch für die Frauen gründlich geändert. Ihr Wirkungsbereich ist heute ein anderer als vor ein paar Jahren, [...] fast jedes Mädchen ist bis zur Verheiratung zum Erwerb gezwungen, auch in der Ehe ist heute mehr oder weniger jede Beamtenfrau sowie jede Frau eines Arbeiters und anderen Angestellten zur Mitarbeit in der einen oder anderen Form genötigt, denn die Gehälter und die Löhne sind derart niedrig, dass größere Anschaffungen nicht gemacht werden können. An Sparen kann überhaupt nicht gedacht werden."<sup>18</sup>

<sup>17</sup> Tätigkeitsbericht und Protokoll des V. Verbandstages der Österreichischen Baugewerkschaft am 17., 18. und 19. Mai 1926, Wien 1926, S.192 (Referat J. Böhm).

<sup>18</sup> Baugewerkschaft. Organ der österreichischen Baugewerkschaft, 35. Jg., Nr. 31 vom 31.7.1929, S.1.

In dieser Zeit lassen sich zwei verschiedene Rollendefinitionen der Frau feststellen: Aus historischen Gründen lebten Mädchen der bürgerlichen Schicht eher in der Bildungstradition des 19. Jahrhunderts und sahen ihre Aufgabe in der Ehe als Haushaltsführerin, Kindeserzieherin und Gattin des alleinigen Familienerhalters. Töchter aus Arbeiterfamilien erblickten in der Ehe keine Versorgungsinstitution. Sie planten ihr Leben, so wie es ging, schon selber und betrachteten die Erwerbstätigkeit als selbstverständlich. Sie kannten es ja auch aus der Tradition, dass in der Familie alle mitarbeiten mussten, um leben zu können <sup>19</sup>

In den Jahren 1923 bis 1934 waren anteilsmäßig an der Gesamtzahl der Beschäftigten 3,83 Prozent der Männer und Frauen in der Bauindustrie und im Baugewerbe tätig. Der Anteil der im Baugewerbe beschäftigten Frauen an diesen 3,83 Prozent betrug 5,42 Prozent. Innerhalb dieses Zeitraumes stieg die Beschäftigungsquote der Frauen im Baugewerbe um 1,79 Prozent.<sup>20</sup>

Wie die obigen Ausführungen über die Entwicklung der Löhne zeigen, wurden die Frauen für die gleiche Arbeitsleistung wesentlich schlechter bezahlt. Es war daher schon seit 1921 ein wichtiges Anliegen der Frauenbewegungen, Ungleichbehandlungen aufzuzeigen und mit der Forderung nach besserer Ausbildung und beruflichem Aufstieg zu verbinden: "Der Schutz der weiblichen Arbeitskraft, wie er vor dem Krieg gefordert und nach dem Umsturz verwirklicht wurde, entspricht nicht mehr den Anforderungen, die der hochentwickelte, rationalisierte Kapitalismus der Gegenwart an die weibliche Arbeitskraft stellt [...] Frauen, die beim Lastentragen und bei schweren Maschinen, bei Arbeit, die ihren Organismus zerstörte, zu halben Lohn den Mann verdrängten, aber in zahllosen Gewerben und Berufen, die leichter sind und ihren Fähigkeiten entsprechen, von der gelernten Arbeit, vom Aufstieg ausgeschlossen sind, das bekämpfen wir!"<sup>21</sup>

Die Politik hingegen vertrat in der Zeit des Ständestaats und des darauf folgenden Nationalsozialismus ein Frauenbild, das die Hauptaufgabe der Frau in der Ehe und der Familie sah. Im Ständestaat war die Tätigkeit von Frauen nur für die Zeit vor ihrer Verheiratung wünschenswert. Das Frauenbild des Nationalsozialismus war in den Parteiprogrammen nur vage umrissen, um möglichst viele ansprechen zu können. Wie widersprüchlich allein Hitlers Aussagen waren, sei kurz dokumentiert: 1932 verkündete er: "Die Frau ist Geschlechts- und Arbeitsgenossin des Mannes. Sie ist das immer gewesen und wird das immer bleiben. Auch bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen muß sie das sein. Ehedem auf dem Felde, heute im Büro. Der Mann ist Organisator des Lebens, die Frau seine Hilfe und sein Ausführungsorgan." Im Widerspruch dazu steht ein Wahlaufruf vom 31. Juli 1932, also aus demselben

<sup>19</sup> Siehe Edith Rigler: Frauenleitbild und Frauenarbeit in Österreich vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg (= Sozial- und wirtschaftshistorische Studien Bd. 8, hrsg. von Alfred Hoffmann/Michael Mitterauer), Wien 1976, S.166.

<sup>20</sup> Siehe ebenda, S.142.

<sup>21</sup> Handbuch der Frauenarbeit in Österreich, Wien 1930; S.15.

Jahr: "Die Arbeit ehrt die Frau wie den Mann. Das Kind aber adelt die Mutter." Und am 8. September 1934 erklärte Hitler auf dem Nürnberger Parteitag vor der NS-Frauenschaft: "Die Welt des Mannes ist der Staat, […] die Welt der Frau ist ihr Mann, ihre Familie, ihre Kinder, ihr Haus!"<sup>22</sup>

Diese Aussagen standen in großem Widerspruch zur Wirklichkeit. 1939 wurde das Pflichtjahr für Mädchen unter 25 Jahren eingeführt. Sie waren vorerst Hilfe für kinderreiche Familien und auf großen Bauernhöfen. Hintergrund war aber mehr und mehr das Fehlen der Männer. Im Verlauf des Krieges wurden immer mehr Frauen in der Industrie tätig. In der Bauindustrie der "Ostmark" stieg die Zahl der beschäftigten Frauen von 708 (1,5 Prozent) im Jahr 1939 auf 2.383 (5,1 Prozent) 1944.<sup>23</sup> Erschwerend kam für die Frauen dazu, dass sie bis kurz vor ihrer Niederkunft arbeiteten. Hätten sie den Arbeitsplatz vier bis sechs Wochen vor der Geburt verlassen, wäre ihr Lohn auf 75 Prozent vermindert worden.



Arbeitsbuch Maria Trummer. muba-Archiv

Ein Arbeitsbuch im Archiv des Museums für Baukultur zeigt die Arbeitskarriere einer jungen Neutaler Frau: Das Arbeitsbuch Nr. 261/35715 ist am 27. April 1937 in Freital/Sachsen auf Maria Trummer aus Neutal, geb. 12. Oktober 1922, ausgestellt und verzeichnet, dass sie ab fünfzehn Jahren als Landarbeiterin tätig war – von April 1937 bis August 1938. Danach war sie von September bis Dezember 1938 bei der Fa. Pittel's Neffe – Negrelli & Co als Bauhilfsarbeiterin beschäftigt. Die Eintragung in der nächsten Zeile stammt erst aus der Nachkriegszeit und zwar von der Firma Hans Schrödl, Baumeister in Attnang-Puchheim: Vom 15. Juni bis zum 16. Dezember 1951 war Maria wieder als

\_

<sup>22</sup> Alle zit. nach: Renate Weisser: Der Wandel der Frauenerwerbstätigkeit durch die Industrialisierung unter besonderer Berücksichtigung des statistischen Materials aus Österreich, Diss. Linz 1979, S.170, 168.

<sup>23</sup> Siehe ebenda, S.181.

Bauhilfsarbeiterin tätig. Interessant ist – wie in vielen Fällen – die Weiterverwendung der Arbeitsbücher aus dem Dritten Reich.

Ab 1941 gab es eine weitgehende Einschränkung der Bauvorhaben zugunsten der Rüstungsproduktion und ab 1942 ein generelles Neubauverbot. Bauarbeiten waren nur noch für kriegswichtige Vorhaben vorgesehen.

Nach Kriegsende herrschte ein Mangel an Baustoffen, Energie, an qualifizierten Bauarbeitern, Maschinen, Treibstoff und Transportmitteln. Überwiegend Frauen leisteten die ersten Aufbauarbeiten, wobei ihre Arbeitsleistung eingeschränkt war durch mangelnde Ernährung und durch mangelhafte Bekleidung. Die Frauen bildeten die Arbeitskräftereserve – die Männer fehlten entweder dadurch, dass sie im Krieg gefallen waren, sich in Gefangenschaft befanden oder keine Arbeitserlaubnis hatten. Die Zahl der berufstätigen Frauen stieg daher stark an. Auch aus Neutal nahmen einige junge Frauen das Arbeitsangebot der "Keiler"<sup>24</sup>, die in den Ort kamen, an und gingen nach Wien.

Rosa Pleyer (geb. 1929) war damals ungebunden und arm und nutzte diese Möglichkeit, gemeinsam mit vier-fünf anderen Neutalerinnen und zwei Ritzingerinnen. Sie putzten die Ziegel der zerstörten Hauptpost in Wien. Etwa 30-40 Personen arbeiteten dort - mehr Frauen als Männer, neben den Genannten auch weibliche Flüchtlinge aus der Bacska<sup>25</sup>. Rosa erhielt mehr als den üblichen Lohn von 17 bis 18 Reichsmark im Monat. Sie war nämlich schwindelfrei und konnte so auf höheren Arbeitsebenen eingesetzt werden und die Ziegel bis ins Dachgeschoss tragen. Untergebracht waren sämtliche Frauen der Baustelle in einem Firmenquartier im 17. Bezirk. Rosa Pleyer arbeitete Ende der vierziger Jahre sogar im Kanalbau - mit dem Krampen führte sie Grabungsarbeiten durch. 1949 starb nach wenigen Monaten ihr erstes Kind, nach der Hochzeit 1950 gebar sie im selben Jahr einen Sohn. Nach einem halben Jahr ging sie wieder arbeiten. Eine Tochter starb ebenfalls ein halbes Jahr nach der Geburt. Insgesamt hatte Rosa sieben Schwangerschaften – davon überlebte nur der Sohn. Sie wohnte mit ihrem Mann in Wien in einer Hausmeisterwohnung. Die Ehegatten arbeiteten in derselben Firma, und Rosa wurde oft von ihrem Mann, der Polier war, benachteiligt, um nicht in den Verdacht der Bevorzugung zu kommen. Sie arbeitete immer als Hilfsarbeiterin, immer im Akkord und verdiente mehr als ihr Mann. Noch heute bezeichnet sie die Arbeit als "schön", "Arbeit machte ihr nichts aus".26

Maria Rathmanner (geb. 1925 in Neutal) ging ebenfalls als Ziegelputzerin und

<sup>24</sup> Umgangssprachliche und allgemein übliche Bezeichnung für Arbeitsvermittler, die meist von den Baufirmen engagiert waren und auf Provisionsbasis arbeiteten.

<sup>25</sup> Heute zu Ungarn bzw. Serbien gehöriges Gebiet des ehemaligen Komitats Bâcs-Bodrog des Königreiches Ungarn. Wurde Ende des 17. Jahrhunderts unter den Habsburgern durch deutsche Siedler kolonialisiert – durch sogenannte "Donauschwaben". Diese deutschsprachigen Siedler wurden nach Ende des 2. Weltkrieges von dort vertrieben.

<sup>26</sup> Inhalt wiedergegeben nach Gesprächsprotokoll des Gespräches mit Rosa Pleyer vom 16.5.2007.

Mörtelweib nach Wien, bis sie im Jahre 1948 die Möglichkeit ergriff, in der Schweiz als Hausmädchen tätig zu werden.

Hermine Reisenhofer (geb. 1916 in Neutal) begann bald nach Kriegsende mit den Feuerungsmaurern (auch ihr Mann gehörte dazu) in Donawitz zu arbeiten. Als ihre Stieftochter an einem Ekzem litt, holte sie das Kind zu sich nach Donawitz. Es lebte mit der Stiefmutter und dem eigenen Vater in einer Baracke auf dem Werksgelände. Hermine Reisenhofer war Hilfsarbeiterin und arbeitete im Schichtbetrieb, ebenso wie die Männer. Vorwiegend wurden Arbeiten an Siemens-Martin-Öfen durchgeführt. Sie war bis etwa 1951 bei den Feuerungsmaurern tätig.<sup>27</sup> In Donawitz waren die Feuerungsmaurer sehr oft an den Siemens-Martin-Öfen eingesetzt. Sie wurden mit Schamott- und Magnesitsteinen ausgemauert. Ein Magnesitstein wog etwa 30 Kilogramm. Die Arbeit der Frauen bestand hauptsächlich im Heranschaffen der Ziegel. Sie luden die Steine am Ort der Erzeugung auf Hunte, schoben sie zu den Öfen, luden sie ab und trugen sie den Feuerungsmaurern zu.<sup>28</sup>

Anna Payer (geb. 1932) ging mit ihrem Vater, der Baupolier war, und ihrem Bruder, einem Bauingenieur, nach Wien. Motiv war für sie der höhere Verdienst trotz schwerer Arbeit. Sie rührte den Mörtel an und zog Kübel per Hand mit der Seilwinde auf. Untergebracht waren sie in Baracken auf dem Lagerplatz der Firma.<sup>29</sup>

Als Mörtelweiber arbeiteten auch Theresia Pinter (geb. 1914 in Neutal), die bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts auf Wiener Baustellen tätig war,<sup>30</sup> und Kristina Kientzl (geb. 1923 in Neutal), die Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre diese Arbeit ausübte. Auch Kristina Kientzl bezeichnet ihre Arbeit als "schön" – sie trug vier Meter lange Pfosten bis in den vierten Stock. Als die Männer für diese Arbeit eine zehnprozentige Zulage bekamen und sie nicht, beschwerte sie sich beim Baumeister und erhielt sie daraufhin ebenfalls.<sup>31</sup> In den sechziger Jahren wurde die Anzahl der Frauen, die als Hilfsarbeiterinnen am Bau arbeiteten, immer geringer. Die Zahl der beschäftigten Frauen stieg zwar proportional mit dem steigenden Wohlstand, doch boten sich ihnen nun andere Arbeitsmöglichkeiten – im Burgenland siedelte sich eine Reihe von Betrieben der Nahrungs- und Genussmittelindustrie sowie der Textilindustrie an. Auch in Neutal und Umgebung entstanden Arbeitsplätze in Textilbetrieben.

<sup>27</sup> Inhalt wiedergegeben nach Gesprächsprotokoll mit Helene Trummer, Stieftochter von Hermine Reisenhofer, vom 16.5.2007.

<sup>28</sup> Information über die Arbeiten der Frauen in Donawitz von Rudolf Stricker, geb. 1921, Sigless, ehemaliger Bauleiter in Donawitz. Die Frauen, die in Donawitz arbeiteten, stammten zum Großteil aus der Umgebung. Je nach Auftragslage (dabei handelt es sich um die fünfziger Jahre) waren 60 bis 70 Frauen beschäftigt. Wiedergegeben nach Gesprächsprotokoll vom 1.6.2007.

<sup>29</sup> Wiedergegeben nach Gespräch mit Anna Payer und nach Unterlagen im muba-Personenarchiv Anna Payer.

<sup>30</sup> Wiedergegeben nach Informationen des Sohnes Johann Pinter, geb. 1940, Neutal, ehem. Polier.

<sup>31</sup> Siehe Gesprächsprotokoll mit Kristina Kientzl vom 6.5.2007.

Viele Frauen waren damals aber auf andere Art im Baubereich beschäftigt – sie bauten gemeinsam mit ihren Männern ihre eigenen Häuser. Dabei beschaftten sie während der Abwesenheit der Männer unter der Woche die Baustoffe, trugen Schotter aus dem Bachbett des Stooberbaches mittels Holzkisten zum Bauplatz und machten daraus in einer selbst hergestellten Form jene Betonziegel, die für den Keller verwendet wurden. Am Wochenende wurden diese Ziegel dann von den Männer "verbetoniert" (im Sinne von "verwendet zum Bau des Hauses").<sup>32</sup> In den sechziger Jahren gab es zwar auch schon andere Arbeitsangebote für Frauen am Bau – doch waren das meist immer noch Tätigkeiten als Hilfsarbeiterinnen, häufig als Reinigungskraft, auf fertiggestellten Baustellen.

Andere waren, wie Franziska Godovits (geb. 1925 in Neutal), in der Küche tätig. Sie hatte zunächst in der Landwirtschaft und in der Textilindustrie gearbeitet und ging erst 1967 mit ihrem Mann nach Wien zu einer Baufirma. Dort war sie als Einkäuferin und Köchin für die Obere Personalebene bei Großbaustellen wie dem Arsenal oder der Großfeldsiedlung tätig. Anfangs hatte sie etwa 26 Leute zu versorgen, später im Regelfall zwischen 70 und 80 Personen. Es war einerseits eine logistische Leistung, die sie zu vollbringen hatte, und andererseits eine schwere körperliche Arbeit. Ab sechs Uhr früh nahm sie die Jausenwünsche der Bauarbeiter auf, ging zu einem nahen Händler, besorgte das Gewünschte, transportierte es zur Baustelle, wo alles um neun Uhr bereit sein sollte. (Dazu gehörten in der Hochsaison für 130 Leute etwa 20 Holzkisten Bier mit je 25 Flaschen). Dann kochte sie das Mittagessen, kassierte in der Mittagspause das Jausengeld von den Arbeitern, versorgte kleinere Verletzungen, räumte Büros der Ingenieure auf und wusch die Autos von Ingenieur und Hauptpolier. Zehn Jahre übte sie diese Tätigkeiten aus und wechselte den Beruf erst nach einer schweren Operation.<sup>33</sup>

#### Schlussbemerkung

Die "Mörtelweiber" sind keine spezifisch burgenländische Erscheinung. Überall dort, wo Menschen in materiellen Notsituationen lebten, wo in der nahen Umgebung nicht genügend Angebot an Arbeitsplätzen herrschte, gab es Mädchen und Frauen, die sich nicht scheuten, trotz schwerer Bedingungen am Bau zu arbeiten.

Es war einerseits die Möglichkeit des Geldverdienens, die in der Heimat nicht bestand, und andererseits konnten diese Frauen dadurch auch ein Leben mit dem Ehepartner in einem gemeinsamen Haushalt führen. Es war für die meisten selbstverständlich, die Arbeitswoche oder das ganze Arbeitsleben z. B. in Wien zu verbringen, für das Wochenende oder bei Pensionsantritt kehrten sie in die Heimat zurück.

<sup>32</sup> Gesprächsprotokoll des Gespräches mit Maria Grill, geb. 1921 in Neutal, vom 26.8.2004.

<sup>33</sup> Inhalt wiedergegeben nach Gesprächsprotokoll mit Franziska Godovits vom 11.5.2007.

Die Arbeit der "Mörtelweiber" ist, wie gesagt, in Erzählungen und Kollektivverträgen dokumentiert – in Statistiken scheinen sie nicht auf. Außer den genannten Unterlagen gibt es kaum Informationen über ihre Arbeit und ihr tägliches Leben. Hauptquelle ist die mündliche Überlieferung. Die Mädchen und Frauen, die auf den Baustellen arbeiteten, hatten sicher kein leichtes Leben in der Männerwelt. Die "gute, alte Zeit", wie sie in vielen Erzählungen vorkommt, zeigt hier ihr reales Gesicht – Frauen, die schwerste Arbeiten verrichteten und sich in einer Welt der Männer behaupten mussten. Der Beruf wurde phasenweise ausgeübt, durchgehende "Arbeitslebensläufe" der Frauen auf dem Bau sind selten. Auffallend ist aber der rasche Wiedereinstieg der Frauen nach der Geburt der Kinder - ein Hinweis auf die damals noch existierende Struktur der Großfamilie bzw. die örtliche Anwesenheit der Großmütter, die eine kleine Landwirtschaft führten oder nicht berufstätig waren und so die Kinder unter ihre Obhut nahmen. Es ist dies aber auch ein Hinweis auf die finanzielle Notwendigkeit für die Berufstätigkeit der Frauen. Vielen von ihnen stand kein anderer Weg als die Ausübung ungelernter Tätigkeiten offen – sie hätten genauso wie die Männer die Möglichkeit zur Weiterbildung genutzt, hätte es sie gegeben. Das Interesse an Maurerlehrlingen war aber vonseiten der Wirtschaft gering. Die Männer konnten zum Polier, zum Bauleiter die Karriereleiter emporklettern, manche brachten es bis zum Baumeister und Firmeninhaber. Den Frauen blieb diese Chance verwehrt.

Die wirtschaftliche Situation im Burgenland trug ebenfalls dazu bei, dass Frauen auf den Baustellen Arbeit suchten. Es fehlten geeignete Arbeitsplätze in der näheren Umgebung des Wohnsitzes. Die Schaffung von "Frauenarbeitsplätzen" in größerer Zahl wurde erst Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre ein politisches und wirtschaftliches Thema.

Der burgenländische Bauarbeiter hat viel dazu beigetragen, dass sich seine Heimat zu dem entwickelt hat, was sie heute ist – doch einen wesentlichen Anteil daran hatten auch die burgenländischen "Mörtelweiber".

### Dokumentarisches

Brief linker Mitglieder der ehemaligen Sozialdemokratischen Partei an János Kádár vom November 1956

## János Jemnitz

Im Gegensatz zu der im Nachhinein und zuweilen auch seinerzeit vertretenen Auffassung, wonach in den Zeiten der Koalition nach 1945 die Sozialdemokratische Partei (SDP) in Ungarn "einheitlich" war und demnach auch eine linke Gruppierung in ihr nichts weiter gewesen sei als eine "Ansammlung" von "Verrätern", muss man betonen: Das stimmt nicht nur im Fall der SDP nicht! Rechte und linke Strömungen zeichneten sich in dieser Periode ebenfalls in der Italienischen Sozialistischen Partei, in der Französischen Sozialistischen Partei und in der britischen Labour Party ganz klar ab. Und deren Auffassungen stießen auch auf den internationalen Konferenzen der Sozialdemokratie in den Jahren 1946 und 1947 heftig aufeinander. An diesen Konferenzen haben zufälligerweise auch Delegierte der SDP teilgenommen, darunter die Mitunterzeichner des nachfolgend wiedergegebenen Briefes Imre Vajda, Pál Jusztus und Zoltán Horváth. Auch der 1950 im Gefängnis zu Tode geprügelte sozialdemokratische Justizminister István Ries war dort anwesend.

Schon vor 1914 konnte man in den sozialdemokratischen Parteien vielerorts rechte und linke Fraktionen gut voneinander unterscheiden: so in Russland, in Italien, in Frankreich und auch anderswo. Die Unterschiede, ja Gegensätze zwischen diesen Fraktionen vertieften sich in den Jahren des Ersten Weltkrieges. Sie verschwanden auch in den Zeiten zwischen den beiden Weltkriegen weder in der Internationale noch in den einzelnen Parteien.

Dies alles glaube ich einleitend entschuldigend feststellen zu müssen, weil es heute fast schon in einem schlechten Licht erscheinen könnte, dass sich die unten genannte Gruppe von linken Sozialdemokraten in den Oktobertagen des Jahres 1956 in der Wohnung von Imre Vajda zusammenfand und erstmals politische Forderungen formulierte. Ihr gehörten Menschen an, die im Gefolge des berühmten XX. Parteitages der KPdSU 1956 nach einer fünf- oder sechsjährigen Gefängnishaft freigekommen waren, und andere, die verschiedene Repressionen durchlebt hatten. Ihre Forderungen übermittelten die Mitglieder der Gruppe ihrem früheren Genossen György Marosán, damals stellvertretender Generalsekretär der neuen Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP).

Man erfährt aus dem Brief, dass es auch zu einem persönlichen Treffen mit Marosán kam, das allerdings ergebnislos verlief.¹ Im Anschluss daran wurde der

1 Siehe Protokolle der provisorischen Führungsorgane der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Bd. I., 11.11.1956 bis 14.1.1957, hrsg. von: Karola Némethné Vágyi/Le-

János Jemnitz 185

Gedanke geboren, die Gruppe solle sich an János Kádár selbst wenden. (Der an diesen geschriebene Brief blieb – selbstverständlich als Kopie – im Nachlass von Imre Vajda erhalten.) Mit den Unterzeichnern als Gruppe haben indessen weder János Kádár noch die leitenden Organe der USAP verhandelt. Man sprach mit jedem Einzelnen, und dem Unterzeichner wurde entweder politische Verantwortung übertragen – oder nicht.

Brief linker Mitglieder der ehemaligen Sozialdemokratischen Partei an János Kádár, 24. November 1956<sup>2</sup>

#### Lieber Genosse Kádár!

Genosse György Marosán hatte uns am 23. November zu sich gebeten, um sich – wie er es ausgedrückt hat – in der gegenwärtigen Situation über unseren Standpunkt zur Politik der USAP zu informieren. In Anbetracht dessen, dass dieses Gespräch aus Ursachen, die nicht bei uns lagen, weder zu einem Abschluss kam, noch all jene Probleme behandelte, die in Verbindung mit unserer politischen Haltung stehen, halten wir es für notwendig, unsere Haltung einmal präziser formuliert darzulegen und das Exekutivkomitee der USAP damit vertraut zu machen.

Vor allem möchten wir feststellen, dass Genosse Marosán uns – Gyula Balassa,<sup>3</sup> Gyula Dabronaki,<sup>4</sup> Zoltán Horváth,<sup>5</sup> Károly Jászai,<sup>6</sup> Pál Jusztus,<sup>7</sup> Ferenc Révesz,<sup>8</sup>

vente Sipos, Budapest 1993, S.86 (ungar.); György Marosán: Die Zeugen leben noch, Budapest 1989, S.151f. (ungar.)

- 2 Abgedruckt in: Multunk [Unsere Vergangenheit], Zeitschrift für Politikgeschichte, Budapest, 2007, Nr. 2, S.268-273.
- 3 Gyula Balassa (1903-1974), 1945-1946 Obergespan, 1946-1950 Landespolizeichef, 1950-1955 inhaftiert, 24. Dezember 1955 bis 1960 Leiter der Landeshauptdirektion der Forsten.
- 4 Gyula Dabronaki (1916-1984), vor 1948 Sekretär der sozialdemokratischen Parteiorganisation des VIII. Bezirks in Budapest, eines der einflussreichsten Mitglieder der linken Gruppierung, ab 1948 Mitglied des ZK der PdUW. Später wurden ihm in der USAP ebenfalls Funktionen übertragen: seit März 1957 Mitglied des ZK, im gleichen Jahr zum stellvertretenden Minister ernannt.
- 5 Zoltán Horváth (1900-1968), 1946 Leiter des Generalsekretariats der SDP, 1947 Chefredakteur der "Világosság" ("Klarheit"), Mitglied des ZK der PdUW, kurzzeitig Chefredakteur der "Népszava" ("Volksstimme"), 1949 bis März 1956 inhaftiert (ausführlicher siehe die von mir verfasste Biographie, in: Lajos Varga: Handbuch der ungarischen Sozialdemokratie, Budapest 1999, S.392f., ungar.).
- 6 Károly Jászai (1900-1986), Sohn von Samu Jászai, 1946-1948 Mitarbeiter des Rates der Gewerkschaften, 1949-1951 Ministerialbeamter, ab 1951 verantwortlicher Redakteur der "Faipar" ("Holzindustrie"), nach 1956 Sekretär der Grundorganisation der USAP im Bund der Technischen und Naturwissenschaftlichen Vereinigungen (MTESZ).
- 7 Pál Jusztus (1905-1965), seit 1945 Abgeordneter der (provisorischen) Nationalversammlung, dann des Parlaments, Leiter der Propagandaabteilung der SDP, Redakteur von "Szocializmus" ("Sozialismus"), Mitglied des ZK der PdUW, kurzzeitig Vorsitzender von Magyar Radió, 1949-1955 inhaftiert, arbeitete bis zu seinem Tode als verantwortlicher Redakteur im Corvina Verlag (ausführlicher siehe Varga, Handbuch, S.400f.).

István Szurdi<sup>9</sup> und Imre Vajda<sup>10</sup> – offenbar nicht als Einzelpersonen, sondern als Gruppe eingeladen und uns damit de facto in eine Situation gebracht hatte, die zwar unabhängig von unserem Willen und unseren Absichten war, aber eben doch zustande kam. Wir, also ehemalige linke Sozialdemokraten, die ehrenhaft für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien gekämpft haben und an deren Verwirklichung neben den Genossen Szakasits und Marosán an führender Stelle beteiligt waren, wollten nach der Vereinigung niemals eine besondere Gruppe schaffen. In der politischen Praxis der PdUW [Partei der Ungarischen Werktätigen] sah uns das von Rákosi geführte Politbüro als eine besondere Gruppe an und behandelte uns auch so, solange die PdUW bestand. Und der heutige Tag hat gezeigt, dass das auch in der USAP unverändert gilt. Es wäre heute nicht zeitgemäß, dagegen zu polemisieren. Wir nehmen die so geschaffene Situation hin und bitten die Genossen, dass sie auch im Weiteren unsere Ansichten als die Ansichten unserer Gruppe betrachten.

Wir alle betrachten uns als Mitglieder der revolutionären Partei der ungarischen Arbeiterklasse. Durch alle Wechselfälle hindurch waren wir dem Lager der Kämpfer für die Verwirklichung des Sozialismus treu und bleiben das auch. Daran hat sich auch nichts geändert, als das Politbüro der PdUW – zu seiner eigenen Schande – einige von uns ins Gefängnis warf, aus den Reihen der Partei ausschloss und andere Jahre hindurch als zweitrangige, geduldete Parteimitglieder behandelte und in den Hintergrund drängte.

Daran ändert sich auch nichts, wenn sie in diesem Moment, wo einige grundlegende, prinzipielle Fragen ihrer Klärung und befriedigenden Lösung harren, nicht Mitglieder oder Funktionäre der USAP sind. Mit oder ohne solche Funktionen: Wir kämpfen immer und überall für die sozialistische Entwicklung des Landes, für seine Freiheit und sein Wohlergehen. Und es ist unsere Erfahrung, dass uns unsere Haltung nicht von den prinzipientreusten ungarischen Kommunisten und Sozialisten trennt, sondern uns zusammengeschweißt hat, so dass

-

<sup>8</sup> Ferenc Révész (1912-1985), vor 1948 Mitglied der Parteiführung der SDP, einer der Leiter und Referenten der Abteilung Bildung, Mitglied des sog. Hauptstädtischen Leitungskomitees, 1948-1951 Mitglied des ZK der PdUW, 1970-1985 Mitglied des ZK der USAP, September 1956 bis 1980 Direktor, dann Generaldirektor der Ervin-Szabó-Bibliothek.

<sup>9</sup> István Szurdi (1911-1987), vor 1948 Leiter des Sekretariats für die "Provinz" in der SDP, später Leiter der Administrativen Abteilung, Mitglied der linken Gruppierung, 1948-1951 Mitglied des ZK der PdUW, ab Februar 1957 Mitglied des ZK der USAP, 1963-1966 Sekretär des ZK, nach 1966 Minister für Binnenhandel.

<sup>10</sup> Imre Vajda (1900-1969), nach 1945 Sekretär der Abteilung Intelligenz der SDP, Abgeordneter des Parlaments, bis 1947 sowie 1948-1950 Staatssekretär, Mitglied des ZK der PdUW, Vorsitzender des Landesamtes für Planung, 1951 bis März 1956 inhaftiert, September 1957 bis 1965 Hochschullehrer und Lehrstuhlleiter an der Karl-Marx-Universität für Wirtschaftswissenschaften, in den sechziger Jahren Mitglied der von Rezső Nyers geleiteten Reformkommission, ab 1967 korrespondierendes Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (ausführlicher siehe Varga, Handbuch, S.478f.).

János Jemnitz 187

uns tatsächlich nach dem Verschwinden des politischen Erbes der PdUW der Gruppencharakter geblieben ist.

Wir alle möchten zum Ausdruck bringen, dass wir jene Anzeichen mit Sorge betrachten, die die USAP als "Rechts"-Nachfolger des auf die Rákosi-Gerő-Farkas-Révai-Gruppe verkürzten Erbes der PdUW erscheinen lassen. Ungeachtet dessen, dass das Exekutivkomitee der USAP in vielerlei Hinsicht auf neuen Wegen voranschreiten will, ist die Zahl dieser beunruhigenden Anzeichen außerordentlich groß. Sie kommt sowohl in der personellen Zusammensetzung der Leitungsgremien und deren grundlegenden Veröffentlichungen zum Ausdruck als auch in dem Eifer, mit dem Rákosis einstige Diener, die nicht die Konterrevolution, sondern die Empörung bis aufs Blut gepeinigter Kommunisten aus den Ämtern vertrieb, sich wieder an ihre Positionen heranmachen.

Wir betrachten mit Sorge, dass die USAP, seitdem Genosse Kádár seine Gründungsrede gehalten hat, in prinzipiell-politischer Hinsicht schon Schritte zurück auf dem zur PdUW führenden Weg gegangen ist. Und aus diesem Grunde können wir auch die seitdem hinsichtlich der Machtsituation erfolgten Veränderungen nicht akzeptieren, weil wir all solche Auffassungen zurückweisen, die als prinzipielle Stellungnahme eines ewigen Machterhaltes gelten könnten.

Es erfüllt uns mit Sorge, dass die USAP – zuletzt in der heutigen Ausgabe der "Népszabadság" – sich ohne jeden Vorbehalt als marxistisch-leninistische Partei bezeichnet, ohne hinzuzufügen, dass das nicht im gleichen Sinne zu verstehen ist, wie sich die PdUW als "marxistisch-leninistische Partei" verstand, die mit ichrer Praxis, die sich auf den Marxismus-Leninismus berief, die ungeteilte Entrüstung und Auflehnung des ganzen werktätigen ungarischen Volkes, aller ehrenhaften Kommunisten und Sozialisten hervorgerufen hat. Wenn sowohl dieses, als auch jenes in den Begriff des Marxismus-Leninismus hineinpasst, wenn Unmenschlichkeit genauso hineinpasst wie Menschlichkeit, der die Arbeiterbewegung abwürgende Terror genauso wie der von der Arbeiterbewegung mit neuem Leben erfüllte demokratische Sozialismus, dann ist es um diese prinzipielle Grundlage schlecht bestellt. Dann wäre eine viel tiefere, detaillierte Analyse und Bestimmung erforderlich, die das Abgestorbene und Falsche entfernt und das Lebende und Richtige hervorhebt, als es allein ein Name ohne die Aufrechterhaltung der Bezeichnung "marxistisch-leninistische Partei" vermag. Die fortschrittlichen Kommunisten und Sozialisten der ganzen Welt sind mit der Erneuerung und der Überprüfung des prinzipiell-politischen Rüstzeuges des Sozialismus befasst, und obwohl dieser Prozess bei Weitem noch nicht abgeschlossen ist, so steht doch schon jetzt außer Zweifel: Die eine oder andere These und Annahme sowohl von Marx als auch von Lenin erweist sich nicht als zeitgemäß, nicht als allgemein anwendbar. Noch viel weniger trifft das auf das zu, was unter Missbrauch der Namen von Marx und Lenin in der Verpackung des "Marxismus-Leninismus" als Dogma den kommunistischen und Arbeiterparteien aufgezwungen wurde und zum Teil heute noch aufgezwungen wird.

In diesem Zusammenhang können wir auch nicht wortlos das Verhältnis der Partei zur Sowjetunion übergehen. Unser grundsätzlicher Standpunkt zur revolutionären Geburt, zur Errichtung, zur historischen Rolle und Bedeutung der Sowjetunion bedarf keiner Erläuterung. Aber wir müssen feststellen, wenn das Prinzip der Gleichberechtigung ein akzeptiertes Prinzip zwischen der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern, zwischen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und den kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder ist, dass dann für uns und für die Partei, deren Mitglieder und Kämpfer wir wurden, daraus folgt, dass unsere Treue zu den Prinzipien des Sozialismus nicht daran gemessen werden kann, welche Position wir zu dem einen oder anderen politischen Schritt der Sowjetunion beziehen, ob wir ihm zustimmen oder ihn kritisieren. Es ist für uns unerträglich, dass wir in dieser Frage, in der sich die USAP tatsächlich eindeutig von der PdUW unterscheiden müsste, die Haltung der USAP nicht klar erkennen.

Nach unserer Überzeugung sind das auch jene Umstände, die nicht nur uns, sondern auch die entscheidende Mehrheit und die besten Kräfte der ungarischen Arbeiterschaft und Intelligenz zur Zurückhaltung gegenüber der USAP veranlassen. Wir bezweifeln nicht, dass es erhebliche Kräfte gibt, die sich, da ihre sozialistischen Zielvorstellungen und Überzeugungen durch die Verbrechen der Vergangenheit und die tragischen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit so erschüttert wurden, nach einer Partei sehnen, die ihre Zielsetzungen, ihren Willen klar und unverfälscht zum Ausdruck bringt. Wir bezweifeln nicht, dass eine solche Partei zum Kampfbündnis der besten politischen, moralischen, geistigen Kräfte des ungarischen Volkes, der am weitesten entwickelten und bewussten Schichten der Werktätigen werden könnte. Wir bezweifeln nicht, dass eine solche Partei, gestützt auf das eigene geistig-moralische Gewicht, zum berufenen Führer des ganzen ungarischen Volkes werden könnte. Aber diese Berufung müsste sie im offenen und ehrenhaften geistigen und politischen Kampf und nicht mit administrativen Mitteln und mit selbstbetrügerischen Ergebnissen und schillernden Seifenblasen erringen. Aktive und kämpferische Mitglieder einer solchen Partei zu werden, das wünschen wir. Und diese Partei lebt heute im Herzen von Tausenden Kommunisten und Sozialisten. Und wenn sie dort lebt das lehrt der letzte Monat - wird sie auch zur Wirklichkeit.

In dem begonnenen, aber nicht beendeten Gespräch mit Genossen Marosán wurde auch die Frage unserer Beteiligung an der Lösung momentan vordringlicher gesellschaftlicher und staatlicher Aufgaben aufgeworfen. Wir alle brachten zum Ausdruck, dass wir – unabhängig von der Funktion, die zur Zeit der eine oder andere von uns ausübt – danach brennen, mit dem ganzen Einsatz unserer Kräfte und unserer Fähigkeiten für die Wiederauferstehung, für die Neuerrichtung unseres Staates, unserer Gesellschaft und unserer Volkswirtschaft zu arbeiten. Das betrachten wir nicht nur als unsere Berufung, sondern als unsere sozialistische Pflicht. Für unsere Mitarbeit ist indessen die Schaffung einiger politischer Vorraussetzungen erforderlich. Diese möchten wir im Folgenden so umreißen:

Die Unabhängigkeit, Selbstständigkeit, Souveränität und Gleichberechtigung Ungarns sollte vonseiten der Sowjetunion mindestens in dem Maße

János Jemnitz 189

anerkannt werden, wie das in den jüngsten Vereinbarungen mit Polen enthalten ist,<sup>11</sup> ergänzt um ein konkretes Abkommen über den Zeitpunkt des endgültigen Abzuges der sowjetischen bewaffneten Kräfte.

2. Die Schaffung einer Koalitionsregierung der Nationalen Einheit aus allen demokratischen, fortschrittlichen Kräften, die den heutigen Stand der Aufteilung des Bodens (das einzelbäuerliche und das genossenschaftliche Eigentum an Grund und Boden sowie die Existenz der Staatsgüter), das staatliche Eigentum an Industriebetrieben, Bergwerken, Banken, Verkehrsmitteln anerkennen und schützen und die bereit sind, an der Weiterentwicklung des staatlichen Eigentums zu Gemeineigentum teilzunehmen.

Wir möchten in dieser Koalitionsregierung keine führenden politischen Posten bekleiden, bieten aber unsere Fähigkeiten, unsere Erfahrungen sowie das Vertrauen, das wir in einem beträchtlichem Teil der Öffentlichkeit genießen, für die Lösung jener fachlichen Aufgaben an, die unseren Kräften am besten entsprechen.

Wir sehen deutlich jene Hemmnisse, die die Verbrechen und Fehler der vergangenen Jahrzehnte sowie die Katastrophe, die die Grundlagen unseres Landes erschüttert, der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung in den Weg legen, und fühlen unsere Verantwortung für jede Minute, die bei der Entfernung dieser Hindernisse versäumt wird. Aber wir sind uns auch dessen bewusst, dass die Verantwortung sowohl für den bei der Entwicklung auftretenden Zeitverlust, als auch für unser Fernbleiben in den Reihen der konstruktiven Kräfte, die das wollen, zum überwiegenden Teil, sogar zum entscheidenden Teil anderen angelastet wird. Entsprechend der Mission, die sie übernommen haben, obliegt den Genossen des Exekutivkomitees die Aufgabe, die für eine gedeihliche Arbeit erforderlichen Bedingungen und die für die politische Tätigkeit unerlässliche freie Atmosphäre zu schaffen.

Sofern das Exekutivkomitee der USAP es auf der Grundlage des oben Gesagten für gegeben erachtet, bitten wir Dich, Genosse Kádár, Ort und Zeitpunkt für ein weiteres Gespräch zu bestimmen.

Mit dem Gruß der Genossen

Aus dem Ungarischen übersetzt von Winfried Morgenstern

-

<sup>11</sup> Am 18. November 1956 wurden anlässlich des Besuches von Władysław Gomułka in Moskau "gegenseitige Achtung, Nichteinmischung und Souveränität" in einem zweiseitigen Abkommen verankert. Siehe Katalin Szokolay: Polens Geschichte, Budapest 1997, S.213 (ungar.).

### Information

# Johannes-Sassenbach-Gesellschaft e.V. Förderverein für Bibliothek und Archiv der Gewerkschaftsbewegung

#### Rainer Holze

Die Johannes-Sassenbach-Gesellschaft trägt nicht von ungefähr den Namen eines Mannes, der zu den bedeutenden Gewerkschaftern des 19. und 20. Jahrhunderts gehörte, während des deutschen Kaiserreiches und der Weimarer Republik ein maßgeblicher Akteur in der deutschen Gewerkschaftsbewegung, aber auch ein international geachteter Gewerkschafter war. Sein Markenzeichen wurde vor allem durch seine richtungsweisende gewerkschaftliche Kultur- und Bildungsarbeit bestimmt. Daraus erwächst der Zusammenhang zwischen jenen Zielen, denen sich die Sassenbach-Gesellschaft verpflichtet fühlt, und der gewerkschaftlichen Tradition, für die der Name Johannes Sassenbach steht.

Die Sassenbach-Gesellschaft e.V. wurde am 12. August 1992 in Berlin von Historikerinnen und Historikern, Archivarinnen und Archivaren, Gewerkschaftern und weiteren an der Geschichte der Arbeiterbewegung interessierten Persönlichkeiten gegründet. Neben Einzelmitgliedern sind ihr verschiedene Gewerkschaftsorganisationen als kooperative Mitglieder angeschlossen. Als Vorsitzender fungiert Hans-Otto Hemmer (Düsseldorf). Stellvertretende Vorsitzende sind Friedhelm Busse (Berlin) und Horst Singer (Motzen), der gleichzeitig als Geschäftsführer tätig ist. Ehrenvorsitzende ist Prof. em. Dr. Helga Grebing (Göttingen). Die Gründer der Sassenbach-Gesellschaft konnten auf der verdienstvollen Arbeit der 1990 etablierten Sassenbach-Stiftung (der zweiten Stiftung nach dem DDR-Stiftungsgesetz) zur Bewahrung von wichtigem Kulturgut - im konkreten Falle von sehr wertvollem gewerkschaftlichen Gut - aufbauen. Diese hatte dafür Sorge getragen, dass die Bestände des Archiv-, Bibliotheks- und Sammelgutes der Zentralbibliothek - der international bedeutendsten Sammlung aus 140 Jahren deutscher Gewerkschaftsgeschichte - und des Zentralarchivs des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) erhalten und in die unselbstständige Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO) überführt werden konnten. Damit war die Zukunft dieser wertvollen Bestände gesichert.

Die Sassenbach-Gesellschaft lässt sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben von gewerkschafts- und parteipolitischer sowie weltanschaulicher und religiöser Unabhängigkeit unter Wahrung der Freiheit von Wissenschaft und Forschung leiten. Sie sieht ihre Hauptaufgabe darin, die Forschung auf dem Gebiet der Gewerkschafts- und Sozialgeschichte im engen Zusammenhang von politischer Arbeiterbewegung und Gewerkschaften zu fördern. In diesem Kontext geht es der Gesellschaft vor allem um die bildungspolitische Tätigkeit der Arbei-

Rainer Holze 191

terbewegung und der Gewerkschaften, für die unter anderem die Namen Ferdinand Lassalle, Wilhelm Liebknecht, August Bebel und eben auch Johannes Sassenbach standen. Dessen Engagement erstreckte sich nicht nur auf das gewerkschaftliche Bildungswesen. Sassenbach begründete auch das Verlags- und Bibliothekswesen der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Er wurde ADGB-Verlagsgründer und gab gewerkschaftliche Bildungshefte heraus. Darüber hinaus war er Mitbegründer des Internationalen Gewerkschaftsbundes, deutscher Vertreter in dessen Vorstand, schließlich Generalsekretär. Die Erinnerung an das Leben und Werk ihres Namensgebers hochzuhalten, darin erblickt die Sassenbach-Gesellschaft ihre besondere Verpflichtung bei ihrer Pflege gewerkschaftlicher Geschichte und Traditionen.

Mit ihren spezifischen Mitteln leistet sie einen unverwechselbaren Beitrag zur Bewahrung und Erhaltung der Gewerkschaftsbestände in der SAPMO (BArch) und wahrt die Interessen der Einbringer und Nutzer. Die Gesellschaft hilft mit, die Einheit von gedruckten und ungedruckten Quellen zur Gewerkschafts- und Sozialgeschichte zu sichern und die Forschungen auf diesen Gebieten zu fördern. Davon zeugen unter anderem ihre bisherigen Veröffentlichungen und unterstützten Projekte (so z B. Publikationen zur Geschichte des FDGB, biografische Abhandlungen von Ernst Stock/Karl Walcher über Jacob Walcher und von Ulla Plener über Theodor Leipart sowie der von Heinz Deutschland herausgegebene Briefwechsel zwischen Käte und Hermann Duncker 1915 bis 1917 "Ich kann nicht durch Morden mein Leben erhalten").

Einen wesentlichen Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit der Sassenbach-Gesellschaft bildet eine Vortragsreihe, die sie seit Juni 1994 vierteljährlich gemeinsam mit der SAPMO und dem Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung in den Räumlichkeiten des Bundesarchivs, Berlin-Lichterfelde, veranstaltet. Einige der Vorträge, die gewerkschaftlichen Problemen gewidmet waren, hat die Sassenbach-Gesellschaft veröffentlicht. Neben dem bereits erwähnten Förderkreis unterhält sie auch zu einigen anderen Vereinen, die auf vergleichbaren Feldern tätig sind und eine spezielle Beziehung zur Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung haben, Kontakte (u. a. zum Verein "baudenkmal bundesschule bernau", der der Sassenbach-Gesellschaft auch als kooperatives Mitglied angehört), die auch in gemeinsame Aktivitäten münden, wie z. B. vor einigen Monaten – am 23. März 2007 – die gemeinsame Ehrung Theodor Leiparts anlässlich seines 40. Todestages auf dem Zentralfriedhof Berlin-Friedrichsfelde (Gedenkstätte der Sozialisten).

## Veröffentlichungen:

Schriftenreihe der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft

- Bd. 1: Johannes Sassenbach: Erinnerungen. Faksimile. Herausgegeben von der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft, mit einem Vorwort von Helga Grebing und einem Aufsatz von Daniela Münkel, Berlin 1999
- Bd. 2: Wolfgang Blumenthal/Elke Keller/Karlheinz Kuba: Mit den Groschen der Mitglieder. Gewerkschaftshäuser in Berlin 1900 bis 1933. Ein Stadtführer mit Karten und Abbildungen, Berlin 2004
- Bd. 3: Gewerkschaftliche Literatur vor 1914. Die bibliographische Leistung Johannes Sassenbachs. Von Gisela Peter unter Mitarbeit von Heinz Peter, Berlin 2006

Vortragsreihe .zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung

- H. 1: Dr. Ulla Plener: Theodor Leipart (1867-1947). Lebensbild eines Gewerkschafters, Berlin 1999
- H. 2: Prof. Dr. Rüdiger vom Bruch: Geheimräte und Mandarine. Zur politischen Kultur der Berliner Universität im späten Kaiserreich/Hanns-Albrecht Schwarz: Leo Arons (1860–1919). Leben und Werk, Berlin 2000
- H. 3: Dr. Joachim Hoffmann: Ein Jahrhundert Sozialistenfriedhof Berlin-Friedrichsfelde, Berlin 2001
- H. 4: 10 Jahre Sassenbach-Gesellschaft, Berlin 2001
- H. 5: Wolfgang Hasibether: Wilhelm Leuschner und der 30. Januar 1933, Berlin  $2003\,$
- H. 6: Johannes Sassenbach. 12. 10. 1866 19. 11. 1940. Ehrung in Berlin anlässlich seines 140. Geburtstags, Berlin 2007

Keely Stauter-Halsted: The Nation in the Village. The Genesis of Peasant Identity in Austrian-Poland. 1848-1914, Cornell University Press, Ithaca-London 2005, 272 S.

Das in zwei Teile gegliederte Buch stellt im ersten Teil die Einbeziehung des galizischen Dorfs in die Politik und im zweiten Teil den Aufschwung des Nationalbewusstseins der Bauernschaft in Galizien und Lodomeria dar. Die solide Forschungsarbeit erschloss dabei neue Quellen in polnischen und ukrainischen Archiven, z.B. im Krakauer Staatsarchiv, im Ethnografischen Museum in Krakau, im Ossolineum in Wrocław sowie in der Forschungsstelle in Warschau zur Geschichte der Bauernbewegung und im Zentralen Staatsarchiv in Lviv. Eine weitere Grundlage bilden die zeitgenössischen polnischsprachigen Periodika in der zweiten Hälfte des 19. Jh. Beigefügt ist außerdem eine umfassende Bibliographie polnisch- und englischsprachiger Literatur zum Thema (S.249-262).

In Galizien, dem von Österreich einverleibten, ökonomisch rückständigsten Teil Polens, lebten Anfang des 19. Jh. 85% der Bevölkerung auf dem flachen Land und von der Landwirtschaft, wobei mehr als zwei Drittel aller bäuerlichen Anwesen weniger als zehn Morgen Land besaßen. 1846 annektierte die k. u. k. Monarchie die Krakauer Rzeczpospolita, die künftige Hauptstadt Galiziens. In diesem Landesteil sprachen 46% der Einwohner, die vor allem im westlichen Teil Galiziens lebten, polnisch, 42% ruthe-

nisch bzw. ukrainisch (im mittleren und östlichen Galizien), 10% waren Juden und 2% Deutsche, wobei die beiden letzteren ethnischen Gruppen über alle Landesteile verteilt waren. Zu den ethnischen kamen die kirchlichen Unterschiede vor allem zwischen katholischen Polen und den unierten Ukrainern. Im sozial, ethnisch und kirchlich stark differenzierten Land entwickelte sich ein polnisches Nationalbewusstsein nur langsam.

Für die Vf. ist ein "Bauer" jedermann, der eigenes Land bearbeitet und dessen kulturelle Identität vom Landleben und dem Eingebundensein in die dörfliche Gemeinschaft bestimmt wird (S.10). Besonders die Elemente der Alltagskultur seien identitätsstiftend für das Nationalbewusstsein gewesen. Die heterogene Schicht der Landbevölkerung habe sich in sozialer Hinsicht im Laufe der Jahrzehnte weiter differenziert. Aber auch noch an der Wende vom 19. zum 20. Jh. stellte die Bauernschaft etwa 80% der Bevölkerung mit überwiegend geringem Landbesitz. 2-3% Aristokraten waren in der Regel loval mit der Teilungsmacht verbunden, und 8-10% waren adlige Großgrundbesitzer. Aus der Bauernschaft kamen immer häufiger bäuerliche Interessenvertreter in die örtlichen und regionalen Verwaltungen bzw. Ständevertretungen, und schließlich entstand 1895 auch die erste polnische Bauernpartei (Stronnictwo Ludowe). Für die Bauernschaft wurden Zeitungen wie "Wieniec" (Kranz) und "Pszczolka" (Bienchen) u.a. verlegt. Hochschul- und Schulwesen standen zwar unter kirchlicher Aufsicht,

trugen jedoch, da polnischsprachig, zur Ausbildung des Nationalbewusstseins bei. Bereits eingangs des letzten Drittels des 19. Jh. (ab 1866) war die dörfliche Selbstverwaltung erreicht und 1867 den Polen die Autonomie in Galizien zugestanden worden. Galizien entwickelte sich zum bestimmenden Zentrum für gesamtpolnische nationale Impulse.

Während noch 1846 polnische Leibeigene und Bauern "vor den Polen", ihren adligen Grundbesitzern, in unwegsame Gebiete flohen und in diesem Jahr mehr als 1000 ihrer Herren erschlugen, beging die Bauernschaft am Ende des 19. Jh. (1894) den Jahrestag des Kosciuszko-Aufstands, Symbol für polnisches Nationalbewusstsein, das nunmehr auch die polnische Bauernschaft Galiziens erfüllte, mit der Losung "Es lebe Polen!"

Huub Sanders (Hrsg.): Images of Inspiration. A documentary on social movements based on images from the collection of the International Institute of Social History, Aksant Academic Publishers, Amsterdam 2005, 328 S.

Internationale Das Institut für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam ist bekanntlich eines der größten Archive zur Sozialgeschichte und zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Es hat - neben unüberschaubaren Mengen schriftlicher Zeugnisse - über eine Million Fotografien und 100.000 Plakate in seinem Bestand. S. hat unter Mitwirkung von Els Hiemstra-Kuperus nun 527 davon ausgesucht und sie in einem durchgängig vierfarbig gehaltenen Bd. veröffentlicht. S. will keinen enzyklopädischen Überblick über soziale Bewegungen geben, dies wäre wohl auch ein nahezu aussichtsloses Unterfangen, sondern einen kleinen Einblick in die Sammlung ermöglichen.

Die Bilddokumente zeigen Fotos, Mitgliedsausweise, Eintrittskarten, Anstekker, Fahnen, Postkarten und Plakate aus der ganzen Welt: von Indonesien über die Niederlande bis zu den USA oder Polen. Der Zeitraum umfasst die letzten ungefähr 140 Jahre. Dabei werden weniger die Ikonen der linken Bildsprache und -geschichte präsentiert, wie etwa die roten Fahnen oder das Bild von Che Guevara, das eben mehr war, als nur das Foto eines Mannes mit einer Mütze. Solche Bilder kommen zwar vor, wie auch die mit den drahtigen und dynamischen jungen Männern, die für die russische Revolution oder die spanischen Republikaner in den Kampf ziehen, den Großteil machen aber unspektakuläre Bilder von Hausbesetzungen oder Streiks oder von Plakaten, die zu ebensolchen aufrufen, aus.

Gezeigt werden dokumentarische Fotos, etwa von Streiks und Versammlungen, wie auch gestellte Fotos von Kongressen oder Arbeiterkooperativen. Ebenso umfangreich sind die absichtsvoll gestalteten Mittel der Öffentlichkeitsarbeit linker Parteien und Bewegungen präsentiert, hier reicht das politische Spektrum von den Wandzeitungen des Pariser Mai 1968 bis zu Plakaten, die zur Beachtung von Arbeitssicherheitsrichtlinien aufrufen. Ja, es werden sogar die Außenfronten der Büros spanischer AnarchistInnen abgebildet. Der Bd. zeigt eindrucksvoll

die lange Geschichte sozialer Kämpfe und ihre inhaltliche Vielfalt, und nicht zuletzt, dass sie auf der ganzen Welt stattfanden und -finden. Angesichts der Kosten für seine Gestaltung ist das Buch vermutlich sogar noch relativ preiswert. Der Begleittext ist in englischer und niederländischer Sprache.

Bernd Hüttner

Tobias Kaiser: Karl Griewank (1900-1953) – ein deutscher Historiker im "Zeitalter der Extreme" (= Pallas Athene. Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 23. Hrsg. von Rüdiger vom Bruch und Lorenz Beck), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2007, 528 S.

Die überarbeitete und leicht gekürzte Fassung der von Hans-Werner Hahn betreuten Jenaer Dissertation zu Leben und Werk von Karl Griewank ist die erste umfassende wissenschaftliche Biographie eines nach 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR wirkenden bedeutenden deutschen Historikers, zumal eines Wissenschaftlers, der sich iederzeit als Nichtmarxist erklärte und bekannte, aber sich zugleich konstruktiv mit historisch-materialistischen Auffassungen auseinander setzte. Der Autor hat dafür das weit verstreute reichhaltige Quellenmaterial, einschließlich umfangreicher Zeitzeugenauskünfte, erschlossen und zur Skizzierung des jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Hintergrunds einer Wissenschaftlerbiographie zugleich die inzwischen recht umfangreiche Literatur, zumal aus den letzten eineinhalb Jahrzehnten, verarbeitet. Er hat die Biographie unter das Thema "ein deutscher Historiker im 'Zeitalter der Extreme' gestellt und damit die großen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zur Geltung zu bringen gesucht, unter denen Griewank zu einem namhaften Wissenschaftler, Wissenschaftsorganisator und –politiker und erfolgreichen Hochschullehrer reifte und sich bewähren musste: die Konflikte in der Weimarer Republik, die Zeit des Faschismus, die Bestrebungen um eine antifaschistisch-demokratische

Erneuerung im Osten Deutschlands und der gegen Ende der 1940er-Jahre ausbrechende Kalte Krieg in seinen Auswirkungen auf und in Deutschland.

Anders als Biographen gewöhnlich verfahren setzt die Darstellung mit einem Prolog über Griewanks tragischen Freitod im Oktober 1953 ein. Erstmals wird, gestützt auf sämtliche verfügbaren Quellen, einschließlich der Krankenakte, sachlich-seriös den komplexen Ursachen für diese selbstzerstörerische Entscheidung auf den Grund gegangen: "Letztlich bleibt die Handlung jedoch schwer nachvollziehbar, blieben Griewank objektiv gesehen noch andere Möglichkeiten offen. Nur aus einer inneren Not, aus subjektiv-psychischen Faktoren lässt sich seine Selbsttötung erklären, wobei externe und endogene Faktoren zusammen kommen. Die letzte Erklärung bleibt auch diese Arbeit schuldig" (S.20). Zugleich untersucht der Autor kritisch und deutlich zurückweisend den politisch instrumentalisierten Missbrauch des Suizids, verweist zugleich aber darauf, dass die These, wonach Griewank unter politischem Druck aus dem Leben schied, bis in die Gegenwart fortlebt.

Gegenstand der folgenden sieben Kapitel der recht umfänglichen Schrift sind die beiden großen Entwicklungsstränge in Griewanks Leben. Nach der Darstellung seines Weges in die historische Wissenschaft, der mit Studienabschluss und Rostocker Dissertation bei Willy Andreas 1922 festgelegt schien, werden zum einen Griewanks wissenschaftsorganisatorische (1926-1945) und hochschulpolitische (1945-1953) Aktivitäten und Leistungen, namentlich als "Professor in Jena" sowie seine intensiven Bemühungen als "Vermittler" zwischen Ost und West in den Jahren nach 1945 erstmals bis ins Detail gehend und so wohl auch erschöpfend und geschlossen aufgehellt und sachlich gewürdigt. Zum anderen befassen sich zwei Kapitel chronologisch übergreifend mit dem wissenschaftlichen Werk Griewanks und dessen Fortwirken und Rezeption, mit seinen Positionen und Interessen, mit den ..Themen der Griewankschen Geschichtsschreibung" (S.286). Durchweg legt der Autor besonderen Wert darauf, die jeweiligen Rahmenbedingungen und mithin Spielräume für sein Handeln und seine wissenschaftlichen Forschungen zu umreißen, wodurch ganz bewusst stets generelle "Fragen der Wissenschafts-, Universitäts- und Historiographiegeschichte" ins Spiel gebracht werden (S.42).

Das Kapitel über den Referenten der "Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft", der späteren "Deutschen Forschungsgemeinschaft" (1926-1945) erweist sich vor allem als die erste ausgewogen differenzierende Behandlung von Griewanks Haltung und Rolle in der Zeit des Faschismus.

Entgegen bisherigen Pauschalurteilen, wonach er dem System beständig ablehnend gegenüberstand, weist K. - im Rahmen einer eigenen Typologie der Haltungen zum Nationalsozialismus erstmals überzeugend das Verhältnis Griewanks zwischen Distanz und Nähe zum System nach. Griewank war weder Dissident noch gar Widerständler; doch stand er nach anfänglicher Annäherung in den ersten Monaten nach 1933 vor allem dank seiner und seiner Familie Beziehungen zur Bekennenden Kirche in deutlicher, freilich öffentlich nicht betonter Distanz zum Faschismus, wurde indes als Referent der gleichgeschalteten Forschungsgemeinschaft auch "zu einem effektiven Funktionsträger der NS-Wissenschaftspolitik" (S.117). Auch hat er die Möglichkeiten, die sein "Amt" ihm bot, für die eigene wissenschaftliche Qualifikation und Karriere zu nutzen verstanden, sich aber gleichwohl von nationalsozialistischen Organisationen, auch vom NS-Dozentenbund strikt ferngehalten. Für die Systemträger war und blieb er so ein "objektivistischer und unpolitischer", mithin "reaktionärer" Historiker. Zwar hat er nach 1945 eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Faschismus gemieden. Von der Vielzahl später führender bundesdeutscher Historiker unterschied er sich gleichwohl gründlich. Sie haben dann auch weder seinem Dialog mit den Marxisten in der DDR noch "Vermittlungs"bemühungen zwischen Ost und West im Grunde Verständnis entgegengebracht. Als er sich 1950 um eine Berufung an eine westdeutsche Universität bemühte, scheiterte dies nicht zuletzt am deutlichen Widerstand der konservativen,

auch von alten Nazis beeinflussten Seilschaften in der Zunft (S.386-398). Nur die Bayerische Akademie der Wissenschaften machte ihm 1952/53 ein festes Angebot, das er wegen der Weigerung der offiziellen Stellen in der DDR, ihn legal nach der Bundesrepublik umsiedeln zu lassen, nicht antreten konnte.

In einer Jenenser Dissertation nimmt das Wirken Griewanks nach 1945, insonderheit seine Rolle als "Professor in Jena", aber auch seine Mitarbeit an zentralen Geschichtsinstitutionen der DDR verständlicherweise einen herausragenden Platz ein. Dies umso mehr, als diese Jahre zum einen den Höhepunkt in Griewanks wissenschaftlichem Leben bildeten und zum anderen bestimmt waren von großen Konflikten im Zusammenhang mit der forcierten, rigorosen Durchsetzung historisch-materialistischer Positionen im Wissenschaftsbetrieb der Universitäten, die hier allerdings als ein rein ideologisches Problem erscheinen. K. zeichnet ein von durchgehender Sympathie für die "Bürgerlichen", aber auch mit gewissem Verständnis für die kleine marxisti-Studentengruppe bestimmtes Bild von den Widersprüchen, harten Auseinandersetzungen und Konflikten jener Jahre, das sicher nicht in allen Facetten, im Ganzen gleichwohl weitgehend zutreffend sein mag; auch und gerade was die Einflussnahmen der Politik auf das Universitätsleben betrifft.

Es zeigt sich, dass in dieser Zeit die nichtmarxistischen, so genannten "bürgerlichen" Kräfte im Lehrkörper, aber auch in der Studentenschaft das Übergewicht hatten (in Jena gab es im Unterschied etwa zu Berlin, Halle und Leipzig bis 1953 nicht einen einzigen Marxisten in der historischen Fachschaft). Noch für die 1950er-Jahre konstatiert der Autor, dass Philosophische Fakultät traditionell und mehrheitlich nichtmarxistisch besetzt" blieb (S.264). "Die Situation gestaltete sich insgesamt noch komplex, ein Nebeneinander von Kooperation, Kollaboration, Überzeugung und Anpassung macht die Umsetzung der ideologisch-normativen Vorgaben von oben zu einem langwierigen Prozess, der im Grunde einen Generationswandel brauchte. Zur Zeit Griewanks erschien diese Entwicklung jedoch noch keineswegs determiniert zu sein" (S.197f.). Hinter den Konflikten standen tief greifende soziale Widersprüche. Eine Mehrheit widersetzte sich von konservativen Positionen aus bis in die 1950er-Jahre der Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und den sozialen Veränderungen im Universitätsleben, darunter dem Eindringen der Studenten "von unten", aus dem Arbeitermilieu.

In den hier zumeist vor allem als weltanschaulich qualifizierten Meinungskämpfen geschahen ohne Frage ernste Fehler, ungerechtfertigte Überspitzungen, schwere Missgriffe, Ungerechtigkeiten und erfolgten Verdrängungen, die hier en detail dargestellt sind und auch weder beschönigt noch gar eskamotiert werden dürfen. Die so genannte Treitschke-Diskussion von Januar 1951, hier mit ihren Hintergründen und Vorbereitungen erstmals quellenmäßig neu erschlossen, war davon nicht frei. Ihr eigentlicher inhaltlicher Kern ist indes richtig erfasst: Es ging um die Stellung zu Triebkräften und

Gesetzmäßigkeiten geschichtlicher Entwicklungen, mithin um die Rolle des historischen Materialismus in der historischen Lehre und Forschung. Allerdings sollte bei all dem nicht ganz aus dem Blick geraten, dass solche, meist mit "Elitenwechsel" verbundenen gesellschaftlichen Umbrüche, wie sie in der DDR nicht nur nach 1945, sondern auch knapp ein halbes Jahrhundert später erneut stattfanden, keine rein inneruniversitären Angelegenheiten zu sein pflegen, sondern vor allem von der jeweiligen Politik vorangetrieben werden und auch nicht ohne Rigorositäten und Ungerechtigkeiten abgehen.

Die eigentliche Crux in diesem Prozess, der entscheidende Fehler seitens der Marxisten war die Verkündung eines Monopolanspruchs der marxistischen Geschichtsauffassung und betrachtung, der als einziger wissenschaftlicher Charakter zugesprochen wurde, die faktische Ablehnung eines freien Dialogs der Konzepte und Anschauungen, eines wissenschaftlich fruchtbaren Pluralismus, wie ihn der den historischen Materialismus ernst nehmende und als heuristisches Prinzip durchaus anerkennende Nichtmarxist Griewank damals offen vertrat und – was seine Studenten bestätigen können – auch praktizierte. Das Ausschlagen einer produktiven Dialogbeziehung zwischen marxistischem und nichtmarxistischem Denken, die - bei allen Einschränkungen und Unbeholfenheiten der marxistisch orientierten Studenten - in den Seminaren Griewanks gleichwohl stattfand, erwies sich als kontraproduktiv und geschichtlich gesehen als für das marxistische Denken abträglich. Es be-

durfte auch nach der Durchsetzung des historischen Materialismus noch einiger Zeit, bis sich die Marxisten auf flexiblere Dialog-Position zu bewegten, was freilich schon lange vor dem so genannten Wendejahr 1989/90 geschah. Auch dies sollte nicht übersehnen werden. Schließlich verdient Beachtung, was der Autor nicht verschweigt, dass Griewanks Position unter den so genannten "bürgerlichen" Historikern in Deutschland in diesen Jahren eine Ausnahme darstellte. Die Historiker in der Bundesrepublik erklärten ihrerseits die historisch-materialistische Herangehensweise schlankweg für unwissenschaftlich, bestanden auf einem Alleinvertretungsanspruch für Wissenschaftlichkeit und nahmen historisch-materialistisch konzipierte Arbeiten zumeist nicht zur Kenntnis. Von einem gegenseitig anerkannten Pluralismus der Sichten war man zu diesem Zeitpunkt weit entfernt. Die Geschichtswissenschaft der DDR. "zum Teil dogmatisch-stalinistisch" und die westdeutsche Geschichtswissenschaft, "zum Teil restaurativ-konservativ, standen sich unversöhnlich gegenüber" (S.399).

Die Analyse der wissenschaftlichen Arbeiten Griewanks vor allem in den Kapiteln 4 und 6 gehört insofern zum Besten der ganzen Biographie, als sie nicht nur ausgewogene Bewertungen Griewankscher Erkenntnisse nimmt, sondern sich zugleich auszeichnet durch deren durchweg gelungene Einordnung in die historiographiegeschichtlichen Entwicklungen bis in die Gegenwart. Zwar hat Griewank aufgrund seines frühen Todes keine eigene wissenschaftliche Schule ausbilden (historiographiegekönnen

schichtlich erscheint bei K. nur Siegfried Schmidt als "wichtigster Schüler Griewanks" (S.417), der allerdings infolge seines "Bruchs", d. h. seines Übergangs zu historisch-materialistischen Positionen eine dadurch zwar "gebrochene", aber eben doch Kontinuität verkörpert). Während die frühen Arbeiten zu den preußischen Reformen und die Habilitation über den Wiener Kongress, wie nachgewiesen wird, zwar Anerkennung erzielten, aber kaum nachhaltige Ausstrahlung auf die weiteren Forschungen ausübten, zeigen die Untersuchungen der zweiten Periode Griewanks Schaffen - namentlich die Studien zur Demokratieproblematik (die Arbeiterbewegung eingeschlossen), zu den Revolutionen von 1789 und 1848/49 und zum Revolutionsbegriff - durchweg (wohl nur von Hartung in Frage gestellte) starke innovative Forschungsansätze, erweisen sich als ausgesprochen frühe Antizipationen späterer Forschungsrichtungen und Deutungstendenzen, freilich ohne dass dann zumeist auf Griewank Bezug genommen wird. Das gilt vor allem auf drei Feldern: für die Öffnung der Historiographie zur Sozialgeschichte, einem der Grundanliegen Griewanks nach 1945; für die faktisch gegen die Rittersche Negativeinordnung erfolgende - positive Standortbestimmung der Großen Französischen Revolution (einschließlich der Jakobinerherrschaft, was ihm konservative Ablehnung einbrachte), aber auch der deutschen Revolution von 1848, für die er nachdrücklich die später so benannten "Grenzen des Scheiterns" zur Geltung zu bringen suchte: und last not least und vor

allem für die Genesis des neuzeitlichen Revolutionsverständnisses.

Einige hier nur auswahlweise genannte Detailprobleme dieser exzellenten historiographiegeschichtlichen Untersuchung verdienen gleichwohl nachfragende Überlegungen. Welche Einflüsse drängten Griewank zur Sozialgeschichte? Von der "Volksgeschichte" aus der Nazizeit kam er nicht. Von Max Weber war nirgends die Rede; die französische Annales-Schule scheint wirksam geworden zu sein; Marxsches historisches Denken, von dem gesagt wird, das er es ernst nahm, wird wohl stärker in Anschlag zu bringen sein, zumal sogar über die Chance einer Synthese von Marx und Ranke die Rede ist. Auch stellt sich die Frage, ob Griewanks Nachdenken über Revoluund Revolutionsverständnis nicht auch und besonders durch die nach 1945 einsetzenden revolutionären Vorgänge in Ost- und Mitteleuropa beeinflusst wurde. Der Artikel von 1947 über "die Entstehung des modernen Klassenbegriffs" verdient vielleicht größere Beachtung. Handelt es sich bei der marxistischen Sicht auf das Revolutionsproblem wirklich nur um eine rein deduktive Angelegenheit? Ganz außen vor gelassen werden bei historiographiegeschichtlichen Passagen die gegenüber 1952 wesentlich weiter entwickelten marxistischen Positionen der 1980er-Jahre über das Verhältnis von Revolution und Reform, das Griewank meines Wissens erstmals in den Diskussionen mit Marxisten aufgeworfen hatte. Sollten bei der Behandlung der Dissertation von 1922 nicht auch stärker die Unterschiede zu der darauf berühenden. Publikation von 1924 in den Blick

genommen werden? Bei der absolut richtigen Qualifizierung der historisch-politischen Position Griewanks als Verfechter eines Zusammengehens von bürgerlicher Demokratie und Arbeiterbewegungen und eines demokratischen Sozialstaats stellt sich zugleich die Frage, ob es in seiner Sicht nur bei Einschränkungen des privatkapitalistischen Eigentums (und nur darum ging es) bleiben sollte bzw. bis zu welchen Grade diese gehen sollten. Ein Kapitel über den "Streit ums Erbe" Griewanks, über seine Schüler, zur freilich nur als "vereinnahmend" qualifizierten Würdigung des bedeutenden Gelehrten in der DDR der 1980er Jahre und über die Renaissance Griewanks nach 1990 - Fragen, die sicher weiter im Meinungsstreit bleiben werden – und ein gelungenes konzentriertes Resümee zur historiographisch-methodischen und politischen Einordnung des Historikers schließen die Biographie ab. Beigegeben sind ein umfangreiches Ouellen- und Literaturverzeichnis und ein hilfreiches Namensregister. Das Buch leistet über das Biographische hinaus ohne Frage zugleich einen beachtlichen, im Rahmen einer Rezension im einzelnen nicht zu würdigenden Beitrag zur deutschen Wissenschaftsund insonderheit Universitäts- und Historiographiegeschichte von 1920er- bis zu den 1950er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Die weitere Forschung auf diesen Feldern wird an dieser exzellenten Biographie auf jeden Fall nicht vorbeigehen können.

Walter Schmidt

Mario Keßler: On Anti-Semitism and Socialism. Selected Essays, trafo verlag, Berlin 2005, 208 S.

Im Allgemeinen sind die in einem Buch versammelten Essays von unterschiedlicher Qualität, oftmals willkürlich zusammengestellt und können bei niemandem, außer vielleicht den ausgesprochenen Spezialisten auf dem ieweiligen Gebiet, Interesse wecken. Umso bemerkenswerter ist es, dass dieser Bd. von all diesen Mängeln völlig frei ist. K. hat eine Sammlung von zwölf Aufsätzen durchgängig höchster Qualität vorgelegt. Dem Buch ist eine breite Leserschaft zu wünschen, und dies nicht nur unter Spezialisten der Geschichtswissenschaft. Die Sprache des Vf., der hier nicht in seiner Muttersprache schreibt, kraftvoll, klar und eindringlich. Das Kapitel "Arthur Rosenberg - Heretic Between the Camps" [Arthur Rosenberg - ein Ketzer zwischen den Lagern] ist ein besonders herausragendes Beispiel für die ausgewogene Sichtweise des Autors.

Diese Leistung ist umso kenswerter, als die beiden Schwerpunkte des Buches – Antisemitismus und Sozialismus - anderswo häufig in intellektuell oberflächlicher, geradezu schlampiger Weise abgehandelt werden. K. vertieft sich in die Geschichte des Sozialismus, um sowohl die seiner Stärke wie Ouellen Schwäche aufzudecken. Er verkleinert in keiner Weise die Schwächen des Sozialismus. Dies wird deutlich, wo er antijüdische Vorurteile unter Sozialisten aufdeckt. Indem er Marx' private antisemitische Bemerkungen untersucht, macht er klar, dass "der Marxismus den Juden als ethnischkultureller oder gar als religiöser Gemeinschaft keine lange Lebensspanne zumaß" (S.23). Diese überzeugende Einsicht ist typisch für eine Arbeit, welche die oftmals entscheidenden Feinheiten der geschichtlichen Wirklichkeit gründlich beleuchtet, statt sich mit Allgemeinplätzen zufrieden zu geben.

Als ein in der früheren DDR ausgebildeter Historiker ist K. besonders befähigt zur Kritik Deformationen des Sowietblocks. einer Aufgabe, die an historisches Denken und an die Historiker besondere Anforderungen stellt. Wenn der Autor fragt "Kann das marxistische Geschichtsdenken überleben?", arbeitet er subtil jene Entwicklungen heraus, die nach der bolschewistischen Revolution von 1917 dazu führten, dass "die marxistische Geschichtsauffassung sehr rasch zur allein herrschenden Lehre" wurde und ..den Marxismus zu einer Legitimationswissenschaft für das stalinistische System herabwürdigte"

Im scharfen Gegensatz zu dieser sterilen Herangehensweise sieht K. den Marxismus sowohl als ein Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung als auch als mögliche wissenschaftliche Arbeitsmethode des Historikers. Dies zeigt sich besonders eindrücklich in der brillanten Analyse über Leo Trotzkis Haltung zum Antisemitismus und zum Zionismus. Obgleich Trotzki 1938 "die entsetzliche Möglichkeit des Holocaust" vorhersagte, band er doch die Aussichten für das Überleben der Juden an "die bevorstehende Überwindung des "niedergehenden Kapitalismus" (S.88f.). Da Trotzki indes weder das Überleben der Juden in einem wieder erstarkten Kapitalismus noch die Gründung des Staates Israel vorhersah, scheinen seine Aussagen heute zunächst irrelevant. Doch betont K., dass Trotzkis Gedanken, wenngleich in veränderter Form, für jene Araber und Juden weiterhin wichtig bleiben könnten, die nach einem Ausweg aus der Sackgasse suchen, in der sich der Nahe Osten befindet.

Was für Trotzki zutrifft, bleibt gültig für viele andere, "die sich vom rigiden Schema des kodifizierten, antipluralistischen Marxismus-Leninismus gelöst haben" (S.202). Zu denen, die statt der Asche der stalinistischen Geschichtsschreibung das Feuer eines kritischen marxistischen Denkens weitertragen, gehört K. ohne Zweifel. Sie vermittelt all denen, die sich historischer Wissenschaft als der Suche nach Wahrheit annehmen, wichtige Lehren. William A. Pelz

Hanna Papanek: Elly und Alexander. Revolution, Rotes Berlin, Flucht, Exil – eine sozialistische Familiengeschichte. Mit einem Vorwort von Peter Lösche, vorwärts buch, Berlin 2006, 597 S.

P., Ethnologin und Sozialwissenschaftlerin, verbindet in ihrem Buch Autobiographie, Familiengeschichte, Geschichte der deutschen und europäischen Sozialdemokratie und allgemeine Geschichte des 20. Jh. Drei Personen stehen im Mittelpunkt – die Eltern Elly Kaiser, Archivarin und Sekretärin der SPD-Reichstagsfraktion, einer traditionellen Berliner sozialde-

mokratischen Familie entstammend, Alexander Stein (Rubinstein), aus Lettland emigrierter jüdischer menschewistischer Sozialdemokrat, später Journalist und Sekretär des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit beim Reichsvorstand der SPD und die Tochter Hanna. Mit deren Schicksal ist ein weitläufiger Kreis der Familie, von Freunden und politischen Mitstreitern in ganz Europa verbunden.

Der Historiker Peter Lösche beschreibt diesen Kreis als Teil der historisch gewachsenen sozialdemokratischen Solidargemeinschaft. Die Solidargemeinschaft war für die im Buch geschilderten Menschen konkret und alltäglich erfahrbare, geistige, spirituelle und emotionale Heimat, wenn auch kein homogenes Gebilde, in der es Konflikte, verschiedene politische Konzeptionen und Intrigen gab. Mit Bedauern stellt L. fest, dass sozialdemokratische Solidargemeinschaft nicht mehr besteht, ihre Ideale und Prinzipien aber heute besonders aktuell sind.

P. drückt das sehr emotional aus: "Bis heute schickt mir das Wort Genosse einen leichten Schauer des Glücks über den Rücken, wenn ich es lese, oder seltener, es selbst benutze" (S.180). An vielen Stellen ihres Buches verwendet sie zur Charakterisierung ihrer eigenen politischen Position und der ihrer Eltern den Begriff "demokratischer Sozialist". Erst in zweiter Linie sieht sie sich als Jüdin, dem Judentum weltanschaulich nicht verbunden, den Ursachen der Shoa aber dennoch tiefgründig nachgehend, persönlich betroffen durch die Opfer in ihrer lettischen Familie.

Mit ihrer Arbeit geht sie ein kompliziertes erkenntnistheoretisches Problem an: die Untrennbarkeit von Erinnerung und Geschichte, von selbst Erlebtem und aus historischen Ouellen Rekonstruiertem, gefiltert durch ihre eigene Wahrnehmung. Methodisch begeht sie einen neuen Weg, den sie selbst als "teilnehmende Geschichte", Geschichte mit dem Detailreichtum eines Romanciers, beschreibt (S.35). Mit nahezu kriminalistischem Eifer betrieb sie ihre Forschungen in Archiven, Bibliotheken und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen Deutschlands, Frankreichs, der Niederlande, Lettlands, Litauens sowie Israels und der USA.

Ihr Buch gliedert sie in 15 Kapitel mit einem Prolog und einem Epilog.

Eingangs beschäftigt sie sich mit dem Berliner Zweig der Familie und den ersten Jahren in Berlin. Für die Berliner Zeit ist ihr die Beschreibung des proletarischen Milieus als Teil der allgemeinen mitteleuropäischen Kulturgeschichte wichtig. Allerdings beschränkt sie sich im Wesentlichen auf das sozialdemokratische Milieu. Das "kommunistische Milieu", das ihr offensichtlich fremd bleibt, verbindet sie an dieser Stelle mit dem Begriff des "Sozialfaschismus" und der Feststellung zur Situation ihres Vaters, dass die Nazis und die Kommunisten ihm abwechselnd Steine in die Fenster geschmissen hätten.

Ein großer Teil der Publikation ist der Flucht, dem Exil und der Verfolgungspraxis der Nazis gewidmet. Sie betont, dass sie wegen ihrer politischen Überzeugung ins Exil getrieben wurden und die Solidarität der Menschen gemeinsamer politischer Überzeugung ihnen zur Flucht verholfen hat. So entgingen sie dem Schicksal der Iuden, das sie sonst sicher hätten teilen müssen. Im Exil wollten sie vor allem zweierlei erreichen: die Welt über die vom Nationalsozialismus ausgehende Gefahr in Kenntnis setzen und die Politik ihrer Asylländer im antifaschistischen Sinne beeinflussen. Etappen des Exils waren Prag, Frankreich, Spanien, Portugal und schließlich die USA. "Asyl" hat für sie viele Aspekte. Sie reichen von der Konfrontation mit materieller Not über die Furcht vor Auslieferung und Ausweisung bis zur internationalen Solidarität zwischen den Exilanten und den Antifaschisten der Gastländer. Sie beschreibt das beeindruckend anhand der eigenen Erlebnisse und der ihrer Familie.

In Paris schloss sich P. den österreichischen Roten Falken an, was sie im Weiteren stark prägen sollte. In einem französischen jüdischen Kinderheim der OSE (Oeuvre de Secours aux Enfants), von dem österreichischen Funktionär der Arbeiterjugendbewegung und Reformpädagogen Ernst Papanek geleitet, wurde sie zum ersten Mal mit der jüdischen Problematik konfrontiert.

Das sozialdemokratische Exil zeigte sich bekannterweise nicht homogen. P. beschreibt die Auseinandersetzungen, die sich in erster Linie um die Einheitsfront rankten. So mit Alexander Stein, Paul Hertz u. a. auf der einen Seite, die mit der Gruppe Neu Beginnen sympathisierten, die ihrerseits ein breites Bündnis aller exilierten Nazigegner anstrebte, und auf der anderen Seite Curt Geyer, Fritz Heine u. a. vom Vorstand der

SOPADE und dem Neuen Vorwärts. Die weitgehende Ablehnung des Zusammengehens mit den Kommunisten durchzieht allerdings alle Phasen des Exils.

Von den USA aus war aktive Fluchthilfe von Arbeiterorganisationen, vor allem vom JLC (Jewish Labor Committee) und dem ERC (Emergy Rescue Committee) ausgegangen, die sich die Überlegung zu eigen gemacht hatten, dass Arbeiterführer und demokratische Sozialisten die Naziherrschaft überleben sollten, um später beim Wiederaufbau eines demokratischen Deutschland wirksam zu werden. Kommunisten waren von Anbeginn auszuschließen. Die Führer der deutschen Sozialdemokraten in Frankreich betrachteten das als Orientierung: nur den in ihren Augen "ernsthaften" politischen Flüchtlingen sollte der Weg in die USA geöffnet werden, "Parteikommunisten" aber waren schließen. Emotional berührend sind ihre Belege für die große Solidarität der einfachen amerikanischen Arbeiter und Gewerkschafter für die Rettung der Exilanten in Frankreich, die sie in amerikanischen Archiven fand.

Mit der amerikanischen Kriegserklärung wurden die Exilanten aber zu "feindlichen Ausländern". Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, dem Beginn des Kalten Krieges und der mit der McCarthy-Ära verbundenen Kommunistenhetze sollten dann die Beiträge der Linken zum Kampf gegen den Nationalsozialismus vergessen gemacht werden. Der innenpolitische Wandel in den USA in den frühen 1950er-Jahren ließ P. diesmal freiwillig das Exil wählen und zwar nach Asien, wo sie ab Mitte der 1970er-Jahre in

internationalen Kreisen feministischer Wissenschaftlerinnen, u.a. mehrere Jahre im Centre for Women's Development Studies in Neu Delhi, tätig war.

Für viele deutsche sozialdemokratische Exilanten in den USA gestaltete sich ihr Aufenthalt dort schwierig. Sie bewegten sich fast nur in ihren eigenen Kreisen, hatten kaum Beziehungen zu linken Gruppen der USA, und sie waren mit der alten Frage konfrontiert, warum es in den USA keine politisch wirksame sozialdemokratische Bewegung gab? Die Exilanten hatten in den USA ein Parteiensystem erwartet wie vor 1933 in Europa und konnten mit dem Zweiparteiensystem der USA nicht umgehen. Zudem gab es tief gehende Meinungsverschiedenheiten darüber, ob man nach Deutschland zurückgehen solle oder nicht und wie das zukünftige Deutschland aussehen solle. Nachdenkenswert zu den Nachkriegsvorstellungen für Deutschland ist der Blick auf den "Council for a Democratic Germany" unter dem evangelischen Theologen Paul Tillich, in dem auch Sozialdemokraten verschiedener Richtung vertreten waren (S.433). Der "Council" hatte genaue Pläne für den demokratischen Wiederaufbau der deutschen Gesellschaft vorbereitet, u.a. ein "Programm zur Wiederherstellung der Schulen und des Bildungswesens in Deutschland". Im zweiten Teil des Buches schildert P. den russisch-lettischen Zweig ihrer Familie. Von dessen Existenz hatte sie kaum Kenntnis, erhielt erst 1990 nach dem Fall des Eisernen Vorhangs Zugang und wurde sogleich in der eigenen Familie mit dem schreck-

lichen Schicksal der lettischen Juden und dem unbegreiflichen Ausmaß der Shoa konfrontiert. Unter der deutschen faschistischen Besetzung Lettlands wurde, bis auf zwei Ausnahmen, die ganze Familie mit Unterstützung lettischer Hilfstruppen liquidiert. Mit den Forschungen zu ihrem Vater förderte sie interessante Fakten zur russisch-jüdischen und schließlich der deutschen Arbeiterbewegung zu Beginn des vergangenen Jh. zutage. So hätte ihn 1902 der Kontakt zu Maksim Litvinov zunächst stark in bolschewistischer Richtung beeinflusst. 1906, nach der gescheiterten russischen Revolution, ging er nach Deutschland. Seit 1907 arbeitete er mit Karl Liebknecht und Mathilde Jacob zusammen am "Russischen Bulletin", dem Übersetzungsdienst, der der deutschen sozialdemokratischen Presse russische Nachrichten zugänglich machte. Aus dieser Zusammenarbeit ergab sich zwar eine gewisse Nähe zum Spartakusbund, später aber kam es zum schroffen Gegensatz zur KPD. 1919 stand er mit Karl Kautsky, Rudolf Hilferding u. a. auf dem rechten Flügel der USPD und ging schließlich zurück zur SPD.

Als Redakteur der menschewistischen Zeitschrift "Socialističeskij Vestnik" in Deutschland sah sich Alexander Stein als Vermittler zwischen den in Russland verbliebenen Menschewiki und den Sozialdemokraten und Menschewiki in Deutschland und Österreich. Steins Verhältnis zur Sowjetunion beschreibt P. als menschewistische Position, von der aus er nach einem dritten Weg zwischen Bolschewismus und bürgerlichem Reformismus suchte und sich dem Austromarxismus nä-

herte. Zu Lenin bezog er ein ausgesprochen feindliches Verhältnis.

P. hat eine beeindruckende Arbeit zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung vorgelegt, wenn man auch nicht alle ihre Wertungen hinsichtlich der internationalen kommunistischen Bewegung teilen kann.

Gerlinde Grahn

Eberhard Jäckel/Otto Dov Kulka (Hrsg.): Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933-1945 (= Schriften des Bundesarchivs 62), Droste Verlag, Düsseldorf 2005, 894 S., mit einer CD-Rom

In den letzten Jahrzehnten ist eine Vielzahl an Quellen ediert worden, die das Leben und Leiden der Juden im faschistischen Deutschland und Europa dokumentieren. Zu nennen ist hier vor allem die Edition der Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, die über das Leben unter der Nazidiktatur zwischen 1938 und 1945 vom Standpunkt der Herrschenden aus berichteten. Doch auch die Zahl der aus Naziquellen geschöpften regionalen Stimmungsberichte ist inzwischen angewachsen.

Eine Gesamtschau über die Lage der todgeweihten Juden aus der Sicht ihrer Peiniger und Mörder fehlte jedoch bisher. Sie zu liefern, schien kaum realisierbar. Doch die beiden international renommierten Forscher D. K., Emeritus an der Hebräischen Universität Jerusalem, und J., Emeritus an der Universität Stuttgart, haben das scheinbar Unmögliche geschafft, 752 ausgewählte Dokumente in einem Buch sowie 3.744 Doku-

mente – alle gegenwärtig erreichbaren – auf einer beigefügten CD-Rom zu versammeln. Dies wäre nicht denkbar gewesen ohne den Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Anne Birkenhauer, Andrea Fiedermütz, Georgia Hauber, Louise Hecht, Stefan Kley, Silvia Noll, Noa Nussbaum und Dorthe Seifert.

Die Quellen umfassen Berichte deutscher Partei- und Regierungsbehörden, vom Reichsministerium und vom Regierungspräsidenten bis zum Kreisleiter der NSDAP, von Kommunalund Lokalbehörden bis zur Gestapo, bis zum Sicherheitsdienst der SS auf all ihren jeweiligen Ebenen. Da es noch keine Meinungsforschungsinstitute gab, waren die Naziherrscher auf Berichte zahlreicher regionaler Ämter angewiesen.

Die große Mehrzahl der Dokumente ist aus Deutschland, doch sind auch Quellen aus Österreich, dem Sudetenland und den ab 1939 eroberten Gebieten abgedruckt. Beigefügt sind zahlreiche Bildquellen, eine Zeittafel, ein historisches Glossar, das Termini sowohl der Täter wie des jüdischen Lebens erklärt, eine 54-seitige Bibliographie, die noch um weitere Literaturangaben auf der CD-Rom ergänzt wird, ein Abkürzungsverzeichnis sowie Indices zu den angeführten Personen, Namen und Orten. All dies bietet der Regional- und Heimatgeschichtsschreibung, insbesondere aber allen in politischer und schulischer Bildung Engagierten große Chancen zur vertieften Wissensvermittlung.

Das Naziregime traute nicht dem propagierten "monolithische[n] Bild von Staat und Gesellschaft", so die Hrsg. (S.15). Deshalb baute es ein

System der organisierten wie der freiwilligen Berichterstattung auf. Deutlich wird, dass eine große Anzahl nichtjüdischer Deutscher ab 1941 von den Vernichtungsmaßnahmen wusste oder diese zumindest ahnte, wenngleich das Naziregime das ganze Ausmaß des industriell betriebenen Völkermordes zu verschleiern suchte.

Besonders Angehörige der im Osten "kämpfenden Wehrmacht" wussten oft, worum es ging. Am 21. Juli 1941 hieß es in einem Bericht des OKW zur Lage in Białystok, dass kürzlich 2.600 Juden "abgeschossen" worden seien (S.451); ein anderer Wehrmachtsbericht vom 11. August 1941 sprach davon, dass im lettischen Libau "schon mehrere tausend Juden ,liquidiert' worden [sind], teils durch die deutschen Behörden, zum großen Teil aber auch durch die Letten [...]" (S.454). Im Deutschen Reich selbst gingen der "Kennzeichnungspflicht" für Juden vom 1. September 1941 entsprechende Forderungen aus der Bevölkerung voraus. So schrieb die SD-Außenstelle Minden am 28. August: "In der Bevölkerung wird bemängelt, weshalb man nicht schon längst dazu übergegangen sei, den Juden [...] ein Kennzeichen geben." zu Judenstern auf dem Rockaufschlag oder eine entsprechende Armbinde sei "das richtige Zeichen" (ebenda). Das unterschiedliche Verhalten der Bevölkerung – die Mithilfe einiger bei der Drangsalierung der Juden, der Beistand, den aber nur wenige zu leisten wagten, und die Gleichgültigkeit der meisten - all diese Beobachtungen werden durch die Quellen bestätigt. Die Resonanz unter der Be auf antisemitische Filme sagt viel zur

Sozial- und Alltagsgeschichte aus. So meldete die SD-Außenstelle Höxter am 7. Februar 1941, der Film "Der ewige Jude" sei auf keine große Resonanz gestoßen – aber lediglich deshalb nicht, weil er "nur" ein Dokumentar-, doch kein Spielfilm sei. Hingegen seien beim Spielfilm "Jud Süß" "Rekordzahlen" erreicht worden (S.441). In Bielefeld, so ein Bericht vom 8. Oktober 1940, komme aus allen Kreisen der Bevölkerung "begeisterte Anerkennung für die glänzende schauspielerische Leistung Ferdinand Marians als Jud Süß; besonders anerkannt wird aber das schauspielerisch glänzende Einfühlen Werner Krauß' in die schwierige Rolle des Sekretärs Levi" (S.434; Hervorhebung im Text). Befürchtet wurde nur hin und wieder, dass man einiger "realistischer" Szenen wegen Jugendlichen den Besuch des Films noch nicht empfehlen könne.

Doch je näher die unausweichliche Kriegsniederlage rückte, desto mehr wuchs die Angst der Täter und Mitläufer vor einer möglichen Vergeltung. Am 6. November 1944 gab die SD-Außenstelle Stuttgart "zahlreiche Stimmen aus allen Bevölkerungskreisen" wieder: "Haben wir nicht die Juden zu Tausenden hingeschlachtet?", lautete die bange Frage. "Erzählen nicht immer wieder Soldaten, Juden hätten in Polen ihre eigenen Gräber schaufeln müssen? Und wie haben wir es denn mit den Juden gemacht, die im Elsaß im KZ waren? Die Juden sind doch auch Menschen. Damit haben wir den Feinden ja vorgemacht, was sie im Falle ihres Sieges mit uns machen dürfen" (S.546). In Berlin, aber nicht nur dort, vernichteten die Stadt- und

Stadtbezirksverwaltungen jene Akten, die von der "Arisierung" jüdischer Geschäfte Zeugnis ablegten (S.546f.). Zum Glück aber blieben genug schriftliche Nachweise erhalten die das größte Verbrechen der Menschheit dokumentieren, und von denen einige Tausend im Buch und auf der CD nachzulesen sind. Die vorliegende Dokumentation ist eine ebenso bedrückende wie notwendige Auseinandersetzung mit dem dunkelsten Abschnitt deutscher und europäischer Geschichte. *Mario Keßler* 

Karl Heinz Jahnke: Widerstand gegen die NS-Diktatur in Mecklenburg. Zur Erinnerung an die Frauen und Männer, die zwischen 1933 und 1945 ermordet wurden (= MV Wissenschaft), BS-Verlag Rostock, Rostock 2006, 249 S.

Der Rostocker Historiker J. erinnert mit seinem neuen Buch an die Opfer des Nationalsozialismus aus Mecklenburg. Als Einleitung zu den biographischen Texten informiert er zunächst über den Widerstand gegen die NS-Diktatur in dem Land und kann hierfür auf seine jahrzehntelangen Forschungen zurückgreifen. Als eine regionale Besonderheit wird ins Gedächtnis gerufen, dass die NSDAP bereits seit 1932 in Mecklenburg-Strelitz - in einer Koalition mit der Deutschnationalen Volkspartei - regiert hat und in Mecklenburg-Schwerin seit Juli 1932 sogar allein.

Ab 1933 wurden Schritt für Schritt die KPD-Bezirksorganisation zerschlagen, kritische Kreise der evangelischen Kirche mit Sondergerichtsprozessen eingeschüchtert und die jüdische Minderheitsbevölkerung zunehmend terrorisiert. Sozialdemokratische Funktionäre hatten sich weitgehend in ihre Privatsphären zurückgezogen, und 1936/37 folgte eine Verhaftungs- und Prozesswelle gegen die "Zeugen Jehovas". Vereinzelt gab es – in Wismar und Boizenburg - kommunistischen Widerstand, auch in der Rüstungsindustrie. Wie in anderen Regionen des Deutschen Reiches brannten im November 1938 Synagogen, und es kam zu massenhaften Verhaftungen jüdischer Bürger. Sogar noch in den letzten Wochen der NS-Diktatur regte sich Widerstand. "Es wurde der Bau von Panzersperren und anderen Befestigungsanlagen verzögert sowie die Sprengung von Brücken, Betrieben und anderen lebensnotwendigen Einrichtungen verhindert" (S.65).

Im Anschluss an die einleitenden Passagen informiert Jahnke über das Leben von 151 Frauen und Männern des Widerstandes, die zwischen 1933 und 1945 ihren Wohnsitz bzw. ihre Arbeitsstätte in dem Land hatten. "Der Widerstandsbegriff ist weit gefasst" (S.8). Beachtung hat der Widerstand aus der Arbeiterbewegung ebenso wie der jüdische Widerstand gefunden, die Verweigerung von "Zeugen Jehovas" ist neben dem Widerstehen einzelner Geistlicher berücksichtigt, und auch der Einsatz adeliger Wehrmachtsoffiziere kommt zur Sprache. Einige Texte sind ausführlich, wie der über den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Rostock, Arnold Bernhard, und seine Ehefrau Emma, die beide im Konzentrationslager Auschwitz ermordet wurden. Andere Texte sind kurz und vage, wie der über den Landarbeiter Dambrowski, von dem

nicht einmal der Vorname und die Geburtsdaten ermittelt werden konnten. Der aus dem Kreis Hagenow stammende Mann "ist am 25. Mai 1942 in Nazihaft gestorben" (S.96).

Andere hatten "Fahnenflucht" begangen (Eberhard Banse), lehnten als Sozialdemokraten das NS-Regime ab (Otto Beckmann) oder verurteilten den Krieg (Paul Ziolkowski), sie waren in die Pläne der Verschwörer des 20. Juli 1944 eingeweiht (Hans-Jürgen Graf von Blumenthal) oder bedauerten, dass das Attentat von Georg Elser auf Hitler am 8. November 1939 misslungen ist, sie unterstützten ausländische Kriegsgefangene Zwangsarbeiter (Anna und Hans Cielkowski) und versuchten, politisch Verfolgte nach Dänemark zu bringen (Johann Frehse). Sie starben an angeblicher Herz- und Kreislaufschwäche (Johann Konrad) oder an unzureichender medizinischer Versorgung in einer Strafanstalt (Regina Koschelsky), schieden aus Verzweiflung aus dem Leben (August Lemke) oder fanden als Angehörige des Strafbataillons 999 den Tod. Sie lehnten als Adventist den Kriegsdienst ab (Ludwig Pfältzer) oder wurden wie Paul Rothschild als Jude, der verbotswidrig ein Kraftfahrzeug gefahren hatte, standrechtlich erschossen.

Der Lebensgeschichten und Todesarten werden von J. viele berichtet. In seinem Nachwort streicht er heraus, wie wichtig kontinuierliche Forschung ist und dass viele Bereiche – Deserteure, Wehrdienstverweigerung und Selbstverstümmelung u.a. – immer noch zu wenig erforscht sind. Zu den Defiziten gehört auch die biographische Forschung über die "Täter" –

vom Gauleiter Friedrich Hildebrandt bis zu den NSDAP-Kreisleitern und -Ortsgruppenführern.

Der Anhang enthält ein ausführliches Literaturverzeichnis, eine orientierende Zeittafel 1933-1945 sowie ein Personen- und Ortsverzeichnis.

J. ist es wieder einmal gelungen, ein sehr wichtiges Buch zu schaffen, welches eine Vielzahl von Möglichkeiten für weitere Forschungen bietet.

Kurt Schilde

Björn-Erik Lupp: Von der Klassensolidarität zur humanitären Hilfe. Die Flüchtlingspolitik der politischen Linken 1930-1950, Chronos Verlag, Zürich 2006, 456 S.

Der Schweizer Historiker L. hat in seiner 2003 an der Universität Basel abgeschlossenen Dissertation entgegen dem Trend des Rückgangs der Forschungsarbeiten zur Arbeiterbewegung die Flüchtlingspolitik der beiden Flügel der Arbeiterbewegung der Schweiz untersucht: der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des ihr nahe stehenden Schweizerischen Gewerkschaftsbundes sowie der Kommunistischen Partei der Schweiz respektive der Roten Hilfe Schweiz. Die Darstellung der sozialdemokratischen Flüchtlingspolitik ist sehr viel ausführlicher, da umfangreichere Quellenbestände benutzt wurden. "Die Quellenlage bei den kommunistischen Organisationen ist bedeutend schlechter, und außerdem befindet sich ein Teil der interessanten Quellen nicht in der Schweiz" (S.22). Der Autor ist nach Bonn in das Archiv der sozialen Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung gefahren, aber leider nicht

nach Moskau geflogen, um die dort lagernden Archivalien auszuwerten. Die Folge ist, dass die kommunistische Flüchtlingspolitik nur auf rund 50 Seiten behandelt werden konnte und nur ein Fünftel des Umfangs der der Sozialdemokratie gewidmeten Ausführungen umfasst.

Die Flüchtlingspolitik der politischen Linken in der Schweiz hatte unterschiedliche Wurzeln und es wurden abweichende Wege gegangen. Während die Rote Hilfe 1933 bereits langjährige Erfahrungen in der und eine organisatorische Basis für die Flüchtlingsbetreuung besaß, musste Sozialdemokratie ganz von vorn anfangen und die Schweizerische Flüchtlingshilfe aufbauen, die 1940 im Schweizerischen Arbeiterhilfswerk aufging. Partei und Gewerkschaft trugen einen wesentlichen Teil der Kosten, indem sie Räumlichkeiten und Personal bereitstellten. Trotzdem bestanden permanent finanzielle Probleme.

Die sozialdemokratische wie die kommunistische Flüchtlingspolitik waren politisch-funktionalistisch ausgerichtet. Beide verfolgten eine selektive Unterstützungstätigkeit mit der Folge, dass überwiegend die eigene Klientel unterstützt wurde. Ging es auf der einen Seite um die "Bedeutung des Flüchtlings für die (deutsche) Arbeiterbewegung" (S.382) – so die sozialdemokratische Variante – wurde andererseits auf kommunistischer Seite das Asylrecht als "Instrument des Klassenkampfes" (S.349) benutzt.

Da es den Flüchtlingen verboten war, sich selbst ihren Lebensunterhalt zu verdienen, war der Weg in die Illegalität quasi aufgezwungen. Auf sozialdemokratischer Seite wurde eine legalistische Flüchtlingspolitik betrieben. Illegale Fluchthilfe wurde offiziell nicht unterstützt, "aber in privatem Rahmen mehr oder weniger konsequent betrieben" (S.383) und geduldet. Die Sozialdemokratie integrierte sich in die bürgerliche Schweiz, wollte das Vertrauen der Behörden erhalten und versuchte, durch Zusammenarbeit den Flüchtlingen einen legalen Status zu verschaffen.

Die Rote Hilfe Schweiz wie die Kommunistische Partei standen im scharfen Gegensatz zur bürgerlichen Schweiz. Die Rote Hilfe war eine marginalisierte politische Gruppe und einem "Teufelskreis von Repression und Ausweichen auf illegale Mittel ausgesetzt" (S.387). 1940 wurden die Kommunistische Partei und die Rote Hilfe verboten. Erst als 1944 mit der Partei der Arbeit eine legale Organisation gefunden war, konnte wieder legal gearbeitet werden. Ob legal oder illegal, die kommunistische Flüchtlingspolitik blieb eine oppositionelle. Deshalb lehnte die sozialdemokratische Seite eine Zusammenarbeit strikt ab und trug entscheidend zur Isolation der kommunistischen Flüchtlingshilfe bei.

Die unterschiedliche Flüchtlingspolitik demonstriert L. auch an einigen Beispielen. Als der sozialdemokratischen Flüchtlingshilfe bekannt wurde, dass der von ihr unterstützte Walter Fisch ein Funktionär der Roten Hilfe Deutschlands war, schloss sie ihn von der Beihilfe aus. Erschwerend kam in seinem Fall dazu, dass er wegen kommunistischer Propaganda in der Schweiz verhaftet worden war. Zwar galten Leute wie Fisch auch als Ange-

hörige der Arbeiterbewegung, wurden "aber aufgrund der unerbittlichen Feindschaft zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten nicht als wertvolle und daher unterstützungsberechtigte Mitglieder der Arbeiterbewegung betrachtet" (S.123).

Ein anderes Beispiel zeigt die Probleme der kommunistischen Flüchtlingshilfe. Als ein Flüchtling durch die Rote Hilfe von der Unterstützung ausgeschlossen wurde, protestierte die Sektion Thalwil, die sich um ihn kümmerte. "Sie war der Meinung, dass der Flüchtling nur ausgeschlossen wurde, weil er eine parteifeindliche Haltung eingenommen habe" (S.337).

Die Auseinandersetzungen zwischen der Roten Hilfe Schweiz und der Sektion Thalwil hatten zur Folge, dass diese eine Unabhängige Hilfsvereinigung Thalwil gründete.

Die ausgezeichnete Untersuchung von L. bereitet aus deutscher Sicht durch die Verwendung mancher Begriffe Unbehagen: Es wird wiederholt von der "Machtergreifung Hitlers" (z. B. S.55, 381) gesprochen und auch vom "Einmarsch Hitlers in die Tschechoslowakei" (S.86) - dies ist doch ein unreflektierter Umgang mit den Begriffen? Bei dieser Gelegenheit soll eine Korrektur erfolgen: Der auf S.342 erwähnte deutsche Kommunist hieß nicht Hans, sondern Heinz Neumann - das ist schon ein Fauxpas!

Leider erfährt man nichts über andere in Schweiz sich für politische Flüchtlinge engagierende Organisationen, wie z. B. das Unitarian Service Committee und Noel Field.

Die wichtige Arbeit von L. steht im Zusammenhang mit den Forschungen der Unabhängigen Expertenkommission "Schweiz – Zweiter Weltkrieg" und setzt sich mit dem "Mythos der schweizerischen humanitären Asyltradition" (S.27) auseinander. Politische Flüchtlinge fanden vor allem dann Aufnahme, wenn sie in der Schweiz über Solidaritätsgruppen verfügten. Dass die Solidarität auf parteipolitische Grenzen stieß, macht L. sehr deutlich. Seine Untersuchung relativiert den "Mythos Asyltradition" und die ihm zugrunde liegende humanitäre und parteipolitische Motivation.

Kurt Schilde

Erwin Lewin: Antifaschistischer Widerstand in Albanien (1942 -1943/44). Neue Quellen zu Akteuren und Zielen (Diskurs. Streitschriften Z11Geschichte Politik des Sozialismus, Heft 24), Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2007, 195 S.

L. studierte von 1956 bis 1961 Geschichte und Albanalogie an den Universitäten in Leipzig und Tirana. Bekannt geworden ist er Publikationen zahlreiche zur schichte der Kommunistischen Internationale und zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung sowie zu verschiedenen Aspekten der Geschichte Albaniens. Die vorliegende Dokumentation mit insgesamt 29 von ihm übersetzten und meist erstmals in Deutsch publizierten Dokumenten beruht auf einer detaillierten Auswertung von Archivalien des Zentralen Staatsarchivs in Tirana und einschlägiger Literatur. Das gilt sowohl für die Einleitung (S.5-52), als auch für die notwendigen Anmerkungen zu den Dokumenten, insbesondere zu den darin genannten Akteuren des Widerstandskampfes und deren Schicksalen unter der Herrschaft Enver Hoxhas im sozialistischen Albanien.

Gegenstand der Publikation ist der erfolgreiche antifaschistische nationale Befreiungskampf gegen die italienische (1939-1943) und deutsche (1943/44) Besetzung des Landes. Neben Jugoslawien war Albanien das einzige Balkanland, das sich aus eigener Kraft befreit hat, wobei die kommunistisch geführte Partisanenbewegung den Hauptanteil hatte.

Nach dem Sieg der Befreiungsbewegung im November 1944 ist von der damals marxistisch-leninistisch dominierten Geschichtsschreibung ein sehr einseitiges Bild über jene Zeit verbreitet worden, "in dem die Kommunisten und die von ihnen geführte Antifaschistische Nationale Befreiungsfront (Fronti Nacional-Clirimtar, als alleinige FNC) Akteure Befreiungskampf" mit Enver Hoxha an der Spitze galten (S.5) Bemerkenswert ist zweifellos, dass die erst im November 1941 gegründete Kommunistische Partei Albaniens (KPA) rasch an Einfluss gewann und es vermochte, schon im September 1942 eine großenteils bewaffnete antifaschistische Front gegen die faschistische Unterdrückung des Landes zu organisieren. Doch L. verweist gleich zu Anfang seiner Einleitung völlig zu Recht darauf, dass der Volkswiderstand gegen die faschistische Okkupation indessen vielschichtiger und komplizierter, widersprüchlich und auch schmerzhaft war. Neben der kommunistisch geführten Widerstandsbewegung war in Albanien wie in anderen Ländern auch wie beispielsweise in Polen oder selbst in Deutschland - ein antikommunistisch ausgerichtetes Widerstandspotenzial vorhanden. Im Herbst 1942 entstand die republikanisch und antikommunistisch orientierte Organisation Balli Kombetar (Nationale Front) und ein Jahr später die monarchistische Organisation Legaliteti (Legalität). Auch die beiden hier genannten Organisationen verfügten in einem gewissen Umfang über bewaffnete Kräfte. L. hat in seinem Buch das Einwirken der verschiedenen Richtungen aufeinander, die zeitweise stark ausgeprägten Divergenzen zwischen ihnen und deren Einfluss auf den albanischen Widerstand analysiert und dokumentiert.

Während früher der bürgerlichrepublikanische Widerstand, überhaupt, meist nur aus der Sicht der KPA bzw. Enver Hoxhas beurteilt wurde, besteht der wissenschaftliche Reiz der Publikation vor allem darin. dass sie es dem Leser ermöglicht, sich anhand der Dokumente ein eigenständiges Urteil über die genannten Strömungen des Widerstandes, ihre Ziele und Aktionen, ihr Miteinander aber auch ihr Gegeneinander, das teilweise in bewaffneten, bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen gipfelte, zu bilden.

Als Resümee seiner Untersuchungen plädiert L. dafür, die Ereignisse ohne ideologische Scheuklappen, objektiv und vorurteilsfrei und für alle Interessierten nachvollziehbar zu erklären. "Herauszustellen ist das Anliegen aller [am Widerstand] Beteiligten, die faschistische Fremdherrschaft abzuschütteln. Allerdings gingen die

Widerstandskräfte mit unterschiedlichen politisch-konzeptionellen Vorstellungen an diese Aufgabe heran" (S.48). Hinzuzufügen wäre jedoch, dass die genannte Gemeinsamkeit besonders in der letzten Etappe des nationalen Befreiungskampfes offensichtlich von widerstreitenden Interessen in der Machtfrage und im Hinblick auf die gesellschaftspolitischen Strukturen eines befreiten Landes überschattet worden ist.

Natürlich ist bei all diesen Problemen immer auch die Rolle der faschistischen Okkupationsmächte Italien bzw. Deutschland, der Kollaborationsregierungen und die Kollaborationsbereitschaft von Teilen des bürgerlichen Lagers zu beachten, worüber die Publikation relativ wenig Aufschluss vermittelt. Das gilt partiell auch für die bewaffneten Formationen der Antifaschistischen Nationalen Befreiungsfront, der Nationalen Front und der Legaliteti. Deren Zusammensetzung, Strukturen usw. werden nicht näher untersucht. Hier ergibt sich dringend weiterer Forschungsbedarf.

Wie der Autor zeigt, gewannen in der letzten Phase des Widerstandskampfes antikommunistische Tendenzen bei bürgerlichen Widerstandskräften mehr und mehr die Oberhand, und es kam zu einem wohl breiteren Zusammenwirken mit Besatzungstruppen der deutschen Wehrmacht (S.46 f.).

Freilich konnten die angesprochenen Probleme oft nur angerissen und skizziert werden, doch sie markieren Forschungsfelder für weiterführende Untersuchungen. L. wollte mit der "Aufbereitung zeitgeschichtlicher Dokumente reflektieren, wie sich das Verhältnis zwischen den verschiedenen Widerstandskräften gestaltete und wo Gemeinsamkeiten und Brüche im Wirken des kommunistisch geführten FNG und der bürgerlich-nationalen Organisationen gegeben war" (S.50). Diesem Anliegen ist der Autor vollauf gerecht geworden. *Paul Heider* 

Jörg Roesler: Momente deutschdeutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990. Eine Analyse auf gleicher Augenhöhe, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2006, 240 S.

Das Buch behandelt die Geschichte der beiden deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Der Vf lässt sich dabei methodischen Herangehen Peter Benders leiten, der 2001 in einem Essay die "Gleichheit der Deutschen vor der Geschichte" konstatiert hatte. Ehemalige Bundes- und DDR-Bürger müssten sich in einer Nachkriegsgeschichte wiederfinden können. Eine Geschichtsschreibung sei nötig, aus der die Deutschen lernen können, was die Landsleute jenseits der Grenze erlebten, erfuhren, erreichten und erlitten. Die bisher von den Historikern entwickelten Konzepte reichten von "asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte" bis "integrierten Nachkriegsgeschichte", von "einer ideologischen "Kontrastgeschichte' von Diktatur und Demokratie" bis zu einer "konkurrierenden "Spiegelgeschichte" beider deutscher Staaten". R. bemängelt, dass es bei

diesen Konzepten kaum zu einer Umsetzung in eine Gesamtdarstellung gekommen sei. Er hält das Herangehen Benders am ehesten für die praktische Umsetzung für geeignet. So legt der Vf. den chronologisch gegeneinander abgegrenzten Kapiteln eine vierfache Untergliederung zugrunde: 1. Unterschiede, 2. Gemeinsamkeiten, 3. Wechselseitige Beziehungen, 4. Gegenseitige Bezugnahmen. In diesem Zusammenhang plädiert dafür. die Rolle er Schutzmächte in Übereinstimmung mit dem realen historischen Prozess zu bewerten. Dass einige Autoren der Bundesrepublik ab Mitte der 50er-Jahre "ein relatives Eigenleben" zugestehen, während sie bei der DDR "keine Spur von auch nur annähernder Souveränität" finden, spiegelt den realen Prozess keineswegs wider. Der Vf. meint im Unterschied dazu, dass sich die Spielräume von DDR und Bundesrepublik gegenüber Schutzmächten in den Zeiten des Kalten Krieges nicht wesentlich unterschieden. 1949 zur Zeit der "doppelten Staatsgründung" waren beide Staaten nicht in die volle Souveränität entlassen worden. Mitte der 1950er-Jahre erst wurden sie für souverän erklärt. In der Bundesrepublik erlosch im Mai 1955 das Besatzungsstatut, während die Sowietunion die DDR schon im März 1954 (nicht 1955, wie der Vf. auf S.24 meint) für souverän erklärte. Beide deutsche Staaten aber in unterschiedlichem blieben, da Maße noch schutzbedürftig, trotz der Souveränität. formalen Schutzmächten abhängig. Die DDR hätte Anfang der 1960er-Jahre die Grenze in Berlin niemals allein

schließen können. Dazu brauchte sie die sowietische Rückendeckung. Aber in den 60er-Jahren setzte Ulbricht eine Wirtschaftsreform (NÖS) durch, die er auch nach Brežnevs Machtübernahme in Moskau, dem Reformen suspekt waren, nicht abbrach. In dieser Zeit ignorierte die Bundesrepublik Zeichen der Entspannung zwischen den USA und der UdSSR. Entgegen den Wünschen der Schutzmacht fuhr sie mit der Hallstein-Doktrin fort. Aber Anfang der 1970er Jahre ordneten sich beide deutsche Staaten den Wünschen ihrer Schutzmächte unter. Erich Honecker nahm die Reformpolitik Ulbrichts zurück, und die Bundesrepublik verabschiedete sich von der Hallstein-Doktrin.

Ein Jahrzehnt später änderte sich die Situation erneut. Der Kalte Krieg gewann angesichts des sowjetischen Einmarschs in Afghanistan und der Unterdrückung der Solidarność in Polen erneut an Intensität. Erich Honecker und Helmut Schmidt sowie dessen Nachfolger Helmut Kohl waren sich in dieser Situation einig, eine deutsche "Verantwortungsgemeinschaft" für den Frieden anzustreben und an der Entspannungspolitik festzuhalten. Diese deutschen Eigenständigkeiten sahen die USA und die UdSSR nicht gern. Ergebnislos blieb der Versuch der sowjetischen Politik, Günter Mittag, einen Protagonisten der "deutschdeutschen Wirtschaftskooperation", Anfang der 1980er-Jahre aus dem Amt zu verdrängen. Auch Honeckers mehrfach von Moskau aus verhinderte Reise nach Bonn fand 1987 dann doch statt.

Infolge rasch zunehmender politischer und ökonomischer Schwäche verzich-

tete die UdSSR Ende der 80er-Jahre darauf, ihre Schutzfunktion weiter wahrzunehmen. Sie gab ihr westliches Vorfeld auf. Ein neues Kapitel deutsch-deutscher Beziehungen begann, das von Bonn aus als "asymmetrische Vereinigung" gestaltet wurde. Die Bundesrepublik, die in der Systemkonkurrenz mit der DDR vorrangig auf sozialem Gebiet ausgebaut worden war, die in ungewöhnlicher Breite und Intensität der sozialen Sicherungen kaum zu übertreffen war, sollte diese Vorzüge rasch verlieren. Das Wohl einer Minderheit trat, wie der Vf. zutreffend feststellt. zuungunsten der Mehrheit der Bewohner wieder in der Vordergrund. Der Vf. breitet ein Fülle empirischen Materials zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte beider deutscher Staaten aus, was der interessierte Leser als deutliche Bereicherung ansehen wird, das aber an bestimmten Stellen auch zum Widerspruch provoziert. Die These, dass Ost- und Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg wirtschaftlich annähernd gleiche Ausgangsbedingungen gehabt hätten, lässt Untersuchungsergebnisse des niederländischen Wirtschaftshistorikers Jaap Sleifer<sup>1</sup> unberücksichtigt, der schon für den Zeitraum von 1936 bis 1945 einen erheblichen Rückfall des ostdeutschen gegenüber dem westdeutschen Wirtschaftsniveau gestützt auf statistisches Material belegt.

Ungeachtet dessen ist der methodologische Ansatz des Vf. sehr zu begrüßen, weil er die kruden Dieologie-Komponenten der "Aufarbeiter" vermeidet. Dieser Ansatz ist geeignet, einer konsequent wissenschaftlichen Betrachtung der deutschen Zeitgeschichte den Weg zu ebnen.

Siegfried Prokop

Dagmar Kift (Hrsg.): Aufbau West. Neubeginn zwischen Vertreibung und Wirtschaftswunder. Ausstellungskatalog Westfälisches Industriemuseum, Zeche Zollern II/IV in Dortmund, 18.9.2005 - 26.3.2006, Klartext Verlag, Essen 2005, 287 S.

Dieser von K., Wissenschaftliche Referentin am Westfälischen Industriemuseum, herausgegebene Katalog zur vom September 2005 bis zum März 2006 in Dortmund präsentierten Ausstellung "Aufbau West. Neubeginn zwischen Vertreibung und schaftswunder" thematisiert die Aufnahme von Flüchtlingen und Ver-Nordrhein-Westfalen triebenen in nach dem Zweiten Weltkrieg, ihre Lebensumstände und ihren Anteil am Wiederaufbau. Der Titel des Buches korrespondiert erkennbar mit dem "Aufbau Ost", doch beschreibt er ein ganz anderes Szenarium. Anhand von 40 knapp, aber aussagekräftig dokumentierten Lebensgeschichten wird gezeigt, wie die von der einheimischen Bevölkerung zunächst oft gar nicht willkommen geheißenen unfreiwilligen Zuwanderer als abhängig Beschäftigte und auch als Unternehmer zum Wiederaufbau des Industriegebietes beitrugen. Dass dies nicht nur in den ersten Nachkriegsjahren, sondern bis weit in die 1950er-Jahre hinein unter

<sup>1</sup> Jaap Sleifer: Falling behind. The East German Economy in comparison with West Germany from 1936 to 2002, Groningen 2002.

oft erbärmlichen Existenzbedingungen geschah, wird in Ausstellung und Katalog deutlich. Arbeitsplätze boten vor allem der Bergbau, die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie der Anlagen- und Maschinenbau, Zweige also, von denen der Wieder- und Neuaufbau wesentlich abhing.

Drei einleitende Aufsätze gewähren Einblicke in den historischen Kontext der Ausstellungsstücke. Wolfgang Keßler resümiert den Forschungsstand zur Geschichte der Flüchtlinge und Vertriebenen in NRW; Alexander v. Plato präsentiert unter dem Blickwinkel der Vertriebenenintegration die Ergebnisse lebensgeschichtlicher Studien; Werner Abelshauser beleuchtet die wirtschaftliche Entwicklung des Landes in der Nachkriegszeit.

In kurzen thematischen Einleitungen stellen K., Björn Zech und Stephan Pahs die einzelnen Ausstellungsabteilungen "Aus dem Osten", "Ankunft", "Wirtschaft und Gesellschaft" sowie "Spuren" vor. Das Kapitel "Wirtschaft und Gesellschaft" enthält darüber hinaus Überblicke zum Bergbau (Dagmar Kift), zur Stahlindustrie (Björn Zech), zur Bauindustrie (Andreas Immenkamp), zur Glas-, Textilund Maschinenbauindustrie (Arnold Lassota) sowie zur Bekleidungsindustrie (Arnold Lassota/Brigitte Schneider). Einen eigenen Beitrag widmet Anke Asfur vertriebenen Frauen im "Aufbau West". Museumspädagogische Überlegungen steuern Annette Kritzler, Anja Kuhn und Anette Plümpe bei. Den umfangreichsten Teil des Bd. nehmen die meist farbigen Abbildungen der Exponate und deren Kurzbeschreibungen ein.

Peter Hübner

Helga Köpstein: Die sowjetischen Ehrenmale in Berlin, Verlag R.O.S.S.I., Berlin 2006, 283 S.

In aller Welt bekannt sind die drei Ehrenmale in Berlin, die an den Sieg über den Faschismus im Mai 1945 erinnern. Weniger bekannt ist, wie sie entstanden, wer ihre Architekten und Bildhauer waren, warum sie gerade dort errichtet wurden, wo sie heute zu finden sind. Diesen Fragen ging K. in einer eindrucksvollen, interessanten, wissenschaftlich akribischen und auch spannenden Publikation nach. Besonderen Wert erhalten ihre Forschungen dadurch, dass sie in die Geschichte der Entstehung der Ehrenmale politische und kunsthistorische Vorgeschichte und den Umgang mit ihnen bis in die jüngste Vergangenheit hinein einbezieht.

Anknüpfen kann sie an schon vorliegende eigene und an Forschungsarbeiten ihres verstorbenen Mannes. Darüber hinaus sichtete sie in mühevoller Arbeit Literatur und Archivdokumente und befragte noch lebende Zeitzeugen in Deutschland und Russland. Anhand ihrer gewonnenen Erkenntnisse widerlegt sie Legenden, die aus politischer Motivation heraus bewusst befördert wurden.

In den Kämpfen um Berlin waren in den letzten Kriegstagen noch 20.000 sowjetische Soldaten gefallen. Für die Sowjetische Militärverwaltung war es eine Unmöglichkeit, eine so große Anzahl von Toten in ihre Heimat zurückzubringen, wie das bei den anderen Alliierten in Anbetracht der weitaus geringeren Opferzahl geschah. In Berlin mussten geeignete Begräbnisstätten gefunden werden.

Als erstes wurde Ende 1945 die Anlage mit dem Ehrenmal im Tiergarten errichtet.

Schon im Mai 1945 hatte Marschall G. K. Shukow, der Oberbefehlshaber der 1. Belorussischen Front, die Bildhauer Lew Kerbel und Wladimir Zigal und den Architekten Nikolai Sergijewski mit der Errichtung eines Denkmals beauftragt. Das Denkmal sollte sich auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone befinden und im November 1945 zum Jahrestag der Oktoberrevolution eingeweiht werden

Gewählt wurde eine Stelle im Tiergarten, die sich in unmittelbarer Nähe der Machtzentralen des faschistischen Staates, wie des Reichstags und der Reichskanzlei, befand, und wo die letzten, opferreichen Kämpfe stattgefunden hatten. Allerdings stellte sich bei näherer Betrachtung heraus, dass sich der Platz in der englischen Zone befand. Zwei leitende Ingenieure der Roten Armee erhielten die Erlaubnis, mit dem britischen Kommandanten Lyne über das Vorhaben zu sprechen, der ohne Probleme die Zustimmung der britischen Regierung einholte.

Die Bildhauerarbeiten der sowjetischen Künstler wurden in der Hochschule für Bildende Künste am Berliner Steinplatz und Bildgießerarbeiten in der Friedenauer Gießerei Noack durchgeführt. Andere Berliner Firmen waren in die Arbeiten an den Skulpturen und der Gesamtanlage einbezogen. Das Baumaterial wurde, wie später auch für die anderen beiden Ehrenmale, den von den Nazis für ihre Siegesbauten angekauften und bei Fürstenberg an der Oder gelagerten Steinmassen entnommen.

Lew Kerbel schrieb später: "Hervorzuheben ist, dass sich bei uns buchstäblich in den ersten zwei Monaten nach der Befreiung Berlins durch die sowjetischen Truppen sehr wohlwollende, ich würde sagen, sogar freundschaftliche Beziehungen zu den Deutschen, mit denen wir gemeinsam gearbeitet haben, herausgebildet haben" (S.27).

In der Anlage im Tiergarten sind 2.500 sowjetische Soldaten und Offiziere beigesetzt, von denen wohl nur die 182 identifiziert werden konnten, deren Namen auf den Pfeilern der Kolonnade verzeichnet sind. Im Mittelpunkt des Ehrenmals steht die Bronzeskulptur eines Rotarmisten mit aufgepflanztem Bajonett, der, wie es Lew Kerbel beschreibt, Abschied von seinen gefallenen Kameraden nimmt. Die Einweihung des Ehrenmals fand, wie vorgesehen, am 11. November 1945 in sehr beeindruckender Weise statt.

In den folgenden Jahren stand das Ehrenmal wohl stärker als die beiden anderen im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Am 9. Mai 1946 fand eine letzte gemeinsame Parade der Alliierten zum Tag des Sieges statt. Bis zum Mauerbau am 13. August 1961 legten dort Vertreter der Sowjetarmee und der DDR Blumen nieder. Danach wurde es zu einer sowjetischen Enklave in Westberlin. Am 7. November 1970 wurde von dem NPD-Mitglied Ekkehard Weil ein Attentat auf den sowietischen Sodaten der Ehrenwache Iwan Stscherbak verübt und Konsequenz daraus die Anlage bis in die 1980er-Jahre hinein zur besonderen Sicherheitszone deklariert. Am 22. Dezember 1990 wurden in einer feierlichen Zeremonie in Anwesenheit von Vertretern der Alliierten, des Senats und der Bundeswehr die sowjetischen Wachposten abgezogen und die Gedenkstätte dem Land Berlin übergeben.

Schon im Herbst 1945, als von sowietischer Seite noch keine Entscheidung für den Standort Treptow gefallen war, hatten leitende Mitglieder der Berliner KPD, u. a. Werner Schröder und Karl Fugger, die Idee eines Denkmals für die gefallenen Rotarmisten. Der FDGB nahm sich in seiner Gründungsphase der Sache an. Von einem Pankower Steinmetz wurde ein Gedenkstein angefertigt, der als "Gedenkstein des FDGB" von Hermann Schlimme, 2. Vorsitzender des FDGB Berlin, am 1. Mai 1946 eingeweiht wurde. Eine ursprünglich vorgesehene Skulptur kam nicht zustande, vor allem weil das benötigte Material nicht beschafft werden konnte. Noch heute steht der Stein in der Treptower Anlage.

Mit einem Befehl des Kriegsrates der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland vom 17. Oktober 1946 wurden zwei für die Anlagen in Treptow und Schönholz wesentliche Entscheidungen getroffen. Zum einen sollte es in Berlin nur noch diese beiden Soldatenfriedhöfe geben, in die alle Gefallenen umzubetten waren und zum anderen sollten die beiden Militärfriedhöfe künstlerisch ausgestaltet werden (S.79).

Mit dem Befehl 0166 des Obersten Chefs der SMAD wurden die Entwürfe des Bildhauers J. W. Wutschetitsch und des Architekten J. B. Belopolski für Treptow und des Kollektivs von M. D. Belawenzew, K. A. Solowjow und W. D. Kroljow für Pankow, d. h. Schönholz endgültig bestätigt. Wutschetitsch und Belopolski schufen übrigens einige Jahre später das Ehrenmal auf dem Mamajew-Hügel in Wolgograd. Der Maler A. Gorpenko wurde 1948 zur Gestaltung der Mosaiken im Mausoleum in Treptow hinzugezogen, die ursprünglich nicht vorgesehen waren. Er zeichnete auch für die Gestaltung der Mosaiken in Schönholz verantwortlich.

Für Treptow wurde ein künstlerischer Wettbewerb ausgeschrieben, an dem auch Deutsche beteiligten. Eingereicht wurden ca. 30 bis 40 Entwürfe. Letztendlich entschieden sich die Verantwortlichen am 4. Juni 1947 für den Entwurf J. W. Wutschetitschs, eines schon damals bekannten sowietischen Bildhauers. Wie Zeitzeugen berichten und noch vorhandene Modelle belegen, zertrat der Soldat als zentrale Figur des Ehrenmals ursprünglich den Reichsadler. Dieses Motiv sei aber verworfen worden, da der Kampf nicht nur Deutschland, sondern dem Faschismus überhaupt galt. So liegt dann das Hakenkreuz zu Füßen des Soldaten, Modell für den Soldaten stand der russische Sergeant I. St. Odartschenko. Das Mädchen auf seinem Arm ist nachweislich Swetlana. eine der Töchter des Berliner Stadtkommandanten Kotikow (S.134). Die Rettung des deutschen Kindes ist zwar historisch verbürgt, aber keiner der Erbauer des Denkmals hatte je eine Verbindung zwischen dieser Rettungstat und ihrem Projekt im Sinn gehabt (S.160-170).

Wutschetitsch schrieb später: "Wir waren völlig von dem Gedanken beherrscht, dass sich das künftige Mo-

nument im Zentrum Europas erheben wird, dass die Menschen aller Länder der Welt darauf blicken und dass sie es unzweifelhaft als Beispiel sowietischer Kunst betrachten werden[...] Wir vermieden alles Pompöse und Künstliche[...]Wir wollten die sowietischen Kämpfer [...] so zeigen, wie sie wirklich waren: einfache, dem Volk verbundene Menschen[...] Höchste Dramatik und lebensbejahendes Pathos müssen in diesem Ensemble miteinander verschmelzen." Dabei sollte über das Gefühl tiefer Trauer das Bewusstsein vom Triumph Lebens und der Zukunft zugewandten Menschheit dominieren (S.86).

Verantwortliche sowjetische Bauleiter für Treptow und Schönholz waren bis Mai 1948 G. L. Krawzow, der anschließend auf die Baustelle des Wolga-Don-Kanals berufen wurde, und W. G. Dubrowki.

Wilhelm Pieck unterstützte gegenüber den sowjetischen Militärs die Idee zur Gedenkstätte im Treptower Park als ehemals traditionellem Treffpunkt der Berliner Arbeiterbewegung.

Dem Beginn der Bauarbeiten in Treptow im Sommer 1947 waren fast zwei Jahre andauernde Umbettungsarbeiten von insgesamt 5.178 Gefallenen vorausgegangen. In die eigentlichen Gestaltungsarbeiten waren, wie schon im Tiergarten, auch deutsche Firmen einbezogen. Zu den Bauarbeiten eingesetzt wurden anfangs sowjetische Militärangehörige aus Spezialeinheiten, dann ehemalige russische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter und nach deren Rücktransport in die Heimat deutsche Arbeitskräfte.

Am 8. Mai 1949 erfolgte schließlich in Anwesenheit von Vertretern der sowjetischen Armee, der deutschen Verwaltungen, Parteien und Organisationen die feierliche Einweihung. Anders als im Tiergarten nahmen, angesichts des Kalten Krieges, keine Vertreter der anderen Alliierten teil.

Der Umgang mit diesem Ehrenmal war in den folgenden Jahren nicht unumstritten. Anfangs gab es in der Diskussionen Bevölkerung dessen Bau. Die Menschen hätten wenig zu essen, keine warmen Stuben und dann dieser riesige Materialverbrauch für die Gräber der Sieger. Hinzu kam die Meinung, dass die Kosten von den Deutschen zu tragen seien, was die Archivquellen jedoch eindeutig widerlegen. In der DDR fanden an den Staatsfeiertagen der DDR und der Sowietunion Kranzniederlegungen statt, und staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen gestalteten hier Höhepunkte Wirkens. wird Erinnert an die politischen Turbulenzen ıım Ehrenmal zur Jahreswende 1989/90. Ein letzter Höhepunkt war am 31. August 1994 die Verabschiedung der letzten sowietischen Militärs aus Berlin in Anwesenheit von Helmut Kohl und Boris Jelzin.

Das Ehrenmal in der Schönholzer Heide am Rande Berlins entstand zwischen September 1947 und August 1949. Beteiligt waren viele der Künstler, Architekten und bauausführenden Firmen wie im Tiergarten und in Treptow. Als Bildhauer treffen wir hier Lew Kerbel und Wladimir Zigal wieder, hinzu kam Iwan Perschudtschew. Einbezogen waren auch zwei deutsche Künstler – der Bildhauer Walter Brückner und der Graphiker Walter Reißmüller.

Von der Einweihung des Ehrenmales am 7. November 1949 finden sich seltsamerweise in keinem der Medien der Zeit Hinweise. Schon Ende 1949 übergab die sowjetische Militärkommandantur die Anlage in die Obhut des Berliner Magistrats.

Für die Anlage in Schönholz wird die ungeheuere Zahl von 13.200 Toten genannt, von denen nur etwa 2.700 identifiziert werden konnten. Diese große Zahl ergibt sich daraus, dass dort nicht nur gefallene Soldaten, sondern auch umgekommene sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter bestattet wurden.

Zwar fanden an staatlichen Festtagen der DDR und der Sowjetunion auch hier Ehrungen statt, aber in der öffentlichen Wahrnehmung spielte die Anlage eine nachgeordnete Rolle und ist dem Charakter nach ein Friedhof geblieben.

Nachdenkenswert sollten die letzten Sätze in K.s Buch stimmen, "dass diese Friedhöfe nicht existieren würden, wenn das damalige Deutschland nicht die damalige Sowjetunion vertragsbrüchig überfallen hätte. Die Menschen, die dort liegen, wollten nicht in Deutschland sterben."

Gerlinde Grahn

Siegfried Prokop: 1956 – DDR am Scheideweg. Opposition und neue Konzepte der Intelligenz (Edition Zeitgeschichte Bd. 32), Kai Homilius Verlag, Berlin 2006, 378 S.

Nach dem Geleitwort von Gustav Just und einer "Vorbemerkung" skizziert P. die auf den XX. Parteitag der KPdSU folgenden Auseinandersetzungen bis zum "Ende des "Tauwetters". Dann gibt er eine chronikartige, weitgehend auf Wolfgang Harich konzentrierte Darstellung der Herausbildung und Zerschlagung des "Kreises der Gleichgesinnten" (ein Name, dessen Herkunft mir unklar blieb). Es folgt ein Verzeichnis aller 1956/57 vom Kulturbund-Präsidialrat abgehaltenen Sitzungen und die mehr oder minder ausführliche Wiedergabe des Verlaufs der 1956 abgehaltenen. Unklar ist, warum P. von den 1957er Zusammenkünften nicht wenigstens die ersten drei schildert, in denen sich der Präsidialrat zur 30. Tagung des Zentralkomitees der SED äußerte und "Informationen über die Lage im Aufbau-Verlag und in der Redaktion Sonntag" entgegennahm.

Auf einen kurzen "Epilog" des Autors folgt ein Anhang mit 1956 entstandenen Dokumenten des Kulturbundes, der Leipziger SED-Stadt- und Bezirksleitung sowie des Förderungsausschusses für die deutsche Intelligenz. Äußerst aufschlussreich sind die im Wortlaut wiedergegebenen Kulturbund-Enquetes betr. die "Lage der Intelligenz" (Mai 1956) sowie ihre "Stimmung und Haltung [...] insbesondere zu den Ereignissen in Polen, Ungarn und Ägypten" (entstanden mutmaßlich Ende November). Den Bd. beschließen biografische Notizen, Quellen- und Literaturangaben sowie die üblichen Register.

Der Materialreichtum macht dieses Buch für jeden mit DDR-Geschichte Befassten unentbehrlich. Wem es aber um minutiöse Darstellung und sorgfältige Beurteilung geht, der sollte nach er Monographie von Herzberg greifen.<sup>1</sup> Jochen Czerny

<sup>1</sup> Guntolf Herzberg: Anpassung und Aufbegehren. Die Intelligenz der DDR in den Krisenjahren 1956/58, Ch. Links Verlag, Berlin 2006.

Werner Fritsch/Werner Nöckel: Vergebliche Hoffnung auf einen politischen Frühling. Opposition und Repression an der Universität Jena 1956–1968. Eine Dokumentation, VERLAG JENA 1800, Berlin 2006, 432 S.

Wer mit DDR-Geschichte befasst ist, dürfte die unter ähnlichem Titel Ende 2000 erschienene Dokumentation kennen<sup>1</sup>, sollte jedoch fortan mit der hier vorzustellenden arbeiten. Sie reicht nicht nur runde zehn Jahre weiter, bietet vielmehr schon für die 1950er-Jahre auch Dokumente an, die zur Gänze neu sind – 42 für den wichtigsten Zeitraum: 1956 bis 1958 –, und die Einführung durch F. ist nach Umfang (runde 90 Seiten) und Gehalt auch eine gediegene Darstellung.

Die insgesamt 198 Dokumente entstanden zum größten Teil in Grundorganisationen und übergeordneten Leitungen der SED sowie in bzw. für Dienststellen des MfS. Der Anteil von GI-Berichten (GI: Geheimer Informator des MfS) ist erschreckend groß. Der Anhang enthält Auszüge aus Erinnerungsberichten sowie Briefe an die Hg.

Am meisten beeindruckt mich abermals das von der FDJ-Leitung der Je-

1 Antistalinistische Opposition an der Universität Jena und deren Unterdrückung durch SED-Apparat und Staatssicherheit (1956–1958). Eine Dokumentation von Werner Fritsch u. Werner Nöckel, hrsg. vom Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehem. DDR, Erfurt 2000, 164 S. – Siehe meine Rezension in: UTOPIE kreativ, H. 135 (Januar 2002) S.86ff.

naer Geschichtsstudenten am 25. Oktober 1956 zur Diskussion gestellte "10-Punkte-Programm" (S.174f.). Wie schon dem Text und vollends N.s Bericht (S.106ff.) zu entnehmen ist, erlangten diese "10 Punkte" für die Biographien der Hrsg., von denen der eine damals FDJ-Sekretär, der andere Parteileitungsmitglied in der Fachrichtung Geschichte war, außerordentliche Bedeutung.

In den ersten vier Punkten geht es um die Presse. Ihre "einseitige Berichtertattung" solle sie aufgeben und der "offenen, kritischen Diskussion auch zu grundsätzlichen Fragen der Regierungspolitik" Raum geben. "Das Vertuschen von Meinungsverschiedenheiten in den führenden Gremien der Partei und Regierung muss aufhören." Zudem wird verlangt, westdeutsche Studenten- und wichtige Tageszeitungen in den Lesesälen auszulegen. Im Weiteren geht es um "Demokratie in der FDI und ihr Mitbestimmungsrecht" sowie um spezifisch studentische Forderungen, die ähnlich in anderen Instituten und Fakultäten vorgebracht wurden.

Von den Juristen – namentlich dem Dekan Arno Hübner, dem Institutsdirektor Hans-Ulrich Hochbaum und dem Parteisekretär Gerhard Riege – kamen damals aber auch wohldurchdachte Empfehlungen für die Demokratisierung des Staates. So setzte sich Hochbaum im Interesse eines zuverlässigen Rechtsschutzes der Bürger insbesondere für die Wiederherstellung von Verwaltungsgerichten ein. Das führte ebenso zur Konfrontation mit übergeordneten Parteileitungen wie die kritischen Äußerungen von

Hochschullehrern und Studenten in anderen Instituten und Fakultäten. Im engen Zusammenwirken mit dem Parteiapparat machten die Jenaer Kreisdienststelle und bald auch die Geraer Bezirksverwaltung des MfS die Parteidiskussion zum Gegenstand ichrer Untersuchungen. Für viele Protagonisten führte die Diskussion zu Parteistrafen, für manche endete sie vor Gericht und in Strafanstalten.

Die Vergrößerung des Angebots an Dokumenten verdeutlicht zwei keineswegs neue Fragen: Inwiefern kann dem Zeitpunkt und der Sache nach von Opposition, vollends von einer Opposition die Rede sein? Waren es nicht oft erst Denunziationen und hysterische Reaktionen, die den Anschein davon entstehen ließen? Wie F. auch schreibt, wurden viele Parteimitglieder, "die sich mit ihren Kritiken und Veränderungsvorschlägen durchaus nicht als "Oppositionelle" gefühlt hatten, zu solchen gemacht". Für die 1950er-Jahre unterscheidet er zwischen diesen "Abweichlern" und "einigen studentischen Gruppen" in der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät sowie bei den Medizinern, die in einer mehr oder minder weitgehenden Ablehnung der gesamten politischen und Wirtschaftsordnung verharrten (S.18f.). Das zeigte sich am klarsten in der studentischen Widerstandsgruppe "Eisenberger Kreis" (siehe S.40f.). Einer solchen Einstellung würde ich allerdings nicht jede Ablehnung des obligatorischen Russischsowie des "Gewi"-Unterrichts oder Forderungen nach der Zulassung von Studentenräten zuordnen.

Wie auch immer: Nicht nur die – nennen wir sie einmal: regelrechte Opposition, sondern auch die 1956 entstandenen "antistalinistischen oppositionellen Kreise von SED-Mitgliedern", wie F. sie nennt, wurden im Zusammenwirken von Parteiapparat und Staatssicherheit 1957 bis 1959 "weitgehend zerschlagen". "Enttäuschung und Resignation [...] breiteten sich aus" (S.57).

Die 1960er-Jahre stellen sich in vielem anders dar als die 1950er, Kontinuität war nicht zu erwarten und ist in den Dokumenten auch nicht zu erkennen. Dies vor allem wegen der Zäsur "13. August", aber auch wegen des doppelten Generationswechsels, der sowohl in den Hörsälen, als auch an den Kathedern stattgefunden hatte. Jedenfalls lässt sich eine "stärkere Akzeptanz der gesellschaftlichen Verhältnisse" feststellen (S.91). Die Universitätsparteileitung berichtete im Mai 1963: Die Studenten "hadern nicht mit dem schlechthin", Sozialismus vielmehr zweifeln sie an der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges sowie der gewählten Methoden (S.390).

Das für die 1960er-Jahre nur noch kleine Angebot an Dokumenten (17 für den Zeitraum 1962 bis 1967) erlaubt kein sicheres Urteil. Doch ein GI-Bericht über Kritik am 11. ZK-Plenum im Dezember 1965 und noch deutlicher – die Erinnerungen eines damaligen Philosophiestudenten an das Jahr 1968 lassen wiederum die Verbindung von pro-sozialistischen mit anti-stalinistischen Einstellungen erkennen, die für einen nennenswerten Teil der Studentenschaft charakteristisch gewesen sein dürfte: "Unsere Kernfrage war, wie die von der Besatzungsmacht aufgeprägte ,Ordnung' zu verändern sei, damit sich die Be-

völkerung mit dem Sozialismus identifizieren könne" (S.103).

Jochen Czerny

Eva Schäfer u. a. (Hrsg.): Irritation Ostdeutschland. Geschlechterverhältnisse seit der Wende, Münster 2005, 252 S.

Ulrike Hänsch: "Jetzt ist eine andere Zeit". Ostdeutsche Frauen erzählen. Unter Mitarbeit von Eva Schäfer, mit Fotos von Barbara Dietl, Königstein/Taunus 2005, 200 S.

In den alten Bundesländern ertönt gegenwärtig aus den verschiedensten Ecken der Ruf nach neuen frauenpolitischen Aktivitäten. Doch zeitgleich registrieren Feministinnen der ersten Stunde wie etwa M. Mitscherlich mit Bedauern ein großes Desinteresse nachwachsender Frauengenerationen an entsprechenden Fraugestellungen. Andererseits zeigt sich, dass selbst im konservativen Lager am Hausfrauenideal orientierte Frauenbilder nicht mehr allenthalben konsensfähig sind. Es könnte daher von Belang sein. Geschlechternach ostdeutschen praktiken und Geschlechterarrangements zu fragen.

Der Band "Irritation Ostdeutschland" offeriert hierzu die Ergebnisse einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema "Transformationen in Ost und West aus der Geschlechterperspektive", die unter Beteiligung ost- und westdeutscher, aber auch österreichischer, bulgarischer und amerikanischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler 2003 stattfand. Dieses Datum ist insofern von Bedeutung, weil zu diesem Zeitpunkt

mögliche Geschlechterneuordnungen durch Umsetzung und Konsequenzen der Hartz-IV-Gesetze wissenschaftlich noch nicht zu erfassen waren, gleichwohl wurden diese aber vorausschauend als weiterer Beitrag zur sozialen Polarisierung gewertet (S.236). Drei große Problemkreise standen zur Diskussion: 1. Transformation moderner Gesellschaften, 2. Identitätskonstruktionen und 3. Geschlechterpolitiken. Leider kann die Vielfalt der in dieser Publikation aufgeworfenen Fragen hier nicht annähernd verdeutlicht werden. Sie besticht vor allem dadurch, dass sie zwar ostdeutsche Geschlechterverhältnisse. deutsch-deutsche Differenzen und internationale Diskurse analysiert, diese aber in die gegenwärtig ablaufenden, noch unabgeschlossenen

Transformationsprozesse moderner Gesellschaften insgesamt einordnet. Folgerichtig befasst sich z.B. die dienstälteste ostdeutsche Frauenforscherin Irene Dölling in ihrem auf die Thematik einstimmenden Beitrag mit "ostdeutschen Geschlechterarrangements in Zeiten des neoliberalen Gesellschaftsumbaus" (S.16-35), eines Umbaus, der nach ihrer Auffassung so "durchgreifend" sein wird, "wie es die Herausbildung der industriegesellschaftlichen sozialstaatlichen und Institutionen" und der "korrespondierenden sozialen Wertvorstellungen im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert war". Ökonomisierung des Sozialen, Erosion der Normalarbeitsverhältnisse sowie individualisiertes Leistungsdenken und Privatisierung von Risiken (siehe auch den Beitrag von R. Lutz und P. Drauschke über die Individualisierung von Risiken am

Beispiel alleinerziehender Frauen, S.179-194)) sieht sie als neoliberale Haupttrends. Ihre Frauge, "inwieweit die geschlechtsgebundenen Habitus" der Ostdeutschen "in diesen Umbauprozessen eine "irritierende" oder ,passende' Ressource (oder beides gleichermaßen) sind oder sein können" (S.18), bezeichnet E. Schäfer in ihrer Einleitung zu Recht als eine der zentralen Fragen des Buches (S.8). D.s Schlussfolgerung, dass sich ostdeutsche Frauen und Männer den Weg zur Ausbildung alternativer Lebensformen jenseits der "Arbeitsgesellschaft" verbauen, wenn sie trotz Massenarbeitslosigkeit, Flexibilisierung Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen am Ideal der Vollerwerbstätigkeit festhalten (S.31),fand Widerspruch. So argumentierte I. Peinl, man solle dieses erwerbsbezogene Interesse als "irritierenden Zwischenruf in den Strukturumbau ernst nehmen", weil es sozialintegrativer sei und als Ausgangspunkt für die notwendigen Diskussionen um Gewährleistung und Sicherung der individuellen Existenz dienen könne (S.38), eine durchaus bedenkenswerte Sicht. Allerdings verweist auch D. auf die ambivalenten Wirkungen der biographischen Ressourcen ostdeutscher Frauen und Männer, verschweigt aber ihre Zweifel (in Auseinandersetzung mit Wolfgang Englers These von den Ostdeutschen als Avantgarde) am gesellschaftsalternativen Potenzial ostdeutscher Lebensformen nicht. Bedeutsam sind in diesem Zusammenhang die Ausführungen S. Völkers im Schlussbeitrag des Bd. über den Nutzen der "Irritation" (S.235-248), in denen diese feststellt, dass Frauen

in ihrer "hybriden Praxis" einerseits am "biographisch verankerten Anspruch auf gleichberechtigte Erwerbsteilhabe" festhalten und in Sorge um den Erhalt des Arbeitsplatzes Anpassungsleistungen erbringen, aber sich andererseits "der betrieblich geforderten umfassenden Vereinnahmung ihrer gesamten Person und ihres "privaten" Lebens" verweigern (S.245). Gegenwärtig hat der "Anspruch auf gleichberechtigte Erwerbsteilhabe" viele junge ostdeutsche Frauen bewogen, ihre Heimatregionen zu verlassen, um in westlichen Gefilden Mittel zum Erhalt ihrer wirtschaftlichen Selbstständigkeit zu verdienen, eine Irritation und Anpassung gleichermaßen widerspiegelnde Entwicklung, welche immerhin eine gewisse Unruhe in politisch verantwortlichen Kreisen auszulösen vermochte. Die speziell der Transformationsgeschichte gewidmeten Aufsätze unterstützen eher die Zweifel D.s. Sie kommen hinsichtlich Ostdeutschlands (M. Thomas) zu dem nicht überraschenden Ergebnis, dass dieses eben nicht als privilegierter Sonderfall anzusehen sei, dem durch West-Ost-Transfer aller Art (Institutionen, Rechts- und Regelordnung, Finanzen und Personal) die Wege geebnet worden wären. Dagegen würden trotz mancher Vorteile negative Wirkungen überwiegen, denn die Entwicklung eigenständiger Innovationen sowie die kreative Suche nach eigenen Problemlösungen wären abgebremst oder gar verhindert worden. Ostdeutschland sei so in einen "Stagnationszirkel" geraten und würde daher noch lange Transfergesellschaft bleiben. Die Darlegungen über Transformation und Geschlechterordnung im postsozia-

listischen Bulgarien (A. Luleva) konstatieren vor allem ein weitaus drastischeres Absinken des allgemeinen Lebensstandards. Im Hinblick auf die Geschlechterrollen wird festgestellt, dass paradoxerweise die Rückkehr der Frauen an den Herd und die patriarchale Aufwertung der Mutterschaft als "moderner und europäischer Schritt" verstanden werden (S.69) – auch von bulgarischen Frauen. Dass diese andererseits dennoch nicht mit der Revitalisierung der traditionellen Geschlechterordnung zufrieden sind, lässt die Autorin optimistisch schlussfolgern, die nachwachsenden Generationen würden die Geschlechterpraktiken ihrer Eltern nicht widerspruchslos übernehmen.

An der von E. M. Hinterhuber aus der Geschlechterperspektive angestellten Analyse russlandspezifischer Transformationsprozesse ist hervorhebenswert, dass sich vornehmlich Frauen in Nichtregierungsorganisationen (NGOs) engagieren oder diese leiten, um sozial-karitative Arbeit zu leisten, aber auch um ihrerseits der durch den Systemwechsel bedingten weitgehenden Abwesenheit von Frauen in der institutionalisierten Politik, ihrer Verdrängung aus der Erwerbsarbeit und der zunehmenden Gewalt gegen sie entgegenzuwirken.

Die Ethnologin I. Dietsch befasst sich mit den Identitätskonstruktionen der Ostdeutschen, wobei sie ausgehend von historischen Ost-West-Differenzen (hoch entwickelter Westen versus barbarischer Osten) die nach 1990 einsetzenden Auseinandersetzungen um Deutungshegemonie und Abwertung ostdeutscher Erfahrungen thematisiert, aber zugleich

herausarbeitet, auf welche Weise sich unterschiedliche soziale Gruppen von westdeutsch dominierten Zuschreibungen trotz Weiterbestehens der Hierarchie zwischen West und Ost unabhängiger machten und machen.

Eine Reihe informationsreicher Aufsätze (S. Scholz: "Der Mann, der große Ernährer der Familie, das ist in den Köpfen nicht so drin" - Identitätskonstruktionen ostdeutscher Männer, S.135-147; M. Meuser: Männlichkeitsansprüche ohne Hegemonieansprüche? Gemeinsamkeiten und Differenzen ost- und westdeutscher Männlichkeiten, S.147-153; M. Hofmann: Neue Männer aus dem Osten? Zum Wandel von Geschlechterarrangements in drei ostdeutschen Männergenerationen, S.153-163, befasst sich mit Identitätskonstruktionen ostdeutscher Männer bzw. ost-westdeutschen Männlichkeitskonstruktionen sowie symbolischen Geschlechterordnungen und leistet damit einen Beitrag zur weiteren Erhellung einer vernachlässigten Forschungsrichtung. Daher wird hier etwas näher auf die entsprechenden Problemstellungen eingegangen. In Auseinandersetzung mit der unhaltbaren These des westdeutschen Männerforschers Werner Hollstein, der meinte, die ostdeutschen Männer wiirden sich noch "chauvinistischen Zeitgeist der fünfziger Jahre" bewegen, belegen empirische Forschungen den geringeren Stellenwert von Geschlechtsunterschieden in der DDR (S. Scholz, S.135). Im Großen und Ganzen dokumentieren die im Buch vorgestellten Untersuchungsergebnisse sogar einen gewissen Gleichstellungsvorsprung ostdeutscher Männer, die sich zwar

wie üblich vorrangig über Berufsarbeit definierten, aber mehrheitlich dennoch nicht als Familienernährer verstanden. In Maßen beteiligten sie sich wohl auch an der Familienarbeit, stellten diese aber öffentlich nicht als identitätsrelevant heraus. Im Zentrum männlicher Lebenserzählungen standen Beruf, eigene Qualifikation und Möglichkeiten subjektive sozialer Gestaltung. Frau und Familie wurden nur erwähnt, wenn sie die berufliche Entwicklung des Mannes zeitweilig behinderten. Andererseits wurde die qualifizierte Berufstätigkeit etwa der eigenen Ehefrau außerordentlich positiv bewertet. Männer erzählten ihre Lebensgeschichte dennoch weitgehend als Männergeschichte, selbst weibliche Kollegen kamen darin nicht vor. Insbesondere Meuser betrachtet diese Berufszentriertheit als "ein konstitutives Element von Männlichkeitskonstruktionen in sämtlichen Industriegesellschaften" modernen (S.148) und meint, vor diesem Hintergrund hätten ostdeutsche Männer aber ganz pragmatisch einen Beitrag zur Hausarbeit geleistet, ohne sich der Fortschrittlichkeit ihres Tuns bewusst gewesen zu sein. Wie diese Entwicklung in den konkreten Geschlechterbeziehungen verlaufen sein könnte, untersucht Hofmann anhand Drei-Generationen-Vergleichs zwischen in den 1930er-, 1950er- und in den 1970er-Jahren Geborenen. Die erlangten Forschungsergebnisse offenbarten, dass der mittleren Männergeneration im Hinblick auf Kontinuität und Wandel ostdeutscher Geschlechterarrangements eine besondere Bedeutung zukam. Einerseits beförderte diese Moder-

nisierungsbestrebungen und distanzierte sich von Verhaltensweisen der traditionell-autoritären Großvätergeneration, andererseits behielt sie mehrheitlich die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern Moderne Aushandlungsgemeinschaften fanden sich nur bei einem Zehntel untersuchten Fälle. Dennoch eröffnete sie den Söhnen einen Weg in moderne, flexible, verhandelbare Geschlechterarrangements.

Die Ausführungen über Geschlechterpolitiken problematisieren abschließend, "auf welch neue Weise die Kategorie Geschlecht als hierarchisierendes Klassifizierungsprinzip in die politischen Strategien des aktuellen Umbauprozesses" eingehen könnte (E. Schäfer, S.12).

Vermutlich wird es in der Perspektive vom Gewicht sozialer Gegenkräfte abhängen, wie tief greifend sich der neoliberale Strukturumbau auf die in Bewegung befindlichen Geschlechterarrangements auswirkt.

Die zweite hier zur Rede stehende Publikation, die von der Biographieforscherin U. Hänsch unter Mitarbeit von E. Schäfer herausgegebenen Lebenserzählungen ostdeutscher Frauen, bestätigt aus subjektiver Sicht manche Aussage obigen Buches. Ihn nur darauf zu reduzieren, würde aber den Eigenwert dieses Bd. schmälern. Ohne dass ihnen ein Fragebogen vorgelegt wurde, erzählten elf Frauen im Alter zwischen 26 und 73 ihre Lebensgeschichte und strukturierten sie damit selbst, zumal eine Bearbeitung der Manuskripte nur sehr behutsam erfolgte. Es sind kluge, selbstbewusste, auch eigenwillige Frauen, die über ihr Leben berichten und deren klare, offene Ge-

sichter uns aus Dietls Fotos anschauen. In der DDR haben sie sehr unterschiedliche Erfahrungen gemacht und sozial wie kulturell auch recht verschiedene Leben gelebt. "Verschiedene Perspektiven auf ein und dasselbe gesellschaftliche Ereignis, auf ein und dieselbe gesellschaftliche Institution", so schreiben die Hrsg., "werden in ihren Differenzen verstehbar, weil sie sich aus der Gesamterzählung eines Lebens erklären, das höchst individuell und zugleich bestimmten historischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen unterworfen ist" (S.8). Damit widerlegt dieser kleine Bd. die These von der Homogenität der DDR-Gesellschaft und öffnet den Blick für die Vielfarbigkeit und Vielschichtigkeit des Lebens in der DDR, ohne in blinde Nostalgie zu verfallen. Denn die zu Wort kommenden, politisch wachen und gebildeten Frauen sind keineswegs mit einer rosaroten Brille durch die DDR gegangen. Insbesondere die jüngeren unter ihnen haben die Verkrustungen und Fehlentwicklungen des realen Sozialismus zunehmend wahrgenommen und sich damit auf unterschiedliche Weise aktiv auseinandergesetzt. Bemerkenswert ist die allgemeine Arbeitsorientiertheit der Erzählenden, die ihrem beruflichen Werdegang meist ebensoviel Gewicht geben wie Männer. Nur haben Kinder, Mann, Familie oder häusliche Arbeitsteilung einen ebenso bedeutenden Platz in ihren Erinnerungen. Doch den nicht mehr berufstätigen Frauen fällt es schwer, sich neu zu definieren: " [...] ich bin Rentner. Ich kann das nicht sagen", erklärte eine 60-jährige Chemiearbeiterin. "Aber was sage ich denn? Hausfrau? Oh Gott, das ist ja auch furchtbar. Mensch, was sage ich bloß?" (S.40f.).

Für alle elf Frauen bildete die Wende eine Zäsur, mit der sie sich entsprechend ihrer Biographie auseinandersetzen mussten. Bedeutete sie für die einen Bruch. Verlust, aber auch Herausforderung, war sie für andere Neuanfang und sozialer Aufstieg. Iede sah sich "individuell gezwungen mit den Veränderungen umzugehen und sich einen Platz in der veränderten Gesellschaft zu suchen. Die Lebensleistungen ostdeutscher Frauen, die sie unweigerlich vollbringen mussten. werden im öffentlichen Diskurs, in der gesellschaftlichen Rede der westdeutschen Mehrheitskultur wenig beachtet", kommentieren die Hrsg. und benennen daher als ein Ziel des Buches, "dies weitgehend Unbeachtete zu dokumentieren und zu zeigen, wo die Einzelnen angekommen sind, was sie an Neuem aufgenommen haben und wo sie Kontinuitäten suchen oder neu konstruieren" (S.8f.). Eingeschlossen in die Suche nach neuen Orientierungen war aber auch Rückbesinnen auf das einstige Leben in der DDR. Denn die dort gemachten kulturellen und sozialen Erfahrungen ließen sich nicht abstreifen "wie ein Handschuh, dessen Farbe uns nicht mehr gefällt" (S.8). Und man muss Hänsch/Schäfer Recht geben, wenn sie feststellen, dass dieses Buch für Ost- wie Westdeutsche gleichermaßen lesenswert und lehrreich ist, weil sich "stereotype Täter/Opfer-Aufteilungen bei genauer Betrachtung dieser alltäglichen Lebensgeschichten nicht halten lassen: Das "wirkliche Leben" ist widersprüchlicher und weniger eindeutig" (S.10). Evemarie Badstübner

Martin Sabrow u. a. (Hrsg.): Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2007, 447 S.

Als Hrsg. dieser unter einem mehrdeutigen Titel erschienenen Dokumentation fungieren sämtliche Mitglieder der von Martin Sabrow geleiteten Expertenkommission zur Schaffung des Geschichtsverbundes "Aufarbeitung der SED-Diktatur". Experten sind in diesem Falle westdeutsche Spezialisten und ostdeutsche Bürgerrechtler und Regimekritiker. Über Umstände und Ergebnisse der Tätigkeit dieser Kommission ist in der Presse hinreichend informiert worden, so dass sie hier nicht referiert werden müssen. Die Einleitung des Kommissionsvorsitzenden Sabrow kann da verständlicherweise auch nicht mehr bieten als eine nützliche Zusammenfassung. Dokumentiert werden die Empfehlungen der Kommission und das abweichende Votum von Freya Klier, die öffentliche Anhörung vom 6. Juni 2006 als Wortprotokoll, eine Vielzahl von Pressestimmen und die Debatte in den Fachzeitschriften. Im Anhang werden die Kommissionsmitglieder und Teilnehmer des öffentlichen Hearings mit Kurzbiographien vorgestellt. Erschlossen sind die Texte durch ein Personenverzeichnis und ein Presseregister. Da die Auseinandersetzungen um die Erinnerungskultur wieder aufleben werden, je näher der 60. Jahrestag der beiden deutschen Staatsgründungen und der 20. Jahrestag der Ereignisse von 1989/90 rücken, wird der leichte Zugriff auf die in diesem Bd. Zusammengefassten Materialien hilfreich sein. Günter Benser

Älter ist nicht alt genug. Henryk Skrzypczak. Texte, Dokumente und Bilder von der Festsitzung des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung anlässlich des 15. Jahrestages der Vereinsgründung und des 80. Geburtstages des Gründungsvorsitzenden, edition bodoni, Berlin 2007, 119 S.

Diese Publikation ist so beeindruckend gestaltet, dass man ihr nur recht viele Leser wünschen kann. Sie enthält die Festreden von Günter Benser (Berlin), Feliks Tych (Warschau), Siegfried Heimann (Berlin), Inge Pardon (Berlin) und Winfried Garscha (Wien), Grußschreiben und Würdigungen von Walter Momper, Gregor Gysi, Michael Müller, Peter Lösche, der "berliner stimme", des "Neuen Deutschland", des Vorstandes des Vereins und die Tabula gratulatoria, Dokumente aus der Frühzeit des Förderkreises und Korrespondenzen des Vereinsvorsitzenden, einen Lebensabriss in der Selbstanzeige von Henryk Alfons Skrzypczak und eine Auswahlbibliografie.

Die besonders ansprechende Art der Aufmachung verdankt das Heft den Fotos und Selbstporträts aus dem Privatarchiv von Henryk Skrzypczak, den Zeichnungen von ihm und dem Einblick in seine Erinnerungen, die er durch Leseproben gibt (S.25-40). Selbst wer den Jubilar schon viele

Jahre kennt und weiß, wie engagiert und unverzagt er sich für das Erschließen und Bewahren von Ouellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung einsetzt, wird über seine Herkunft, seinen Werdegang und wichtige Stationen seines einflussreichen Wirkens als Historiker, Wissenschaftsorganisator, Journalist und nicht zuletzt als Gründer und Herausgeber der "Internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung" (IWK) von 1965 bis 1999 viel Neues erfahren. Es ergreift zutiefst, wenn er in "Agentensterben fallgerecht", einem Stück seiner Memoiren "Beiderseits der Zeitmembran", mit Sarkasmus und Selbstironie schildert, was er 1968, in der aufregenden Zeit des "Prager Frühlings" und dessen abrupten Endes, erhofft hat wie erschüttert er wurde und wie es ihn zum Aufbäumen und Handeln drängte. Seiner kritischen Beschäftigung mit Geschichte und Zeitgeschichte und deren Quellen entspricht auch sein ehrlicher Umgang mit der eigenen Biografie. Möge Henryk Skrzypczak weiterhin viel von der ihn auszeichnenden Kreativität und Sprachkunst. Kraft und Konzentration aufbringen, um seine Memoiren vervollständigen und sein umfangreiches Vorhaben über Friedrich Stampfer vollenden zu können.

Über das Entstehen und die Entwicklung des "Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung" geben vor allem die Beiträge von Benser (S.11-24) und von Pardon (S.50-55) sowie die Dokumente (S.75-98) Auskunft. Die Quellen aus der Frühzeit des Förderkreises und die Korrespondenz des

Vorsitzenden widerspiegeln die Schwere und Kompliziertheit des Ringens um den Erhalt des riesigen und wertvollen Archiv- und Bibliotheksbestandes zur Geschichte der Arbeiterbewegung des ehemaligen Zentralen Parteiarchivs des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und dessen Überführung in eine neue und sichere Trägerschaft. Dafür erwies sich die Beteiligung der Historiker und Historikerinnen aus dem In- und Ausland als sehr nützlich, die sich zur Rosa-Luxemburg-Tagung am 5. und 6. März 1991 am Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung in Berlin aufhielten. Prof. Dr. Narihiko Ito aus Tokio, der Vorsitzende der Inter-Rosa-Luxemburg-Gesellnationalen schaft, gab zusätzlich durch einen Rundbrief hilfreiche Unterstützung (S.11f. u. 80-83). Das Statement des Vorsitzenden des Förderkreises, Dr. Henryk Skrzypczak, auf der Anhörung der Bundestagsfraktion der SPD am 6. Juli 1991 enthält wichtige Argumente gegen historische und politische Fehlakzentuierungen im Verhältnis zum Archiv- und Bibliotheksgut der DDR zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Benser skizziert in seinem Referat eindringlich die Probleme, die Ungewissheiten, die Initiativen und unterschiedlichen Erwägungen, die Gründung des Fördervereins führten bzw. im Echo darauf zum Ausdruck kamen. Er stellt konkret dar, wie sich die Auseinandersetzungen um das Archiv- und Bibliotheksgut zuspitzten und zunehmend politischen Charakter annahmen, "denn sie wurden in manchen Kreisen als Teil einer Generalabrechnung mit der untergegangenen DDR betrieben" (S.14).

Für die menschliche und politische Stärke der beiden Hauptakteure des Förderkreises, Skrzypczak und Benser, spricht nicht nur der gesamte Inhalt der Publikation, sondern auch die Freimütigkeit, mit der sich beide in ihren Beiträgen zu den gegensätzlichen Positionen bis 1989 äußern und ab 1991 bis heute gemeinsam neuen Herausforderungen gestellt haben. Das vorliegende Heft ist ein überzeugendes Plädoyer für den von Henryk Skrzypczak, dem Förderkreis wie von Garscha von der Linzer ITH (S.56-59) verfochtenen Standpunkt, dass die Geschichte der Arbeiterbewegung seit dem 19. Jahrhundert als ein wichtiger Bestandteil zur Historiographie und unvermindert ins öffentliche Interesse gehört.

Annelies Laschitza

## **Nachsatz**

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Autoren und Autorinnen,

Mit diesem Heft beginnen wir nicht einen Jahrgang, neuen siebenten. sondern betreten auch redaktionelles Neuland. Auch können uns der allgemeinen Sprachentwicklung nicht verschließen und haben uns daher entschlossen, das "JahrBuch" künftig entsprechend den Regeln der neuen deutschen Rechtsprechung zu redigieren. Das erfordert auch von der Redaktion, "umzulernen". Wir bitten daher Nachsicht, wenn nicht sofort alles einheitlich und völlig richtig redigiert sein sollte.

Am Beginn dieses Heftes steht ein auf völlig neu erschlossene Archivquellen gestützter Aufsatz über die Lebensgefährtin von Hugo Eberlein, Charlotte Scheckenreuter. Die Autoren Ruth Stoliarowa und Wladislaw Hedeler konnten als Erste die lange unzugänglichen Akten der Moskauer Archive auswerten. Ruth Stoliarowa berichtete der Redaktion, dass sie nie vergessen wird, wie die Akte von Charlotte Scheckenreuter noch unsortiert in einem Aktendeckel im Archiv aus dem Keller geholt und in ihrer Anwesenheit erstmals durchgängig paginiert wurde.

Mit weiteren Beiträgen setzen wir die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen fort, die auf Konferenzen zur USPD-Gründung und zu Clara Zetkin vorgestellt wurden. Traditionell informieren wir auch über die Linzer Konferenz der ITH. Näheres zur 230 N adosatz

Entstehungsgeschichte der drei abgedruckten Interviews mit ehemaligen Interbrigadisten ist der Vorbemerkung von Peter Clausing zu entnehmen. Mit dem Artikel von Susanna Steiger-Moser ist sowohl die Frauen- als auch die Regionalgeschichte vertreten.

Die Redaktion würdigt mit der Veröffentlichung eines Textes aus dem Nachlass das Andenken der 2007 viel zu früh verstorbenen engagierten Mitstreiterin in unserem Förderverein, Simone Barck.

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Autoren und Autorinnen,

Wir möchten auch im Jahre 2008 einen breiten Kreis von Themen behandeln. Deswegen bitten wir wieterhin um Ihre Mithilfe. Unterstützen Sie uns mit wissenschaftlichen Beiträgen, bei der Gewinnung neuer Autoren sowie in der Werbung für das JahrBuch.

Im Internet besteht die Möglichkeit, sich über das JahrBuch zu informieren unter: www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de.

Das Jahresabonnement beträgt auch 2008, einschließlich Porto, 25 Euro im Inland bzw. 35 Euro im Ausland, einzuzahlen auf das JahrBuch-Konto Nr. 57 44 56 10 10 der NDZ GmbH bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00;

für unsere ausländischen Abonnenten: BIC: BEVODEBB; IBAN: DE 75 1009 5744 5610 10.

Über weitere Abonnenten würden wir uns freuen.

Die Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e. V. bieten auf Wunsch Sonderdrucke der im Jahr-Buch veröffentlichten Beiträge – mit und ohne Umschlag – an. Die Konditionen sind zu erfragen unter der Telefonnummer: 030-28 25 137.

Mit den besten Wünschen für das neue Jahr

Die Redaktion

## Autorenverzeichnis

Evemarie Badstübner, Dr. sc., Berlin Simone Barck†, Dr. sc., Berlin Günter Benser, Prof. Dr., Berlin Jochen Czerny, Dr., Berlin Peter Clausing, Dr. sc., Biberach Catherine Collomp, Prof. Dr., Institut d'Etudes anglophones, Université Paris Gerhard Fidorra, Diplomkaufmann, Düsseldorf Gerlinde Grahn, Dr., Potsdam Bruno Groppo, Prof. Dr., Centre d'Histoire Sociale du XXe Siècle, Université Paris Rolf Hecker, Prof. Dr., Berlin Wladislaw Hedeler, Dr., Berlin Paul Heider, Prof. Dr., Dresden Ralf Hoffrogge, Student der Geschichte, Freie Universität Berlin Rainer Holze, Dr., Berlin Peter Hübner, Dr. sc., Zentrum für Zeithistorische Studien, Potsdam Bernd Hüttner, Diplompolitologe, Bremen János Jemnitz, Prof. Dr., Ungarische Akademie der Wissenschaften. Institut für Geschichtswissenschaft, Budapest Mario Keßler, Prof. Dr., Zentrum für Zeithistorische Studien, Potsdam Jan Korte, Politikwissenschaftler, MdB Annelies Laschitza, Prof. Dr., Berlin Ines Mietkowska, Dr., Berlin William A. Pelz, Dr., Institut of Working Class History, Chicago Siegfried Prokop, Prof. Dr., Bernau Hedwig Richter, Universität Köln, Promotionsstipendiatin der "Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur" Ralf Richter, Universität Bielefeld, Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung

Kurt Schilde, Dr., Universität Siegen Walter Schmidt, Prof. Dr., Berlin Heinz Sommer, Berlin Susanna Steiger-Moser, Dr., wissenschaftliche Leiterin Museum für Baukultur Neutal, Pöttsching (Österreich) Ruth Stoljarova, Dr. sc., Berlin

## Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:

Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:

Helga Brangsch, Ursel Herschel, Dr. Wolfgang Heyn, Dr. Christa Hübner, Bärbel Kontny, Dr. Herbert Mayer (Verantwortlicher Redakteur), Dr. Ulla Plener, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Carola Tischler

Postadresse der Redaktion: Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

Email-Adressen der Redaktion: redakteur@arbeiterbewegungjahrbuch.de
oder
redaktion@arbeiterbewegungjahrbuch.de

Website:

www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

232 Impressum

Das "JahrBuch" erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) in der NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin, im Gesamtumfang von ca. 660 Seiten.

In der Zeitschrift können nur Beiträge veröffentlicht werden, die bereits anderweitig erschienen sind. Manuskripte können per e-mail oder auf Diskette, vorzugsweise als word-Datei, eingesandt werden. Beiträge sollten 40.000, Berichte 10.000, Rezensionen 6.000 und Annotationen 2.000 Zeichen nicht überschreiten. Bitte reichen Sie stets die letzte Fassung des Beitrages ein und beachten Sie die im "JahrBuch" übliche äußere Manuskriptgestaltung. Die tionsrichtlinien senden wir Ihnen gern zu.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Veröffentlichung gem. Paragraph 7a Berliner Pressegesetz: Gesellschafter der NDZ GmbH: Föderative Verlags-, Consulting- und Handelsgesellschafter mbH – FEVAC –, Gesellschafter der FEVAC GmbH: Uwe Hobler, Diplomagraringenieur, Berlin (40%); Dr. Ruth Kampa, Rechtsanwältin, Berlin (30%); Dr. Joachim Philipp, Rechtsanwalt, Berlin (30%).

Satz: Joanna Boegendorff/Rosemarie Kouril

Realisiert in den Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e.V. info@bodonimuseum.com

Redaktionsschluss: 6.12.2007